



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Verortung von Fridays for Future Austria in der
Klimagerechtigkeitsbewegung - Eine Framing-Analyse der Jahre
2019 bis 2024

verfasst von | submitted by
Elisabeth Frank BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 808

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Gender Studies

Betreut von | Supervisor:

Dr. Antje Daniel B.A. MA

Abstract

Im Zentrum dieser Masterarbeit steht eine Framing-Analyse der Klimabewegung Fridays for Future Austria, auf Basis derer eine Verortung in der Klimagerechtigkeitsbewegung vorgenommen werden soll. Hierfür wird mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse die von FFF Austria veröffentlichten Pressemitteilungen, Tweets sowie Inhalt von deren Website im Zeitraum von März 2019 bis Januar 2024 analysiert, um bewerten zu können, welche Aspekte von Klimagerechtigkeit im Framing von FFF Austria thematisiert werden; welche Veränderungen im Framing innerhalb des Analysezeitraumes feststellbar sind; sowie welcher Strömung innerhalb der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung sich FFF Austria zuordnen lässt. Fridays for Future Austria greift in ihrem Framing Aspekte der distributiven und intergenerationellen Klimagerechtigkeit auf sowie erkennt eine historische Schuld und eine daraus erwachsende Verantwortung des Globalen Nordens und Österreichs für den Klimawandel an. Zwei zentrale Elemente von Klimagerechtigkeit, nämlich die Notwendigkeit, die zugrunde liegenden Ursachen des Klimawandels zu adressieren, sowie diese mithilfe eines Systemwechsels zu transformieren, werden im Framing nicht ausreichend berücksichtigt, weswegen Fridays for Future Austria insgesamt der moderaten Strömung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung zugeordnet werden kann. Die Veränderungen im Framing wie die verschiedenen Formen des *Frame-Bridging* sowie eine zunehmende Radikalisierung in der Sprache und Aktionsformen in den Jahren 2022 bis 2024 lassen jedoch darauf schließen, dass Fridays for Future Austria beginnt, sich in eine Hybridform zwischen moderat und radikal zu entwickeln.

Stichworte: Klimawandel, Soziale Bewegungen, Klimabewegung, Klimagerechtigkeit, Framing, Fridays for Future

This master's thesis centers on a framing analysis of Fridays for Future Austria, aiming to situate the movement within the broader climate justice movement. A qualitative content analysis of press releases, tweets, and website content published by FFF Austria between March 2019 and January 2024 was conducted to evaluate which aspects of climate justice are addressed in their framing, what changes in framing can be identified over the analyzed period, and to which stream within the global climate justice movement FFF Austria can be assigned. Fridays for Future Austria's framing incorporates elements of distributive and intergenerational climate justice, recognizing a historical responsibility and the resulting obligations of the Global North and Austria in addressing climate change. However, two key elements of climate justice—the need to address the root causes of climate change and to transform these through systemic change—are insufficiently considered in their framing, positioning Fridays for Future

Austria within the moderate stream of the climate justice movement. Nevertheless, the changes in framing, such as the various forms of frame-bridging and the increasing radicalization in language and modes of action from 2022 to 2024, suggest that Fridays for Future Austria is beginning to evolve into a hybrid form between moderate and radical.

Keywords: Climate Change, Social Movements, Climate Movement, Climate Justice, Framing, Fridays for Future

Inhaltsverzeichnis

ABSTRACT	I
ANHANGSVERZEICHNIS	V
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	V
1. EINLEITUNG	1
2. THEORETISCHER RAHMEN	7
2.1 Soziale Bewegungen	7
2.1.1 Definition Soziale Bewegungen	8
2.1.2 Definition Umweltbewegung	8
2.1.3 Definition Klimabewegung	9
2.2 Entwicklungsverlauf von Umwelt- zu Klimagerechtigkeit	10
2.2.1 Das Konzept der Umweltgerechtigkeit	11
2.2.2 Das Konzept der Klimagerechtigkeit	13
2.3 Der Framing-Ansatz	22
2.3.1 Die Entwicklung der Framing-Analyse	22
2.3.2 Framing und soziale Bewegungen	23
2.3.3 Framing und die Klimagerechtigkeitsbewegung	27
3. METHODISCHE VORGEHENSWEISE	30
3.1 Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring	31
3.2 Grenzen der Methodik	35
3.3 Persönliche Positionierung der forschenden Person	36
4. DIE FRIDAYS FOR FUTURE-BEWEGUNG	36
4.1 Entstehungsgeschichte	36
4.2 Fridays for Future Österreich	39
4.3 Forschungsstand	41
5. FRIDAYS FOR FUTURE AUSTRIA: EINE FRAMING-ANALYSE	45
5.1 Diagnostisches Framing: Problemdefinition und Ursachenbenennung	45
5.1.1 Problemdefinition: wissenschaftlich bewiesener anthropogen verursachter Klimawandel und die Gefahr einer ‚Klimakatastrophe‘	46
5.1.2 Kausalbeziehungen: globale, generationelle, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des Klimawandels	49
5.1.3 Problemursachen: Unzureichende Handlungsbereitschaft und das Festhalten an einem fossilen System	51

5.1.4 Schuldfrage: Blockierende Bundespolitik und fossile Großkonzerne	56
5.2 Prognostisches Framing: Lösungsforderungen und Argumentationslinien	59
5.2.1 Forderungen: Klimaschutzmaßnahmen ohne Systemwandel	60
5.2.2 Österreichische Bundespolitik als verantwortlicher Akteur	65
5.2.3 Wissenschaftliche und wirtschaftliche Argumentationslinien	67
5.3 Motivationales Framing: Motivationen, Ziele und Formen des Aktivismus	72
5.3.1 Beweggründe für den Aktivismus: politische Unzufriedenheit und aufwühlende Emotionen	73
5.3.2 Ziel des Aktivismus: Druck auf Entscheidungsträger*innen ausüben und öffentliche Aufmerksamkeit generieren	75
5.3.3 Aktionsformen: friedliche Protestaktionen und Bündnisse für eine klimapolitische Wende	76
5.4 Veränderungen im Framing von FFF Austria über Zeit	78
5.4.1 Frame-Bridging mit der Energiekrise, dem russischen Angriffskrieg und der Gefährdung der Demokratie	79
5.4.2 Ausweitung von Bündnissen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen	86
5.4.3 Radikalisierung in Sprache und Aktionsformen	87
5.4.4 Fundierte Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge	88
6. THEMATISIERUNG VON KLIMAGERECHTIGKEIT IM FRAMING VON FFF AUSTRIA	89
7. VERORTUNG VON FFF AUSTRIA INNERHALB DER KLIMAGERECHTIGKEITSBEWEGUNG	97
8. CONCLUSIO	105
LITERATURVERZEICHNIS	113
ANHANG	120

Anhangsverzeichnis

Anhang 1:	Quellen des Analysematerials	119
Anhang 1.1:	Webseiten-Artikel	119
Anhang 1.2:	Pressemitteilungen	119
Anhang 2:	Kodierleitfaden	135
Anhang 3:	Zusammenfassung der Analyseergebnisse	138

Abkürzungsverzeichnis

BIPoC	Black, Indigenous und People of Colour
CJA	Climate Justice Action
CJN!	Climate Justice Now!
CLAW	Climate Law
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
COP	Conference of Parties
EACOP	East African Crude Oil Pipe Line
EEffG	Energieeffizienzgesetz
EPP	European People's Party
EU	Europäische Union
EWG	Erneuerbaren-Wärme-Gesetz
FFF	Fridays for Future
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
KSG	Klimaschutzgesetz
MAPA	Most affected people and areas
MdEP	Mitglieder des Europäischen Parlaments
NEKP	Nationaler Energie- und Klimaplan
NGO	Nichtregierungsorganisation
OMV	Österreichische Mineralölverwaltung Aktiengesellschaft
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SMILE	Summer Meeting in Lausanne Europe
THG	Treibhausgas
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
XR	Extinction Rebellion

1. Einleitung

Im Jahr 2019 erfuhr die Klimabewegung einen neuen internationalen Aufschwung, der durch globale Kampagnen und weltweit durchgeführte Aktionen von sozialen Bewegungen wie Fridays for Future (FFF), *Extinction Rebellion* (XR) oder der US-amerikanischen *Sunrisers* (Almeida 2019: 975; de Moor et al. 2020: 7) gekennzeichnet war. Die im Sommer 2018 von der Schwedin Greta Thunberg gegründete Fridays for Future-Bewegung wird hierbei global als größte internationale Klimabewegung der letzten Jahre anerkannt. Diese global agierende Bewegung organisierte im Jahr 2019 die bislang größten globalen Klimaproteste mit mehreren Millionen Protestierenden weltweit. FFF versteht sich selbst als internationale Klimabewegung mit den Zielen, Klimagerechtigkeit herzustellen sowie eine lebenswerte Zukunft für alle zu ermöglichen (della Porta & Portos 2023: 24f.; de Moor et al. 2020: 6; Wahlström et al. 2019: 6). Des Weiteren ist zu beobachten, dass sich auch weitere Klimabewegungen in der jüngeren Vergangenheit auf den Begriff Klimagerechtigkeit berufen. Diese unterscheiden sich allerdings in ihren Ansätzen und Verständnissen des Begriffes (della Porta & Parks 2014: 23). Beispielsweise vertreten einige Klimabewegungen aus dem Globalen Süden¹ einen dekolonialen, anti-rassistischen sowie anti-kapitalistischen Ansatz von Klimagerechtigkeit. Diese üben mitunter Kritik an aus dem Globalen Norden stammenden Bewegungen wie Fridays for Future. Sie beanstanden, dass deren Problemverständnis zu kurz greift und ihre postulierten Lösungsansätze nicht ausreichend radikal sind (Anderson 2021: 64; Kalt 2022: 177f.). Diese Kritik lässt sich anhand von drei Punkten konkretisieren. Klimabewegungen wie FFF oder XR wird vorgeworfen, den Klimawandel als ein ausschließlich ökologisches Problem darzustellen. Dieses Verständnis wird aus der Perspektive einiger BIPoC-Aktivist*innen (*Black, Indigenous und People of Colour*) jedoch als unzureichend erachtet, da der Klimawandel als ein Symptom eines kapitalistischen, rassistischen und kolonialen Systems betrachtet wird. Um diesem angemessen zu begegnen, ist es nach Ansicht der Kritiker*innen erforderlich, die sogenannten systemischen *root causes* zu adressieren (Almahdi 2020; Wretched of the Earth 2019). Gemäß Pettit (2004) kann eine fehlende Anerkennung der sozialen Auswirkungen des Klimawandels, welche mit den ökologischen Veränderungen

¹ Die Unterscheidung von Globalem Norden und Globalem Süden hat sich in den letzten 15 Jahren im akademischen Diskurs etabliert und wird zunehmend in Bezug auf Klimagerechtigkeit verwendet, um globale Ungleichheiten und kolonial-kausale Zusammenhänge zu verdeutlichen (Haug 2021: 2019). Die Unterscheidung zwischen Globalem Norden und Globalem Süden ist nicht geografisch begründet, sondern wurzelt in globalen Machtasymmetrien, hervorgerufen durch Kolonialismus und Imperialismus. Der Globale Süden umfasst oft vormals kolonisierte Länder, die agrarisch geprägt und aufgrund ihrer Kolonialgeschichte wirtschaftlich sowie politisch marginalisiert sind. Der Globale Norden beschreibt stattdessen wohlhabende, technologisch fortschrittliche und politisch stabile Regionen wie Europa, Nordamerika und Australien, die den Globalen Süden im internationalen Handel dominieren. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass diese Regionen nicht in sich homogen sind, sondern auch innerhalb des Globalen Nordens wie Süden differenzierte Unterschiede hinsichtlich verschiedener Ungleichheiten gemacht werden müssen (Haug 2021: 2020f.; Martins 2020: 136; Odeh 2010: 340f.).

einhergehen, zu einer Ignoranz intersektionaler Betroffenheiten durch Klimabewegungen führen (Pettit 2004: 102). Eine indigene Aktivistin kritisiert Klimastreiks diesbezüglich folgendermaßen:

When you mobilize people around climate, [without acknowledging] intersections of racial justice, Indigenous sovereignty, and how climate change disproportionately and most profoundly impacts BIPOC communities [...] you mobilize people who aren't willing to question colonialism or any of those structures that are actually responsible for climate change. (Almahdi 2020)

Ein weiterer Kritikpunkt von Aktivist*innen aus dem Globalen Süden richtet sich gegen das für FFF charakteristische Zukunftsframing in Verbindung mit intergenerationeller Gerechtigkeit (Almahdi 2020). In diesem Kontext betont Fridays for Future, dass der Klimawandel eine Bedrohung für junge Menschen bzw. zukünftige Generationen darstellt und deren Lebensgrundlagen gefährdet (Neuber, Daniel & Gardner 2021: 3; Sommer et al. 2019: 14f.). Verschiedenste Aktivist*innen aus dem Globalen Süden problematisieren diese Fokussierung auf die Zukunft und weisen darauf hin, dass Naturkatastrophen und Extremwetterereignisse wie Überflutungen in Bangladesch oder extreme Hitzewellen in Kuwait bereits gegenwärtig Menschenleben gefährden, Lebensgrundlagen zerstören und Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingen (Almahdi 2020; Wretched of the Earth 2019). In einem Kommentar zu einem Demonstrationsplakat einer FFF-Demo bringt ein*e Aktivist*in dies wie folgt zum Ausdruck: „For many individuals, the present day is hotter than any ‚imaginary boyfriend‘“ (Almahdi 2020). Laut Klimagerechtigkeitsbewegungen aus dem Globalen Süden ist die Argumentation von FFF, nach der die Auswirkungen des Klimawandels die zukünftigen Lebensbedingungen einschränken werden, zwar nicht falsch, jedoch wird dabei verkannt, dass gegenwärtig bereits viele Menschen von den schon jetzt spürbaren Folgen des Klimawandels betroffen sind und dies teilweise schon seit mehreren Jahren (della Porta & Portos 2023: 36; Zitterbarth 2021: 37f.). In einem offenen Brief an die Bewegung *Extinction Rebellion* äußert die von britischen *BIPOC* gegründete Graswurzelbewegung *Wretched of the Earth* folgende Kritik:

Another truth is that for many, the bleakness is not something of “the future”. [...] For many of us, the house has been on fire for a long time: whenever the tide of ecological violence rises, our communities, especially in the Global South are always first hit. We are the first to face poor air quality, hunger, public health crises, drought, floods and displacement. (Wretched of the Earth 2019)

Diese Skizzierung des Klimawandels als zukünftige Bedrohung führt schließlich dazu, dass sich Aktivist*innen dieser Gruppierungen von Klimabewegungen des Globalen Nordens nicht repräsentiert fühlen (Anderson 2021: 64; Bergold-Caldwell, Löw & Thompson 2021: 15). Aktivist*innen des britischen *Wretched of the Earth*-Kollektives würden sich stattdessen von Klimabewegungen wie XR wünschen, dass diese in ihren Protestaktionen auch Stimmen aus dem Globalen Süden bzw. von Auswirkungen des Klimawandels Betroffenen repräsentieren

und diese Perspektiven in ihren Aktivismus sowie ihre Forderungen einfließen lassen (Wretched of the Earth 2019).

Die soeben beschriebene Kritik an Fridays for Future, insbesondere an den Ländervertretungen aus dem Globalen Norden, verdeutlicht die Relevanz einer inhaltlichen Analyse der Positionierung von FFF. Genau diese Untersuchung soll in dieser Masterarbeit in Form einer Verortung der Fridays for Future-Bewegung innerhalb der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung vorgenommen werden. Hierbei können Theorien und Methoden aus der Forschung zu sozialen Bewegungen wertvolle Einblicke bieten. Ein zentrales Konzept in der Bewegungs- und Protestforschung, welches dazu beitragen kann, sowohl Klimabewegungen als auch Proteste im Zusammenhang mit dem Klimawandel besser zu verstehen, ist das Konzept des Framing. Das Framing-Konzept kann Aufschluss darüber geben, welche Probleme soziale Bewegungen definieren sowie welche Lösungen für diese formuliert werden, um neue Unterstützer*innen zu mobilisieren, die Öffentlichkeit von der Legitimität ihres Handelns zu überzeugen sowie Gegner*innen zu demobilisieren. Dabei kann herausgearbeitet werden, welche Überzeugungen und Bedeutungen die Aktivitäten und Kampagnen von sozialen Bewegungen inspirieren und legitimieren (Daniel et al. 2020: 368f.; Snow 2004: 384). Framing-Analysen können demzufolge helfen zu verstehen, wie Klimabewegungen wie Fridays for Future den Klimawandel und die damit verbundenen Auswirkungen definieren, welche Lösungsansätze als sinnvoll erachtet werden sowie auf welche Art für Protestaktionen mobilisiert wird. Weiterhin sind soziale Bewegungen dynamisch und ihre Strategien und Ziele können sich im Laufe der Zeit verändern (della Porta & Diani 2006: 150-152). Eine Framing-Analyse ermöglicht es, solche Veränderungen zu identifizieren und zu verstehen, wie sich beispielsweise das Framing einer Klimabewegung wie FFF im Laufe ihres Wirkungszeitraumes entwickelt hat. Dementsprechend soll die Verortung von Fridays for Future innerhalb der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung mittels einer Framing-Analyse erfolgen. Diese wird anhand einer Fallstudie von Fridays for Future Austria durchgeführt. Die Landesgruppe aus Österreich stellt einen geeigneten Vertreter der Fridays for Future-Bewegung aus dem Globalen Norden dar, da sie zeitnah nach den einleitenden Protesten von Greta Thunberg im Dezember 2018 gegründet wurde (Narodoslawsky 2020: 64-66). Seitdem war die Landesgruppe durchgängig aktiv, sowohl in Bezug auf die Organisation von Protestaktionen als auch der Veröffentlichung von Pressemitteilungen und weiterer Öffentlichkeitsarbeit auf sozialen Medien (ebd.: 64-66). Fridays for Future Austria war zudem bereits Forschungsgegenstand einiger Studien, welche Protestbefragungen auf diversen internationalen Klimastreiks durchgeführt haben (s. Buzogány & Mikecz 2019; Daniel und Deutschmann 2020; Neuber, Daniel & Gardener 2021). Des Weiteren liegt bereits eine Framing-Analyse zu FFF Austria aus den Jahren 2019 und 2020 vor (s. Daniel et al. 2020).

Eine vollständige Analyse des gesamten Aktivitätszeitraumes dieser Landesgruppe hat bisher jedoch nicht stattgefunden, sowie keine Analyse, die FFF Austria auf Klimagerechtigkeit hin untersucht. Deshalb kann die Auswahl dieser Landesgruppe als Fallstudie nicht nur neue Erkenntnisse für die Bewegungs- und Protestforschung bezüglich der umfangreichen Framing-Analyse bieten. Die Ergebnisse dieser können zudem auf das Konzept der Klimagerechtigkeit bezogen werden. Letztlich ist die Auswahl von Fridays for Future Austria als Vertreter der FFF-Bewegung aus dem Globalen Norden auch an die sprachlichen Fähigkeiten der forschenden Person geknüpft, welche ausschließlich deutsch- bzw. englischsprachiges Analysematerial untersuchen kann.

Die zentrale Forschungsfrage dieser Masterarbeit lautet demnach wie folgt:

Wie kann Fridays for Future Austria basierend auf den Ergebnissen einer Framing-Analyse von 2019 bis 2024 in der Klimagerechtigkeitsbewegung verortet werden?

Die übergeordnete Fragestellung kann weiterhin in drei weitere Forschungsinteressen untergliedert werden:

- Welche Aspekte von Klimagerechtigkeit werden im Framing von FFF Austria aufgegriffen?

Das Konzept der Klimagerechtigkeit ist originär aktivistischen Ursprungs, wird jedoch mittlerweile auch in akademischen Diskursen theoretisiert und beforscht. In diesen unterschiedlichen Kontexten wird Klimagerechtigkeit teilweise sehr verschieden interpretiert, weswegen heute diverse Verständnisse von Klimagerechtigkeit aus verschiedenen Perspektiven vorliegen (Tafry, Mikulewicz & Helwig 2019: 3). Diese Forschungsfrage zielt darauf ab, dass Framing von FFF-Austria auf die verschiedenen Teilaspekte und Charakteristika von Klimagerechtigkeit, sowohl aus aktivistischer als auch akademischer Perspektive, zu untersuchen. Dies soll Aufschluss darüber geben, inwiefern das Konzept im Framing aufgegriffen wird, was für eine finale Verortung in die Klimagerechtigkeitsbewegung entscheidend ist.

- Finden Veränderungen des Framing von FFF Austria innerhalb des Analysezeitraumes von 2019 bis 2024 statt?

Soziale Bewegungen sind dynamische Akteure, welche ihre Strategien und Ziel im Laufe ihres Aktivitätszeitraumes verändern können (della Porta & Diani 2006: 150-152). Mithilfe dieser Forschungsfrage können die Entwicklungen im Framing von FFF Austria innerhalb des Analysezeitraumes nachvollzogen werden. Die Betrachtung möglicher Veränderungen im Framing ermöglicht eine differenziertere Verortung der Ländergruppe in der Klimagerechtigkeitsbewegung, in dem die Bewegung beispielsweise zu verschiedenen Zeitpunkten des Analysezeitraumes verschieden verortet werden kann.

- Welcher Strömung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung kann FFF Austria basierend auf ihrem Framing zugeordnet werden?

Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist nicht homogen, sondern umfasst eine vielfältige Klimabewegung mit unterschiedlichen Akteur*innen und Forderungen. Forschungsliteratur zur Klimagerechtigkeitsbewegung (e.g. Bäckstrand & Lövbrand 2016; Bartmann, Halsband & Schnapper 2023; della Porta & Parks 2014; Gach 2019) identifiziert jedoch zwei dominante Strömungen, eine moderate und eine radikale, welche anhand ihrer Vorgehensweise, ihrer Ziele sowie ihrer politischen Forderungen differenziert werden können (Bartmann, Halsband & Schnapper 2023: 118f.). Diese Forschungsfrage zielt darauf ab, FFF Austria in eine dieser beiden Strömungen einzuordnen. Dieses Ergebnis kann schließlich in die finale Verortung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung unter Bezugnahme aller drei Unterfragen einfließen.

Um Aussagen darüber treffen zu können, wie Fridays for Future in der Klimagerechtigkeitsbewegung verortet werden kann, wurde eine Framing-Analyse auf Basis des Framing-Ansatzes der Autor*innen Benford und Snow (2000) in Form einer einzelnen Fallstudie durchgeführt. Gegenstand dieser ist eine detaillierte und extensive Analyse der Ländergruppe FFF Austria. Die Framing-Analyse zielt darauf ab, die von FFF Austria veröffentlichten Pressemitteilungen und Tweets sowie diverse Webseiten-Inhalte im Zeitraum von März 2019 bis Januar 2024 mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) zu untersuchen. Die Ergebnisse werden im Anschluss unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Literatur sowie auf Grundlage von Konzeptualisierungen zu Klimagerechtigkeit und zur Klimagerechtigkeitsbewegung diskutiert, um bewerten zu können, welche Aspekte von Klimagerechtigkeit im Framing von FFF Austria thematisiert werden, welche Veränderungen im Framing innerhalb des Analysezeitraumes feststellbar sind, sowie welcher Strömung innerhalb der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung sich FFF Austria zuordnen lässt.

Die vorliegende Masterarbeit hat zum Ziel, einen Beitrag zur sozialen Bewegungsforschung zu leisten, indem sie durch die Analyse der österreichischen FFF-Bewegung in Bezug auf Klimagerechtigkeit eine kritische Perspektive auf die Klimabewegung aus dem Globalen Norden einnimmt und somit eine bestehende Forschungslücke schließt. Seit der Entstehung von Fridays for Future im Jahr 2018 haben sich zwar schon viele wissenschaftliche Studien aus der Protest- und Bewegungsforschung mit der FFF-Bewegung als Forschungsgegenstand auseinandergesetzt (e.g. de Moor et al. 2020; Haunss & Sommer 2020; Neuber, Daniel & Gardner 2021; Sommer et al. 2019; Wahlström et al. 2019) und dies zum Teil auch mithilfe von Framing-Analysen (e.g. Buzogány & Scherhauser 2022; Daniel et al. 2020; Svensson &

Wahlström 2023). Diese Studien erfüllen allerdings einen eher deskriptiven Zweck, indem sie die FFF-Bewegung im Allgemeinen detaillierter charakterisieren, beispielsweise anhand der Demographie der Teilnehmer*innen (e.g. della Porta & Portos 2023; de Moor et al. 2020; Wahlström et al. 2019) oder hinsichtlich ihrer vertretenen Inhalte und Forderungen (e.g. Bohl & Daniel 2020; Daniel et al. 2020; Haunss & Sommer 2020; Sommer et al. 2019). Eine Analyse in Bezug auf das Konzept der Klimagerechtigkeit innerhalb der europäischen FFF-Bewegung bzw. eine Verortung von Fridays for Future innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung hat jedoch bisher nicht stattgefunden, sodass diese Masterarbeit versucht, an diese Forschungslücke anzusetzen. Des Weiteren wird mit dem Analysezeitraum von 2019 bis 2024 eine nahezu vollständige Analyse des gesamten Aktivitätszeitraumes von FFF Austria angestrebt, was in Form einer Framing-Analyse bisher nicht umgesetzt wurde. Der von Daniel et al. (2020) für die Analyse FFF Austria festgelegte Zeitraum erstreckt sich lediglich bis Mai 2020 (Daniel et al. 2020: 373). Die Analyse dieser Masterarbeit umfasst insbesondere den Zeitraum der Corona-Pandemie sowie der Energiekrise und des Angriffskrieges in der Ukraine. Dadurch lassen sich wertvolle neue Einsichten bezüglich der Veränderungen im Framing von FFF Austria gewinnen.

Der Aufbau der vorliegenden Masterarbeit gestaltet sich wie folgt: Zunächst wird das Forschungsinteresse in verschiedene theoretische Ansätze eingebettet. Im ersten Teil des Theorie-Kapitels erfolgt eine Einführung in das Forschungsfeld der Bewegungs- und Protestforschung sowie eine Definition der für diese Arbeit relevanten Formen von sozialen Bewegungen (s. Kap. 2.1). Anschließend werden im nächsten Unterkapitel die für das übergeordnete Forschungsinteresse relevanten Konzepte der Umwelt- und Klimagerechtigkeit vorgestellt sowie die Entstehung der dazugehörigen sozialen Bewegungen erläutert (s. Kap. 2.2). Im Folgenden wird der für diese Masterarbeit zentrale theoretische Ansatz des Framings beschrieben, welcher die Grundlage für die empirische Analyse bildet (s. Kap. 2.3). In Kapitel drei erfolgt eine Darstellung der Entstehungsgeschichte der Fridays for Future-Bewegung sowie eine Erläuterung ihrer Ziele, Forderungen und Organisationsstrukturen. Anschließend wird der für diese Fallstudie ausgewählte nationale Ableger Fridays for Future Austria vorgestellt. Abschließend erfolgt ein Überblick über den Forschungsstand zu Fridays for Future (s. Kap. 3). Im Folgenden wird die im Rahmen dieser Masterarbeit verwendete methodische Vorgehensweise in Form der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) beschrieben. Weiterhin erfolgt eine Reflexion über die Grenzen der Methodik sowie die Positionierung der forschenden Person (s. Kap. 4). Daran anschließend werden die Analyseergebnisse der Framing-Analyse anhand der drei Frames - diagnostisch, prognostisch und motivational - präsentiert und mithilfe weiterer Forschungsliteratur zu Fridays for Future verglichen bzw. diskutiert. Zusätzlich werden die Veränderungen im Framing von FFF Austria innerhalb des

Analysezeitraumes beschrieben und eingeordnet (s. Kap. 5). Die dargestellten Ergebnisse der Framing-Analyse werden in zwei anschließenden Kapiteln hinsichtlich des Konzeptes der Klimagerechtigkeit (s. Kap. 6) sowie der Einordnung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung (s. Kap. 7) diskutiert. Abschließend werden in der Conclusio die wesentlichen Inhalte dieser Masterarbeit zusammengefasst, die eingangs gestellten Forschungsfragen beantwortet sowie über die Relevanz der Ergebnisse und mögliche zukünftige Forschung reflektiert (s. Kap. 8).

2. Theoretischer Rahmen

Um dem Forschungsinteresse, der Einordnung von *Fridays for Future Austria* in die Klimagerechtigkeitsbewegung, nachzukommen, erfolgt zunächst eine Vorstellung der theoretischen Ansätze, in welche das Forschungsinteresse eingebettet ist. Das Theorie-Kapitel untergliedert sich demzufolge in drei Teile. Im ersten Teil erfolgt eine Einführung in das Forschungsfeld der Bewegungs- und Protestforschung sowie eine Definition der für diese Arbeit relevanten Formen von sozialen Bewegungen. Im nächsten Teil werden die für das übergeordnete Forschungsinteresse wichtigen Konzepte der Umwelt- und Klimagerechtigkeit vorgestellt sowie die Entstehung der dazugehörigen sozialen Bewegungen erläutert. Als Letztes erfolgt eine Beschreibung des für diese Masterarbeit zentralen theoretischen Ansatzes des Framings, welcher die Grundlage für die empirische Analyse bildet.

2.1 Soziale Bewegungen

Die Bewegungsforschung hat ihre Wurzeln in zwei wesentlichen Theorierichtungen: der sozialen Evolutionstheorie von Marx und Engels, die Klassenkämpfe als Triebkraft gesellschaftlicher Veränderungen sieht, und der Massenpsychologie von Le Bon, die das irrationale Verhalten von Individuen in Massen hervorhebt. Ab den 1960er-Jahren entwickelten Forscher*innen aus den USA und Westeuropa weitere theoretische Ansätze mit verschiedenen analytischen Schwerpunkten und etablierten damit das interdisziplinäre akademische Feld der Bewegungs- und Protestforschung (Beyer & Schnabel 2017: 11f.; Daniel et al. 2020: 367; Kern 2008: 9-11). Zu den bedeutenden theoretischen Ansätzen zählen u.a. die ‚Theorie kollektiven Verhaltens‘ aus den 1960er-Jahren, welche auf die Entstehung von Protestbewegungen eingeht; die ‚Ressourcenmobilisierungstheorie‘ aus den 1970er-Jahren, die die Mechanismen der Protestmobilisierung erfasst; oder der ‚Framing-Ansatz‘ aus den 1980er-Jahren, welcher dazu beiträgt, die Entstehung und den Wandel kollektiver Deutungsmuster innerhalb sozialer Bewegung zu erörtern (Daniel et al. 2020: 367; Kern 2008: 10f.). Die Vielzahl an Theorien verdeutlicht die verschiedenen möglichen Perspektiven auf soziale Bewegungen. Diese reichen von bewegungszentrierten Forschungsinteressen, wie

organisatorischen Aspekten und der Herstellung von Zugehörigkeiten, bis hin zu Analysen von Relationen zu anderen Akteur*innen (Daniel et al. 2020: 367).

2.1.1 Definition Soziale Bewegungen

Soziale Bewegungen werden in dieser Arbeit gemäß der viel aufgegriffenen Definition nach Rucht (1994) definiert:

Eine *soziale Bewegung* ist ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen. (Rucht 1994: 338f.)

Soziale Bewegungen lassen sich demnach als informell verbundene Netzwerke von Gruppen und Individuen charakterisieren, die durch anhaltende kollektive und öffentliche Aktionen ein gemeinsames Ziel anstreben und sich dabei von eindeutig identifizierten Gegner*innen abgrenzen (Beyer & Schnabel 2017: 16; della Porta & Diani 2006: 20). Dies erfolgt insbesondere durch die Konstruktion einer kollektiven Identität, die auf gemeinsamen Wertvorstellungen, Normen und Solidarität basiert und ein Gefühl der Verbundenheit zwischen den einzelnen Akteur*innen und Organisationen erzeugt. Dies erleichtert schließlich das Engagement für ein gemeinsames Ziel (della Porta & Diani 2006: 20f.; Herkenrath 2011: 24f.). Das Aktionsrepertoire sozialer Bewegungen umfasst in erster Linie Proteste wie Streiks und Demonstrationen, darüber hinaus jedoch auch eine Vielzahl weiterer politischer Mittel wie Lobbying, Unterschriftensammlungen oder Öffentlichkeitsarbeit (Herkenrath 2011: 26). Wie auch die Aktionsformen, sind die Organisationsformen von sozialen Bewegungen sehr individuell und veränderbar. Soziale Bewegungen werden in der Literatur grundsätzlich als informelle Netzwerke charakterisiert, welche verschiedene Grade an Partizipation ermöglichen. Neben sogenannten ‚Basisgruppen‘ oder ‚Graswurzelbewegungen‘ können jedoch auch formale Organisationen wie NGOs als soziale Bewegungen gelten (Herkenrath 2011: 25-28). Soziale Bewegungen, welche sich international für bestimmte Themen wie Menschenrechte, Umweltschutz oder Geschlechtergleichstellung einsetzen, werden als ‚*transnational advocacy networks*‘ oder auch transnationale Bewegungen bezeichnet. Diese internationalen Netzwerke sind ebenso wie soziale Bewegungen durch das Teilen gemeinsamer Werte und Ressourcen verbunden, weisen jedoch zum Teil unterschiedliche Organisationsformen auf (Kern 2008: 15).

2.1.2 Definition Umweltbewegung

Die Umweltbewegung hat ihre Ursprünge in der Gründung von Naturschutzverbänden in Europa und den USA gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Politischen Einfluss erlangte sie jedoch erst ab den 1960er-Jahren mit der Etablierung der ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ (Deutschmann et al. 2020: 721f.; Kern 2008: 103f.). Zu Beginn der 1960er-Jahre haben einige

wissenschaftliche Publikationen wie das 1962 erschienene Buch ‚*Silent Spring*‘ von Rachel Carson zur chemischen Verseuchung der Böden und Gewässer sowie der 1972 erschiene Bericht ‚Grenzen des Wachstums‘ des *Club of Rome* intensive Umweltdebatten in den Medien und in der breiten Öffentlichkeit ausgelöst sowie zu einer gesteigerten Sensibilität für Umweltprobleme beigetragen (Kern 2008: 104-107). In der Konsequenz führte dies in den USA sowie in Europa zur Gründung zahlreicher Bürger*inneninitiativen sowie Nichtregierungsorganisationen im Umweltbereich, welche sich insbesondere auf die Themen Natur- und Umweltschutz sowie ab den 1970er-Jahren auf den Konflikt um den Ausbau der Atomenergie fokussierten (Deutschmann et al. 2020: 721f.; Kern 2008: 107). Dennoch ist die Umweltbewegung heterogen strukturiert, auch wenn das übergeordnete Ziel, den Schutz der Umwelt zu gewährleisten, von allen Teilen der Bewegung geteilt wird (Rootes & Nulman 2015: 730). In dieser Masterarbeit wird ein inklusives und breites Verständnis von Umweltbewegungen gewählt, wie es von Rootes und Nulman (2015) definiert wurde:

[A]n environmental movement [is] a loose, non-institutionalized network of informal interactions that includes, as well as individuals and groups who have no organizational affiliation, organizations of varying degrees of formality, and is engaged in collective action motivated by shared identity or concern about environmental issues. (Rootes & Nulman 2015: 730)

Umweltbewegungen können demnach anhand verschiedener Charakteristika unterschieden werden bzw. voneinander abweichen. Die Organisationsformen der Bewegungen können sowohl hochgradig strukturiert und formell als auch informell gestaltet sein. Die Ebene des Engagements kann lokal bis nahezu global angelegt sein. Des Weiteren kann der Fokus der Bewegungen von einzelnen Themen bis hin zu Umweltschutz oder -problemen im Allgemeinen reichen (Rootes 1999: 2; Rootes & Nulman 2015: 730). Die Heterogenität und Unterscheidungsformen innerhalb der Umwelt- und Klimabewegung sowie deren radikale bis bürokratisch-moderate Flügel werden im weiteren Verlauf dieses Theoriekapitels noch detaillierter erörtert (s. Kap. 2.3.3). Es lässt sich jedoch mit Sicherheit feststellen, dass Umweltbewegungen seit ihrer Entstehung in den 1960er Jahren einen nachhaltigen politischen Einfluss genommen haben (Rootes 1999: 1). Als Resultat der Umweltbewegungen in den 1980er-Jahren etablierten sich beispielsweise Grüne Parteien, die sich seitdem in einem institutionalisierten Rahmen für Umweltthemen einsetzen (Deutschmann et al. 2020: 721f.). Weiterhin sind aufgrund des Drucks von Umweltbewegungen Umweltministerien in vielen Nationalstaaten mittlerweile fester Bestandteil des politischen Systems (Rootes 1999: 1).

2.1.3 Definition Klimabewegung

Die Klimabewegung kann als ein Teil der Umweltbewegung betrachtet werden und entstand unter ähnlichen Bedingungen wie die ersten Umweltbewegungen. Seit der Veröffentlichung

des Berichtes des *Club of Rome* im Jahr 1972 haben weitere wissenschaftliche Veröffentlichungen, wie die des Weltklimarates (IPCC), die Öffentlichkeit über den anthropogen verursachten Klimawandel informiert und sensibilisiert (Garrelts & Dietz 2014: 1; Kern 2008: 107). Auf Basis dieser Problemlage formierten sich aktivistische Gruppierungen, NGOs und weitere Bewegungsakteur*innen, um für Maßnahmen gegen die globale Erwärmung und für Klimaschutz zu protestieren (Garrelts & Dietz 2014: 1). Die in dieser Masterarbeit genutzte Definition von der Klimabewegung basiert auf dem Verständnis von Garrelts und Dietz (2014), welche sich wiederum an der Definition von sozialen Bewegungen nach Rucht (1994) orientieren. Klimabewegungen lassen sich demnach wie folgt beschreiben:

The climate movement endeavors to realize its [...] shared, higher-order objective of averting climate change primarily by [...] means of various forms of protest which have assumed *renewed priority* over and above the lobbying and advocacy activities of NGOs over the last three to four years. (Garrelts & Dietz 2014: 7)

Ähnlich wie bei Umweltbewegungen reichen die Ziele und Schwerpunkte von detaillierten und kleinteiligen Bestrebungen wie beispielsweise Emissionsreduktionen, der Energiewende und der Veränderung des Lebensstils hin zu breiten Anliegen wie dem Kampf gegen die Ursachen der globalen Erwärmung bevor irreversible Kipppunkte überschritten und sich die damit einhergehenden Konsequenzen existenziell auswirken werden (Garrelts & Dietz 2014: 1f.). Für zahlreiche Aktivist*innen ist das Engagement für den Klimaschutz ebenfalls mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verbunden, da die Auswirkungen des Klimawandels und der Erderwärmung Regionen und Bevölkerungsgruppen unterschiedlich betreffen werden bzw. ungleiche Anpassungsfähigkeiten an die klimatischen Veränderungen vorliegen (ebd.: 2). Wie bereits mehrfach betont, sind sowohl Umwelt- als auch Klimabewegung Oberbegriffe für eine Vielzahl an Individuen, Gruppen und Netzwerken, die hinsichtlich verschiedener Aspekte differenziert werden können (s. Kap. 2.3.3). Dies umfasst die Ebene des Aktivismus, welche von kleinen Graswurzelbewegungen und Basisgruppen auf lokaler Ebene bis hin zu formalen Organisationen auf nationalstaatlicher oder internationaler Ebene reicht. Weitere Unterscheidungsaspekte der Klimabewegung sind beispielsweise die Radikalität, mit der einzelne Bewegungen in ihren Ansichten hinsichtlich der Ursachen und Lösungen für den Klimawandel auftreten; die Wahl der Aktionsformen, um die eigenen Anliegen auszudrücken; die Wahl der Organisationsform sowie die Art der Akteur*innen, welche sich in diesen engagieren (ebd.: 2f.).

2.2 Entwicklungsverlauf von Umwelt- zu Klimagerechtigkeit

In Folgenden erfolgt eine Einführung in den für diese Masterarbeit zentralen Begriff der Klimagerechtigkeit. Da dieser einen aktivistischen Ursprungs hat, ist eine Wiedergabe der historischen Entwicklungen der Klimabewegung erforderlich, welche schließlich zur

Entstehung des Konzeptes geführt haben. In diesem Zusammenhang wird zunächst die Entstehung der Umweltgerechtigkeitsbewegung sowie das Konzept der Umweltgerechtigkeit (*Environmental Justice*) erläutert, welches die Grundlage für das Konzept der Klimagerechtigkeit bildet. Im Anschluss wird die Entwicklung der Klimagerechtigkeitsbewegung dargelegt, sowie eine Konzeptualisierung des Begriffs aus akademischer und aktivistischer Perspektive vorgenommen.

2.2.1 Das Konzept der Umweltgerechtigkeit

Die Umweltgerechtigkeitsbewegung entstand in den USA der 1980er-Jahre. Initiiert mehrheitlich von *People of Color* wurden Kampagnen organisiert, welche die sozial ungleiche Verteilung von toxischen Belastungen, verursacht durch Müll und Pestizide, innerhalb der amerikanischen Bevölkerung thematisierten. Die Proteste verwiesen außerdem auf die bisherige Vernachlässigung dieser disproportionalen Benachteiligung für *BIPoC*-Communities in Kampagnen von *weißen* Umweltschutzorganisationen. Diese anfänglich auf lokaler Ebene organisierten Proteste entwickelten sich schließlich zu einer nationalen Protestbewegung (Bellina 2022: 63; Schlosberg 2009: 47; Taylor 2000: 535). Ein konkretes Ereignis, welches im Nachhinein als Ausgangspunkt der Umweltgerechtigkeitsbewegung eingestuft wurde, sind die Proteste rund um eine Mülldeponie in Warren County, North Carolina im Jahr 1982. Dort entstand Widerstand gegen die Lagerung giftiger Substanzen und Abfälle, welche zu einer unverhältnismäßigen, gesundheitsgefährdenden Belastung für die dortige mehrheitlich afroamerikanische Bevölkerung führte. Diese Protestaktionen markierten nicht nur den Start der Umweltgerechtigkeitsbewegung, sondern vereinten weiterhin erstmalig die Bürgerrechtsbewegung (*Civil Rights Movement*) mit *weißen* Umweltschützer*innen, was die erste aktivistische Zusammenarbeit dieser beiden Bewegungen seit den 1960er-Jahren darstellte (Bellina 2022: 63; Schlosberg & Collins 2014: 360). Im Jahr 1991 fand schließlich in Washington, D.C. der *National People of Color Environmental Leadership Summit* statt, an dem über 1.000 Personen teilnahmen und Vertreter*innen afroamerikanischer, asiatisch-amerikanischer, lateinamerikanischer und indigener Gemeinschaften zusammenkamen (Bellina 2022: 65). Im Rahmen der Veranstaltung wurde nicht nur der Begriff *Environmental Justice* geprägt, sondern auch die 17 Prinzipien der Umweltgerechtigkeit beschlossen, welche bis heute als Richtlinien der Bewegung gelten. Die Prinzipien umfassen u. a. den Schutz vor der Belastung durch Giftstoffe, das Recht auf Mitbestimmung und Selbstbestimmung sowie Politiken, die auf gegenseitigem Respekt basieren (Schlosberg & Collins 2014: 360f.; Taylor 2000: 537). In Europa wurde das Konzept der *Environmental Justice* und dazugehörige theoretische Ansätze aus den USA übernommen, aber an europäische Kontexte angepasst (Köckler et al. 2017: 1). Im Gegensatz zu den USA gibt es in Westeuropa keine starke, bürgerbasierte Umweltgerechtigkeits-Bewegung, vielmehr wird das Thema vor allem von akademischen und administrativen Akteur*innen getragen. Während *Environmental Justice* in

den USA in enger Zusammenarbeit mit der Bürgerrechtsbewegung entstanden ist, wird es in Europa selten mit ethnischen oder *racial* Kategorien verknüpft (Glatter-Götz et al. 2019: 2; Köckler et al. 2017: 4-8). Trotz nachgewiesener Umweltungleichheiten gibt es in Österreich keine starke soziale Bewegung, die sich auf Umweltgerechtigkeit konzentriert. Umwelt- und Gesundheitsproteste werden meist von etablierten Umwelt-NGOs oder lokalen Gruppen geführt, ohne eine Verbindung zu sozialen Kategorien wie Klasse oder *race* herzustellen (Glatter-Götz et al. 2019: 9). Laut Glatter-Götz et al. (2019) seien migrantische Gruppen in Österreich im Vergleich zu ethnischen Minderheiten in den USA weniger organisiert und haben aufgrund einer ohnehin kaum existierenden Umweltgerechtigkeitsbewegung kaum Anknüpfungspunkte für Proteste (ebd.: 9).

Eines der Kernanliegen der Umweltgerechtigkeitsbewegung ist der antirassistische Umweltschutz, der ökologische Probleme wie die Umweltbelastung durch Verschmutzung mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verbindet (Newell et al. 2021: 4). In diesem Punkt unterscheidet sich die *Environmental Justice*-Bewegung von den klassischen Umweltbewegungen des Globalen Nordens, indem sie das Verständnis von Natur als Wildnis oder nicht-menschliche Natur umdeutet (Schlosberg 2009: 54). Im Gegensatz dazu fokussiert sich die Umweltgerechtigkeitsbewegung auf die Beziehung zwischen Menschen und der nicht-menschlichen Natur und bezieht dabei insbesondere indigene Vorstellungen mit ein (Bellina 2022: 65f.; Schlosberg & Collins 2014: 360f.). Die klassische Umweltbewegung besteht weiterhin überwiegend aus *weißen* Menschen der Mittelklasse, welche in hochprofessionalisierten und gut finanzierten Organisationen für den Schutz der Umwelt und Natur arbeiten. Dabei wird die Relevanz sozialer Ungleichheit und ungleicher Machtverhältnisse als zentrale Ursachen von Umweltzerstörung, Ressourcenerschöpfung und Umweltverschmutzung jedoch weitgehend ignoriert. Die als Reaktion hierauf entstandene *Environmental Justice*-Bewegung kritisiert diese Vernachlässigung Schwarzer Perspektiven im Bereich der Umweltpolitik und fordert im Gegenzug dazu auf, soziale, insbesondere rassistische Ungerechtigkeit im Kontext von Umweltschäden zu berücksichtigen (Bellina 2022: 65f; Taylor 2000: 534).

In den vergangenen 40 Jahren haben nicht nur soziale Bewegungen das Konzept der Umweltgerechtigkeit geprägt, sondern auch akademische Arbeiten Theorien, Frameworks und Methoden entwickelt, welche gesellschaftliche Naturverhältnisse analysieren. Als wesentliches Merkmal von *Environmental Justice* wurde die Verknüpfung von Menschenrechten und Umweltfragen herausgestellt. Diese ermöglichte die Untersuchung von Gerechtigkeit für Menschen im Kontext ihrer Umwelt in einem intersektionalen, räumlichen sowie temporalen Zusammenhang (Bellina 2022: 63; Taylor 2000: 557f.). Ein Grundgedanke

hierbei ist, “that human concerns and problems cannot be separated from environmental and social problems [and thus] places the human and urban dimensions [...] on par with wild nature and wild lands” (Taylor 2000: 557f.). Mithilfe des analytischen Ansatzes der Umweltgerechtigkeit können somit die strukturellen und historisch gewachsenen Ursachen für umweltbezogene Ungerechtigkeiten wie beispielsweise räumliche Segregation oder Diskriminierung im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt identifiziert werden (Bellina 2022: 64). Umweltgerechtigkeit strebt in diesem Zusammenhang die Veränderung globaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse an, um die identifizierten sozial-ökologischen Ungerechtigkeiten abzubauen (Schlosberg 2009: 52f.; Schlosberg & Collins 2014: 361). Zu diesem Zweck werden folgende Ziele definiert: „Das Recht aller Menschen, in einer sicheren und gesunden Umgebung zu leben; die faire und gleiche Behandlung bezüglich Umweltlasten, -risiken und -nutzen sowie eine ebensolche Beteiligung an Entscheidungsprozessen bezüglich ihrer Umwelt“ (Bellina 2022: 65). Das Konzept der Umweltgerechtigkeit stellt somit ein Gegengewicht zu *top-down* orientierten politisch-institutionellen Konzepten wie der Nachhaltigen Entwicklung dar, da es sowohl einen aktivistischen *bottom-up* Ursprung hat sowie einen stärkeren Fokus auf soziale Gerechtigkeit in ihren Lösungsansätzen vertritt (Bellina 2022: 66).

Viele der theoretischen Ansätze, die im Zusammenhang mit Umweltgerechtigkeit stehen, stammen ähnlich wie die soziale Bewegung aus den USA (Köckler et al. 2017: 1). Europäische Forschung bezüglich Umweltgerechtigkeit unterscheidet sich zudem zu der aus den Vereinigten Staaten, da sich die Diskussion auf gesundheitliche Ungleichheiten, Energiearmut und Verteilungsungerechtigkeiten im Zusammenhang mit Umweltbelastungen fokussiert und eine Verknüpfung mit ethnischen Kategorien weniger stark analysiert wird (ebd.: 8). Es gibt jedoch keinen einheitlichen, grenzüberschreitenden *Environmental Justice*-Diskurs in Westeuropa, sondern unterschiedliche nationale Ansätze, die oft eng mit Nachhaltigkeitsdiskursen verbunden sind (ebd.: 1-3). In Österreich steht die Diskussion über Umweltgerechtigkeit noch am Anfang. Erste Initiativen wurden von Institutionen wie der Arbeiterkammer Niederösterreich und der Armutskonferenz gestartet, die Veranstaltungen zu *Environmental Justice* organisierten und Informationsmaterial veröffentlichten (Glatter-Götz et al. 2019: 3f.). Eine Studie von Glatter-Götz et al. (2019) untersucht erstmals in Österreich Umweltungleichheiten in der Nähe von Industriestandorten nach dem Vorbild der USA (ebd.: 9).

2.2.2 Das Konzept der Klimagerechtigkeit

Die Klimagerechtigkeitsbewegung, welche in den 2000er Jahren zu einer globalen Bewegung heranwuchs, knüpft an die Kämpfe, Ideen und Prinzipien der Umweltgerechtigkeitsbewegung an (Kalt 2022: 173; Schlosberg & Collins 2014: 366). Beide Bewegungen sind sowohl

international als auch lokal aktiv „and demand attention—and challenges—to the existing relationships between human communities and the environments that sustain them“ (Schlosberg & Collins 2014: 370). Des Weiteren strebt die *Climate Justice*-Bewegung ebenfalls an, Maßnahmen gegen jene Strukturen zu ergreifen, welche die Ursachen des Klimawandels und der Klimaungerechtigkeit darstellen. Dabei werden Prinzipien der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit angewandt (Kalt 2022: 173). Die Klimagerechtigkeitsbewegung erweitert das Konzept der Umweltgerechtigkeit jedoch um eine globale Gerechtigkeitsdimension. Die Bewegung betont insbesondere, dass oft marginalisierte Gruppen von Umweltzerstörung bzw. den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, obwohl diese wenig bis gar nichts zu deren Verursachung beigetragen haben. Somit steht das Konzept der Klimagerechtigkeit wie auch *Environmental Justice* in Opposition zu klassischen Klimabewegungen, welche oft einen technischen, politisch-institutionellen Fokus aufweisen und dabei die Rechte marginalisierter Gruppen übergehen (Newell et al. 2021: 6).

Der Begriff ‚Klimagerechtigkeit‘ wurde mutmaßlich zuerst in dem Bericht *Greenhouse Gangsters vs. Climate Justice* von *CorpWatch* aus dem Jahr 1999 verwendet (Tokar 2019: 15f.). In diesem kritisiert die Vereinigung den hohen politischen Einfluss der Erdölindustrie und betont gleichzeitig die Verantwortung dieser Unternehmen für die Verursachung des Klimawandels. In diesem Zusammenhang fordern sie eine *just transition* weg von fossilen Brennstoffen und appellieren hierbei insbesondere an Industriestaaten sowie die internationale Staatengemeinschaft (Schlosberg & Collins 2014: 366; Tokar 2019: 15f.). Drei Jahre später, im Jahr 2002, fand auf Bali ein Vernetzungstreffen von *CorpWatch* mit anderen internationalen NGOs wie dem *World Rainforest Movement*, *Friends of the Earth International* und dem *Third World Network* statt. Diese hatten in den 1990er-Jahren auf lokale Missstände, insbesondere von indigenen Gemeinschaften im Globalen Süden, im Zusammenhang mit Extraktivismus aufmerksam gemacht (Tokar 2019: 16). Im Rahmen des Treffens wurden die 27 sogenannten *Bali Principles of Climate Justice* entwickelt, die sich inhaltlich an den 1991 beschlossenen *Principles of Environmental Justice* orientieren und die erste Grundlage für eine internationale Klimagerechtigkeitsbewegung bildeten (Schlosberg & Collins 2014: 366f.). Weitere fünf Jahre später schlossen sich diverse NGOs aus dem Globalen Süden auf der *Conference of Parties* (COP-13) 2007 auf Bali zum *Climate Justice Now!* (CJN!) Netzwerk zusammen (Schlosberg & Collins 2014: 367; Tokar 2019: 16f.). Diese kritisierten den nahezu ausschließlich wissenschaftsfokussierten Ansatz der institutionalisierten globalen Klimapolitik und dessen sogenannte ‚falsche Lösungen‘ als unzureichend und forderten stattdessen die Adressierung der Hauptursachen des Klimawandels (*root causes*). CJN! nimmt damit eine systemkritische Perspektive ein, welche das Entstehen für ökologische, soziale und geschlechtsspezifische Gerechtigkeit anstrebt. Weiterhin betonen sie die ungleich verteilte

Schuld am Klimawandel zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden und fordern daraufhin die ökonomisch besser situierten Länder des Globalen Nordens auf, eine proportionale Verantwortung hinsichtlich Emissionsreduktionen sowie Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zu übernehmen (Svensson & Wahlström 2023: 3f.; Tokar 2019: 16f.). Parallel dazu wurde 2008 das *Climate Justice Action* (CJA)-Netzwerk gegründet, welches insbesondere radikale direkte Aktionsformen befürwortete. Dieses ging zu einem großen Teil aus der *Global Justice*-Bewegung hervor und zeigte eine ähnliche Skepsis gegenüber zentral gesteuerter, auf marktbasierten Instrumenten basierender Klimaschutzpolitik wie CJN! (Svensson & Wahlström 2023: 4).

Ein weiteres Ereignis, welches für die Etablierung der Klimagerechtigkeitsbewegung zentral war, sind die Proteste um die COP-15 2009 in Kopenhagen. Während des UNFCCC-Klimagipfels versammelten sich eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zu Protesten, u. a. das *Climate Justice Now!*-Netzwerk mit über 160 Mitgliedern, das radikalere *Climate Justice Action*-Netzwerk, Graswurzelbewegungen aus dem Globalen Süden wie *Via Campesina*, europäische Netzwerke wie *Camp for Climate Action* sowie diverse NGOs (Chatterton, Featherstone & Routledge 2013: 603f.). Die Protestaktionen standen im Rahmen eines ‚alternativen Klimagipfels‘ und beinhalteten beispielsweise die Eröffnung autonomer, selbstverwalteter Räume in Kopenhagen, in denen sich die verschiedenen Bewegungen vernetzen und weitere Aktionen planen konnten (ebd.: 603). Im sogenannten ‚Klimaforum‘ wurde u. a. eine Erklärung erarbeitet, welche von über 400 Organisationen und Bewegungen unterzeichnet wurde. Diese beinhaltete diverse Prinzipien für aktivistische Kampagnen zu Klimagerechtigkeit. Dadurch sollten die verschiedenen globalen Perspektiven repräsentiert und eine translokale Solidarität innerhalb der großen Bewegung hergestellt werden (ebd.: 614). Ein weiteres Beispiel stellt der globale Aktionstag am 16. Dezember 2009 dar, an dem auf großen Massendemonstrationen ‚*System Change not Climate Change*‘ gefordert wurde (ebd.: 615). Während der Proteste in Kopenhagen hat sich Klimagerechtigkeit schließlich als neuer *Collective Action Frame* der Klimabewegung herausgebildet und die politische Agenda der Klimabewegung neu ausgerichtet, welche sich nun insbesondere auf die Herausstellung der ungleichen geografischen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels konzentriert (ebd.: 603).

Während die Positionen der Klimagerechtigkeitsbewegung im Jahr 2009 noch in der Minderheit waren, wurde Klimagerechtigkeit innerhalb der vergangenen 15 Jahre nicht nur von immer mehr sozialen Bewegungen, sondern auch von Medien und politischen Akteur*innen aufgegriffen (Svensson & Wahlström 2023: 4), „to place issues of climate debt and historical responsibility centre stage and to demand justice for those communities that are on the front lines of the climate crisis, but who have contributed least to it“ (Newell 2022: 915). In Ländern

des Globalen Südens vereint die Klimagerechtigkeitsbewegung vorrangig indigene und andere Graswurzelgruppierungen, welche sich auf lokaler Ebene u.a. gegen Landnahmen durch die fossile oder landwirtschaftliche Industrie engagieren. Wichtige Anliegen neben der Entschädigung bei der Verletzung ihrer Landrechte sind die Zusicherung von Souveränität und Autonomie sowie Partizipation in Entscheidungsprozessen, die ihre Lebensgrundlage betreffen (Schlosberg & Collins 2014: 368; Tokar 2019: 17). In den letzten Jahren sind auch im Globalen Norden neue, von jungen Menschen angeführte Klimabewegungen wie *Fridays for Future* entstanden, welche durch ihre groß angelegten Massenproteste Aufmerksamkeit für den Klimawandel generieren. Weiterhin zählen außerdem Gruppen wie ‚Ende Gelände‘ und *Extinction Rebellion*, die stärker auf direkte Aktionen und zivilen Ungehorsam zurückgreifen, um beispielsweise die Problematik fossiler Brennstoffe oder das Artensterben anzuprangern. Alle drei Gruppierungen setzen sich jedoch u. a. für intergenerationale Gerechtigkeit ein und fordern eine lebenswerte, klimagerechte Zukunft für alle (Deutschmann et al. 2020: 722f.; Kalt 2022: 177f.). Klimagerechtigkeit hat sich somit zu einem übergreifenden *Frame* entwickelt, welcher von diversen sozialen, indigenen und jugendgeführten Bewegungen global angewendet wird (Sultana 2021: 119). Dennoch kann die Klimagerechtigkeitsbewegung nicht als homogen charakterisiert werden. Insbesondere Vertreter*innen des Globalen Nordens unterscheiden sich eher durch *top-down* organisierte Strukturen sowie auf technische Reformen fokussierten Klimaschutz von den lokal organisierten Graswurzelbewegungen im Globalen Süden (Newell et al. 2021: 6) (s. Kap. 2.3.3).

Klimagerechtigkeit wird jedoch nicht nur von sozialen Bewegungen oder NGOs aufgegriffen und eingefordert, sondern hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten auch in wissenschaftlichen Diskursen als Konzept etabliert (Tokar 2019: 13). In diesen unterschiedlichen Kontexten wird Klimagerechtigkeit teilweise sehr verschieden interpretiert, weswegen heute diverse Verständnisse von Klimagerechtigkeit aus verschiedenen Perspektiven vorliegen (Tafry, Mikulewicz & Helwig 2019: 3). Tafry, Mikulewicz und Helwig (2019) konstatieren, dass zumindest alle den Fokus auf Gerechtigkeit sowohl hinsichtlich der Ursachen als auch der Folgen des Klimawandels teilen. Das Konzept der Klimagerechtigkeit betont hierbei insbesondere die global ungleich verteilte Schuld an der Verursachung des Klimawandels sowie die daraus resultierenden ungleich verteilten Auswirkungen (Bartmann, Halsband & Schnapper 2023: 12; Tafry, Mikulewicz & Helwig 2019: 3). Sowohl aktivistische als auch akademische Perspektiven gehen spezifisch auf eine Verantwortung von Industriestaaten bzw. dem Globalen Norden hinsichtlich der Bewältigung des Klimawandels ein, welcher im Besonderen marginalisierte Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden gefährdet (Tafry, Mikulewicz & Helwig 2019: 3; Tokar 2019: 20f.). Newell et al. (2021) sprechen in ihrem Review

zur Klimagerechtigkeitsliteratur jedoch trotzdem von einer Trennung bezüglich aktivistisch-basierter Ansätze von Klimagerechtigkeit und akademisch-philosophischen Annäherungen. Obwohl sich beide Ansätze in ihren Grundverständnissen überschneiden, fehlt es an einer gegenseitigen Bezugnahme aufeinander (Newell et al. 2021: 2; Schlosberg & Collins 2014: 364f.). Im nachfolgenden Abschnitt erfolgt demnach eine Erklärung von Klimagerechtigkeit, welche auf beide Perspektiven eingeht und diese diskutiert.

In aktivistisch-basierten Ansätzen wird Klimagerechtigkeit hinsichtlich verschiedener Aspekte thematisiert. Oft problematisieren Aktivist*innen die unverhältnismäßigen Auswirkungen des Klimawandels auf die am stärksten gefährdeten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Dies betrifft sowohl den Globalen Süden beispielsweise in Bezug auf indigene Gemeinschaften als auch Bevölkerungsschichten im Globalen Norden, die von Armut betroffen sind. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass die Verantwortung für den Klimawandel global ungleich verteilt ist und jene besonders stark betroffenen Bevölkerungsgruppen am wenigsten zur Entstehung der Krise beigetragen haben. Sie heben dabei außerdem hervor, dass die ungleichen Auswirkungen des Klimawandels die bereits bestehende Armut und Marginalisierung weiter verschärfen werden (Bhambra & Newell 2023: 183f.; Pettit 2004: 104; Tokar 2019: 20). Diese Problemdefinition wird von Newell et al. (2021) auch als die *triple injustice* des Klimawandels beschrieben (Newell et al. 2021: 3). Klimagerechtigkeit ermöglicht weiterhin die Integration einer intersektionalen Perspektive. Klimagerechtigkeitsbewegungen verknüpfen hierbei die negativen Konsequenzen des Klimawandels mit Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sozialer Klasse, *race* und weiteren sozialen Faktoren (Tokar 2019: 21). Aktivist*innen identifizieren hierbei insbesondere „die kapitalistischen, kolonialen und patriarchalen Naturverhältnisse [als Ursachen], die Klimawandel und Klimaungerechtigkeiten hervorbringen“ (Kalt 2022: 179). Kapitalistische Naturverhältnisse werden vorrangig in Bezug auf das dem Kapitalismus inhärente Wachstumsimperativ und dem Streben nach einer Vermögenskonzentration kritisiert, welche zu einer extraktivistischen Ausbeutung der Natur durch den Abbau von spezifischen Rohstoffen und fossilen Brennstoffen führen (Newell 2022: 916; Tokar 2019: 20). Im Rahmen der Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem wird zudem der übermäßige Konsum des Globalen Nordens sowie der höheren sozialen Klasse aus dem Globalen Süden als eine weitere Ursache für den Klimawandel identifiziert (Pettit 2004: 104). Neben kapitalistischen Ursachen problematisieren Klimagerechtigkeitsbewegungen außerdem ungleiche Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden, welche ihre Ursprünge in der Kolonialzeit haben (Newell 2022: 916). Hinsichtlich kolonialer Naturverhältnisse betonen Aktivist*innen des Weiteren die ‚ökologische Schuld‘ des Globalen Nordens in Bezug auf die ungleiche historische Nutzung fossiler Brennstoffe, sowie im Sinne des Öko-Imperialismus die Ausbeutung von Rohstoffen im Globalen Süden, die Auslagerung umweltschädlicher Industrien und den Export von Müll

(Chatterton, Featherstone & Routledge 2013: 606). Sultana (2022) konzeptualisiert diese Problembeschreibung als *Climate Coloniality*:

[Climate] coloniality occurs where Eurocentric hegemony, neocolonialism, racial capitalism, uneven consumption, and military domination are co-constitutive of climate impacts experienced by variously racialized populations who are disproportionately made vulnerable and disposable. (Sultana 2022: 4)

Der Kolonialismus und der Kapitalismus sind miteinander verbunden und stellen beide strukturelle Ursachen des Klimawandels dar. Der Kolonialismus hat zum einen die Voraussetzungen zur Erschließung neuer Märkte geschaffen. Zum anderen stellt die koloniale Ausbeutung sowohl von Arbeitskraft als auch von Ressourcen ein wesentlicher Bestandteil des expansiven Kapitalismus dar (Bhambra & Newell 2023: 181). Klimagerechtigkeitsbewegungen sehen eine radikale Veränderung dieser dominanten Strukturen als notwendig an, um Klimagerechtigkeit zu erreichen. Weitere Forderungen, die sich aus der beschriebenen Problemdefinition ableiten lassen, umfassen die Ablehnung kapitalistischer und marktbasierter Lösungsansätze für den Klimawandel wie Kohlenstoffmärkte, ein Phase-Out von fossilen Brennstoffen und ein Ende der Extraktion dieser sowie finanzielle Zahlungen im Sinne einer 'ökologischen Schuld' vom Globalen Norden an den Globalen Süden (Schlosberg & Collins 2014: 367; Tokar 2019: 20f.). Die Umsetzung dieser Forderungen soll insbesondere durch *bottom-up* organisierte Graswurzelbewegungen und -kampagnen angetrieben werden. *Top-down* gesteuerte Prozesse politischer Institutionen werden für ihre Nähe zu Unternehmensinteressen sowie für ihre Ignoranz der Bedürfnisse insbesondere marginalisierter Gruppen kritisiert und abgelehnt (Tokar 2019: 21). Diese Konzeption von Klimagerechtigkeit durch soziale Bewegungen lässt sich beispielsweise in den Erklärungen von *Climate Justice Now!* aus den Jahren 2007 und 2008 wiederfinden bzw. in den *Bali-Principles of Climate Justice* aus dem Jahr 2002. In diesen heißt es u. a.

Whereas market-based mechanisms and technological 'fixes' currently being promoted by transnational corporations are false solutions and are exacerbating the problem; Whereas unsustainable production and consumption practices are at the root of this and other global environmental problems; Whereas this unsustainable consumption exists primarily in the North, but also among elites within the South; Whereas the impacts will be most devastating to the vast majority of the people in the South, as well as the 'South' within the North. (International Climate Justice Network 2002: 1)

Darauf basierend werden etwa die Anerkennung einer ökologischen Schuld von Industriestaaten und transnationalen Unternehmen gefordert, sowie die Partizipation und Mitbestimmungsrechte von bisher unterrepräsentierten Gruppen in Klimaschutzentscheidungsprozessen zu erhöhen (International Climate Justice Network 2002: 1f.).

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Konzept der Klimagerechtigkeit wird häufig ein theoretischer, mitunter sogar philosophischer Zugang gewählt (Newell et al. 2021:

2). Diese nutzen “more or less ideal notions of justice to provide a normative justification for global climate change policy. [...] But they are also focused [...] on the pragmatic question of their applicability to the current dilemmas of both climate change and the limitations of global governance” (Schlosberg & Collins 2014: 365). Hinsichtlich der akademischen Arbeiten zu Klimagerechtigkeit muss einschränkend vorangestellt werden, dass viele der theoretischen Konzeptionierungen aus dem Globalen Norden stammen und häufig von universellen Annahmen und Verständnissen bezüglich beispielsweise globaler Gerechtigkeit ausgehen (Newell et al. 2021: 7). Die hier dargelegten Überlegungen spiegeln somit eine limitierte Perspektive bezüglich Klimagerechtigkeit wider. Verständnisse oder Perspektiven aus dem Globalen Süden konnten an dieser Stelle nur begrenzt inkludiert werden, da einerseits wenig theoretisch akademische Forschung zu Klimagerechtigkeit aus diesem Bereich vorhanden ist und andererseits Klimagerechtigkeit in anderen Sprachen und Kulturen möglicherweise mit der gleichen Bedeutung jedoch nicht mit der gleichen Bezeichnung verwendet wird, was eine Literatursuche zusätzlich erschwert hat.

Im Allgemeinen ist die Klimagerechtigkeitsforschung dadurch gekennzeichnet, dass der Klimawandel nicht bloß ein Problem darstellt, welches aus naturwissenschaftlicher oder technischer Perspektive zu analysieren ist, sondern ebenso soziale, moralische und gerechtigkeitsbezogene Aspekte beinhaltet. Dies inkludiert beispielsweise Forschungsinteressen, die sich mit den räumlichen und zeitlichen Unterschieden hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels befassen (Sultana 2021: 118f.). Ein Konzept, welches in diesem Zusammenhang geprägt wurde, ist *Climate Apartheid*. Dieses beschreibt, wie die Auswirkungen des Klimawandels sozial und räumlich ungleich verteilt sind. Dabei werden insbesondere rassifizierte, postkoloniale Gemeinschaften und Länder des Globalen Südens als übermäßig betroffen identifiziert. Hierfür nennt Sultana (2021) beispielsweise die Zunahme von Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen, wodurch die Anzahl an Todesfällen und Vertreibungen in den benannten Regionen stark angestiegen ist (ebd.: 120). Zentral für die Forschung zu Klimagerechtigkeit ist weiterhin die Analyse unterschiedlicher Machtverhältnisse, welche Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit dem Klimawandel auf verschiedenen Ebenen unterstützen und aufrechterhalten (Newell et al. 2021: 2; Sultana 2021: 188f.). Sultana (2021) formuliert diesbezüglich eine Reihe einfacher Beispielfragen: „A climate justice approach focuses on who benefits, who loses out, in what ways, where, and why“ (Sultana 2021: 119). Ein Beispiel hierfür bilden Studien, welche die globale Verteilung für die historische Verantwortung für den Ausstoß von Treibhausgasemissionen berechnet haben, um so die ungleiche und kolonial bedingte Schuld der Länder bzw. Unternehmen am Klimawandel offenzulegen (Bhambra & Newell 2023: 183). Hickels (2020) Analyse legt dar, dass ehemalige Kolonialstaaten für über 90 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich sind und dieser

Anteil noch größer wäre, würden ihnen ebenfalls die Emissionen der damaligen Kolonien angerechnet werden (Hickel 2020: 403). Die Erforschung der sozialen und institutionellen Zusammenhänge, welche Klimaungerechtigkeiten verursachen, bildet schließlich die Grundlage für die Entwicklung von Vorschlägen zur fairen und gerechten Bewältigung der daraus resultierenden Ungerechtigkeiten (Newell et al. 2021: 2). Dieser transformative Ansatz der Klimagerechtigkeitsforschung zielt darauf ab, bestehende Marginalisierungen im Kontext der Auswirkungen des Klimawandels sowie Unterdrückungsmechanismen, die durch die kapitalistischen und kolonialen Ursachen des Klimawandels bedingt werden, zu reduzieren (Newell et al. 2021: 2f.; Sultana 2021: 122).

Klimagerechtigkeit wird oft unter Bezugnahme verschiedener Dimensionen von Gerechtigkeit charakterisiert. Newell et al. (2021) haben in ihrem Review zur Klimagerechtigkeitsforschung folgende vier Dimensionen identifiziert; Prozessgerechtigkeit (*procedural justice*), welche die Beteiligung an Entscheidungsprozessen betrifft; Verteilungsgerechtigkeit (*distributive justice*), die die Verteilung von Schuld und Kosten am Klimawandel sowie dessen Auswirkungen beschreibt; Anerkennungsgerechtigkeit (*recognition justice*), welche sich auf die Beteiligungsrechte von Interessengruppen bezieht; und intergenerationelle Gerechtigkeit, die die Auswirkungen des Klimawandels auf zukünftige Generationen berücksichtigt (Newell 2022: 916f.). In der Anwendung auf Praxisbeispiele erweisen sich die genannten Dimensionen jedoch nicht immer als klar voneinander trennbar und bedingen sich zum Teil gegenseitig. So ist beispielsweise die Anerkennung von Personengruppen eine notwendige Voraussetzung für deren Beteiligung an Entscheidungsprozessen (Prozessgerechtigkeit). Auch die Frage nach der Kostenübernahme für Klimawandelauswirkungen und -schutzmaßnahmen (*distributive*) ist abhängig davon, wer in den Entscheidungsgremien sitzt (*procedural*) (Newell 2022: 917). Die Charakteristika der vier Dimensionen sollen im Folgenden detaillierter erläutert werden.

Die Anerkennungsgerechtigkeit (*recognition justice*) lässt sich in zwei verschiedene Schwerpunkte unterteilen. Zum einen fokussiert sich diese auf die Betroffenheit marginalisierter Gruppen durch verschiedene Formen kultureller, sozialer und politischer Diskriminierung. Zum anderen betont sie die faire Repräsentation dieser Gruppen in politischen Entscheidungsprozessen sowie den Schutz gleicher Rechte für alle. Die Anerkennung von unterschiedlichen Betroffenheiten hinsichtlich des Klimawandels sowie die Repräsentation dieser Gruppen als *Stakeholder* in Entscheidungsprozessen ist von besonderer Bedeutung, um eine weitere Marginalisierung dieser Gruppen zu verhindern und keine zusätzlichen Vulnerabilitäten zu produzieren. Klimagerechtigkeit im Sinne der *recognition justice* steht somit dafür, dass die Bedürfnisse und Forderungen von allen

betroffenen Gruppen gehört werden (Bartmann, Halsband & Schnapper 2023: 29f.; Bellina 2022: 70f.; Newell et al. 2021: 6).

Die Anerkennung der Partizipationsrechte von Personengruppen stellt eine grundlegende Voraussetzung für Prozessgerechtigkeit (*procedural justice*) dar (Bellina 2022: 71). Diese bezieht sich auf faire, transparente und verantwortungsbewusste Verfahren im Kontext des Klimawandels, in welchen die Perspektiven der vom Entscheidungsprozess Betroffenen Berücksichtigung finden (Bartmann, Halsband & Schapper 2023: 28f.; Newell et al. 2021: 4).

Just procedures are important to regulate the distribution of goods and having transparent and accountable decision-making processes in place. This includes access to information and meaningful participation in decision-making and the existence of legal procedures for achieving redress. (Newell et al. 2021: 4)

Klimagerechtigkeit im Sinne der *procedural justice* zielt somit darauf ab, Voraussetzungen zu ändern und Verfahren so anzupassen, dass zugänglichere und gleichwertigere Beteiligungsprozesse ermöglicht werden (Bartmann, Halsband & Schapper 2023: 28f.).

Verteilungsgerechtigkeit (*distributional justice*) im ursprünglichen philosophischen Sinne nach Rawls (1979) umfasst die Identifizierung der zu verteilenden Kosten, Nutzen und Ressourcen; die Bestimmung der Akteur*innen zwischen denen die Verteilung stattfinden soll; sowie die Festlegung eines fairen und angemessenen Verteilungsmodus (Bellina 2022: 70; Newell et al. 2021: 5). In Bezug auf den Klimawandel stellen sich somit die Fragen, wer noch wie viel emittieren darf und wer die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen tragen soll (Bartmann, Halsband & Schapper 2023: 59). Studien aus dem Bereich der Klimagerechtigkeitsforschung sowie Kritiken der Klimabewegung legen jedoch dar, dass die Verteilung von Umweltlasten und -nutzen, welche durch den Klimawandel verursacht werden, auf strukturellen Ungleichheiten wie rassistischen, geschlechts- oder klassenspezifischen Ausschlüssen basiert (Bellina 2022: 70; Newell et al. 2021: 5). Klimagerechtigkeit im Sinne der *distributional justice* macht darauf aufmerksam, welche Akteur*innen die ‚Kosten‘ tragen, also von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind (Newell et al. 2021: 5f.). „It is well documented that the poorest and most marginalized groups are likely to be hit hardest by climate shocks and stressors, and have the least capacity to recover and adapt“ (Newell et al. 2021: 5). Neben der Thematisierung der Kostenfrage im Kontext des Klimawandels betont Klimagerechtigkeit im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit die Frage nach der Übernahme von Verantwortung. In der globalen Klimapolitik ist insbesondere die Anerkennung einer historischen Verantwortung bezüglich Treibhausgasemissionen und der Extraktion von fossilen Brennstoffen zu nennen. Oft wird hierbei von einer ‚ökologischen Schuld‘ von Ländern des Globalen Nordens gegenüber Ländern des Globalen Südens gesprochen und auf das Prinzip des *polluter pays* verwiesen, dem zufolge der für die Verschmutzung verantwortliche Akteur die Kosten trägt. Als konkrete Beispiele hierfür können die Übernahme der Kosten für Klimaschutzanpassungs-

maßnahmen oder Kompensationszahlungen für Betroffene von den Folgen des Klimawandels genannt werden (Bartmann, Halsband & Schapper 2023: 73-75; Newell et al. 2021: 5f.).

Die letzte von Newell et al. (2021) identifizierte Dimension von Klimagerechtigkeit ist die der intergenerationellen Gerechtigkeit. Diese bezieht sich auf die Auswirkungen gegenwärtiger Treibhausgasemissionen und anderer Konsequenzen des Klimawandels auf künftige Generationen. Insbesondere THG-Emissionen beeinflussen langfristige klimatische Bedingungen, weswegen ihre Effekte oft erst in den kommenden Jahrzehnten spürbar werden (Bartmann, Halsband & Schapper 2023: 17). Ein zentrales Anliegen der intergenerationellen Gerechtigkeit in Bezug auf Klimagerechtigkeit ist die Verantwortungsübernahme der aktuellen Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft sowie der Schutz zukünftiger Generationen vor Risiken und Gefahren, für die sie nicht verantwortlich sind. Im Zusammenhang mit *recognition justice* wird zudem zunehmend auf die fehlende Anerkennung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Klimaverhandlungen hingewiesen. Dies ist insofern von Relevanz, als dass diese vom Klimawandel als eine Form von struktureller Gewalt intensiv betroffen sein werden (Newell et al. 2021: 6).

2.3 Der Framing-Ansatz

Ein theoretischer Ansatz der sozialen Bewegungsforschung, welcher in Hinblick auf die Einordnung von *Fridays for Future* in die Klimagerechtigkeitsbewegung aufschlussreiche Erkenntnisse liefern kann, ist die Framing-Theorie. Im nachfolgenden Abschnitt erfolgt eine Vorstellung des Framing-Ansatzes im Allgemeinen sowie in Bezug auf soziale Bewegungen. Zudem werden die wichtigsten Begriffe in diesem Kontext erläutert, darunter *Collective Action Frames* sowie die drei Kernaufgaben des Framing, diagnostisches, prognostisches und motivationales Framing. Abschließend werden die bisherigen empirischen und theoretischen Erkenntnisse im Zusammenhang von Framing und der Klimagerechtigkeitsbewegung diskutiert. Dabei wird insbesondere auf die Differenzierung der Klimagerechtigkeitsbewegung eingegangen, die sich ausgehend vom Framing-Ansatz vornehmen lässt.

2.3.1 Die Entwicklung der Framing-Analyse

Erving Goffman entwickelte in seinem 1974 erschienenen Buch *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience* die theoretische Grundlage der Framing-Analyse, welche zur Untersuchung politischer Kommunikation verwendet wird (Daniel et al. 2020: 368). Goffman definiert Frames als kulturelle Deutungsstrukturen, die Interaktionen innerhalb eines größeren, oft unsichtbaren Kontexts (z.B. die Definition der Situation) regeln (Goffman 1986: xiii). Frames werden dabei als kognitive Strukturen verstanden, welche die Interpretation von Ereignissen leiten und somit als Heuristiken fungieren. Sie dienen der Deutung von Informationen und unterstützen Individuen bei der Strukturierung und Organisation von Ereignissen (Goffman

1986: 10f.). Ohne diese Denkstrukturen blieben Wahrnehmungen oft unstrukturiert und schwer verständlich (Oswald 2019: 13). Oswald (2019) vergleicht dies beispielsweise mit der Beobachtung eines komplexen Sports ohne Kenntnis über die entsprechenden Spielregeln (Oswald 2019: 13). Frames bieten in diesem Kontext einen Code, der soziale Realität entschlüsselt. Sie zeigen auf, wie Individuen sowie Gruppen Bedeutung an Ereignisse oder Phänomene anheften, Erfahrungen organisieren und Handlungen leiten (Snow et al. 1986: 464).

2.3.2 Framing und soziale Bewegungen

Das Konzept des Framing wurde erstmalig von Snow et al. (1986) im Kontext sozialer Bewegungen theoretisiert (della Porta & Parks 2014: 21). Hierbei wurde insbesondere die Beziehung zwischen der Konstruktion von Bedeutungen durch Aktivist*innen sowie Teilnehmer*innen sozialer Bewegungen und der Mobilisierung untersucht (Snow 2004: 384). In sozialen Bewegungen kommt Framing zum Tragen, um Personen und Themen spezifische Eigenschaften und Definitionen zuzuordnen, die Aufmerksamkeit zu fokussieren und die Beziehungen zwischen Ereignissen, Objekten und Akteuren neu zu gestalten (della Porta & Parks 2014: 21; Svensson & Wahlström 2023: 3). Snow (2004) zufolge erklärt das Framing-Konzept, wie soziale Bewegungen ihre Probleme definieren und Lösungen für diese formulieren, um neue Unterstützer*innen zu mobilisieren; die Öffentlichkeit von der Legitimität ihres Handelns zu überzeugen sowie Gegner*innen zu demobilisieren. Dabei kann herausgearbeitet werden, welche Überzeugungen und Bedeutungen die Aktivitäten und Kampagnen von sozialen Bewegungen inspirieren und legitimieren (Daniel et al. 2020: 368f.; Snow 2004: 384). Soziale Bewegungen werden hierbei als aktive Akteur*innen betrachtet, welche Bedeutungs- und Glaubenssysteme für Mitglieder, Gegner*innen und Beobachter*innen generieren und aufrechterhalten. Als Beispiele für Ereignisse oder Umstände, denen durch die Konstruktion sozialer Bewegungsakteur*innen eine gewisse Bedeutung zugewiesen wurde, können der Klimawandel oder soziale Ungerechtigkeit genannt werden. Der Prozess der Bedeutungskonstruktion manifestiert sich in Texten, Sprache oder Bildern von sozialen Bewegungen sowie im kollektiven Handeln und kann sowohl eine intendierte als auch nicht-intendierte Komponente aufweisen (Daniel et al. 2020: 368; Benford & Snow 2000: 613f.). Das Resultat dieser Framing-Aktivitäten wird im Kontext sozialer Bewegungen als *Collective Action Frames* bezeichnet (Snow 2004: 384). Die Framing-Analyse ermöglicht es schließlich, zu beleuchten, welche „[*Collective Action Frames*] are being activated and reinforced [...] regarding a certain issue and in a specific mobilizing context“ (Fernandes-Jesus, Lima & Sabucedo 2020: 430). Seit der ersten theoretischen Auseinandersetzung mit dem Framing-Konzept durch Snow et al. (1986) wurde diese in einer Vielzahl konzeptioneller und empirischer Forschungsarbeiten zur Untersuchung sozialer Bewegungen und kollektiven Handelns angewendet. Diese Forschung lässt sich in fünf

Forschungsfelder untergliedern: (1) Definition sowie konzeptuelle Erweiterung des Konzepts der *Collective Action Frames* und Framing-Prozesse, (2) empirische Untersuchungen zur analytischen Anwendung von Framing-Konzepten wie der *Core Framing Tasks*, (3) Erforschung des Zusammenhangs zwischen Framing-Prozessen und anderen Faktoren, welche die Dynamik von sozialen Bewegungen beeinflussen, (4) Diskussion methodologischer Fragen zur Durchführung von Framing-Analysen und (5) kritische Bewertung der Framing-Perspektive und ihrer Anwendung (Snow 2004: 386).

Collective Action Frames sind von sozialen Bewegungen geschaffene Bedeutungsrahmen, mittels derer soziale Bedingungen bewertet und interpretiert werden (della Porta & Parks 2014: 22). Nach Benford und Snow (2000) entstehen *Collective Action Frames* „as movement adherents negotiate a shared understanding of some problematic condition or situation they define as in need of change, make attributions regarding who or what is to blame, articulate an alternative set of arrangements, and urge others to act in concert to affect change“ (Benford & Snow 2000: 615). Die Interpretation von Ereignissen oder Umständen erfolgt dabei aus der Perspektive der Aktivist*innen, wobei die empfundenen sozialen Bedingungen als ungerecht oder unfair dargestellt werden (della Porta & Parks 2014: 22). Diese interpretative Funktion der *Collective Action Frames* zielt darauf ab, die Frage ‚Was passiert hier?‘ zu beantworten. Dadurch werden die Aktivitäten sozialer Bewegungen legitimiert und Anhänger*innen zu Handlungen aufgefordert, die die bestehenden Realitätseinschätzungen herausfordern (Benford & Snow 2000: 614; Snow 2004: 385). Die Effektivität eines *Collective Action Frames* wird davon bestimmt, inwiefern dieser auf den spezifischen Kontext des Zielpublikums eingeht. Der Erfolg basiert dabei maßgeblich auf der Reflexion bestehender Meinungen und Werte in der Gesellschaft (Daniel et al. 2020: 368). Die Entwicklung eines gemeinsamen Problemverständnisses, die Formulierung von Lösungsvorschlägen sowie die Handlungsaufforderung und Zuweisung von Verantwortlichkeiten innerhalb einer sozialen Bewegung bilden nicht nur die Grundlage für die Konzeption eines *Collective Action Frame*, sondern beschreiben nach Benford und Snow (2000) auch die drei Kernaufgaben des Framing (*core framing tasks*). Diese umfassen das diagnostische Framing (Problemidentifikation und Zuschreibungen), das prognostische Framing (Lösungsansätze) sowie das motivationale Framing (Handlungsaufforderungen). Während das diagnostische und prognostische Framing darauf abzielen, eine Konsensmobilisierung innerhalb der Gemeinschaft zu fördern, fokussiert das motivationale Framing auf eine Aktionsmobilisierung von potenziellen Protestteilnehmer*innen (Benford & Snow 2000: 615). Diese drei Framing-Aufgaben bilden die Grundlage der empirischen Erhebung in dieser Arbeit und werden aufgrund dessen nachfolgend detailliert beschrieben.

Das diagnostische Framing bezieht sich auf die Identifikation von Problemen und deren Ursachen, sowie auf die Zuweisung von Schuld und die Bestimmung von Verantwortlichen (Benford & Snow 2000: 616). Akteur*innen sozialer Bewegungen heben hierbei beispielsweise Ungerechtigkeiten in Bezug auf bestimmte soziale Bedingungen hervor oder weisen auf moralische Problematiken hin, die ihrer Auffassung nach einer Veränderung bedürfen. Damit einher geht häufig die Identifikation von Kausalbeziehungen des zuvor benannten Problems. Dies beinhaltet u.a. das Benennen konkreter Auswirkungen des Problems sowie die am stärksten betroffenen Gruppen oder Individuen (Scholl 2020: 108f.). Zuletzt werden im diagnostischen Framing ebenfalls die Ursachen sowie die Verantwortlichkeit für das Problem benannt (Daniel et al. 2020: 369). Die verschiedenen Aspekte des diagnostischen Framing betten das identifizierte Problem in einen spezifischen Kontext ein und etablieren schließlich ein konkretes Protestthema der sozialen Bewegung (Scholl 2020: 108f.). Soziale Bewegungen entwickeln in ihren *Collective Action Frames* jedoch nicht nur Problembeschreibungen, sondern auch Lösungsvorschläge. Das prognostische Framing zielt folglich auf die Benennung von Lösungen für identifizierte Probleme ab, um die Frage zu beantworten, welche Maßnahmen zu ergreifen sind (Benford & Snow 2000: 616; Kern 2008: 144). Hierbei werden insbesondere Forderungen, Ziele oder Strategien artikuliert, wie die gewünschten sozialen Veränderungen in der Zukunft erreicht werden sollen (Scholl 2020: 109f.). Prognostische Frames benennen neben den Lösungsvorschlägen ebenfalls die verantwortlichen Akteur*innen, denen die soziale Bewegung eine gewisse Lösungskompetenz und Handlungsfähigkeit in Bezug auf das identifizierte Problem zuschreibt (Daniel et al. 2020: 369). Zwischen dem diagnostischen und prognostischen Framing besteht ein enger Zusammenhang. Die Problemdefinition ist in vielen Fällen mit den bevorzugten Lösungsvorschlägen sowie die Ursachenidentifikation häufig mit den Verantwortungszuschreibungen verbunden (Daniel et al. 2020: 369). Unter motivationalem Framing wird die Schaffung von Anreizen für kollektive Protestaktionen verstanden. Dazu zählen beispielsweise Solidarität und moralische Befriedigung, welche dazu dienen, Menschen in Protestaktionen gegen das identifizierte Problem zu mobilisieren (Kern 2008: 145). Das Ziel besteht darin, Einzelpersonen davon zu überzeugen, das Problem als dringend und handlungsbedürftig wahrzunehmen, um diese anschließend für die Teilnahme an Protestaktionen zu motivieren (Scholl 2020: 110). Dies kann mithilfe sogenannter ‚*vocabularies of motives*‘ (Benford & Snow 2000: 617) gefördert werden, „referring to the: severity of the problem; urgency of the problem; likelihood of change or the efficacy of collective action; and the necessity and responsibility for acting, including the moral imperative for doing so“ (Fernandes-Jesus, Lima & Sabucedo 2020: 430). Das Ziel besteht dabei in der Konstruktion einer kollektiven Identität und eines Gefühls des Zusammenhalts basierend auf einem gemeinsamen Problemverständnis. Dies soll letztlich die Teilnahme an Protestaktionen fördern und rechtfertigen (Daniel et al. 2020: 369).

Laut Benford und Snow (2000) werden *Collective Action Frames* nicht nur auf Basis der zuvor dargelegten Kernaufgaben des Framing generiert, sondern auch durch drei, sich teilweise überschneidende Prozesse; nämlich diskursive, strategische und umkämpfte Prozesse. Diskursive Prozesse umfassen sprachliche Handlungen sowie schriftliche Kommunikation von Aktivist*innen im Kontext der sozialen Bewegungen. Diese generieren *Collective Action Frames* mittels zweier Prozesse, *frame articulation* und *frame amplification* (Benford & Snow 2000: 623). Bei der *frame articulation* werden Erfahrungen und Ereignisse in einen verständlichen Zusammenhang gebracht. Die *frame amplification* dient folglich der besonderen Betonung spezifischer Themen oder Ereignisse, um diese in ihrer Wahrnehmung zu akzentuieren (della Porta & Parks 2014: 22; Kern 2008: 147f.). Beide Prozesse zielen darauf ab, einen überzeugenden und kohärenten Frame zu erzeugen, der die Wahrscheinlichkeit für eine hohe Mobilisierung erhöht (della Porta & Parks 2014: 22). Bei strategischen Prozessen handelt es sich um bewusste, zweckorientierte Taktiken, die darauf abzielen, bestimmte Ziele zu erreichen, wie etwa die Rekrutierung neuer Mitglieder, die Mobilisierung von Protestteilnehmer*innen oder die Beschaffung von Ressourcen (Benford & Snow 2000: 624). Snow et al. (1986) identifizieren hierbei vier Taktiken: *frame bridging*, *frame amplification*, *frame extension* und *frame transformation* (Snow et al. 1986: 467). Umkämpfte Prozesse (*contested processes*) beschreiben die Herausforderungen für soziale Bewegungen bei der Konstruktion von überzeugenden *Collective Action Frames*. Diese Herausforderungen manifestieren sich in Form des sogenannten Gegenframing (*counterframing*) durch Bewegungsgegner*innen und Medien, Kontroversen innerhalb von Bewegungen über die Ausrichtung des *Collective Action Frames* sowie Wechselwirkungen zwischen Frames und Ereignissen (Benford & Snow 2000: 625).

Neben den *Collective Action Frames* existiert noch eine weitere Frame-Kategorie, die ebenso wie diese die Realitätswahrnehmungen von sozialen Bewegungen strukturiert und artikuliert, jedoch in einem breiteren Kontext (Kern 2008: 149). *Masterframes* stellen übergreifende Frames dar, welche nicht die Wahrnehmungen einer spezifischen Gruppe abbilden, sondern von mehreren Bewegungsgruppen aufgegriffen werden (Benford 2013: 1; Kern 2008: 149). Laut Benford ist ein *Masterframe* "inclusive enough so that any number of other social movements can successfully adopt and deploy it in their campaigns" (Benford 2013: 1), da dieser einen gemeinsamen ideologischen Bezugspunkt für verschiedene Bewegungen darstellen kann (Benford & Snow 2000: 618). Neben dem typischen Beispiel des (Un)Gerechtigkeits-Frames als *Masterframe*, wird nun auch Klimagerechtigkeit als ein *Masterframe* innerhalb der Klimabewegung angesehen (Benford & Snow 2000: 619; della Porta & Parks 2014: 23). Insbesondere vor dem Hintergrund der fortschreitenden

Globalisierung und Transnationalisierung von Protesten, welche zunehmend größere Bewegungskonstellationen umfassen, gewinnt das Konzept der *Masterframes* stetig an Bedeutung (Snow 2004: 405).

2.3.3 Framing und die Klimagerechtigkeitsbewegung

Die theoretische Perspektive der Framing-Analyse wurde bereits häufig auf Umwelt- und Klimabewegungen angewendet, um beispielsweise zu erfassen, wie Anhänger*innen mobilisiert werden und die politische Agenda beeinflusst wird (e.g. della Porta & Parks 2014; della Porta & Portos 2023; Taylor 2000; Wahlström, Wennerhag & Rootes 2013). Der Ansatz der Framing-Analyse ermöglicht es u. a. die Entstehung neuer *Masterframes* im Zusammenhang mit der Klimabewegung zu untersuchen, sowie Analysen der verschiedenen Framings innerhalb der Klimabewegung, beispielsweise in Bezug auf Klimagerechtigkeit, abzubilden. Im Folgenden sollen diese beiden Forschungsschwerpunkte detaillierter erläutert werden.

Während in den vergangenen Jahrzehnten das Konzept der Umweltgerechtigkeit ein zentrales Thema innerhalb der Forschung zu Framing und Klimabewegungen darstellte, hat sich nun das Konzept der Klimagerechtigkeit zum dominierenden Forschungsthema entwickelt. Der in den USA der 1980er-Jahre entstandene Frame zu Umweltgerechtigkeit hat sich zu einem *Masterframe* entwickelt, welcher darauf abzielte, Aktivist*innen zu mobilisieren, die eine Erweiterung des Umweltbegriffes sowie eine Fokussierung auf Menschenrechte und Rassismus im Zusammenhang mit Umweltproblemen notwendig sahen (Bellina 2022: 63-65; Benford 2005: 39-41). Dieser neue *Masterframe* führte zu einer Vereinigung zahlreicher lokaler Widerstandsbewegungen, welche sich zuerst zu einer nationalen und schließlich zu einer globalen Umweltgerechtigkeitsbewegung zusammenschlossen (Bellina 2022: 63f.; Taylor 2000: 514). Charakteristisch für den Masterframe der Umweltgerechtigkeit ist die explizite Thematisierung von Gerechtigkeit im Framing der Bewegung, welche soziale und ökologische Anliegen vereint (Benford 2005: 48f.; della Porta & Portos 2023: 28). Hierbei werden insbesondere Mensch-Mensch und Mensch-Natur Beziehungen aus einer Perspektive analysiert, welche die Kategorien Geschlecht, Klasse und *race* einbezieht und Unterdrückungsmechanismen kritisiert, welche auf diesen Kategorien basieren (Taylor 2000: 523). Beispielhaft hierfür kann die Thematisierung der Umweltkosten angeführt werden, welche insbesondere von marginalisierten Menschen im Globalen Norden sowie im Globalen Süden getragen werden (della Porta & Portos 2023: 28).

Seit dem Klimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 wird jedoch von der Etablierung eines neuen *Masterframes* innerhalb der Klimabewegung gesprochen, Klimagerechtigkeit (Allan & Hadden 2017: 7). Das Scheitern der internationalen politischen Verhandlungen, den Klimawandel konsequent und gerecht zu adressieren, sowie die Unzufriedenheit mit der

bisherigen *Mainstream*-Klimabewegung, welche den Klimawandel vorrangig als wissenschaftliches und ökologisches Problem betrachtete, führten zu einer Neuausrichtung der Klimabewegung basierend auf Klimagerechtigkeit (ebd.: 7). Der neue Klimagerechtigkeits-*Masterframe* basiert auf der Verbindung von Klimaschutz mit globaler Gerechtigkeit und betont in diesem Zusammenhang insbesondere die Anerkennung einer historischen Verantwortung von Ländern des Globalen Nordens für die intensive Ausbeutung der Ressourcen des Globalen Südens (della Porta & Parks 2014: 28; Wahlström, Wennerhag & Rootes 2013: 6f.). Des Weiteren baut er auf Prinzipien wie demokratischer Verantwortlichkeit, Partizipation, ökologischer Nachhaltigkeit, Empowerment und sozialer Gerechtigkeit auf (Fernandes-Jesus, Lima & Sabucedo 2020: 430f.). Der Klimagerechtigkeits-*Masterframe* adressiert die systemischen Ursachen des Klimawandels und verfolgt diese insbesondere “through much more local and active channels[.] Thus, climate justice as a frame brings the movement back to its radical roots – this target can be pursued by concrete action at local levels” (della Porta & Parks 2014: 23). Die Erweiterung des Klimagerechtigkeits-*Masterframe* um eine globale Gerechtigkeitsperspektive ermöglichte schließlich das Wachstum der Klimabewegung und insbesondere die Schließung transnationaler Koalitionen mit anderen Bewegungen wie der Antikriegs- und sozialen Gerechtigkeitsbewegung (della Porta & Parks 2014: 28; Wahlström, Wennerhag & Rootes 2013: 6f.).

Die Klimagerechtigkeitsbewegung ist jedoch keinesfalls homogen, sondern umfasst eine vielfältige Klimabewegung mit unterschiedlichen Akteur*innen und Forderungen. Die Bandbreite reicht dabei von sozialen Bewegungen, welche ambitionierte Klimapolitik innerhalb bestehender institutioneller Strukturen fordern, bis hin zu Organisationen, welche radikalere Veränderungen, wie das Ende des Kapitalismus, anstreben (Bartmann, Halsband & Schnapper 2023: 118f.). Weitere interne Debatten bestehen beispielsweise hinsichtlich der Anwendung von direkten oder symbolischen Aktionsformen (della Porta & Parks 2014: 25). Hinzu kommen Diskrepanzen zwischen den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gruppen im Globalen Süden und den etablierten Klimabewegungen im Globalen Norden (della Porta & Parks 2014: 20). Es existiert demzufolge kein einheitliches Klimagerechtigkeitsnetzwerk, sondern eine Vielzahl überlappender und oft konkurrierender Bewegungen, welche unter dem Oberbegriff der Klimagerechtigkeitsbewegung zusammengefasst werden (Chatterton, Featherstone & Routledge 2013: 613). Forschungsliteratur zur Klimagerechtigkeitsbewegung (e.g Bäckstrand & Lövbrand 2016; Bartmann, Halsband & Schnapper 2023; della Porta & Parks 2014; Gach 2019) identifiziert jedoch zwei dominante Strömungen, eine moderate und eine radikale, welche nicht untypisch für soziale Bewegungen im Allgemeinen sind (della Porta & Parks 2014: 23). Eine Differenzierung der beiden Strömungen kann anhand ihrer Vorgehensweise, ihrer Ziele sowie ihrer politischen Forderungen vorgenommen werden.

Die moderate Seite strebt politische Veränderungen innerhalb des gegebenen institutionellen Systems an, um klimatische Herausforderungen zu bewältigen. Die radikale Seite hingegen betrachtet systemische Komponenten wie den Kapitalismus als Ursache des Klimawandels, welche einer grundlegenden Transformation bedürfen (Bartmann, Halsband & Schnapper 2023: 118f.).

Eine Differenzierung verschiedener Framings innerhalb der Klimabewegung erfolgt beispielsweise durch della Porta und Parks (2014). Diese unterscheiden in diesem Kontext die moderate *Climate-Change*-Strömung und die radikale *Climate-Justice*-Strömung (della Porta & Parks 2014: 23). Die *Climate-Change*-Strömung verfolgt das Ziel, Druck auf Entscheidungsträger*innen auszuüben, um diese zu effektiven Klimaschutzmaßnahmen zu bewegen (ebd.: 25). Sie streben dabei Reformen innerhalb des bestehenden wirtschaftspolitischen Systems an, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern (*mitigation*). Ihre Forderungen fokussieren sich dabei auf das Erreichen technischer Ziele wie beispielsweise Emissionsreduktionen (ebd.: 24). Mittels symbolischer Veranstaltungen wie Großdemonstrationen soll für diese Anliegen ein Bewusstsein geschaffen und öffentlicher Druck auf institutionelle Akteur*innen hergestellt werden (ebd.: 24f.). Die radikalere *Climate-Justice*-Strömung der Klimagerechtigkeitsbewegung fordert stattdessen die Umsetzung radikaler, praktischer und sofort wirksamer Maßnahmen und ruft hierfür zu direkten Aktionen und zivilem Ungehorsam auf (ebd.: 24f.). Diese streben insbesondere eine Transformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems an und verbinden außerdem das Thema des Klimaschutzes mit weiteren Frames wie sozialer Gerechtigkeit und Frieden (ebd.: 23-25).

Die Konzeptionierung von Gach (2019) weist eine hohe Ähnlichkeit zu der von della Porta und Parks auf (2014). Gach differenziert zwischen einem wissenschaftlichen Framing und einem Klimagerechtigkeits-Framing innerhalb der Klimabewegung (Gach 2019: 4). Das wissenschaftliche Framing zeichnet sich durch ein auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierendes diagnostisches und prognostisches Framing aus. Der Klimawandel stellt primär ein ökologisches Umweltproblem dar, welches sich global in gleicher Weise auswirkt und demzufolge in der Verantwortung aller Länder liegt. Es wird angenommen, dass eine Abmilderung des Klimawandels möglich ist, ohne bestehende globale Machtstrukturen zu verändern (*mitigation*) (ebd.: 4). Das Klimagerechtigkeits-Framing erweitert die Perspektive des wissenschaftlichen Framings, indem es den Klimawandel als Umwelt- sowie Menschenrechtsproblem diagnostiziert. Dies impliziert, dass der Klimawandel nicht nur ökologische, sondern auch soziale Lösungen erfordert. Hierbei werden insbesondere die ungleiche historische Verantwortung für den Klimawandel als auch die ungleiche Betroffenheit von dessen Auswirkungen anerkannt. Anstelle eines Fokus auf die ausschließliche Minderung

des Klimawandels wird zudem eine wirtschaftspolitische Systemtransformation eingefordert sowie Entschädigungen für die am stärksten durch den Klimawandel betroffenen Gruppen (ebd.: 4f.).

Eine letzte Konzeptionierung, welche an dieser Stelle erwähnt werden soll, stammt von Bäckstrand und Lövbrand (2016). Diese identifizieren ‚*green governmentality*‘, ‚*ecological modernization*‘ sowie ‚*civic environmentalism*‘ als verschiedene Diskurse, welche die Klimasteuerung (*Governance*) beeinflussen (Bäckstrand & Lövbrand 2016: 6). Svensson und Wahlström (2023) erachten diese trotz ihres diskurstheoretischen Hintergrundes dennoch als geeignet, um das Framing von sozialen Bewegungen hinsichtlich des Klimawandels zu erfassen (Svensson & Wahlström 2023: 5). Der Diskurs der *green governmentality* umfasst, ähnlich wie das wissenschaftliche Framing von Gach (2019), ein wissenschaftsbasiertes diagnostisches und prognostisches Framing. Der Klimawandel soll mithilfe zentralisierter und *top-down* gesteuerter Instrumente überwacht und abgemildert werden. Verantwortungsträger*innen sind hierbei Nationalstaaten sowie internationale Institutionen wie die UN (Bäckstrand & Lövbrand 2016: 6-8). Der Diskurs der *ecological modernization* thematisiert ein bislang in den vorgestellten Konzeptualisierungen nicht berücksichtigtes Framing. Dieser bevorzugt einen *bottom-up* Ansatz bezüglich des Umgangs mit dem Klimawandel und betrachtet diesen als eine dezentralisierte *Governance*-Herausforderung, welche auf verschiedenen Ebenen (unternehmerisch, zivilgesellschaftlich, regional, etc.) gelöst werden muss. Der Fokus liegt hierbei auf der Anwendung innovativer Technologien im Sinne eines *Green Growth*-Ansatzes. Die Vorstellung eines freien Marktes, der die Fähigkeit besitzt, eine Klimakrise abzuwenden, steht im Gegensatz zu den rechtlich bindenden Verträgen des *green governmentality* Diskurses (ebd.: 9f.). Der Diskurs des *civic environmentalism* ist den zuvor beschriebenen Klimagerechtigkeits-Frames am ähnlichsten. Dessen diagnostisches Framing identifiziert ebenfalls ungleiche Machtstrukturen wie Kapitalismus und Patriarchat als Ursachen für den sich global ungerecht auswirkenden Klimawandel. Typische Forderungen des prognostischen Framing umfassen den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen sowie die sozial-ökologische Transformation (ebd.: 10-12).

3. Methodische Vorgehensweise

Im vorliegenden Kapitel erfolgt die Beschreibung der im Rahmen dieser Masterarbeit verwendeten methodische Vorgehensweise, welche für die Beantwortung der Forschungsfrage angewendet wurde. Um Aussagen darüber treffen zu können, wie sich Fridays for Future in die globale Klimagerechtigkeitsbewegung einordnen lässt, wurde eine Framing-Analyse auf Basis des Framing-Ansatzes der Autor*innen Benford und Snow (2000) in Form einer einzelnen Fallstudie durchgeführt. Diese beinhaltet eine detaillierte und

extensive Analyse der Ländergruppe FFF Austria. Ziel dieser Analyse ist es, die von FFF veröffentlichten Pressemitteilungen und Tweets sowie diverse Webseiten-Inhalte im Zeitraum von März 2019 bis Januar 2024 mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) zu untersuchen, um bewerten zu können, welche Aspekte von Klimagerechtigkeit im Framing von FFF Austria thematisiert werden, welche Veränderungen im Framing über Zeit feststellbar sind, sowie welcher Strömung innerhalb der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung sich FFF Austria zuordnen lässt. Die vorliegende Masterarbeit basiert auf einem qualitativen Forschungsdesign und folgt einem interpretativen und konstruktivistischen Ansatz, der sich insbesondere für die Analyse von Protesten und sozialen Bewegungen eignet. Der Fokus des Erkenntnisinteresses liegt dabei auf dem Verstehen und Nachvollziehen von Perspektiven, Gedanken und Realitäten der Aktivist*innen und der sozialen Bewegung insgesamt (Gukelberger & Gerharz 2019: 19f.; Reichertz 2014: 68). Die Zielsetzung der Analyse besteht in der Ergründung der Kommunikationsmuster in Form von Frames der sozialen Bewegung Fridays for Future Austria. In Anlehnung an das Forschungsfeld der sozialen Bewegungen und Protestforschung zielt die vorliegende Untersuchung darauf ab, die Realität der Aktivist*innen, welche in einem spezifischen Kontext konstruiert ist, zu erforschen. Dies macht einen qualitativen Forschungsansatz zur Untersuchung solcher Prozesse erforderlich (Gukelberger & Gerharz 2019: 19). Darüber hinaus wird für die Framing-Analyse, welche einen zentralen Forschungsansatz in diesem Feld darstellt, üblicherweise eine qualitative Vorgehensweise gewählt (Oswald 2019: 192). Dies bekräftigt die Entscheidung, das Forschungsinteresse auf Basis eines qualitativen Forschungsdesigns zu analysieren.

3.1 Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Die Beantwortung der Forschungsfragen erfolgt mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse. Laut Oswald (2019) empfiehlt sich die qualitative Inhaltsanalyse beispielsweise nach Mayring (2015) für die Untersuchung von Framing-Prozessen, da die Methode eine qualitative Auswertung von Textinhalten ermöglicht (Oswald 2019: 170). „Bei der Untersuchung einer Framing-Strategie wird die Methode der Inhaltsanalyse insbesondere auf die Identifizierung sprachlicher Kommunikationsmuster ausgerichtet“ (Oswald 2019: 172). Die qualitative Inhaltsanalyse ermöglicht demnach, die Konstruktionen in Textinhalten zu erfassen, und erfüllt zudem die sozialwissenschaftlichen Anforderungen an Reliabilität, Reproduzierbarkeit und Validität (ebd.: 170).

Bei der qualitativen Inhaltsanalyse handelt es sich um eine sozialwissenschaftliche Forschungsmethode, welche zum Ziel hat, Texte mit einem festgeschriebenen Verfahren systematisch auszuwerten (Mayring 2015: 10). Diese Masterarbeit orientiert sich an der Vorgehensweise nach Philipp Mayring (2015). Im Wesentlichen können die Grundsätze von

Mayrings Inhaltsanalyse wie folgt beschrieben werden: Die Grundlage der Analyse bildet Textmaterial, welches in seinem Entstehungs- und Wirkungskontext untersucht und interpretiert wird. Hierbei wird nach einem vorab festgelegten Ablaufmodell vorgegangen, welches an die entwickelte Fragestellung individuell angepasst werden kann, aber dennoch ein systematisches Vorgehen garantiert. Diese Regelgeleitetheit soll Nachvollziehbarkeit sowie Überprüfbarkeit garantieren, welche die Grundlage der in der sozialwissenschaftlichen Forschung geltenden Gütekriterien – Reliabilität und Validität – bildet. Ein weiteres wesentliches Merkmal der qualitativen Inhaltsanalyse ist ihr Bezug zur Theorie. Hierbei untersteht die gesamte Analyse einer theoretisch begründeten Fragestellung. Die Ergebnisse werden ebenfalls aus der jeweiligen Theorieperspektive interpretiert (ebd.: 12f.). Das zentrale Merkmal der qualitativen Inhaltsanalyse ist die Verwendung eines Kategorienschemas, in welches der untersuchte Text einsortiert wird und nach erfolgter Analyse mittels quantitativer Methoden ausgewertet werden kann. Bei der Konstruktion der Kategorien wird erneut auf deren Bezug zur zugrundeliegenden Theorie der Analyse geachtet (ebd.: 51). Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring kann weiterhin in drei Grundformen des Interpretierens unterschieden werden: Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung (ebd.: 130). Für die Beantwortung der Forschungsfrage dieser Masterarbeit wurde die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse als Analysemethode gewählt. Die inhaltliche Strukturierung ist eine spezielle Ausführung der Strukturierung und zielt auf die Extrahierung konkreter Inhaltsbereiche aus dem Untersuchungsmaterial ab. Dies erfolgt durch die Anwendung eines Kategorienschemas. Hierfür müssen die einzelnen Kategorien präzise definiert, gegebenenfalls Unterkategorien gebildet und durch Ankerbeispiele konkreter charakterisiert werden (ebd.: 97). Das extrahierte Textmaterial kann so nach Abschluss der Analyse pro Unterkategorie und Kategorie zusammengefasst werden (ebd.: 103). Die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse erweist sich als die geeignete Analysetechnik für das hier vorliegende Forschungsdesign. Ziel dieser Analyse ist es, eine Einordnung von Fridays for Future Austria basierend auf dem von ihnen angewendeten Framing in die globale Klimagerechtigkeitsbewegung vorzunehmen. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ist eine Analyse und Zuordnung des Materials auf Basis der spezifischen Inhalte der drei theoriebasierten Frames von Benford und Snow (2000) erforderlich. Hierbei handelt es sich um die folgenden Kategorien: diagnostisch, prognostisch und motivational. Die deduktive Vorgehensweise auf Grundlage der drei Frames ermöglicht somit eine Strukturierung des Analysematerials, welches anschließend für die Identifikation von Aspekten der Klimagerechtigkeit sowie für eine Verortung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung genutzt werden kann.

Im Folgenden wird die konkrete Vorgehensweise der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse nach Mayring erläutert. Das gewählte Forschungsinteresse dieser Masterarbeit bezieht sich

auf die Verortung von Fridays for Future Austria in der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung. Um diese Einordnung vornehmen zu können, ist die Analyse der Selbstdarstellung der gewählten sozialen Bewegung von Bedeutung. Der Fokus dieser Arbeit liegt somit nicht darauf, wie FFF Austria von außen betrachtet, beispielsweise durch ihre mediale Darstellung in der Klimagerechtigkeitsbewegung, verortet werden kann, sondern die von ihnen geäußerten und veröffentlichten Inhalte bilden die Grundlage der Framing-Analyse, auf Basis derer eine Lokalisierung vorgenommen wird. Weiterhin muss einschränkend angemerkt werden, dass die Verortung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung basierend auf den veröffentlichten Inhalten von FFF Austria erfolgt. Einzelne Mitglieder und Aktivist*innen innerhalb der österreichischen Bewegung sowie FFF-Ortsgruppen oder Landesverbände aus Österreich können durchaus andere Inhalte und Positionen vertreten, als was auf den offiziellen österreichischen Kanälen präsentiert wird. Als Analysematerial für die folgende Forschung wurden Pressemitteilungen von Fridays for Future Austria sowie deren X-Account (vormals Twitter) *@FFF_Austria* untersucht. Ergänzt wurde das Analysematerial durch Artikel auf der offiziellen Website von Fridays for Future Austria (fridaysforfuture.at). Diese Quellen erlauben Einblicke in die Positionierung von FFF Austria, da die Bewegung auf diesen Plattformen und in diesen Medien selbstbestimmt hinsichtlich der Gestaltung ihres öffentlichen Images ist. Die offizielle Website der Landesgruppe bietet hierbei Informationen über die Organisationsstruktur, die Grundsätze, die Forderungen sowie die aktuellen Projekte der Bewegung. Die Analyse der Pressemitteilungen sowie der Tweets des X-Accounts erlaubt eine Untersuchung des öffentlichen Auftretens von FFF und ihrer Positionierung hinsichtlich spezifischer Themen sowie ihrer geplanten und durchgeführten Protestaktionen. Des Weiteren sind soziale Medien wie X heutzutage von hohem Wert für die Analyse sozialer Bewegungen, da sie global als Hauptkommunikations- und Koordinationsplattform fungieren und weiterhin als Mobilisierungsquelle dienen (Beyer & Schnabel 2017: 198). Die Untersuchung der öffentlichen Kommunikation von FFF Austria auf X kann insbesondere Aufschluss darüber geben, welche Anliegen FFF zur Schaffung von Öffentlichkeit thematisiert, für welche Protestaktionen sie wie mobilisiert und mit welchen weiteren Gruppen sie im Kontakt steht bzw. welche Institutionen sie mit ihren Statements anspricht (ebd.: 198).

Der Untersuchungszeitraum der Analyse erstreckt sich von März 2019 bis einschließlich Januar 2024. Um eine möglichst umfassende Framing-Analyse der Bewegung zu gewährleisten, sollte ursprünglich der gesamte bisherige Aktivitätszeitraum von FFF Austria abgedeckt werden. Dies würde einen Analysebeginn ab Ende 2018 implizieren, da die Fridays for Future-Bewegung in Österreich im Dezember 2018 begründet wurde (Daniel & Deutschmann 2020: 52). Die Veröffentlichung von Pressemitteilungen, sofern diese auf der Website veröffentlicht wurden, begann jedoch erst am 15. März 2019. Aus diesem Grund

beginnt der Untersuchungszeitraum erst im Jahr 2019. Weiterhin ist hinsichtlich des X-Accounts von Fridays for Future Austria zu erwähnen, dass dieser erst im März 2020 erstellt wurde, wodurch eine Analyse der veröffentlichten Inhalte erst ab diesem Zeitpunkt möglich war. Insgesamt werden somit Pressemitteilungen aus den Jahren 2019 bis 2024 und Tweets aus den Jahren 2020 bis 2024 berücksichtigt. Die Durchsicht und Speicherung der Artikel der Website, der Pressemitteilungen sowie der X-Posts erfolgte am 27. Februar 2024.

Die Auswahl des Analysematerials (Webseiten-Inhalte, Pressemitteilungen und Postings auf X) basiert auf einigen wenigen, im Vorfeld definierten Auswahlkriterien. Die Pressemitteilungen wurden der Website von FFF Austria entnommen, welche unter dem Reiter ‚Presse‘ und ‚Aussendungen‘ zu finden sind. Die Pressemitteilungen wurden als einzelne Dateien heruntergeladen und jahrweise in einem Dokument gesammelt. Die Webseiten-Inhalte wurden ebenfalls als einzelne Dateien von der FFF Austria Website heruntergeladen. Hierbei wurden die veröffentlichten Inhalte unter dem Reiter ‚Über uns‘ mit den Titeln ‚Grundsätze‘, ‚Forderungen‘ und ‚Allianzen‘ inkludiert, sowie alle Inhalte des Reiters ‚Themen‘. Die konkreten Titel der einzelnen Webseiten-Inhalte sowie Pressemitteilungen können der im Anhang 1 befindlichen Tabelle entnommen werden. Die ausgewählten Inhalte von X wurden von dem offiziellen FFF Austria Account @FFF_Austria extrahiert. Hierbei wurden alle Tweets in die Analyse aufgenommen, die von FFF Austria selbst gepostet wurden. Eine Berücksichtigung von *Reposts* anderer Accounts erfolgte nicht, da der Fokus der Analyse, wie bereits beschrieben, auf der Selbstdarstellung der Klimabewegung liegt. Die Tweets wurden, ähnlich wie die Pressemitteilungen, in einem Dokument pro Jahr chronologisch gesammelt. Unter Einbeziehung dieser benannten Auswahlkriterien und Einschränkungen konnte ein Analysekorpus von 140 Pressemitteilungen, 9 Artikel der Website sowie 761 Tweets zusammengestellt werden.

Die Entwicklung eines Kategoriensystems zur Analyse des Materials erfolgte auf der theoretischen Grundlage der von Benford und Snow (2000) entwickelten drei Frames – diagnostisch, prognostisch und motivational –, welche in Kapitel 2.3.2 bereits beschrieben wurden. Die drei theoriegeleiteten Kategorien werden in einem Kodierleitfaden in Anhang 2 definiert und in mehrere Unteraspekte untergliedert, welche durch Maßnahmenbeispiele näher charakterisiert werden. Das vorläufige Kategoriensystem wurde demnach deduktiv aufgestellt. Eine Modifikation des Kategoriensystems während der Analyse des Materials wurde jedoch nicht ausgeschlossen. Vor der vollständigen Kodierung des Analysematerials wurde eine Probekodierung durchgeführt, um das entwickelte Kodierschema zu testen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Hierfür wurden die Pressemitteilungen aus dem Jahr 2019 probekodiert. Nach Auswertung der Probekodierung konnte kein Änderungsbedarf bezüglich

des Kodierschemas festgestellt werden, sodass im Anschluss eine vollständige Kodierung des Analysematerials mithilfe der Text- und Datenanalysesoftware MAXQDA erfolgte. Die Kodierung des Analysematerials erfolgte getrennt nach Art des Materials (Pressemitteilungen, Webseiten-Artikel und Tweets) sowie nach Analysejahren, um in der Auswertung der Ergebnisse der Framing-Analyse auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede nach der Art des Textmaterials eingehen zu können sowie auf Veränderungen innerhalb des Analysezeitraums. Textstellen, in denen sich das diagnostische, prognostische oder motivationale Framing der Bewegung widerspiegelte, wurden markiert und einem der drei Frames zugeordnet. In einem zweiten Schritt wurden die zentralen Themen und Muster, die innerhalb der Frame-Elemente angesprochen wurden, herausgefiltert, geordnet und zusammengefasst. Die kodierten Analyseergebnisse wurden nach Art des Materials und Analysejahr geordnet und synthetisiert in einer Ergebnistabelle zusammengefasst (s. Anhang 3).

3.2 Grenzen der Methodik

Die finale Auswahl des Analysematerials geht jedoch auch mit Datenbeschränkungen einher. Dies ist zum einen bei den analysierten Inhalten der Website der Fall. Wie bereits dargelegt, erfolgte die Auswahl der zu untersuchenden Inhalte und deren Download im Februar 2024. Sofern Beiträge oder Artikel auf der Website im Laufe des Analysezeitraums von FFF Austria verändert wurden, können diese in der Analyse nicht berücksichtigt werden, da eine Rekonstruktion der Inhalte nicht möglich ist. Die Inhalte der Website müssen folglich aus der Perspektive von FFF Austria im Jahr 2024 interpretiert werden, wobei die Daten nur begrenzt Aufschluss darüber geben, wie sich die Bewegung im Jahr 2019 positioniert hat. Eine weitere Einschränkung liegt in der ungleichen Verteilung der Daten pro Jahr sowohl bei den Pressemitteilungen als auch bei den Tweets. Im Jahr 2022 wurden 60 Pressemitteilungen veröffentlicht, während von 2019 bis 2021 lediglich 10 bis 15 Pressemitteilungen pro Jahr publiziert wurden. Auch bei den Tweets lässt sich eine ähnliche Tendenz beobachten. Im Vergleich zu den Jahren 2020 bis 2022 konnte für das Jahr 2023 eine mehr als doppelt so hohe Anzahl an Tweets identifiziert werden. Infolgedessen ist die Aussagekraft der Daten für das Analysejahr 2022 bei den Pressemitteilungen und 2023 bei den Tweets höher als für die vorhergehenden Jahre, was bei der Auswertung der Daten und Gewichtung der Ergebnisse zu berücksichtigen ist. Schließlich muss noch angemerkt werden, dass die Codierung der Daten während der Inhaltsanalyse maßgeblich von der Perspektive der forschenden Person abhängt (Mayring 2015: 33f.). Die Kategorien für die qualitative Datenanalyse wurden zwar theoriegeleitet bestimmt, der Prozess des Codierens ist jedoch in erster Linie von den Wahrnehmungen und der möglichen Voreingenommenheit der forschenden Person geprägt. Infolgedessen ist es möglich, dass andere Forscher*innen andere Zuordnungen getroffen und andere erwähnenswerte Aspekte hinsichtlich des Framings identifiziert haben.

3.3 Persönliche Positionierung der forschenden Person

Die Reflexivität sowie die Positionierung der forschenden Person im Forschungsprozess stellen zentrale Aspekte des qualitativen Forschungsprozesses dar. Diese bilden einen wesentlichen Bestandteil eines verantwortungsvollen und ethischen Forschungsansatzes und tragen zur Qualität und Integrität der Forschung bei (Palaganas et al. 2017: 427). Die feministische Theorie kritisiert weiterhin, dass eine rein objektive Analyse in der Wissenschaft nicht möglich sei (Hesse-Biber 2007: 7f.). Donna Haraway entwickelt in ihrem Ansatz des situierten Wissens (1988) eine Gegenposition, nach der Wissen immer durch die spezifische soziale, kulturelle und historische Position derjenigen geprägt ist, die es produzieren. Haraway betont die Notwendigkeit einer Anerkennung der Vielfalt von Standpunkten und Erfahrungen sowie die Bedeutung von Perspektivität bei der Konstruktion von Wissen (Haraway 1988: 581ff). In Anlehnung an den Ansatz des situierten Wissens bin ich mir als forschende Person bewusst, dass das in dieser Arbeit produzierte Wissen durch meine persönliche Positioniertheit beeinflusst ist (Gutiérrez Rodríguez 2003: 50f.). Aus diesem Grund habe ich meine Rolle als Forscher*in während des Forschungsprozesses kontinuierlich kritisch reflektiert und bin mir der Tatsache bewusst, dass ich als *weiße*, europäische Person eine limitierte Perspektive hinsichtlich der Betroffenheiten durch Klimaungerechtigkeiten habe.

4. Die Fridays for Future-Bewegung

Das vorliegende Kapitel widmet sich der Entstehungsgeschichte der Fridays for Future-Bewegung und erörtert die Ziele, die Forderungen sowie die Organisationsstrukturen der globalen Bewegung. Im Anschluss erfolgt eine Betrachtung des für diese Fallstudie ausgewählten nationalen Ablegers Fridays for Future Austria. Hierbei wird die Entstehung der österreichischen Bewegung geschildert sowie deren Organisationsstrukturen und größten Erfolge. Abschließend erfolgt ein Überblick über den Forschungsstand zu Fridays for Future.

4.1 Entstehungsgeschichte

Im Jahr 2019 erfuhr die Klimabewegung einen neuen internationalen Aufschwung, der durch globale Kampagnen und weltweit durchgeführte Aktionen sozialer Bewegungen wie Fridays for Future oder *Extinction Rebellion* gekennzeichnet war (Almeida 2019: 975; de Moor et al. 2020: 7). Im Rahmen dieser neuen Welle von jugendgeführten Klimagerechtigkeitskampagnen hat die international koordinierte Fridays for Future-Bewegung im Jahr 2019 schließlich die bisher größten Klimaproteste weltweit organisiert (Almeida 2019: 975; Gardner & Neuber 2021: 1).

Fridays for Future entstand im August 2018, als die damals 15-jährige Schülerin Greta Thunberg begann, vor dem schwedischen Parlament für stärkere Klimaschutzmaßnahmen zu

protestieren (Narodoslawsky 2020: 21). Sie setzte sich jeden Freitag für drei Wochen mit einem Schild mit der Aufschrift „*Skolstrejk för klimatet*“ (Schulstreik für das Klima) vor das Parlamentsgebäude (Daniel & Graf 2020: 150), und stellte somit infrage, „why she should be in school when no one was doing anything to save the future for which she was studying“ (Svensson & Wahlström 2023: 1). Thunberg machte ihren Protest auf Twitter und Instagram öffentlich und forderte Gleichgesinnte auf, sich ihrem Klimastreik anzuschließen (Narodoslawsky 2020: 21). Ab dem 2. September 2018 verwendete sie den internationalen Hashtag *#climatestrike* und fügte später die Hashtags *#FridaysForFuture* und *#FFF* hinzu (ebd.: 23f.). Die Bewegung entwickelte sich ausgehend von einem einzelnen Schulstreik und verbreitete sich durch regelmäßige wöchentliche Schulstreiks in Schweden, Europa und schließlich weltweit (de Moor et al. 2020: 7). In der Folge stand Fridays for Future vor der Herausforderung, sich international zu koordinieren, um das gemeinsame Ziel des Protests für sofortige Maßnahmen gegen den Klimawandel besser einfordern zu können. Dies resultierte im Jahr 2019 in der Organisation vier global koordinierter Aktionstage, den sogenannten internationalen Klimastreiks (*Global Climate Strikes*), am 15. März, 24. Mai, 20. bis 27. September und 29. November (de Moor et al. 2020: 7; Gardner & Neuber 2021: 2). Am 15. März 2019 veranstaltete Fridays for Future den ersten internationalen Klimastreik mit 1,6 Millionen Teilnehmer*innen weltweit (Wahlström et al. 2019: 6). Im September 2019 folgte dann eine einwöchige Aktionswoche mit über 6000 Veranstaltungen, die in einem dritten globalen Klimastreik mit ca. 7,6 Millionen Menschen in 185 Ländern mündete, was die größte koordinierte Klimaprotestaktion der Geschichte darstellt (de Moor et al. 2020: 7). Diese Aktionswoche stand darüber hinaus in Zusammenhang mit dem UN-Klimagipfel in New York, in der Hoffnung, Druck auf die sich dort befindenden Entscheidungsträger*innen ausüben zu können (Narodoslawsky 2020: 116). Das exponentielle Wachstum der Bewegung sowie der Protestaktionen von 2019 wurde jedoch Anfang 2020 mit dem Beginn der COVID-19 Pandemie eingeschränkt. In der Konsequenz verzeichnete FFF im ersten Halbjahr 2020 einen signifikanten Rückgang der Protestaktivitäten, wobei das Niveau bis zum Ende des Jahres auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau verblieb (Gardner & Neuber 2021: 2f.). Aufgrund von pandemiebedingten Risiken, Sicherheitsempfehlungen und weiteren Einschränkungen verzichtete FFF auf groß angelegte globale Demonstrationen anlässlich des Earth Day (22. April 2020). Um dennoch ein Zeichen für Klimaschutz zu setzen, wurden die Protestaktionen teilweise ins Internet verlegt. In Deutschland wurde beispielsweise mit den Hashtags *#FightEveryCrisis* und *#NetzStreikFürsKlima* auf Twitter mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit eingefordert (ebd.: 3). Mittlerweile fanden 14 *Global Climate*-Streiks statt, der letzte anlässlich der Wahl zum europäischen Parlament Ende Mai 2024 (FFF Deutschland 2024).

Knapp fünf Monate nach dem ersten internationalen Klimastreik haben sich ca. 400 Aktivist*innen aus 38 Ländern, darunter auch Greta Thunberg, vom 5. bis 9. August 2019 in Lausanne in der Schweiz versammelt. Das Treffen, bekannt als ‚Smile‘ (*Summer Meeting in Lausanne Europe*), zielte darauf ab, ein europäisches Netzwerk der FFF-Bewegung zu etablieren und einen Austausch zwischen den Aktivist*innen zu ermöglichen (Narodoslawsky 2020: 149). Hierbei wurde zudem die ‚Deklaration von Lausanne‘ verabschiedet, ein neunseitiges Dokument mit einem Wertekatalog und drei Hauptforderungen der Bewegung: Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau, Sicherstellung von Klimagerechtigkeit und Beachtung der gegenwärtig besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse (ebd.: 151). Das zentrale Ziel der Fridays for Future-Bewegung besteht folglich darin, Entscheidungsträger*innen zur Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 und zur Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu bewegen (Neuber, Daniel & Gardner 2021: 3). Die Bewegung hebt dabei die Dringlichkeit der Klimakrise und die Notwendigkeit von Klimagerechtigkeit hervor, und betont, dass wirksame Maßnahmen zur Bewältigung des globalen Klimawandels nur auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen können, sozial verantwortlich und ökologisch gerecht sein müssen sowie in expliziten, durchsetzbaren Gesetzen verankert sein sollten (Neuber, Daniel & Gardner 2021: 3; Sommer et al. 2020: 32f.). Charakteristisch für Fridays for Future ist hierbei zum einen die wissenschaftsbasierte Problemdefinition als auch Lösungsfindung (della Porta & Portos 2023: 29). Dies spiegelt sich beispielsweise in der Botschaft FFF's von „*Unite behind the sciences*“ wider (Gardner & Neuber 2021: 2). Diese ist zum anderen mit dem Fokus der FFF-Bewegung verbunden, Druck auf politische Institutionen und Entscheidungsträger*innen auszuüben sowie konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ergreifen (della Porta & Portos 2023: 29; Neuber, Daniel & Gardner 2021: 3). Die Forderungen der jungen Protestierenden von Fridays for Future basieren des Weiteren auf ihrer Sorge um eine eigene lebenswerte Zukunft. Die von den jungen Protestierenden geäußerten Befürchtungen sind vielfach von Bedrohungsszenarien geprägt, da sie die Annahme vertreten, dass ihre Zukunft durch die Untätigkeit von Politiker*innen gefährdet sei (Deutschmann et al. 2020: 723). In der Konsequenz fordert FFF verstärkt intergenerationelle Gerechtigkeit im Rahmen von Klimaschutzmaßnahmen ein. Hinsichtlich dieses Konzepts betonen sie insbesondere, dass die Partizipationsmöglichkeiten jüngerer Generationen innerhalb demokratischer Institutionen gestärkt werden, sowie klimapolitische Maßnahmen besser auf generationelle Ungleichheiten eingehen sollten (Gardner & Neuber 2021: 2; Neuber, Daniel & Gardner 2021: 3).

Die Fridays for Future Bewegung zeichnet sich durch die breite Beteiligung von Schüler*innen sowie Studierenden sowohl als Organisator*innen als auch als Teilnehmer*innen an

Protestaktionen aus. Besonders bemerkenswert ist hierbei die hohe Mobilisierung junger Frauen in der Bewegung, die üblicherweise als Männerdomäne betrachtet wird (de Moor et al. 2020: 4; Wahlström et al. 2019: 5). Trotz ihres jungen Alters verfügen die Teilnehmer*innen der FFF-Proteste außerdem über einen hohen Bildungsgrad und haben häufig einen akademischen Hintergrund (Wahlström et al. 2019: 10). Die Fridays for Future-Bewegung ist des Weiteren kein ausschließlich europäisches Phänomen. Aus den Streik-Statistiken auf der FFF-Website geht hervor, dass zu Spitzenzeiten im September 2019 in über 150 Ländern Klimastreiks stattgefunden haben. An den jüngsten Streiks im September 2023 haben noch über 70 Länder partizipiert (Fridays for Future 2024a). Darüber hinaus existieren aktuell weltweit mehr als 200 X-Profile (vormals Twitter) von Gruppen, die zur FFF-Bewegung gehören, darunter auch viele Ländergruppen aus dem Globalen Süden wie in Nigeria, Bangladesch oder Sierra Leone (Fridays for Future 2024b; FFF-Nigeria 2024; FFF-Bangladesch 2024; FFF-Sierra Leone 2024). Um die Sichtbarkeit und besondere Betroffenheit von Menschen aus dem Globalen Süden innerhalb der Bewegung sicherzustellen, wurde darüber hinaus eine FFF-MAPA-Gruppe gegründet, welche die *most affected people and areas* repräsentiert (FFF MAPA 2020). Unterstützung erfährt Fridays for Future zudem durch zahlreiche *for Future*-Untergruppen, wobei die größten und bekanntesten die 2019 gegründeten Scientists for Future und Parents for Future darstellen (Parents for Future 2024; Scientists for Future 2024).

4.2 Fridays for Future Österreich

In den letzten Jahren waren in Österreich diverse Umweltorganisationen wie Greenpeace, WWF oder Global 2000 aktiv, die insbesondere gegen die ab 2016 regierende ÖVP-FPÖ-Koalition zahlreiche Protestaktionen organisiert haben. Diese Aktionen waren jedoch in der Regel gegen spezifische Politiken gerichtet und haben deutlich weniger Teilnehmer*innen als die Fridays for Future-Proteste angezogen (Buzogány & Mikecz 2019: 91). Erst durch Fridays for Future gelang es, eine breite Masse an Menschen zu mobilisieren, Straßenproteste als relevante Widerstandsform wieder zu etablieren und das Thema Klimagerechtigkeit in den öffentlichen Diskurs zu bringen (Daniel et al. 2020: 371). Fridays for Future Austria wurde im Dezember 2018 von drei Studierenden in Wien gegründet, welche durch ein Treffen mit Greta Thunberg bei der UN-Klimakonferenz in Katowice im Dezember 2018 inspiriert wurden und in diesem Zuge auch die erste FFF-Demonstration am 21. Dezember 2018 am Heldenplatz in Wien organisierten (Daniel & Deutschmann 2020: 52; Narodoslawsky 2020: 64-66). Die anfänglich nur von wenigen Teilnehmer*innen frequentierte Wiener FFF-Bewegung, mobilisierte im Jahr 2019 Tausende Menschen zu verschiedenen Protestveranstaltungen (Narodoslawsky 2020: 65f.). Im ersten Jahr der Bewegung entstanden neben Wien außerdem 28 weitere Regionalgruppen in Österreich, darunter Linz und Salzburg, unterstützt von

Untergruppen wie Scientists for Future und Parents for Future (Daniel & Deutschmann 2020: 53; Narodoslawsky 2020: 77). Am 12. April 2019 fand schließlich in Salzburg das erste Vernetzungstreffen der österreichweiten Fridays for Future-Bewegung statt (Narodoslawsky 2020: 146). Im Rahmen der Veranstaltung wurden folgende Grundsätze formuliert: FFF ist eine von der Jugend ausgehende Bewegung, welche alle Menschen willkommen heißt, und mit ihren Forderungen nach der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und der Herstellung globaler Klimagerechtigkeit strebt. Des Weiteren ist FFF Austria dezentral organisiert, basisdemokratisch, gewaltfrei und parteiunabhängig (ebd.: 147f.).

Im Jahr 2019 organisierte auch Fridays for Future Austria neben den wöchentlichen Schulstreiks vier Klimaschutz-Aktionstage als Teil der *Global Climate Strikes*. Der erste Aktionstag am 15. März 2019 mobilisierte etwa 10.000 Protestierende, der zweite *Global Strike* im Mai zog rund 25.000 Menschen an, und beim *Earth Strike* am 27. September gingen circa 150.000 Menschen in ganz Österreich auf die Straße. Der vierte Streik in Wien verzeichnete 20.000 Teilnehmer*innen (Daniel & Deutschmann 2020: 52f.). Der 15. März kann als erste Machtdemonstration der Bewegung als politischer Akteur bezeichnet werden, woraufhin politische Gespräche zwischen FFF-Vertreter*innen und dem Bundespräsidenten sowie weiteren Politiker*innen folgten (Narodoslawsky 2020: 94). Zwei Tage vor der EU-Wahl 2019 setzte FFF Austria mit einem zweiten internationalen Klimastreik ein starkes Zeichen, welches das Klimathema im Wahlkampf befeuerte und die Wahl indirekt beeinflusste (ebd.: 102f.). Der Klimastreik am 27. September 2019 als Teil der sogenannten ‚*Week for Future*‘ fiel in eine Woche bedeutender politischer Ereignisse: Am 25. September erklärte das österreichische Parlament den nationalen Klimanotstand, an dem FFF intensiv mitgewirkt hatte. Zwei Tage später fanden die Nationalratswahlen statt, begleitet von intensiven öffentlichen Debatten über Klimafragen (Daniel & Deutschmann 2020: 53; Narodoslawsky 2020: 116f.). Zum Klimastreik am *Earth Day* schloss sich FFF Austria außerdem mit anderen Umweltorganisationen zur Plattform Klimaprotest zusammen, um die größte Klimademonstration in der österreichischen Geschichte zu organisieren, unterstützt von mehr als achtzig Organisationen, von der Katholischen Jungschar bis zur Kommunistischen Jugend (Narodoslawsky 2020: 163f.).

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Fridays for Future-Bewegung eine neue und einflussreiche Kraft innerhalb der Klimabewegung darstellt. Sie zeichnet sich durch die breite Beteiligung von Schüler*innen als Initiator*innen und Teilnehmenden aus, eine starke weibliche Präsenz in der Bewegung sowie durch die Nutzung von sozialen Medien als Mobilisierungsnetzwerk (Wahlström et al. 2019: 5). FFF setzt den Schulstreik als Aktionsform ein und übt somit einen kontinuierlichen Druck auf politische Institutionen und die fossile Brennstoffindustrie aus (de Moor et al. 2020: 7). Die Bewegung verfolgt das Ziel,

Klimawissenschaft mit Klimagerechtigkeit zu verbinden und richtet dabei ihre klimapolitischen Forderungen an staatliche Akteur*innen (Gardner & Neuber 2021: 2). Die Klimaproteste von FFF haben zu einer verstärkten öffentlichen Wahrnehmung des Klimawandels geführt und demonstriert, dass massiver Widerstand das Potenzial besitzt, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen (Daniel et al. 2020: 380). Die Bewegung hat außerdem politische Wirkung erzielt, indem beispielsweise vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 oder vor den österreichischen Nationalratswahlen im September 2019 mithilfe von großen Protestaktionen die Notwendigkeit von Klimaschutz betont wurde, was zu Rekordergebnissen der grünen Parteien in den jeweiligen Parlamenten geführt hat (Daniel et al. 2020: 380f.; Narodoslawsky 2020: 119f.). FFF hat weltweit Millionen von jungen Menschen mobilisiert und dadurch eine historische Wende in der Klimabewegung herbeigeführt, mithilfe derer der Schulstreik als Symbol des entschiedenen Handelns für den Klimaschutz etabliert wurde (Wahlström et al. 2019: 6).

4.3 Forschungsstand

In den vergangenen Jahren sind im Kontext von Fridays for Future eine Reihe empirischer Studien erschienen. Im Folgenden werden bisherige Analysen und wissenschaftliche Erhebungen zu FFF aus dem Bereich der sozialen Bewegungs- und Protestforschung diskutiert, da dies die theoretische Perspektive bildet, aus der die vorliegende Masterarbeit verfasst ist. In Bezug auf eine globale Perspektive sind insbesondere die folgenden Artikel von Wahlström et al. (2019), de Moor et al. (2020) sowie Haunss und Sommer (2020) von zentraler Bedeutung. Länderspezifische Beispiele für den deutschsprachigen Raum stellen insbesondere Sommer et al. (2019) und für Österreich Buzogány & Mikecz (2019), Daniel und Deutschmann (2020) sowie Daniel et al. (2020) dar. Diese Studien erfüllen einen deskriptiven Zweck, indem sie die FFF-Bewegung im Allgemeinen detaillierter charakterisieren, beispielsweise anhand der Demographie der Teilnehmer*innen (e.g della Porta & Portos 2023; de Moor et al. 2020; Wahlström et al. 2019) oder ihrer vertretenen Inhalte und Forderungen (e.g Bohl & Daniel 2020; Daniel et al. 2020; Haunss & Sommer 2020; Sommer et al. 2019). Wahlström et al. (2019) sowie de Moor et al. (2020) haben mithilfe der bewährten *Caught in the Act of Protest*-Methodik auf zwei globalen Klimastreiks im März und September 2019 eine quantitative Protestbefragung durchgeführt. Dabei wurden im März Demonstrations-teilnehmer*innen in 13 europäischen Städten und im September in 19 Städten weltweit nach einem einheitlichen Forschungsdesign befragt (de Moor et al. 2020: 4; Wahlström et al. 2019: 5). Die Befragung diente dem hauptsächlichen Zweck, einen Überblick über die Teilnehmenden, deren Motive und Ziele sowie die von ihnen präferierten Lösungsansätze zu gewinnen. Beide Studien bestätigen, dass die FFF-Bewegung durch eine hohe Beteiligung von Schüler*innen und Studierenden als Initiator*innen, Organisator*innen und Teilnehmende

gekennzeichnet ist. Fast ein Drittel der Demonstrant*innen sind 19 Jahre alt oder jünger. Frauen machen fast 60% der Teilnehmer*innen aus, besonders unter den jüngsten Demonstrierenden war der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch (de Moor et al. 2020: 4; Wahlström et al. 2019: 8f.). Weiterhin wird die FFF-Bewegung hauptsächlich von gut ausgebildeten jungen Menschen aus der Mittelschicht getragen. Zudem haben etwa 70% der Demonstrierenden mindestens einen Elternteil mit Universitätsabschluss (Wahlström et al. 2019: 10). Viele der Teilnehmenden sind Erstdemonstrant*innen, was auf ihr junges Alter und ihre mangelnde politische Erfahrung zurückzuführen ist (ebd.: 11). Als Hauptmotive für den Protest der Teilnehmer*innen werden die Herstellung öffentlicher Aufmerksamkeit für den Klimawandel sowie die Ausübung von Druck auf Politiker*innen genannt (ebd.: 15). Des Weiteren zeigen die jungen Demonstrierenden starke Gefühle von Sorge, Frustration und Wut hinsichtlich des Klimawandels (de Moor et al. 2020: 4; Wahlström et al. 2019: 16f.). Die Lösungsansätze fokussieren sich auf wissenschaftsbasierte Politiken, deren Umsetzung durch die nationalen Regierungen erfolgen soll (de Moor et al. 2020: 30f.; Wahlström et al. 2019: 17). Die österreichspezifischen Länderstudien (Buzogány & Mikecz 2019; Daniel & Deutschmann 2020), welche die Proteste in Wien untersucht haben, kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Insgesamt zeigt sich, dass die FFF-Bewegung in Wien eine breitere demographische Basis aufweist als in anderen Städten. Die Mehrheit der Teilnehmenden war etwas älter, zwischen 20 und 35 Jahren, und wies eine hohe studentische Präsenz auf. Weiterhin gab es eine bemerkenswerte Zunahme der Teilnehmer*innen in der Altersgruppe zwischen 36 und 65 Jahren, deren Anteil von 25% im März 2019 auf 30% im September stieg (Buzogány & Mikecz 2019: 91; Daniel & Deutschmann 2020: 53f.).

Eine ähnliche Analyse wird in dem *Working Paper* von Sommer et al. (2019) zu Deutschland vorgestellt. Zusätzlich zu den von Wahlström et al. (2019) und de Moor et al. (2020) untersuchten Aspekten des Profils, der Mobilisierung und der Beweggründe untersuchen Sommer und Kolleg*innen auch die (mediale) Resonanz auf FFF (Sommer et al. 2019: 35-39). Sie analysieren zudem, inwiefern FFF als soziale Bewegung betrachtet werden kann und welche Faktoren zu ihrem (medialen) Erfolg beitragen (ebd.: 39-42). In ihrem Sammelband greifen Haunss und Sommer (2020) ebenfalls auf die 2019 erhobenen Daten zurück und analysieren diese insbesondere in einem deutschen Kontext (Haunss & Sommer 2020: 8). Sie gehen dabei auf die Veränderungen im Teilnehmer*innenprofil und den Einstellungen der Protestierenden ein sowie auf die Bedeutung der wöchentlichen Proteste am Beispiel von Hamburg und Bremen und die Organisationspraxis der Aktivist*innen (ebd.: 10f.). Des Weiteren analysieren sie die Wahrnehmung und den gesellschaftlichen Rückhalt von FFF, indem eine Außensicht auf die Bewegung in Form etablierter NGOs, Medien und der Bevölkerung eingenommen wird (ebd.: 13f). Neuber, Daniel und Gardner (2021) wenden die in Wahlström et al. (2019) vorgestellte *Caught in the Act of Protest*-Methodik ebenfalls auf den

globalen Klimastreik im September 2020 in Berlin und Wien an und inkludieren hierbei auch Fragestellungen, welche den pandemischen Kontext, in welchem die Proteste stattfinden, abbilden sollen (Neuber, Daniel & Gardner 2021: 1).

Neben den zuvor dargestellten Analysen zu Protestbefragungen der FFF-Demonstrationen existiert ein weiterer Forschungsstrang, welcher sich auf eine inhaltliche Analyse der Fridays for Future-Bewegung fokussiert. In diesem Kontext ist beispielsweise die Framing-Analyse von Daniel et al. (2020) zu nennen, welche FFF Österreich hinsichtlich der drei Kernaufgaben des Framing – diagnostisch, prognostisch und motivational – untersucht haben (Daniel et al. 2020: 366). Hierbei wurde festgestellt, dass fossile Energieträger und die dazugehörigen Unternehmen als Hauptverursacher identifiziert werden. Die Thematisierung systemischer Fragen, Kapitalismuskritik oder koloniale Abhängigkeiten und Machtasymmetrien konnte jedoch nicht nachgewiesen werden (ebd.: 375). Die Forderung nach Lösungsvorschlägen richtete sich hauptsächlich an nationale Verantwortungsträger*innen sowie an die Wissenschaft, der großes Vertrauen entgegengebracht wird, die Klimakrise zu lösen (ebd.: 376f). Buzogány und Scherhauser (2022) wenden ebenfalls eine Framing-Analyse an, um die beiden Klimagerechtigkeitsbewegungen Fridays for Future und *Extinction Rebellion* Deutschland miteinander hinsichtlich ihrer Aktionsrepertoires und der identifizierten *Masterframes* zu vergleichen (Buzogány & Scherhauser 2022: 2). Svensson und Wahlström (2023) fokussieren sich in ihrer Studie ausschließlich auf das prognostische Framing innerhalb der europäischen FFF-Bewegung. Sie analysieren, inwiefern die Demonstrationsteilnehmer*innen institutionelle oder anti-institutionelle, *top-down*- oder *bottom-up*-Ansätze sowie Systemwechsel oder Systementwicklungstypen als Lösungsansätze für den Klimawandel bevorzugen (Svensson & Wahlström 2023: 2).

In der wissenschaftlichen Literatur findet sich nur eine geringe Anzahl von Forschungsartikeln, die sich mit Fridays for Future im Kontext von Klimagerechtigkeit bzw. der Klimagerechtigkeitsbewegung befassen. Buzogány und Scherhauser (2022) vergleichen in ihrer Framing-Analyse nicht nur *Extinction Rebellion* und Fridays for Future Deutschland inhaltlich miteinander, sondern auch die Anwendung des Klimagerechtigkeitsframes in den beiden Bewegungen. Sie unterscheiden XR und FFF insbesondere hinsichtlich eines post- bzw. apokalyptischen Framings des Klimawandels. Während FFF die Auswirkungen des Klimawandels als generationelles Problem darstellt, welches von politischen Entscheidungsträger*innen schnellstmöglich gelöst werden muss, thematisiert XR hingegen eine bereits stattfindende Klimakatastrophe und ein Massensterben, welches nur durch tiefgreifende politische und gesellschaftliche Veränderungen abgewendet werden kann (Buzogány & Scherhauser 2022: 5). Fernandes-Jesus, Lima und Sabucedo (2020) führen neben einer

Protestbefragung auf Fridays for Future-Demonstrationen in Portugal ebenfalls eine Framing-Analyse durch. Dabei lag der Fokus auf den inhaltlichen Positionierungen der Bewegungen hinsichtlich eines *Masterframes* der Klimagerechtigkeit (Fernandes-Jesus, Lima & Sabucedo 2020: 432). Die portugiesische Bewegung verbindet hierbei vorrangig Aspekte der sozialen Gerechtigkeit mit dem Klimawandel. Sie weisen beispielsweise auf die humanitären Auswirkungen des Klimawandels oder auch die Verletzung von Menschenrechten hin. Die Erwähnung dieser vulnerablen Gruppen erfolgte jedoch lediglich in vager und abstrakter Form, ohne eine detaillierte Darstellung der Ausprägungen von Klimagerechtigkeit im portugiesischen Kontext (ebd.: 441). Schließlich sei auf die Studie von Vandepitte (2023) verwiesen, in der vier Transformationspfade zu Klimagerechtigkeit innerhalb der belgischen Klimabewegung identifiziert werden: der Klimaplan, der Klima-Notstand, das Divestment und die Blockade. Des Weiteren wird Klimagerechtigkeit als ein Metanarrativ innerhalb der Klimabewegung analysiert (Vandepitte 2023: 1596). Während dieses Metanarrativ an Popularität innerhalb der Bewegung gewinnt, bestehen konkurrierende Interpretationen darüber, was Klimagerechtigkeit bedeutet (ebd.: 1607). Die Schulstreiks, zu denen auch Fridays for Future gehört, lassen sich dem eher moderaten Transformationspfad des Klimaplanes zuordnen, welcher mit großen Demonstrationen politischen Druck ausüben möchte (ebd.: 1603).

Buzogány und Scherhauser (2023) kommen in ihrer Literaturanalyse zur aktuellen Klimabewegung zu dem Schluss, dass durch Protestumfragen und Analysen der Narrative umfassende Erkenntnisse über die Merkmale der Bewegungen vorliegen. Literatur bezüglich der Strategiewahl innerhalb der Klimabewegungen sowie zu den politischen und gesellschaftlichen Folgen dieser ist bisher jedoch unterrepräsentiert und diese drei Stränge treten kaum miteinander in einen Dialog (Buzogány & Scherhauser 2023: 370f.). Die empirischen Studien, die sich mit FFF befassen, weisen weiterhin einen hauptsächlich eurozentrischen Fokus auf und untersuchen insbesondere Gruppierungen im deutschsprachigen Raum (e.g. de Moor et al. 2020; Haunss & Sommer 2020; Wahlström et al. 2019). Allerdings existieren auch einzelne Studien, die sich ausdrücklich auf FFF-Gruppierungen aus dem Globalen Süden konzentrieren und den Versuch unternehmen, diese Forschungslücke zu schließen. Einige Masterarbeiten der Universität Wien sowie der Freien Universität Berlin haben sich beispielsweise FFF-Landesgruppen in Uganda (Bohl 2023), Südafrika (Bollinger 2022) und Peru (Zitterbarth 2021) untersucht. Es ist zudem bemerkenswert, dass diese Länderstudien aus dem Globalen Süden den Aspekt der Klimagerechtigkeit in den Vordergrund rücken, während dies in Analysen aus dem Globalen Norden eher vernachlässigt wird (Buzogány & Scherhauser 2022: 371).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Fridays for Future-Bewegung in den letzten Jahren sowohl in Form von globalen als auch länderspezifischen Studien, u. a. auch im deutschsprachigen Raum, untersucht wurde und hierbei bereits Erkenntnisse zu den Teilnehmer*innenprofilen an Protesten sowie zu Motiven und Zielen der FFF-Bewegung vorliegen. Insgesamt weist die Forschung jedoch auch Lücken auf, beispielsweise aufgrund einer größtenteils europäisch zentrierten Ausrichtung oder hinsichtlich des Konzeptes der Klimagerechtigkeit. Die Forschungsinteressen dieser Masterarbeit setzen an der zuletzt genannten Forschungslücke an und streben mithilfe einer Framing-Analyse von FFF Austria an, neue Erkenntnisse in Bezug auf Klimagerechtigkeit und die Klimagerechtigkeitsbewegung zu liefern.

5. Fridays for Future Austria: Eine Framing-Analyse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Framing-Analyse von Inhalten der Website, Pressemitteilungen sowie Tweets von FFF Austria in den Jahren 2019 bis 2024 präsentiert und mithilfe weiterer Forschungsliteratur zu Fridays for Future verglichen bzw. diskutiert. Hierbei wird anhand des diagnostischen Framings aufgezeigt, welche Problemdefinitionen, Verursacher*innen und kausalen Konsequenzen FFF als relevant erachtet. Des Weiteren wird erörtert, welche Forderungen zur Problemlösung aufgestellt werden, wem FFF dabei eine Kompetenz und Verantwortung zur Lösung des Problems zuschreibt sowie welche Argumente genutzt werden, um die eigenen Forderungen zu unterstreichen und zu legitimieren. Anschließend wird darauf eingegangen, welche Motive, Ziele und Zwecke FFF dazu bewegen, sich aktivistisch zu engagieren, welche Aktionsformen dabei zum Einsatz kommen und was den Aktivismus im Allgemeinen auszeichnet. Eine Übersichtstabelle, welche die einzelnen Kategorien der drei Frames für die jeweiligen untersuchten Jahre zusammenfasst, kann im Anhang eingesehen werden (s. Anhang 3). Zuletzt werden die Veränderungen im Framing von FFF Austria innerhalb des Analysezeitraums beschrieben und eingeordnet.

5.1 Diagnostisches Framing: Problemdefinition und Ursachenbenennung

Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse legen nahe, dass der Fokus der Problemdefinition von Fridays for Future auf dem Klimawandel und den bereits eingetretenen sowie dessen zukünftig zu erwartenden ökologischen, sozialen, globalen, generationellen sowie wirtschaftlichen Auswirkungen liegt. FFF beleuchtet die Komplexität der Klimakrise als ein umfassendes Problem, welches seine Auswirkungen in diversen Sektoren entfaltet, primär bedingt durch eine fehlende politische und wirtschaftliche Handlungsbereitschaft sowie Blockaden im Bereich der Klimapolitik. In diesem Kontext werden insbesondere die

österreichische Bundesregierung, Wirtschaftsverbände sowie Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie als Hauptverantwortliche identifiziert.

5.1.1 Problemdefinition: wissenschaftlich bewiesener anthropogen verursachter Klimawandel und die Gefahr einer ‚Klimakatastrophe‘

Die Problemdefinition von Fridays for Future basiert in erster Linie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die zitierten Daten und Studien werden im Framing von FFF als unumstößliche, nicht infrage zustellende Grundlage genutzt, um einen Problembezug herzustellen. Dabei wird insbesondere auf Daten der Vereinten Nationen sowie Berichte des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) Bezug genommen. Das von der Bewegung identifizierte Kernproblem, auf welches ihr Aktivismus fokussiert, ist der anthropogen verursachte Klimawandel. Es wird betont, dass wissenschaftliche Erkenntnisse den Fortschritt der Klimakrise verdeutlichen und die Möglichkeiten zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C sowie entsprechende Klimaschutzmaßnahmen zunehmend begrenzt sind (PM2019-3; PM2020-3; PM2022-45; PM2023-7). Auf der Website heißt es hierzu:

Schon heute ist die Erde im Schnitt um 1,1°C heißer als noch um 1880, und die Folgen dieser Erderhitzung sind unübersehbar: Städte, denen das Wasser ausgeht. Rekordschmelze in Grönland. Brennende Wälder. Städte, die im auftauenden Permafrost versinken. (Website-3)

Die aktuellen Klimaschutzpläne aller Länder werden dazu führen, dass die Erderhitzung immer weiter ansteigen und gegen Ende des Jahrhunderts – optimistisch gesehen – 2,4 °C überschreiten wird. (Website-5)

Diese wissenschaftsbasierte Problemdefinition wird von Daniel et al. (2020) ebenfalls in ihrer Framing-Analyse zu FFF Austria festgestellt. Gegenstand der Analyse sind die Inhalte der Webseite der Bewegung sowie Presseaussendungen im Zeitraum von März 2019 bis Mai 2020 (Daniel et al. 2020: 374f.). Die Aussagekraft der vorliegenden Framing-Analyse wird jedoch durch den längeren Analysezeitraum erhöht, da dieser eine umfassendere Erfassung und gründlichere Untersuchung der relevanten Daten ermöglicht. Die Problemdiagnose von Fridays for Future gliedert sich des Weiteren in folgende Unterpunkte, auf die im Folgenden näher eingegangen wird: globale Erwärmung, ökologische Kipppunkte, bereits eingetretene ökologische Folgen des Klimawandels sowie ein Dringlichkeitsmotiv. Zum einen wird auf den klimatischen Zustand des Planeten verwiesen, indem klimatologische Daten angeführt werden, welche die Existenz einer globalen Erwärmung bestätigen sollen (PM2019-11; PM2022-11; PM2022-50). In einem Tweet aus dem Jahr 2020 schreiben sie:

Global gesehen hatten wir im Jahr 2020 den: wärmsten Jänner, 2. wärmsten Februar, 2. wärmsten März, 2. wärmsten April, wärmsten Mai, 2. wärmsten Juni, wärmsten Juli, 4. wärmsten August, wärmsten September, 3. wärmsten Oktober, wärmsten November - seit Messbeginn. (Tweets-7-12-2020)

Diese Form des diagnostischen Framing wird laut Fernandes-Jesus, Lima und Sabucedo (2020) ebenfalls von der portugiesischen Klimabewegung aufgegriffen, welche mit Aussagen wie „the planet is boiling“ (Fernandes-Jesus, Lima und Sabucedo 2020: 440) auf die Schwere des Problems der Erderwärmung hinweisen wollen. Zum anderen problematisiert FFF, dass die globale Erwärmung auch zukünftig durch die steigenden Treibhausgasemissionen sowohl global als auch national zunehmen wird und „mit jeder zusätzlichen Tonne CO₂ eskaliert die Klimakrise weiter“ (PM2022-59). FFF Austria weist hier insbesondere auf Österreich als eines der wenigen Länder in der EU hin, in dem die Emissionen seit 1990 nicht gesunken sind und dessen Klimaziele voraussichtlich nicht erreicht werden (PM2021-6; PM2023-21; PM2023-33). Fridays for Future positioniert sich in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2022 folgendermaßen:

Das Klima wird ohne KSG ganz und gar nicht geschützt, denn Österreich ist eines der vier europäischen Länder, in dem die Treibhausgasemissionen seit dreißig Jahren nicht gesunken sind. Im Gegenteil: Sie steigen weiterhin. Von dem ‚Musterland‘ Österreich in Sachen Klimapolitik ist also noch lange nicht die Rede. (PM2022-17)

Des Weiteren diagnostiziert FFF eine Überschreitung ökologischer Kipppunkte und das Bestehen eines sogenannten „#Klimakollaps“ (Tweets-29-11-2020), sollte nicht politisch und wirtschaftlich gehandelt werden. Sie konstatieren, dass die Konsequenzen für Gesellschaft und Ökosysteme von der Durchführung der staatlichen und wirtschaftlichen Dekarbonisierung und Klimaschutzpolitik abhängen (PM2021-3; PM2022-54; PM2023-17). „Ohne Klimaschutzmaßnahmen wird sich die Anzahl der Hitzetage bis zum Ende des Jahrhunderts mehr als verdoppeln. Nur wenn die Pariser Klimaziele eingehalten werden, kann die Überhitzung des Planeten noch abgeschwächt werden“ (PM2023-7). Diese ökologischen Folgen des Klimawandels werden von FFF in allen analysierten Jahren thematisiert. Dabei werden entweder allgemeine Aufzählung präsentiert, wie beispielsweise der Meeresspiegelanstieg, Ernteaufschläge und Hitzewellen (Website-3; PM2020-3; PM2022-56), oder es werden konkrete Beispiele wie die Überflutungen im August 2023 in Slowenien und im Süden Österreichs genannt (PM2023-9; PM2023-12). Diese Form des diagnostischen Framings, welches auf den Klimawandel und dessen globale sowie lokale ökologischen Folgen als Problem fokussiert, wurde von Buzogány und Scherhauser (2022) ebenfalls für FFF Deutschland sowie von Fernandes-Jesus, Lima und Sabucedo (2020) für die portugiesische Klimabewegung bestätigt (Buzogány & Scherhauser 2022: 5; Fernandes-Jesus, Lima & Sabucedo 2020: 438f.).

Im Rahmen der Beschreibung der ökologischen Auswirkungen des Klimawandels lässt sich eine Veränderung im Framing über den Analysezeitraum feststellen. In den Jahren 2019 und 2020 wurde seitens FFF Austria proklamiert, dass sämtliche Staaten von den Folgen der Klimakrise betroffen sein werden (Website-3; PM2020-3). Dieses Framing änderte sich jedoch

im Jahr 2021. Ab diesem Zeitpunkt verschob sich der Fokus hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels auf Österreich und Europa (Tweets-9-9-2021). Formulierungen wie „bereits heutige Realität“ (PM2021-3) oder „bei uns angekommen“ (Tweets-9-8-2021) sollen die Problemdiagnose eines Klimawandels, der nicht als abstrakte Größe existiert, sondern bereits ökologische Auswirkungen in Österreich zeigt, verstärken. Im Jahr 2022 erfolgt eine weitere Veränderung des sprachlichen Framings, wobei insbesondere in den Sommermonaten 2022 und 2023 von einem „Hitzesommer“ (PM2022-23) und einem „Klimakatastrophensommer“ (Tweets-12-9-2023) die Rede ist. Fridays for Future thematisiert in diesem Kontext insbesondere Hitzewellen, „die der Bevölkerung hierzulande immer wieder zu schaffen machen. Tropennächte sind längst keine Ausnahme mehr, Jahr für Jahr werden höhere Temperaturen gemessen“ (PM2022-25). Ab 2022 wird neben den Folgen der Klimakrise in Österreich jedoch auch zunehmend eine besondere Betroffenheit des Globalen Südens betont (PM2022-7; PM2022-34; Tweets20-11-2022). FFF schreibt: „Es ist tragischerweise so, dass die Regionen und Menschen, die am wenigsten für die Klimakrise können, am meisten unter deren katastrophalen Folgen leiden“ (PM2022-10). Eine weitere Auffälligkeit im Framing der Problemdiagnose von Fridays for Future ist ein Dringlichkeitsmotiv. Sie machen darauf aufmerksam, dass das Zeitfenster zur Bekämpfung der Klimakrise bzw. zur Verhinderung einer „Klimakatastrophe“ (PM2023-8) immer kleiner wird (PM2019-10; PM2021-9). Die Notwendigkeit politischen Handelns zur Abmilderung des Klimawandels und zur Abwendung seiner dramatischen Folgen wird erneut mit Verweis auf wissenschaftliche Erkenntnisse begründet (PM2020-1; PM2021-3; PM2022-11). So diagnostiziert FFF Austria beispielsweise: „Schon von Beginn an unterstützt von Wissenschaftler*innen fordert die Fridays For Future-Bewegung auch in Österreich mehr Klimaschutz. Mit der Veröffentlichung des IPCC-Teilberichts wird einmal mehr klar, wie sehr eine Wende in der Klimapolitik nötig ist“ (PM2022-56). Diese Form des diagnostischen Framings wird ebenfalls von der portugiesischen Klimabewegung sowie von FFF Kroatien aufgegriffen, welche in ihren Positionspapieren ebenfalls die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen betonen (Fernandes-Jesus, Lima und Sabucedo 2020: 440; Ivanovic, Pudak und Poljak 2022: 313). Neben dem Klimawandel werden von Fridays for Future noch weitere Probleme benannt, auf die sich ihr Aktivismus, ihre Forderungen und ihre Aktionen konzentrieren (s. Kap. 5.4). Dies ist ab 2022 zum einen der Angriffskrieg in der Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise. Sie problematisieren hierbei insbesondere die Finanzierung des russischen Angriffskrieges aufgrund der Abhängigkeit von fossilen Energien wie Gas, welche aus Russland bezogen werden (PM2022-12; PM2022-18). Zum anderen wird ab 2023 ein Erstarken rechtsextremer Parteien thematisiert, welches als eine Bedrohung für die Demokratie und eine sozial gerechte Klimapolitik wahrgenommen wird (PM2023-30; PM2023-31; PM2024-2).

5.1.2 Kausalbeziehungen: globale, generationelle, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des Klimawandels

Neben der reinen Identifikation des Klimawandels als ökologisches Problem betont Fridays for Future insbesondere dessen globale, generationelle und wirtschaftliche, sowie vorrangig ab 2022 auch soziale Auswirkungen. Bezüglich der globalen Auswirkungen fokussiert sich FFF insbesondere auf die MAPA (*most affected people and areas*) und betont deren besondere Betroffenheit durch den Klimawandel sowie humanitäre Folgen im Allgemeinen aufgrund der Erderhitzung und des Klimawandels (PM2022-34; Website-4; Website-5). FFF Austria erkennt auf ihrer Website an, dass „Umweltschäden [...] in Österreich nicht von den Verursacher_innen, sondern von der Allgemeinheit bezahlt werden - und wenn wir's global betrachten durch die unbeschreiblich tragischen Folgen für Menschen in den am stärksten betroffenen Ländern des globalen Südens (MAPA)“ (Website-4). Im Jahr 2021 wird in einer Pressemitteilung ein konkretes Beispiel für diese besondere Betroffenheit angeführt. Dabei wird darauf verwiesen, dass Klimaschutz im Sinne des 1,5°C-Ziels als eine Art Lebensversicherung für Inselstaaten dient, welche im Zuge der Erderwärmung und des Meeresspiegelanstiegs existenzbedrohend gefährdet sind (PM2021-3). Weiterhin problematisiert Fridays for Future ab 2023 die globalen Auswirkungen des Baus der EACOP in Uganda (*East African Crude Oil Pipe Line*) und macht somit auf die Betroffenheit von Ländern des globalen Südens durch fossile Großbauprojekte aufmerksam (PM2023-19; PM2024-1; Tweets2-6-2023). Daniel et al. (2020) stellen in ihrer Framing-Analyse zu FFF Austria diese Betonung der globalen Auswirkungen des Klimawandels nicht fest. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass der Analysezeitraum dieser Framing-Analyse im Vergleich, zu dem der vorliegenden Masterarbeit kürzer ausfällt (März 2019 bis Mai 2020) und die Auswirkungen des Klimawandels beispielsweise für den Globalen Süden erst in den nachfolgenden Analysejahren stärker in den Vordergrund traten. FFF identifiziert des Weiteren aus dem Klimawandel resultierende humanitäre Konsequenzen. Sie problematisieren zum einen die Gefährdung der Menschenrechte durch die ökologischen Folgen des Klimawandels wie beispielsweise der Zugang zu Wasser und Nahrung für Millionen Menschen weltweit. FFF argumentiert weiter, dass aufgrund dieser existenzbedrohenden Lebensbedingungen global hunderte Millionen Menschen aus ihrer Heimat flüchten müssen und der Klimawandel folglich in den nächsten Jahrzehnten eine der Hauptfluchtursachen darstellen wird (PM2022-55). Zum anderen beschreibt Fridays for Future die zunehmende Eskalation des Klimawandels, welche insbesondere in Ländern des Globalen Südens tödliche Folgen haben wird (PM2022-34; PM2022-59). „Extreme Hitzeperioden und Dürren, beispiellose Wirbelstürme und Überschwemmungen – die Folgen der menschengemachten Erderhitzung werden noch in diesem Jahrhundert Abermillionen Menschenleben fordern“ (PM2022-59). Diese Folgen des Klimawandels werden als „Klimakatastrophen“ (PM2023-8) benannt und beschreiben vorrangig tödliche Naturkatastrophen (PM2023-12; PM2023-17;

PM2023-31). Ab 2022 erfolgt zudem eine verstärkte Betrachtung globaler Auswirkungen im kausalen Zusammenhang mit einem weiteren von FFF identifizierten Problem, dem Angriffskrieg in der Ukraine (PM2022-18; PM2022-38; PM2023-29) (s. Kap. 5.4).

Neben den globalen Auswirkungen des Klimawandels fokussiert sich Fridays for Future außerdem auf die generationellen Auswirkungen. Hierbei problematisiert FFF vorrangig, dass junge Menschen und Kinder von den Auswirkungen der Klimakrise überproportional betroffen sein werden, wodurch eine lebenswerte und sichere Zukunft für diese Generationen gefährdet ist. Sie schreiben: „Die Regierung opfert die langfristige Sicherheit der jungen Generation für kurzfristige Interessen von wenigen“ (PM2023-15). Hierfür benennt FFF beispielsweise die besondere Betroffenheit durch Extremwetterereignisse, welche in der Zukunft häufiger und intensiver werden (PM2022-50). Um dies weiterhin zu verdeutlichen, werden in den Analysejahren verschiedene Formulierungen genutzt wie: „müssen später für das Desaster bezahlen“ (PM2020-8), „werden junge Menschen erneut um unsere Zukunft betrogen“ (PM2022-7), „unsere Zukunft vor unseren Augen ignoriert und zerstört wird“ (PM2023-32). Diese Form des diagnostischen Framing wurde von Buzogány und Scherhauser (2022) ebenfalls für FFF Deutschland bestätigt. Diese betonen ebenfalls, dass der Klimawandel die größte Herausforderung für die Zukunft darstellt und das langfristige Überleben der Menschheit, insbesondere der jüngeren Generationen, auf dem Spiel steht (Buzogány und Scherhauser 2022: 5). Weiterhin werden von Fridays for Future diverse wirtschaftliche Auswirkungen des Klimawandels aufgezeigt. Zum einen wird seitens der Aktivist*innen vor hohen Kosten für den österreichischen Staat durch Folgekosten bei entstehenden Katastrophenschäden gewarnt (PM2022-21; PM2022-50). Zum anderen betonen sie wiederholt, dass der Skitourismus in Österreich durch die Veränderung der klimatischen Bedingungen, insbesondere die Abnahme der Schneemengen in Wintersportgebieten, gefährdet sei. Die zunehmende Erderwärmung führt in den betroffenen Regionen zu Schäden in der Tourismuswirtschaft, einer Gefährdung von Arbeitsplätzen sowie einer Existenzbedrohung für den Wintersport (PM2023-28; PM2023-33). Zuletzt beschreibt Fridays for Future ab dem Jahr 2022 verstärkt verschiedene soziale Auswirkungen des Klimawandels. In diesem Kontext wird der Klimawandel erstmalig als soziale Krise bezeichnet und ein Zusammenhang zwischen ökologischen und sozialen Aspekten der Klimakrise hergestellt (PM2022-5; PM2022-24). Als Beispiel werden die ungleichen Betroffenheiten verschiedener Bevölkerungsschichten angeführt. FFF attestiert hierbei den armen Bevölkerungsschichten in ähnlicher Weise wie Menschen aus dem Globalen Süden eine besondere Betroffenheit durch den Klimawandel (PM2022-5; PM2022-15). Sie schreiben: „Das reichste Prozent der Menschheit verursacht doppelt so viele Emissionen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Trotzdem leiden diese am stärksten unter den Folgen der Klimakrise“

(PM2022-46). Eine weitere soziale Konsequenz der Erderwärmung und weiterer ökologischer Folgen des Klimawandels, wie Hitzewellen und Dürren, welche von FFF Austria wiederholt thematisiert werden, ist die überproportionale Betroffenheit spezifischer Berufsgruppen. In diesem Kontext werden exemplarisch Landwirt*innen sowie Bauarbeiter*innen genannt (PM2022-14; PM2022-50; PM2023-7). Ab 2022 wird darüber hinaus im Kontext des Angriffskrieges in der Ukraine nicht nur auf dessen globale Auswirkungen, sondern auch auf dessen soziale Konsequenzen in Österreich in Form der Energiekrise eingegangen (PM2022-8; PM2022-12; PM2022-25) (s. Kap. 5.4).

5.1.3 Problemursachen: Unzureichende Handlungsbereitschaft und das Festhalten an einem fossilen System

Im Framing der Problemursachen fokussiert sich Fridays for Future Austria auf zwei zentrale Themenbereiche. Dies sind zum einen die unzureichenden bisherigen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen für das Erreichen der Pariser Klimaziele (1,5°C Ziel), welche zu einem Fortschreiten des Klimawandels beitragen und zum anderen das Festhalten an einer fossilen Politik, welche auf der Nutzung fossiler Energieträger aufbaut, die die Umwelt zerstören und ebenfalls den Klimawandel befördern. Im nachfolgenden Abschnitt erfolgt eine detaillierte Erörterung dieser beiden Problemursachen.

Die bisher unzureichende Klimapolitik im Sinne des 1,5°C-Ziels ergibt sich für FFF u. a. aus der Untätigkeit der österreichischen Bundesregierung bezüglich Klimaschutz. Hierbei wird nicht nur die jeweils aktuelle Bundesregierung in den Analysejahren adressiert, sondern vermehrt auch auf die Fehler und die Blockadehaltung der Regierungsparteien in den vergangenen Jahrzehnten hingewiesen, insbesondere der ÖVP (PM2019-4; PM2021-9; PM2022-7; PM2023-9). Die Hauptkritik von Seiten FFFs bezieht sich auf das Fehlen eines ganzheitlichen Klimaschutzplans für Österreich. Es wird darauf verwiesen, dass in Österreich seit 2021 kein aktuell wirksames Klimaschutzgesetz gilt, welches verbindliche Ziele und Maßnahmen für den gesamten Klimaschutz in Österreich festlegt. Folglich existiert auch kein politischer Rahmenplan der das Erreichen von Klimaneutralität und dem 1,5°C-Ziel anstrebt (PM2021-10; PM2022-3; PM2023-8). FFF schreibt auf ihrer Website: „Seit 01.01.2021 hat Österreich keine gesetzlich verankerten Treibhausgas-Reduktionsziele. Das ist fatal, denn mit jeder zusätzlichen Tonne CO₂ eskaliert die Klimakrise weiter“ (Website-5). In Bezug auf das Klimaschutzgesetz wird in Tweets und Pressemitteilungen über die Jahre hinweg zudem die Anzahl an Tagen genannt, seit denen das Gesetz nicht mehr wirksam ist. Dies dient der Veranschaulichung der Problematik, die sich aus der fehlenden Aktualität des Gesetzes für die Klimaschutzpolitik ergibt. In Tweets aus den Jahren 2021 bis 2023 äußert sich FFF Austria wie folgt: „Wir haben seit mehr als 200 Tagen kein Klimaschutzgesetz“ (Tweets-24-9-2021), „Seit 500 Tagen hat Ö. kein Klimaschutzgesetz!“, (Tweets-14-5-2022), „Klimaschutzgesetz: fehlt seit

740 Tagen.“ (Tweets-10-1-2023). Des Weiteren kritisiert Fridays for Future, dass das Fehlen eines Klimaschutzgesetzes dazu führt, dass keine sektorspezifischen Ziele definiert werden, an denen sich die einzelnen Ministerien orientieren müssten. Dazu schreiben sie: „Das noch verbleibende CO₂-Budget wird gerade rücksichtslos von einer orientierungslosen Klimapolitik aufgegessen. Wenn es so weitergeht, gibt es bereits Mitte 2025 nichts mehr vom Kuchen“ (PM2023-20). Dieses diagnostische Framing wird von Ivanovic, Pudak und Poljak (2022) für FFF Kroatien bestätigt. Aus den Interviews mit Aktivist*innen geht hervor, dass auch sie die fehlende Handlungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme der Regierung als Hauptursachen des Klimawandel identifizieren (Ivanovic, Pudak & Poljak 2022: 313). Ab dem Jahr 2022 verändert sich das Framing der Problemursachen seitens FFF Austria. Die Kritik an der unzureichenden Klimaschutzpolitik wird nun radikaler und deutlicher formuliert (PM2022-5; PM2023-33) (s. Kap. 5.4).

Obschon der Fokus hinsichtlich unzureichender Klimapolitik auf der Kritik der Bundesregierung liegt, thematisiert FFF ab 2022 wiederholt die Untätigkeit und Blockadehaltung der Landesregierungen. Hierbei wird insbesondere deren Behinderung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien kritisiert und als Verhinderung von Klimaschutzmaßnahmen interpretiert (PM2022-11; PM2022-15; PM2023-24; PM2023-27). Im Jahr 2023 dominiert bezüglich der Problemursachen auf Landesebene sowohl in den Pressemitteilungen als auch in den Tweets die anstehende Landtagswahl in Niederösterreich (PM2023-27; PM2023-30; PM2023-37). Hierbei wird zum einen Kritik an dem neuen Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Koalition geübt:

Wie siehts aus mit Klima und Menschenrechten im Übereinkommen? Die Begriffe ‚Treibhausgase, Klimaziele, Klimaneutralität‘ kommen kein einziges Mal vor. Das ist eine völlige Leugnung der Realität, in der die Klimakrise ohne Gegenmaßnahmen eskaliert. (Tweets-22-3-2023)

Zum anderen kritisiert FFF die amtierende sowie frühere ÖVP-geführte Landesregierungen für deren unzureichende Klimaschutzpolitik: „Innovativ sind nicht einmal die faulen Ausreden, welche die ÖVP seit 30 Jahren verwendet, um Klimaschutz zu verwässern, verhindern und zu blockieren“ (Tweets-13-2-2023).

Die bisher unzureichende Klimapolitik im Sinne des 1,5-Grad-Ziels lässt sich für FFF einerseits auf die bereits beschriebene Untätigkeit der österreichischen Bundesregierung bezüglich Klimaschutz und andererseits auf die Verzögerung und Verwässerung von Klimaschutzmaßnahmen zurückführen. So problematisiert Fridays for Future, dass die Bundesregierung unkonkrete, zu wenig ausgearbeitete Gesetzesvorschläge im Bereich der Klimapolitik vorlegt, welche keine verbindlichen Ziele enthalten. Als Beispiele werden von FFF immer wieder das Energieeffizienzgesetz, welches lediglich grobe Ziele und Förderungen, aber kaum konkrete Maßnahmen oder Vorschriften beinhaltet, oder die ökosoziale

Steuerreform genannt (PM2021-4; PM2021-10; PM2022-1; PM2022-24). In Bezug auf die Verwässerung von Klimaschutzmaßnahmen führt FFF Austria beispielsweise aus: „zentrale Forderungen wie ein verbindliches mit Zahlen untermauertes Klimaschutzgesetz oder die soziale Komponente der ökosozialen Steuerreform im Antrag, unkonkret bleiben“ (PM2021-10). Darüber hinaus wirft Fridays for Future der Bundesregierung vor, Greenwashing zu betreiben. Die Problematik besteht darin, dass bei klimapolitischen Maßnahmen der Fokus auf technikbasierten Lösungen und grünen Innovationen liegt. Als Beispiel kann die Grüngasklausel im Gesetzesentwurf zum Erneuerbaren-Wärme-Gesetz genannt werden, welche vorsieht, Heizungen künftig statt mit fossilem Erdgas mit Grüngas zu betreiben (PM2022-12; PM2022-18; PM2023-26). Diese Maßnahme wurde von FFF viel kritisiert. FFF Austria postet diesbezüglich: „Wir haben seit mehr als 200 Tagen kein Klimaschutzgesetz, konkrete Zahlen zu fossilen Subventionen fehlen, klimaschädliche Projekte und technologische Wunderlösungen werden trotz gegenteiliger wissenschaftlicher Studien als zukunftsfähig verkauft“ (Tweets24-9-2021). Des Weiteren kritisiert Fridays for Future, dass Gesetze wie das Klimaschutzgesetz oder das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz zwar bereits als Entwürfe vorliegen, jedoch nicht beschlossen werden und diese somit bewusst von Seiten der Politik verzögert werden. Diese Kritik wird sowohl in Pressemitteilungen: „Keine einzige wirksame Maßnahme wurde beschlossen und mehrere wichtige Gesetze bleiben weiterhin ausständig. Ohne ihre Aufgaben erledigt zu haben, gehen Parlament und Regierung in die Sommerpause“ (PM2023-17), als auch in Tweets mehrfach geäußert:

Klimaschutzgesetz: fehlt seit 740 Tagen. Erneuerbare-Wärme-Gesetz für Aus von Gasheizungen: verstaubt mit Greenwashing-Grüngas-Klausel in der Schublade. Energieeffizienzgesetz: beschlossen, aber aufgeweicht. Sanktionen bei Nicht-Einhaltung fehlen. (Tweet-10-1-2023)

Obschon der Fokus der Problemursachen unzweifelhaft auf der unzureichenden österreichischen Klimapolitik liegt, thematisiert FFF ab 2022 zudem die unzulänglichen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung hinsichtlich der parallel zur Klimakrise existierenden Energiekrise (PM2022-46; PM2022-47; PM2022-49) (s. Kap. 5.4). Eine weitere Akteursgruppe, auf die sich im Framing der Problemursachen von FFF Austria hauptsächlich bezogen wird, sind fossile Interessenvertretungen wie die WKÖ und die Industriellenvereinigung sowie fossile Unternehmen wie die OMV. Diesen wird ebenfalls eine Blockadehaltung bezüglich des Klimaschutzes attestiert (PM2019-3; PM2020-9; PM2022-51). FFF kritisiert hier beispielsweise, die aktive Lobbyarbeit der WKÖ für die Verhinderung von Klimaschutzmaßnahmen wie dem Klimaschutzgesetz sowie die Verwässerung von Klimaschutzmaßnahmen in Form von Greenwashing durch die in das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz eingefügte Grüngasklausel (PM2020-14; PM2021-6; PM2022-18).

Der zweite große Themenkomplex, auf den sich Fridays for Future in ihrem Framing der Problemursachen fokussiert, ist das Festhalten an einer fossilen Politik sowie die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, welche beide den Klimawandel befördern. Hierbei werden erneut sowohl politische als auch wirtschaftliche Akteur*innen adressiert. In Bezug auf die Politik übt FFF insbesondere Kritik an der Zusammenarbeit mit fossilen Interessenverbänden und der daraus resultierenden fossilen Politik. Sie problematisieren hierbei, dass die Loyalität der Politik der Wirtschaft gelte und nicht dem Allgemeinwohl bzw. dem Planeten (PM2020-11; PM2021-5; PM2021-9; PM2022-20). In einem Tweet postet FFF Austria diesbezüglich: „We are sick of governments listening to the interests of the fossil lobby instead of the people, we are sick of your ignorance! There is NO excuse for your denial!“ (Tweets3-3-2023). Das Festhalten an einer fossilen Politik äußert sich in einer Vielzahl von Aspekten. Zum einen erfolgt eine Priorisierung fossiler Infrastruktur gegenüber klimafreundlicheren Alternativen, was sich in der Planung weiterer fossiler Großbauprojekte wie der Lobauautobahn zeigt. Die Priorisierung fossiler Infrastruktur wird von FFF als unvereinbar mit den zu erreichenden Klimazielen kritisiert (PM2021-5; PM2022-24; PM2022-60). Ein weiteres Beispiel ist die Rettung der Austrian Airlines mit Staatsgeldern im Zuge der von der Bundesregierung beschlossenen Covid-19-Rettungspakete. FFF Austria schreibt hierzu in einer Pressemitteilung:

Die AUA-Rettung, die ausstehenden Maßnahmen zur Energie- und Mobilitätswende oder grün gesprenkelte, milliarden schwere Konjunkturpakete für eine fossile Wirtschaft zeigen, dass Schritte zur notwendigen gesellschaftlichen Transformation nach wie vor in weiter Ferne liegen. (PM2021-9)

Des Weiteren problematisiert FFF anhaltende fossile staatliche Subventionen in Milliardenhöhe, welche nicht nur klimaschädlich sind, sondern auch das Budget für tatsächliche Klimaschutzmaßnahmen verkleinern (PM2021-4; PM2022-9). Im Rahmen der durch die Energiekrise 2022 beschlossenen Entlastungsmaßnahmen kritisieren sie beispielsweise:

Das Entlastungspaket zeigt, dass die türkis-grüne Klimapolitik noch immer rückwärtsgewandt ist: Für die sozial ungerechte und klimaschädliche Pendlerpauschale werden 400 Millionen EUR aufgewendet, während Öffis mit nur zusätzlich 150 Mio EUR gefördert werden. (PM2022-46)

Ein weiterer Aspekt, welcher auf die Beibehaltung einer fossilen Politik hindeutet, ist die fehlende Priorisierung der Wärmewende durch die Politik. FFF kritisiert hierbei vorrangig den Gesetzesentwurf des Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes als unzureichend für das Erreichen von Klimazielen, da dieser Gasheizungen im Gebäudebestand weiterhin genehmigt und Umrüstungen nur im Neubau vorsieht (PM2022-3; PM2022-27; PM2022-31). Ab 2022 erfolgt eine Veränderung im Framing der Problemursachen seitens FFF Austria. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wird nicht mehr ausschließlich mit dem Klimawandel assoziiert,

sondern mit auch mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine in Verbindung gebracht (PM2022-35; PM2022-36; PM2022-40; PM2022-42) (s. Kap. 5.4).

Eine weitere Akteursgruppe, auf die im Framing der Problemursache der fossilen Energieträger von FFF Austria neben der Politik Bezug genommen wird, ist die fossile Industrie. FFF kritisiert diese insbesondere für ihren Anteil an der Verstärkung des Klimawandels und bezeichnet sie in diesem Zuge als „wahre Kriminelle“ (Tweets-27-3-2023). Vorrangig die OMV als österreichisches fossiles Unternehmen steht im Fokus der Kritik. Fridays for Future problematisiert einerseits deren Beitrag zu den globalen Treibhausgasemissionen aufgrund ihrer Förderung von fossilen Energien. In einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2019 schreiben sie beispielsweise: „Die OMV gehört zu den 100 Unternehmen, die global für 70 Prozent unserer Treibhausgasemissionen verantwortlich sind“ (PM2019-3). Andererseits bemängelt FFF die bisher als unzureichend wahrgenommenen Bestrebungen von Seiten der OMV deren fossiles Wirtschaftsmodell zu transformieren (PM2020-9; PM2022-51). Diese Ursachenzuschreibung wird auch von Daniel et al. (2020) in ihrer Framing-Analyse zu FFF Austria festgestellt (Daniel et al. 2020: 375). Die hier vorgestellten Ergebnisse bestätigen die von Daniel et al. (2020) dargelegten Resultate und weisen auf eine Konsistenz im diagnostischen Framing von FFF Austria hin. Weiterhin wird dieses Problemursachen-Framing von Fernandes-Jesus, Lima und Sabucedo (2020) für die portugiesische Klimabewegung bestätigt. In ihrer Framing-Analyse identifizieren diese sowohl das Wirtschaftssystem, welches auf Emissionenverursachung und unregulierter Verschmutzung basiert, als auch die innerhalb dessen stattfindenden Aktivitäten der fossilen Brennstoffindustrie als Hauptursachen des Klimawandels (Fernandes-Jesus, Lima & Sabucedo 2020: 438f.). Ab 2022 findet auch bezüglich der fossilen Industrie eine Veränderung im Framing der Problemursachen statt. Fridays for Future kritisiert nicht nur den großen ökologischen Fußabdruck der fossilen Industrie, sondern auch die Profite, welche mithilfe fossiler Energien basierend auf der Ausbeutung anderer erwirtschaftet werden (PM2023-11). In diesem Kontext beziehen sie sich zum einen auf das EACOP-Projekt, an dem auch die österreichische Firma isoplus bis Januar 2024 beteiligt war, und schreiben: „While we prefer to point fingers at countries like China when it comes to reducing emissions, Austrian companies like isoplus are fuelling climate killer projects like EACOP with their products and continue to make profits from fossil destruction“ (PM2023-19). Andererseits ziehen sie die Energiekrise und den Angriffskrieg in der Ukraine heran. FFF Austria kritisiert hierbei, dass fossile Unternehmen wie die OMV aufgrund der gestiegenen Energie- und Strompreise Übergewinne erzielen, während Bürger*innen unter den höheren Preisen leiden (PM2022-15; PM2022-55).

In ihrer Framing-Analyse zu FFF Austria, welche Inhalte der Webseite der Bewegung sowie Presseaussendungen im Zeitraum von März 2019 bis Mai 2020 umfasst, stellen Daniel et al. (2020) weiterhin eine Ursachenzuschreibung hinsichtlich des Individualkonsums fest (Daniel et al. 2020: 375). Im Rahmen der vorliegenden Framing-Analyse konnte diese Problemursache nicht festgestellt werden. Die österreichische Fridays for Future-Bewegung fokussiert sich nahezu ausschließlich auf die als unzureichend wahrgenommenen bisherigen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele sowie auf das Festhalten an einer fossilen Politik, welche die Umwelt zerstört und den Klimawandel befördert. Die Ursachenidentifikation im diagnostischen Framing von FFF-Austria ist in dieser Arbeit somit eher auf eine Systemebene als auf eine Individualebene fokussiert.

5.1.4 Schuldfrage: Blockierende Bundespolitik und fossile Großkonzerne

Ähnlich wie im Framing zu den Problemursachen fokussiert sich Fridays for Future bei der Identifikation und Benennung von schuldigen Akteur*innen auf die Politik und die Wirtschaft. In allen analysierten Jahren wird zudem eine Anklage gegen das Land Österreich oder Industriestaaten im Allgemeinen erhoben, welche ihnen die historische Verantwortung für den Ausstoß von Treibhausgasemissionen zuspricht, aus der eine besondere Handlungsverantwortung folgt. Des Weiteren lässt sich feststellen, dass verantwortliche Akteur*innen in den Tweets öfter namentlich genannt werden als in den Pressemitteilungen. In diesem Kontext werden die Accountnamen verlinkt, sodass eine Verantwortlichkeit von Einzelpersonen statt Gruppen oder Parteien suggeriert wird (Tweets-22-10-2020; Tweets-29-7-2021; Tweets-1-10-2022). Diese konkrete Benennung von verantwortlichen Akteur*innen wurde von Buzogány und Scherhauser (2022) in deren Framing-Analyse zu FFF und *Extinction Rebellion* Deutschland ebenfalls bestätigt. Während *Extinction Rebellion* das System als Ganzes für den Klimawandel verantwortlich macht, werden sowohl von FFF Deutschland als auch der österreichischen Bewegung konkrete politische Akteur*innen wie Ministerien oder Politiker*innen sowie wirtschaftliche Akteur*innen wie Unternehmen genannt (Buzogány & Scherhauser 2022: 6).

In Bezug auf die Schuldfrage für die von FFF diagnostizierten Probleme wird nahezu ausschließlich die Politik adressiert. FFF Austria spricht diesbezüglich in einer Pressemitteilung von dieser in der „Rolle als Verzögerer und Täuscher in Sachen Klimaschutz“ (PM2019-4). Fridays for Future wirft politischen Akteur*innen eine Untätigkeit in Sachen Klimaschutz vor sowie eine Ignoranz von wissenschaftlichen Fakten bezüglich des Klimawandels und den damit einhergehenden Handlungsaufträgen (PM2019-10; PM2021-9; PM2022-45; PM2022-56). FFF schreibt hierzu beispielsweise: „Unsere Regierungen steuern wissentlich auf die wohl größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit zu. Aber anstatt die

Erderhitzung zu stoppen, blockieren und verzögern sie die Lösungen“ (PM2022-56). Der politische Akteur, welcher am häufigsten für unzureichende politische Maßnahmen hinsichtlich des Klimawandels und der Energiekrise kritisiert wird, ist die österreichische Bundesregierung. FFF wirft dieser innerhalb des Analysezeitraums wiederholt ein Versagen der Regierung oder auch eine ungenügende Regierungskompetenz vor (PM2020-8; PM2021-10; PM2022-34; PM2022-48). Dieses diagnostische Framing wird von Fernandes-Jesus, Lima und Sabucedo (2020) für die portugiesische Klimabewegung bestätigt. Diese machen ebenfalls nationale politische Entscheidungsträger*innen aufgrund ihrer Untätigkeit sowie ihrem fossilen ‚*business as usual*‘ für den Klimawandel verantwortlich (Fernandes-Jesus, Lima & Sabucedo 2020: 439). Die Kritik von FFF Austria richtet sich in beiden Regierungskoalitionen, welche im Analysezeitraum Österreich regiert haben, vorrangig gegen die ÖVP (PM2020-12; PM2021-9; PM2022-34; PM2023-4). Diese wird von FFF als Blockadepartei bezeichnet und auf Twitter beispielsweise mit dem Hashtag „#övpagainstfuture“ (Tweets-11-6-2022) adressiert. In einer Aussage einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2022 wird die Haltung FFF Austrias gegenüber der ÖVP sehr deutlich:

Verwaschen ist das neue Leugnen, wenn es um Klimaschutz geht. Und die ÖVP ist darin absolute Meisterin. [...] Das beobachten wir bei ihrem Abstimmungsverhalten im EU-Parlament, bei den Aussagen von ÖVP-Politiker*innen und bei den Abschwächungsversuchen von Gesetzesentwürfen. Wenn es um Klimaschutz geht, ist jede Maßnahme zu viel für die ÖVP. (PM2022-22)

Der Koalitionspartner ab dem Jahr 2020, die Grünen, wird ebenfalls als verantwortlicher Akteur erwähnt, jedoch in einem viel geringeren Ausmaß als die ÖVP. FFF attestiert diesen eine Mitschuld an dem Regierungsversagen bezüglich Klimaschutz, da sie sich gegenüber der ÖVP nicht durchsetzen können (PM2020-12; PM2022-42; PM2022-23; PM2023-23). Des Weiteren werden die beiden Bundeskanzler Sebastian Kurz (Tweets-18-7-2020; Tweets-19-1-2021; Tweets-29-7-2021) und Karl Nehammer (PM2022-17; Tweets-11-6-2022; Tweets-20-3-2023) als Hauptverantwortliche benannt. Insbesondere Karl Nehammer, der von FFF Austria als „König der Krisen-Ignoranz“ (PM2022-14) bezeichnet wird, steht sehr häufig in der Kritik. Weitere politische Akteur*innen, die von FFF hinsichtlich der Schuldfrage und der Blockade von Klimaschutzmaßnahmen adressiert werden, sind mehrere Bundesministerien, vorrangig das Finanz- und Europaministerium (PM2021-9; PM2023-4; Tweets-8-9-2021), sowie diverse Bundesländer, insbesondere die Landesregierung in Wien (PM2020-6; PM2020-7; PM2020-10) und in Niederösterreich (PM2023-30; PM2023-37; PM2023-39).

Die Kritik des FFF fokussiert sich nahezu ausschließlich auf die österreichische Politik. In einigen Fällen wird auch die europäische Politik bzw. die internationale Klimapolitik kritisiert. Bei einer Thematisierung von internationaler Klimapolitik bzw. Klimapolitik auf EU-Ebene wird jedoch vorrangig auf die Rolle Österreichs fokussiert. Die globale Ebene wird von FFF Austria nur im Zusammenhang mit den COPs erwähnt. Hier stehen insbesondere die als unzureichend

wahrgenommenen Abschlussdokumente in der Kritik sowie die Rolle Österreichs bei den Verhandlungen und Zahlungen zum Klimaschädenfond (PM2021-3; PM2022-7; PM2022-9; PM2022-10). Die Thematisierung von Klimapolitik auf EU-Ebene erfolgt erstmals ab dem Jahr 2022 in vermehrtem Umfang. Die Kritik von Fridays for Future richtet sich hierbei auf die EU-Taxonomie (PM2022-30; Tweets-13-1-2022; Tweets-5-7-2022) und ab 2023 auf das *Nature Restoration Law* (PM2023-13; PM2023-14; Tweets-15-5-2023). In diesem Kontext wird insbesondere der EPP-Gruppe vorgeworfen, durch die Verbreitung von Falschinformationen den Gesetzesentwurf zu schwächen (Tweets-15-6-2023; Tweets-20-6-2023; Tweets-27-6-2023). Zudem wird die Position Österreichs kritisiert, welche sowohl auf Länder- als auch Bundesebene das Gesetz blockieren will (Tweets-17-5-2023; Tweets-24-5-2023; Tweets-21-6-2023).

Neben der Politik wird ebenso die Wirtschaft für den Klimawandel verantwortlich gemacht, wenngleich in deutlich geringerem Umfang. Hierbei adressiert Fridays for Future insbesondere fossile Großkonzerne wie die OMV (PM2020-9; PM2022-51). In einer Pressemitteilung schreiben sie diesbezüglich: „Schuld an dieser Entwicklung seien Großkonzerne wie die OMV, die sich an veraltete Geschäftsmodelle klammern würden und eine Politik, die umweltschädliche Handlungen mit bis zu 4,7 Milliarden Euro pro Jahr fördert“ (PM2019-3). Ab dem Jahr 2023 richtet sich die Kritik vorrangig gegen das EACOP-Projekt sowie die Beteiligung des österreichischen Unternehmens isoplus. FFF argumentiert hierbei, dass durch den Bau der Pipeline die Pariser Klimaziele verletzt und dass mithilfe der mit der Pipeline einhergehenden fossilen Zerstörung Profite erwirtschaftet werden (PM2023-11; PM2023-19; Tweets-10-7-2023). Neben fossilen Großkonzernen beschuldigt FFF Austria des Weiteren wirtschaftliche Interessensvertretungen, wie die WKÖ und die Industriellenvereinigung, Klimaschutzpolitik zu blockieren und eine anhaltende Abhängigkeit von fossilen Energien insbesondere russischem Gas sicherzustellen (PM2020-14; PM2021-5; PM2021-6).

Im Rahmen der Verantwortung für den Klimawandel erhebt Fridays for Future in allen Analysejahren zudem Anklage gegen das Land Österreich bzw. Industriestaaten im Allgemeinen und spricht diesen die historische Verantwortung für den Ausstoß von Treibhausgasen zu. In einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2022 schreiben sie:

Österreich emittiert seit der Industrialisierung CO₂ und hat mit den anderen Ländern des Globalen Nordens 92 % des seit 1850 ausgestoßenen CO₂ verursacht. Es ist daher in unserer Verantwortung, dass ein wirksames Klimaschutzgesetz verabschiedet wird, nicht zuletzt auch um Regionen, die weniger Treibhausgase ausgestoßen haben, aber überproportional von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, zu schützen. (PM2022-50)

Ab dem Jahr 2020 benennt Fridays for Future diese historische Verantwortung Österreichs gegenüber Regionen, die weniger zum Klimawandel beigetragen haben, als

Klimagerechtigkeit. In einem Tweet diesbezüglich posten sie: „Austria belongs to the richest countries in the world. We have to be the first who campaign for #ClimateJustice and #EU-wide solutions in order to face the #ClimateCrisis“ (Tweets-18-7-2020). Ab dem Jahr 2021 identifiziert FFF Austria immer öfter die reicheren Länder bzw. Industriestaaten wie Österreich als diejenigen, die die Schuld am Klimawandel tragen, und spricht diesen im Sinne der Klimagerechtigkeit eine besondere Verantwortung zu (PM2021-3; PM2022-10; PM2022-46; PM2023-1). Das diagnostische Framing, welches auf die Ungerechtigkeiten zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden verweist, kann durch die Framing-Analyse von Zitterbarth (2021) zu FFF Peru bestätigt werden. Die peruanische Bewegung benennt die globale historische Ungerechtigkeit bezüglich des Klimawandels jedoch als Kolonialismus und berücksichtigt ebenso weitere strukturelle Aspekte der Klimaschuld des Globalen Nordens, darunter Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat, in ihrem diagnostischen Framing (Zitterbarth 2021: 35)².

5.2 Prognostisches Framing: Lösungsforderungen und Argumentationslinien

Das prognostische Framing umfasst die von Fridays for Future formulierten Forderungen zur Problemlösung, die Zuschreibung von Problemlösungskompetenz und -verantwortlichkeit sowie die von FFF genutzten Argumente zur Unterstreichung und Legitimierung der eigenen Forderungen. Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse zeigen, dass die Lösungsvorschläge von Fridays for Future hauptsächlich politischer Natur sind. Zu den allgemeinen Forderungen zählen wissenschaftsbasierte Klimaschutzpolitik, Klimagerechtigkeit sowie die Einhaltung des 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens. FFF Austria formuliert jedoch auch eine Reihe spezifischer Ziele u. a. der Beschluss von Gesetzen insbesondere das Klimaschutzgesetz, die Abkehr von fossilen Energieträgern sowie die Energie- und Mobilitätswende. Die Forderungen von Fridays for Future werden mithilfe verschiedener Argumentationsstränge begründet und legitimiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf wissenschaftlichen sowie weiteren Referenzen, wirtschaftlichen Argumenten, der Dringlichkeit zu Handeln sowie ab 2022 auch sozialen, friedenspolitischen und (verfassungs)rechtlichen Argumenten. Ähnlich wie bei der Schuldfrage werden in diesem Zusammenhang insbesondere politische Akteur*innen wie die österreichische Regierung, aber auch wirtschaftliche Akteur*innen wie Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie als

² Bei dieser Quelle handelt es sich um eine Masterarbeit, also nicht peer-reviewte graue Literatur. Demzufolge sind die Ergebnisse dieser zitierten Arbeit mit einer gewissen Vorsicht einzuordnen. Der Autorin dieser Arbeit erschien der Verweis auf Zitterbarth (2021) jedoch trotzdem sinnvoll, da insbesondere zu FFF-Bewegungen aus dem Globalen Süden sehr wenig Studien vorliegen. Die Ergebnisse der von Zitterbarth (2021) durchgeführten Framing-Analyse bieten wertvolle Einblicke in das Framing einer anderen FFF-Bewegung, mit der FFF Austria verglichen werden kann.

Hauptverantwortliche für die Umsetzung der Forderungen benannt. Ein Vergleich der Ergebnisse des diagnostischen und prognostischen Framings zeigt, dass beide eine hohe Übereinstimmung aufweisen. Dies ist gemäß der Framing-Theorie nicht verwunderlich (Daniel et al. 2020: 369). In beiden Frames wird ein Fokus auf die nationale Dimension gelegt, sowohl hinsichtlich der Identifikation von Problemursachen und Schuldfrage als auch bei den Lösungsmöglichkeiten und der Zuweisung von Verantwortlichkeiten.

5.2.1 Forderungen: Klimaschutzmaßnahmen ohne Systemwandel

Fridays for Future fokussiert sich in ihren Problemlösungsvorschlägen fast ausschließlich auf politische Forderungen, welche sowohl allgemeine als auch spezifische Ziele beinhalten. Im Folgenden erfolgt eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Aspekte. Ähnlich wie im diagnostischen Framing, fordert FFF Austria die Erarbeitung politischer Maßnahmen gegen den Klimawandel auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse ein (PM2019-1; PM2020-12; PM2023-31). In den nationalen Forderungen auf ihrer Website verlangt FFF Austria eben diese wissenschaftsbasierte Klimapolitik: „Dementsprechend müssen politische Entscheidungen für sofortige Handlungen getroffen werden, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren“ (Website-2). Dies steht im Einklang mit den Ergebnissen der Protestbefragungen von Wahlström et al. (2019) sowie der österreichischen Länderstudie von Daniel und Deutschmann (2020), wonach Demonstrierende auf FFF-Protesten von der wissenschaftlichen Lösungskompetenz bezüglich des Klimawandels überzeugt sind und von politischen Entscheidungsträger*innen verlangen, diese klimawissenschaftlichen Erkenntnisse ernst zu nehmen (Daniel & Deutschmann 2020: 64; Wahlström et al. 2019: 17). Die Bezugnahme auf die Wissenschaft sowohl in der diagnostischen Problemdefinition als auch in den prognostischen Lösungsforderungen ist typisch für die Fridays for Future-Bewegung. De Moor et al. (2020) sprechen hierbei von einer ‚*scientization*‘, welche Richtlinien für moralische und politische Fragen beispielsweise bezüglich des Klimawandels bereitstellt (de Moor et al. 2020: 26). Zu den allgemeinen Forderungen von FFF Austria zählen weiterhin die Einhaltung des 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens (PM2019-5; PM2020-11; Website-1; Website-2) sowie Klimagerechtigkeit (oft auch als globale Klimagerechtigkeit formuliert). Letztere wird zumeist lediglich als Begriff erwähnt und nur selten konkreter ausgeführt, was genau mit dieser Forderung gemeint ist (PM2019-1; PM2020-2; PM2021-8; Website-1). In einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2021 lässt sich beispielsweise eine der wenigen detaillierten Beschreibungen von Klimagerechtigkeit finden: „Wir fordern immer globale Klimagerechtigkeit. Dabei geht es nicht nur um Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Land, sondern einen internationalen Schulterschluss, die Klimakrise gemeinsam zu bewältigen und Ungerechtigkeiten zu beseitigen“ (PM2021-1). Im Verlauf des Analysezeitraums werden seitens FFF zwei weitere allgemeine Ziele wiederholt thematisiert. Diesbezüglich ist zunächst die Forderung nach konkreten, tiefgreifenden und effektiven Klimaschutzmaßnahmen zu nennen, wobei

insbesondere starke Gesetze auf allen politischen Ebenen (lokal, national und global/supranational) als erforderlich erachtet werden. In diesem Kontext wird insbesondere eine detaillierte Ausarbeitung politischer Pläne zur Maßnahmenumsetzung gefordert (PM2020-1; PM2021-9; PM2022-50; PM2023-17). Dieses prognostische Framing bestätigen Daniel et al. (2020) in ihrer Framing-Analyse zu FFF-Austria. Sie stellen ebenfalls fest, dass eine der Hauptforderungen FFF-Austrias substanzielle Klimaschutzmaßnahmen darstellen, welche hauptsächlich auf die Umsetzung von Politikinhalten (*policies*) abzielen (Daniel et al. 2020: 376). Des Weiteren verbindet Fridays for Future ab dem Jahr 2022 die Forderung nach ökologischen Klimaschutzmaßnahmen zunehmend mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit. Diese wurde zunächst lediglich im Kontext globaler Krisen wie der Corona-Pandemie oder sozialer Krisen wie der Energiekrise eingefordert, nicht jedoch im Zusammenhang mit Klimapolitik (PM2022-24; PM2022-43; PM2022-46). Dieses Framing hat sich ab dem Jahr 2022 verändert. FFF erwartet nun von der Politik, ökologische und soziale Klimaschutzmaßnahmen miteinander zu verknüpfen und fordert teilweise sogar einen sozialgerechten Systemwandel ein (PM2022-47; PM2022-50). Die Formulierungen ihrerseits beziehen sich hierbei primär auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Fokussierung auf den Menschen anstelle von wirtschaftlichen Profiten. Auf Twitter wird hierfür beispielsweise vermehrt der Hashtag „#PeopleNotProfit“ (Tweets-25-1-2022; Tweets-25-3-2022; Tweets-23-9-2022) genutzt und in einer Pressemitteilung von 2022 schreiben sie: „eine Transformation fordern, bei der nicht Profite und die Interessen einiger weniger, sondern die Bedürfnisse der Menschen an oberster Stelle stehen“ (PM2022-24).

Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse legen den Schluss nahe, dass die politischen Forderungen sowie die gewünschte Klimaschutzpolitik im gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen System umgesetzt werden sollen. In diesem Kontext betont FFF insbesondere die Relevanz rechtlicher und gesetzlicher Verankerungen als Lösungsansätze für den Klimawandel (PM2021-9; PM2022-1; PM2022-45; PM2023-17). Sollte die geforderte Klimaschutzpolitik im gegebenen politischen System nicht realisierbar sein, wird erst daraufhin ein Systemwandel eingefordert. Diese Forderung ist jedoch unspezifisch formuliert und macht keine genauen Angaben darüber, was ein solcher Systemwandel umfasst und in welchen Zustand das System transformiert werden soll. Auf der Website von Fridays for Future sowie in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2019 wird hierzu folgendes angeführt: „Falls diesen Forderungen im aktuellen System nicht nachgekommen werden kann, braucht es einen Systemwandel“ (Website-2). Das prognostische Framing von FFF Austria entspricht dem anderer europäischer Fridays for Future-Gruppen. Gemäß Svensson und Wahlström (2023) wendet ein Großteil der analysierten FFF-Gruppen einen sogenannten ‚*top-down system development*‘ Frame an (Svensson & Wahlström 2023: 18). Dies impliziert, dass die

Verantwortung für die Entwicklung von Lösungen zur Bewältigung des Klimawandels politischen Institutionen zugesprochen wird, während gleichzeitig eine systemimmanente Herangehensweise durch technische und politische Anpassungen betont wird (ebd.: 9f). Da das prognostische Framing von FFF Austria hauptsächlich auf politischen Forderungen, speziell der Umsetzung von Gesetzen und marktbasierten *policies*, basiert, können diese ebenfalls dem *top-down system development* Frame zugeordnet werden. Es ist bemerkenswert, dass FFF Austria, obwohl es einen Systemwandel nicht unbedingt befürwortet, dennoch von der Proklamation von Individuallösungen absieht. In ihren Protestbefragungen, die im Rahmen zahlreicher Klimastreiks im März 2019 und September 2020 durchgeführt wurden, konnten Wahlström et al. (2019) sowie Gardner und Neuber (2021) feststellen, dass die Mehrheit der Demonstrierenden individuelle Lebensstilveränderungen als Lösungsmöglichkeit für den Klimawandel befürwortet und auch selbst umsetzt (Gardner & Neuber 2021: 17f.; Wahlström et al. 2019: 17). Auch Ivanovic, Pudak und Poljak (2022) bestätigen für FFF Kroatien, dass sich ein Teil der Lösungsvorschläge auf Individualentscheidungen bezieht (Ivanovic, Pudak & Poljak 2022: 314). Diese Herangehensweise lässt sich im Framing von FFF Austria jedoch nicht feststellen. Aus dem Framing lässt sich keine systemkritische Haltung ableiten, jedoch auch keine konsumkritische bzw. auf Individuallösungen basierende prognostische Haltung. In der Konsequenz lässt sich FFF Austria als systemimmanent charakterisieren, wobei der Fokus auf Lösungen auf politischer Ebene liegt.

Im prognostischen Framing von FFF Austria konnten zudem eine Reihe spezifischer Ziele festgestellt werden. Am häufigsten nehmen sie darin Bezug auf Gesetze bzw. fordern den Beschluss dieser. Die Formulierungen sind dabei sowohl allgemein als auch konkret (PM2021-9; Tweets-25-4-2021). So werden beispielsweise starke und effektive Gesetze gefordert, wie in dieser Pressemitteilung: „Denn wenn wir über Lösungen reden wollen, darüber, wie es funktionieren kann und wie das Notwendige machbar wird, dann braucht es die dafür notwendigen Gesetze“ (PM2023-23). Im Verlauf des Analysezeitraums wird spezifisch auf vier Gesetze Bezug genommen: das Klimaschutzgesetz (KSG) (PM2021-9; Tweets-6-11-2021; Tweets-9-2-2022), das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz (EWG) (PM2022-27; PM2022-31; Tweets-11-7-2022), das Energieeffizienzgesetz (EEffG) (PM2022-1; PM2022-45; PM2023-23) sowie der Nationale Energie- und Klimaplan (NEKP) (PM2019-1; PM2019-7; PM2023-4). Für das KSG, das EWG und den NEKP veröffentlicht FFF außerdem detaillierte Ausarbeitungen mit Kritik an den bisherigen Entwürfen sowie Verbesserungsvorschläge, welche keine oberflächlichen Aufforderungen nach ‚mehr‘ Klimaschutzpolitik beinhalten, sondern detailliert ausgearbeitete Forderungen aufzählen. Ein Beispiel hierfür ist der offene Brief an Bundeskanzler Nehammer zum Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen aus dem Jahr 2022, in

welchem sehr spezifische Maßnahmen zur Wärmewende beschrieben sowie die aktuelle Gesetzeslage diskutiert werden (PM2022-44). Ein weiteres Beispiel ist die Stellungnahme zur Einsparungslücke im NEKP, in der FFF Austria weitere sehr detailliert ausgearbeitete Vorschläge im Bereich Erneuerbare Energien und Wärmewende unterbreitet, um die Emissionen der Einsparungslücke erreichen zu können (PM2023-10). Dieses prognostische Framing wurde von Buzogány und Scherhauser (2022) ebenfalls für FFF Deutschland bestätigt. Diese fokussieren sich ebenso auf die Erreichung des Ziels der Reduktion von Treibhausgasemissionen mittels der Verabschiedung von Gesetzen und fordern hierfür u. a. wie FFF Austria die Einführung einer öko-sozialen CO₂-Steuer (Buzogány & Scherhauser 2022: 5).

Ein weiterer Schwerpunkt der spezifischen Ziele FFFs liegt auf dem Abbau des fossilen Systems mit dem hauptsächlichen Fokus auf dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdöl und Erdgas (Tweets-6-11-2021; Tweets-30-11-2023; Website-2). Außerdem umfasst dieser Schwerpunkt die Forderungen nach einem Stopp fossiler Großprojekte wie beispielsweise der Baustopp der Lobauautobahn (PM2021-5; Tweets-22-1-2021; Website-2) sowie der Abbau fossiler und klimaschädlicher Subventionen (PM2020-12; PM2020-13; PM2022-46). Diese Gelder sollen stattdessen in klimagerechte Projekte investiert werden. FFF positioniert sich in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2022 folgendermaßen: „Gelder müssen zum Wohlergehen der Menschen, und nicht in Kohle, Öl und Gas oder fossile Konzerne wie Fluggesellschaften investiert werden. Wir brauchen nachhaltige Jobs und klimafreundliche Mobilität, statt weitere Emissionen“ (PM2020-13). Im Rahmen des fossilen Energien Schwerpunkts fordert Fridays for Future ab 2022 ebenfalls die Unabhängigkeit sowie den Importstopp von russischem Erdgas. Dadurch soll eine Einstellung der Finanzierung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine sowie die Unterstützung eines Öl- und Gasembargos durch den Staat Österreich erreicht werden (PM2022-48; PM2022-49; Tweets-13-6-2022) (s. Kap. 5.4). Die Forderungen, welche auf den Abbau des fossilen Systems abzielen, basieren vorrangig auf marktbasierten Instrumenten. Die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen (Tweets-3-10-2021; Tweets-13-12-2023; Website-2), eine öko-soziale Steuerreform (PM2019-1; PM2021-10; Website-2) sowie eine Übergewinnsteuer für fossile Energieunternehmen (PM2022-12; Tweets-5-9-2022; Tweets-23-9-2022) stellen zentrale Forderungen von FFF Austria in diesem Kontext dar. Buzogány und Scherhauser (2022) bestätigen diese Lösungsstrategie zudem für FFF Deutschland und beschreiben sie als *Green-Growth*-Strategie, welche wenig radikal ist und Standardbeispiele der neoklassischen Umweltökonomie umfasst (Buzogány & Scherhauser 2022: 7). Ein weiterer Schwerpunkt der Ziele von FFF Austria liegt auf der Energie- und Wärmewende, in der u. a. der Ausbau von Erneuerbaren Energien (PM2022-46; Tweets-21-8-2022; Tweets-26-1-2023), ein gesetzlicher

Phase-Out von Gasheizungen (PM2022-40; Tweets-13-6-2022; Tweets-11-7-2022) sowie die Ablehnung von grünem Gas als alternatives Heizmittel gefordert wird (PM2022-27; Tweets-13-6-2022; Tweets-2-11-2022). Außerdem formuliert Fridays for Future zahlreiche Forderungen im Kontext der Mobilitätswende. In diesen wird der motorisierte Individualverkehr sowie das Auto als hauptsächlich fokussiertes Transportmittel von der Politik eindeutig abgelehnt und stattdessen ein Umdenken in der Verkehrspolitik hin zu klimafreundlicheren Alternativen wie dem öffentlichen Nahverkehr oder dem Fahrrad eingefordert. Die Forderungen umfassen zudem den Ausbau des ÖPNV-Netzes, insbesondere im ländlichen Raum, sowie die Einführung leistbarer Tickets. Des Weiteren wird eine sichere und weiter ausgebauten Radinfrastruktur gefordert (PM2019-12; PM2020-10; PM2022-4; PM2023-26).

Ab dem Jahr 2022 konnten außerdem Forderungen identifiziert werden, welche zunehmend auch internationale Aspekte der Klimapolitik thematisieren. Diesbezüglich sind insbesondere die folgenden, auf EU-Ebene diskutierten Gesetzesvorhaben von Relevanz: die EU-Taxonomie im Jahr 2022, bei der sich FFF gegen Einführung dieser ausgesprochen hat (PM2022-28; PM2022-29; PM2022-30), sowie das *Nature Restoration Law* im Jahr 2023, für das sich FFF Austria ausgesprochen hat (PM2023-14; Tweets-15-5-2023; Tweets-17-5-2023).

Eine weitere Institution, an welche Forderungen im Bereich der internationalen Klimapolitik gerichtet werden, ist die COP. Hierbei fokussiert sich FFF insbesondere auf den Ausstieg aus den fossilen Energien sowie die Sicherstellung und die Finanzierung des Klimaschäden-Fonds für Länder aus dem Globalen Süden (PM2021-3; PM2022-7; PM2022-9; PM2023-5). An dieser Stelle divergiert das prognostische Framing von FFF Austria beispielsweise von dem der portugiesischen Klimabewegung. Diese betonen in ihren Lösungsforderungen sowohl die Verabschiedung eines nationalen wie auch globalen Maßnahmenkatalogs, da auch der Klimawandel sowohl nationale als auch globale Herausforderungen birgt (Fernandes-Jesus, Lima & Sabucedo 2020: 439). Im Falle von FFF Austria lässt sich eine solche Gleichstellung der Forderungen nach nationalem und internationalem Klimaschutz jedoch nicht beobachten. Im Gegensatz dazu fokussiert sich FFF Austria, ähnlich wie im diagnostischen Framing, auch im Bereich der internationalen Klimapolitik bzw. der Klimapolitik auf EU-Ebene primär auf die Rolle Österreichs und formuliert ihre Forderungen nahezu ausschließlich in Bezug darauf, wie Österreich sich zu dem jeweiligen Sachverhalt verhalten soll (PM2021-3; PM2022-9; PM2022-10; PM2023-5).

Ein weiteres Thema im Bereich der internationalen Politik, auf das sich ab 2023 viele Forderungen FFFs richten, ist das EACOP-Projekt. FFF Austria positioniert sich gegen das Vorhaben und fordert den Baustopp sowie den Rückzug des österreichischen Unternehmens isoplus aus dem Projekt (PM2023-19; Tweets-2-6-2023; Tweets-7-6-2023). Die Thematisierung des EACOP-Projekts stellt nicht nur eine Ausnahme dar, da es sich um kein politisches, sondern ein wirtschaftliches Vorhaben handelt, sondern auch, weil es auf internationaler Ebene in Uganda und nicht in Österreich geplant ist.

Abschließend kann hinsichtlich des Framings der Lösungsvorschläge noch festgehalten werden, dass Fridays for Future in allen Jahren des Analysezeitraums Forderungen zu Themen äußert, die lediglich in einem Jahr den Fokus der Bewegung darstellen. Im Jahr 2020 sind das die Bindung der Covid-Rettungsgelder an klimapolitische Maßnahmen sowie die Ablehnung der Rettungsgelder für *Austrian Airlines* (PM2020-11; PM2020-12; PM2020-13). 2022 lag der Fokus auf der Energiekrise und sozial gerechten Entlastungsmaßnahmen wie einer Energiegrundsicherung finanziert aus einer Übergewinnsteuer für fossile Unternehmen (PM2022-5; PM2022-15; PM2022-24). Im Jahr 2023 forderte FFF hauptsächlich ab der zweiten Jahreshälfte einen Klimakatastrophengipfel bestehend aus der Bundesregierung mit den Landeshauptleuten mit dem Ziel, sofort wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu beschließen (PM2023-12; Tweets-8-8-2023; Tweets-12-9-2023).

5.2.2 Österreichische Bundespolitik als verantwortlicher Akteur

Ähnlich wie im diagnostischen Framing zur Schuldfrage fokussiert sich Fridays for Future bei der Identifikation und Benennung von Akteur*innen, die für die Umsetzung der formulierten Forderungen verantwortlich sind, auf die Politik und die Wirtschaft. Ebenfalls lässt sich beobachten, dass erneut verantwortliche Akteur*innen auf Twitter öfter namentlich benannt werden als in den Pressemitteilungen. In diesem Kontext werden die Accountnamen verlinkt, sodass in den Tweets öfter Einzelpersonen statt Gruppen oder Parteien für die Umsetzung der geforderten Maßnahmen verantwortlich gemacht werden (Tweets-28-4-2020; Tweets-13-1-2022; Tweets-Tweets-11-7-2023). Im Folgenden erfolgt eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Aspekte.

Zielgruppe der von FFF formulierten Forderungen sind fast ausschließlich politische Akteur*innen. Insbesondere der Bundespolitik wird Lösungskompetenz bezüglich des Klimawandels sowie Verantwortung für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zugesprochen. Hierzu schreiben sie in einer Pressemitteilung: „Macht endlich eure Hausaufgaben, dann können wir wieder unbesorgt in die Schule gehen!“ (PM2019-2). Dies wird von den Ergebnissen der Protestbefragungen von Wahlström et al. (2019) sowie den beiden österreichischen Länderstudien von Buzogány und Mikecz (2019) sowie Daniel und Deutschmann (2020) bestätigt. Die Ergebnisse der Befragungen legen dar, dass den jeweiligen nationalen Regierungen hinsichtlich ihrer Fähigkeit, die globale Erwärmung zu bekämpfen, mit Skepsis begegnet wird. Gleichwohl werden diese als hauptverantwortliche Akteur*innen betrachtet und zur Umsetzung einer radikaleren Klimapolitik aufgefordert (Buzogány & Mikecz 2019: 97; Daniel & Deutschmann 2020: 64; Wahlström et al. 2019: 17), „even if such policies negatively affect the economy“ (Daniel & Deutschmann 2020: 65). Dieses prognostische Framing stimmt außerdem mit den Ergebnissen der Framing-Analyse von Buzogány und Scherhauser (2022) zu FFF Deutschland überein. Ebenso wie FFF Deutschland

schreibt FFF Austria politischen Institutionen Verantwortung zu, „where elected representatives hold the authority, legitimacy and capacity to handle climate change“ (Buzogány & Scherhauser 2022: 7f.). Der am häufigsten zum Handeln gegen den Klimawandel sowie die Energiekrise aufgerufene politische Akteur ist die österreichische Bundesregierung (PM2020-13; PM2021-5; Tweets-6-5-2020; Tweets-14-7-2021). Ähnlich wie im diagnostischen Framing zur Schuldfrage liegt der Fokus der Handlungsaufforderung auf der ÖVP. Diese sollen ihre Blockadehaltung bezüglich des Klimaschutzes überwinden und im Sinne der von FFF postulierten Lösungsvorschläge agieren (PM2021-9; Tweets-6-1-2023; Tweets-13-2-2023). Der Koalitionspartner ab 2020, die Grünen, wird ebenfalls als verantwortlicher Akteur erwähnt, jedoch in einem deutlich geringeren Ausmaß als die ÖVP (PM2021-9; Tweets-24-8-2022; Tweets-21-3-2023). Neben der Bundesregierung werden die beiden Bundeskanzler Sebastian Kurz (Tweets-28-4-2020; Tweets-2-5-2020) und Karl Nehammer (PM2023-9; PM2023-26; Tweets-17-3-2023) als Hauptverantwortliche benannt. Weitere politische Akteur*innen, die von FFF hinsichtlich der Verantwortung zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen adressiert werden, sind mehrere Bundesministerien, vorrangig das Finanz-, Klima- und Europaministerium (PM2019-8; Tweets-8-9-2021; Tweets-27-3-2023), sowie diverse Bundesländer, insbesondere die Landesregierung in Wien und in Niederösterreich (PM2019-11; PM2020-6; PM2023-22). Im Rahmen der Verantwortungszuweisung betont FFF Austria wiederholt, dass die Bundesregierung bzw. die adressierte Landesregierung die letzte Regierung ist, die das Pariser Klimaabkommen noch einhalten kann. Sie appellieren somit an die politischen Entscheidungsträger*innen, die verbleibende Zeit für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels gewissenhaft zu nutzen (PM2020-1; PM2020-4; Tweets-9-1-2023; Tweets-20-1-2023). Der Fokus der Verantwortungszuweisung von Seiten FFFs liegt nahezu ausschließlich auf der österreichischen Politik. Vereinzelt werden jedoch ab 2022 auch europäische Akteur*innen bzw. Akteur*innen der internationalen Klimapolitik in Bezug auf ihre Lösungskompetenz hinsichtlich des Klimaschutzes adressiert. Hierbei werden im Rahmen der EU-Taxonomie und ab 2023 im Kontext des *Nature Restoration Law* vorrangig die EU-Kommission, der Minister*innenrat sowie die MdEPs, hier insbesondere die EPP-Gruppe, als verantwortliche Akteur*innen genannt (PM2022-26; Tweets-11-7-2023; Tweets-11-8-2023). Diese Verantwortungszuschreibung innerhalb des prognostischen Framings kann durch die Erkenntnisse der Framing-Analyse von Daniel et al. (2020) zu FFF Austria bestätigt werden. Diese kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass FFF Austria in absteigender Bedeutungsreihenfolge nationalstaatliche und regionale politische Institutionen als verantwortliche Akteur*innen adressiert. In ihren Ergebnissen werden jedoch internationale Akteur*innen wie die EU nicht angesprochen (Daniel et al. 2020: 377). Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass der Analysezeitraum dieser Framing-Analyse kürzer war als der der

vorliegenden Masterarbeit (März 2019 bis Mai 2020) und Klimapolitik beispielsweise auf EU-Ebene erst in den nachfolgenden Analysejahren stärker in den Vordergrund getreten ist.

Neben der Politik wird ebenso die Wirtschaft hinsichtlich eines Handlungsauftrages im Zuge des Klimawandels adressiert, wenngleich in deutlich geringerem Umfang. Hierbei spricht Fridays for Future insbesondere das fossile österreichische Unternehmen OMV (PM2019-1; Tweets-26-4-2021; PM2022-25) sowie die österreichische Interessenvertretung WKÖ und deren Präsident Harald Mahrer an (PM2022-52; PM2022-55; PM2024-3). An dieser Stelle divergieren das Framing von FFF Austria und die Meinungen der von Wahlström et al. (2019) befragten Protestteilnehmenden. Sowohl junge Menschen als auch Erwachsene gaben in den Umfragen an, skeptisch gegenüber Unternehmen und wirtschaftlichen Akteur*innen als Lösungsverantwortliche für Umweltprobleme zu sein (Wahlström et al. 2019: 17). In der dazugehörigen österreichischen Länderstudie von Buzogány & Mikecz (2019) äußerten nahezu 80 Prozent der befragten Schüler*innen, kein Vertrauen in die Lösungskompetenz wirtschaftlicher Akteur*innen zu haben (Buzogány & Mikecz 2019: 97f.). Ab dem Jahr 2023 verschiebt sich der Fokus hinsichtlich der Verantwortungszuweisung von nationalen auf internationale Akteur*innen. FFF Austria fordert hierbei das österreichische Unternehmen isoplus sowie weitere fossile Firmen auf, ihre Beteiligung am internationalen EACOP-Projekt zu beenden (PM2023-1; PM2023-19; PM2024-1). Innerhalb des Analysezeitraums richtet sich Fridays for Future mit deren Forderungen an weitere Institutionen, wie das Europäische Forum Alpbach (PM2022-19; PM2023-11) oder die Europäische Gaskonferenz (PM2023-29).

5.2.3 Wissenschaftliche und wirtschaftliche Argumentationslinien

Die Forderungen von Fridays for Future werden von ihnen mit verschiedenen Argumentationssträngen begründet und legitimiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf wissenschaftlichen sowie weiteren Referenzen, wirtschaftlichen Argumenten, der Dringlichkeit zu Handeln sowie ab 2022 auch sozialen, friedenspolitischen und (verfassungs)rechtlichen Argumenten. Im Folgenden erfolgt eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Argumentationsstränge. In ihrer prognostischen Argumentation stützt sich FFF Austria in erster Linie auf wissenschaftliche Belege, um die eigenen Forderungen gegenüber verantwortlichen Akteur*innen wie Politiker*innen und Wirtschaftsvertreter*innen zu begründen. Hierbei werden zum einen Erkenntnisse und Ergebnisse wissenschaftlicher Institutionen sowie Fachexpert*innen zitiert (PM2019-12; Tweets-30-4-2020; Tweets-13-1-2022). In einem Tweet aus dem Jahr 2023 zieht FFF beispielsweise den IPCC-Bericht heran, um die eigene Forderung nach tiefgreifenden Klimaschutzmaßnahmen zu legitimieren und auf die Unzulänglichkeit von rein technikfokussierten Lösungen hinzuweisen: „Laut zahlreichen Expert*innen und dem IPCC brauchen wir strukturelle Veränderungen und klimafreundliche

Rahmenbedingungen, die klimaschädliche Politik Schritt für Schritt unmöglich machen“ (Tweets-21-3-2023). Wie bereits bei der Beschreibung der Lösungsvorschläge FFFs erwähnt, ist die Bezugnahme auf die Klimawissenschaft sowohl im diagnostischen als auch prognostischen Framing ein wesentliches Merkmal der Fridays for Future-Bewegung aber auch anderer jüngerer Klimagerechtigkeitsbewegungen wie *Extinction Rebellion* (Buzogány & Scherhauser 2022: 7). Die Bezugnahme auf wissenschaftliche Erkenntnisse in der externen Kommunikation von FFF Austria, beispielsweise in Form von Pressemitteilungen und Tweets, verleiht den formulierten Forderungen nicht nur zusätzliche Legitimität, sondern verstärkt zudem das Gefühl der Dringlichkeit und trägt dazu bei, Druck auf Entscheidungsträger*innen auszuüben. Diese Argumentationslinie wird nicht nur von FFF Austria verwendet. Buzogány & Scherhauser (2022) bestätigen in ihrer Framing-Analyse zu *Extinction Rebellion* und FFF Deutschland, dass diese beiden Bewegungen ebenfalls durch das häufige Zitieren von Aufforderungen wie „Follow the Science“ (FFF), „Listen to the Science“ (XR) und „Tell the Truth“ (XR) wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel betonen (Buzogány & Scherhauser 2022: 7).

Des Weiteren stützt sich die Bewegung Fridays for Future auf weitere nicht-wissenschaftliche Referenzen. Hierbei beziehen sie sich insbesondere auf Vorzeigebispiele von Klimaschutzmaßnahmen anderer Städte und Länder sowie Träger (PM2020-1; PM2021-2). In einer Pressemitteilung führt FFF Austria beispielsweise die Klimaschutzpolitik in China an, um die österreichische Regierung von der Ausarbeitung eines Klimaschutzgesetzes zu überzeugen: „An dieser Stelle kommt häufig das China Argument. Doch wenn die ÖVP über China schimpft, hat sie so manches verschlafen: China hat längst einen klaren Plan und macht im Klimaschutz rasante Fortschritte“ (PM2023-4). Ein weiteres Beispiel ist ein Zitat aus einer Pressemitteilung von 2021, in welchem die Forderung des Ausstiegs aus fossilen Energien mit dem guten Beispiel der Bundesimmobiliengesellschaft veranschaulicht wird. Damit soll der Stadt Wien aufgezeigt werden, dass andere österreichische Träger bereits Klimaschutzpolitik betreiben: „Obwohl die BIG (Bundesimmobiliengesellschaft) in puncto Sanierung noch Nachholbedarf hat, will sie bis 2025 aus fossilen Brennstoffen aussteigen[.] Das ist ein lobenswerter Schritt, von dem sich die Stadt Wien noch etwas abschauen kann“ (PM2021-11). Außerdem nutzt FFF Austria Statistiken und Ergebnisse der Meinungsforschung, um den Verantwortungsträger*innen den Rückhalt aus der Bevölkerung für Klimaschutzpolitik zu signalisieren (PM2021-10; PM2023-39; Tweets-23-2-2021). Bezüglich der ökosozialen Steuerreform schreiben sie beispielsweise: „Wie mehr als 70% der Menschen in Österreich, fordert auch Fridays For Future die Umsetzung einer ökosozialen Steuerreform, damit klimafreundliches Handeln belohnt wird und gleichzeitig Klimazerstörung einen Preis bekommt“ (PM2021-10).

Neben einer wissenschaftlichen Argumentation zieht FFF Austria in ihrem prognostischen Framing außerdem diverse wirtschaftliche Argumente heran, um die eigenen Forderungen gegenüber den verantwortlichen Akteur*innen, der Politik und der Wirtschaft, zu legitimieren. Die Argumentation umfasst sowohl die Darstellung der Schäden, die aus einer fehlenden Klimaschutzpolitik für die österreichische Wirtschaft resultieren, als auch die Erörterung der Vorteile, die eine Klimaschutzpolitik für die österreichische Wirtschaft mit sich bringen würde. So appelliert Fridays for Future beispielsweise an die wirtschaftlichen Interessen der politischen und wirtschaftlichen Akteur*innen wie der ÖVP und der WKÖ und wirft diesen vor, sie würden nicht im Sinne ihrer eigenen Werte und wirtschaftlichen Interessen handeln. In Bezug auf die ÖVP verweist FFF in ihrer Argumentation für verstärkte Klimaschutzmaßnahmen auf den Schwerpunkt der ÖVP als Wirtschaftspartei und argumentiert, dass diese durch die Blockade von Klimaschutzmaßnahmen ihren eigenen Interessengruppen schade (PM2022-17; PM2022-34; PM2023-30). In einer Pressemitteilung schreiben sie hierzu:

Die Behauptung die ÖVP 'stehe auf der Seite der Wirtschaft' zeigt deutlich, dass sie die Klimakrise rein gar nicht verstanden hat. Denn die Klimakrise trifft auch die Wirtschaft, wenn das Stromnetz durch Unwetter ausfällt, Flüsse nicht mehr schiffbar sind und die Lebensmittelversorgung durch Dürren gefährdet wird. (PM2022-21)

Die WKÖ als Interessensvertretung für die österreichische Wirtschaft wird mit einem ähnlichen Framing adressiert (PM2022-18; PM2022-53). Auch an diese wendet sich FFF Austria mit dem Argument, dass die gegenwärtige Haltung gegenüber Klimaschutzmaßnahmen negative Konsequenzen für zahlreiche Unternehmen hat:

Harald Mahrer könnte über die Wirtschaftskammer und den Wirtschaftsbund jetzt im Rahmen der Verhandlungen zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz klare Rahmenbedingungen für den Ausstieg aus Gasheizungen umsetzen. Doch er tut es nicht und schaden somit den Unternehmen und uns allen. (PM2022-52)

Ein weiteres Argument seitens FFFs, inwiefern fehlende Klimaschutzpolitik der Wirtschaft in Österreich schadet, richtet sich auf die Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen (PM2022-18; PM2022-55). So fordern sie beispielsweise eine nachhaltige Umgestaltung der österreichischen Wirtschaft in Form eines Umstiegs von fossilen auf erneuerbare Energien, um österreichische Unternehmen vor wirtschaftlichen Nachteilen zu bewahren: „Wenn die österreichische Wirtschaft nicht schnell nachhaltig wird, müssen unsere Unternehmen mit erheblichen Wettbewerbsnachteilen rechnen und EU-Strafzahlungen für zu hohe Emissionen werden ein großes Loch in den Staatshaushalt reißen“ (PM2020-12). Zudem betont FFF wiederholt, dass der Staat Österreich mit hohen Strafzahlungen an die EU rechnen muss, sollten gegen den fortschreitenden Klimawandel keine politischen Maßnahmen folgen (PM2021-6; PM2022-14). Dies geht beispielsweise aus folgendem Tweet hervor: „Bei Verfehlung der EU-Ziele drohen Österreich saftige Zahlungen“ (Tweets-14-7-2021).

Weiterführend zu den soeben dargelegten Argumenten vertritt Fridays for Future weiterhin die Auffassung, dass Klimaschutzpolitik der österreichischen Wirtschaft Vorteile verschafft. Das Klimaschutzgesetz sowie weitere klimapolitische Maßnahmen würden für alle Wirtschaftsbranchen und Unternehmen in Österreich eine wesentliche Verbesserung der Planungssicherheit bedeuten. Dadurch wäre es möglich, anstehende Investitionen langfristig zu planen und die Unternehmensstruktur entsprechend auszurichten (PM2020-13; PM2022-50; PM2023-8; PM2023-10). In einer Pressemitteilung greifen sie dies folgendermaßen auf:

Ein beliebtes Argument Ihrer Partei ist, dass ein effektives Klimaschutzgesetz 'der Wirtschaft' schaden würde. Dabei ignorieren Sie den Fakt, dass genau die Planungssicherheit, die das Klimaschutzgesetz liefern würde, von so vielen Unternehmen gebraucht wird. Industrielle gehen bereits an die Öffentlichkeit und warnen vor fehlenden Investitionen in Ländern, die ihre Klimaziele verfehlen. (PM2022-14)

Des Weiteren begründet FFF Austria die eigenen klimapolitischen Forderungen damit, dass diese von den Unternehmen selbst gewollt werden und Verantwortungsträger*innen somit nicht nur nach den Forderungen einer Klimaschutzbewegung, sondern ebenfalls nach den Wünschen inländischer wirtschaftlicher Akteur*innen handeln würden (PM2022-38; PM2022-52; PM2022-53). In einer Pressemitteilung schreiben sie bezüglich der Forderung des Ausstiegs aus fossilen Energien beispielsweise: „Erst letzte Woche forderten knapp 250 Unternehmen in Österreich - darunter die ÖBB, Lenzing, Spar, Verbund und Kapsch TrafficCom - in einem Brief an den Bundeskanzler und den Vizekanzler einen klaren und verbindlichen Ausstiegspfad aus fossilen Energien“ (PM2021-6). Des Weiteren betont FFF die Möglichkeit von wirtschaftlichen Profiten, welche beispielsweise mit einem Ausbau von erneuerbaren Energien einhergehen würden sowie das hohe Potenzial an Arbeitsplätzen und Jobaufträgen durch die Energie- und Mobilitätswende (PM2020-9; PM2020-13; PM2023-30). FFF Austria argumentiert hierzu in einer Pressemitteilung: „In den nächsten Jahren werden tausende zusätzliche Beschäftigte im Mobilitätssektor gebraucht. Der Ausbau der Öffis kann nur funktionieren, wenn auch genügend Beschäftigte in diesem Bereich arbeiten“ (PM2022-6). Die Nutzung wirtschaftlicher Argumentationslinien, um die eigenen Forderungen zu legitimieren und eine größere Unterstützung für diese zu erhalten, ist insofern interessant, als dass FFF Austria in ihrem diagnostischen Framing durchaus wirtschaftliche Akteur*innen sowie das Wirtschaftssystem basierend auf der Extraktion fossiler Brennstoffe als Problemursachen kritisiert. Dieses ambivalente Framing konnte jedoch auch in der Framing-Analyse von Buzogány und Scherhauser (2022) zu FFF Deutschland bestätigt werden. Beide FFF-Gruppierungen beschuldigen fossile wirtschaftliche Akteur*innen, hauptverantwortlich für den Klimawandel zu sein. Gleichzeitig verwenden sie jedoch eine wirtschaftsfreundliche Argumentation für auf *Green Growth* basierten Klimaschutzmaßnahmen. Hierfür beziehen sie sich beispielsweise auf das wirtschaftliche Potenzial, welches der Ausbau der erneuerbaren Energien für heimische Unternehmen bedeuten kann (Buzogány & Scherhauser 2022: 8).

Neben einer wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Argumentation betont FFF Austria in ihrem prognostischen Framing außerdem eine Dringlichkeit klimapolitischen Handelns, um den eigenen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Sie greifen hierfür wiederholt ein Motiv des Zeitdrucks auf, was auf Twitter beispielsweise durch den häufig genutzten Hashtag „#ActNow“ zur Geltung kommt (Tweets-6-4-2020; Tweets-22-7-2020; Tweets-9-8-2021). In zahlreichen Begründungen für ihre Forderungen findet sich neben der Betonung des Zeitdrucks zudem die Warnung, dass die Zeit für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen abläuft. Im Jahr 2020 schreiben sie diesbezüglich in verschiedenen Pressemitteilungen: „Ankündigungen reichen nicht! Es muss jetzt gehandelt werden, damit Wien auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt sein kann“ (PM2020-6) und „Dieses Jahrzehnt muss angesichts der fortschreitenden Klimakrise ein Wendepunkt des Wirtschaftens in den westlichen Staaten sein“ (PM2020-8). Im Jahr 2023 wird das Dringlichkeitsargument am häufigsten und insbesondere im Kontext mit den ökologischen Krisen des Jahres (z.B. Überflutungen, Hitzewellen, Brände) genutzt (PM2023-9; PM2023-21; Tweets-9-8-2023), um die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen einzufordern: „Es ist klar: dieser Klimakatastrophen-Sommer muss eine Trendwende einleiten“ (Tweets-12-9-2023).

Ab dem Jahr 2022 zieht Fridays for Future zudem soziale, friedenspolitische und (verfassungs)rechtliche Argumenten heran, um ihre Forderungen zu begründen. Im Rahmen einer (verfassungs)rechtlichen Argumentation betont FFF wiederholt, dass es die Aufgabe der Politik und der Regierungsauftrag sei, die Menschen und das Land mithilfe von Gesetzen sowie weiteren klimapolitischen Maßnahmen vor bevorstehenden ökologischen und sozialen Krisen zu schützen bzw. aus bereits eingetretenen Krisen zu helfen (PM2023-34). Auf Twitter argumentieren sie diesbezüglich: „Es ist verdammt nochmal der Job der Politiker*innen, Krisen zu lösen und Menschen zu schützen“ (Tweets-27-9-2023). Außerdem führt FFF Austria in ihren Begründungen für Klimaschutzmaßnahmen spezifisch die Verantwortung der Politik an, welche gegenüber den Wähler*innen und Bürger*innen gewissen Pflichten zu erfüllen habe (Tweets-1-9-2022). Als Beispiele werden hierfür zum einen das laut österreichischer Verfassung bestehende Recht von Kindern auf Schutz und Fürsorge angeführt, welches eine adäquate Klimaschutzpolitik als Sicherung ihrer Lebensgrundlage beinhaltet (PM2023-16), sowie zum anderen die Eigenverpflichtung des Staates Österreich an völkerrechtliche Verträge wie das Pariser Klimaabkommen (PM2023-33). Wie bereits mehrfach beschrieben, fand in fast allen Bereichen des Framings von FFF im Jahr 2022 eine Verschiebung des Fokus von zuvor ausschließlich klimapolitischen Anliegen auf soziale Probleme wie die Energiekrise und globale Themen wie den Angriffskrieg in der Ukraine statt. Für diese weiteren identifizierten Probleme wurden, wie bereits ausgeführt, Forderungen formuliert, welche von

FFF Austria nun ebenfalls mit einer veränderten Argumentation begründet werden. Bereits vor dem Jahr 2022 wurde seitens FFF der Ausstieg aus fossilen Energien gefordert. Allerdings waren die Argumente, die mit dieser Forderung einhergingen, ökologischer Natur. In der Folge werden sozial- sowie friedenspolitische Argumente genutzt, um den Ausstieg aus den fossilen Energien zu legitimieren und leistbare sowie sichere Alternativen zu Erdöl und -gas zu verlangen (PM2022-1; PM2022-23; PM2022-34; PM2023-5) (s. Kap. 5.4).

5.3 Motivationales Framing: Motivationen, Ziele und Formen des Aktivismus

Das motivationale Framing umfasst die Ergründung der Motive, die FFF dazu bewegen, sich aktivistisch zu engagieren, sowie die Klärung des Zwecks, den sie dabei verfolgen und der gewählten Aktionsformen. Darüber hinaus wird beleuchtet, was den Aktivismus von FFF im Allgemeinen auszeichnet. Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse legen nahe, dass die Unzufriedenheit mit der bisherigen, als unzureichend wahrgenommenen Klimaschutzpolitik der hauptsächliche Beweggrund für den Klimaaktivismus von Fridays for Future darstellt. Diese Unzufriedenheit fungiert zugleich als Motivation, aktivistisch aktiv zu sein, bis die Pariser Klimaziele erreicht werden. Ein weiterer Grund für ein aktivistisches Engagement ist die persönliche Betroffenheit der Aktivist*innen in Bezug auf die fortschreitenden Veränderungen des Klimas und deren potenzielle Auswirkungen auf Jugendliche und junge Generationen im Allgemeinen. Aus diesen negativen Gefühlen wird gleichzeitig jedoch auch eine Motivation gezogen, sich für die Sicherung der eigenen lebenswerten und klimagerechten Zukunft einzusetzen. Das Ziel des Aktivismus von FFF Austria besteht in der Ausübung von Druck auf politische Entscheidungsträger*innen, um diesen einen klimapolitischen Handlungsauftrag zu vermitteln. Zudem soll öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz generiert und Bürger*innen sowohl über die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen als auch über das bisherige Politikversagen in diesem Politikbereich aufgeklärt werden. Der Aktivismus von Fridays for Future ist allgemein durch gewaltfreie Protestaktionen und Demonstrationen gekennzeichnet, welche grundsätzlich allen Menschen zugänglich sind. Des Weiteren positioniert sich FFF gegen jegliche Form der Diskriminierung und duldet diese nicht auf den von ihnen organisierten Aktionen. Die von den Aktivist*innen am häufigsten genutzten Aktionsformen sind die für sie charakteristischen internationalen Klimastreiks sowie weitere Protestaktionen und Kundgebungen vor diversen politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Weitere Aktionsformen bilden der Austausch mit Politik und Wirtschaft, bildungspolitische Veranstaltungen sowie die Initiierung und Unterstützung von rechtlichen Klagen. FFF Austria geht außerdem zahlreiche Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, um gemeinsam für eine sozial-ökologische Transformation einzustehen.

5.3.1 Beweggründe für Aktivismus: politische Unzufriedenheit und aufwühlende Emotionen

Die Unzufriedenheit mit der bisherigen, als unzureichend wahrgenommenen Klimaschutzpolitik stellt einen zentralen Beweggrund für den Klimaaktivismus von Fridays for Future dar. In den Pressemitteilungen und Tweets wird dargelegt, dass die von der Politik umgesetzte bzw. verzögerte und verwässerte Klimapolitik von den Aktivist*innen von FFF Austria als enttäuschend und verärgernsde wahrgenommen wird, was zu einem Gefühl der Hilflosigkeit und des Alleingelassenseins führt. Diese Unzufriedenheit stellt, wie von FFF wiederholt in Pressemitteilungen betont, eine Motivation dar, Protestaktionen gegen die Untätigkeit politischer Entscheidungsträger*innen zu organisieren (PM2020-1; PM2021-8; PM2023-9). In Pressemitteilungen aus den Jahren 2019 und 2022 positionieren sie sich beispielsweise folgendermaßen: „Wir können die Trägheit der Politik nicht auf uns sitzen lassen. Wir müssen jetzt alle aufstehen und handeln, damit die Regierungen das Gleiche tun“ (PM2019-3) und „Für uns gilt: Wer blockiert, muss mit Widerstand rechnen. Denn wir werden die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen nicht einfach so hinnehmen!“ (PM2022-23). Gleichzeitig ist FFF Austria nicht nur motiviert gegen die von ihnen als zu wenig radikal wahrgenommene Klimaschutzpolitik zu protestieren, sondern ihren Protest fortzusetzen, bis die Pariser Klimaziele sowie Klimagerechtigkeit erreicht werden (PM2021-1; PM2022-58; PM2023-34). In einem Tweet posten sie diesbezüglich: „Wann hört ihr auf zu streiken?“ werden wir oft gefragt. Die Antwort ist einfach: wenn so gehandelt wird, dass die Krise nicht zur Katastrophe wird und das 1,5°C-Limit nicht aufs Spiel gesetzt wird. Bis das der Fall ist, bleiben wir laut. See you on the streets!“ (Tweets-21-12-2021).

Wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel und dessen Fortschreiten lösen in den Aktivist*innen des Weiteren verschiedenen Emotionen aus, die sie zum Handeln bewegen. In Pressemitteilungen und Tweets wird beispielsweise wiederholt von Gefühlen der Angst, Frustration und Hoffnungslosigkeit in Hinblick auf den Klimawandel und die eigene Zukunft gesprochen (PM2022-44; PM2022-55; PM2023-12; PM2023-28). In einer Pressemitteilung wird hierzu Folgendes ausgeführt: „Wir sind manchmal schon frustriert und hoffnungslos, fragen uns, ob sich überhaupt jemals etwas ändern wird. Doch wenn wie am heutigen Tag hunderttausende Menschen weltweit für Klimagerechtigkeit auf die Straßen gehen, gibt das Kraft und Mut“ (PM2023-34). Dies kann durch die Ergebnisse der Protestbefragungen von Wahlström et al. (2019) und der darin enthaltenen österreichischen Länderstudie von Buzogány und Mikecz (2019) sowie der anschließenden erweiterten Studie von de Moor et al. (2020) und der darin enthaltenen österreichischen Länderstudie von Daniel und Deutschmann (2020) bestätigt werden. Insbesondere Schüler*innen gaben in den Umfragen an, sich besorgt und ängstlich zu fühlen, wenn sie an den Klimawandel denken (Buzogány & Mikecz 2019: 95;

Daniel & Deutschmann 2020: 61f.; de Moor et al. 2020: 19f.; Wahlström et al. 2019: 16f.). De Moor et al. (2020) postulieren zudem, dass Emotionen eine wesentliche Rolle bei der Motivation und Mobilisierung zur Protestteilnahme spielen, da sie sowohl auf Gruppen- als auch auf Individualebene wirken (de Moor et al. 2020: 19). In dem FFF Austria in ihrem Framing vor der Gefährdung der Zukunft für junge Menschen warnt und diese als Motivation für Aktivismus angeben, sprechen sie damit viele weitere junge Menschen emotional an, was sowohl die Teilnahme an Protesten als auch die kontinuierliche kollektive Aktion fördert. Im Jahr 2023 thematisiert FFF außerdem das Gefühl der Wut gegenüber der als ignorant empfundenen Politik nach den Klimakatastrophen im Sommer 2023 (PM2023-28). Sie posten: „Der Katastrophensommer mit Bränden, Fluten und Hitze hat gezeigt, was uns bevorsteht - die politische Ignoranz der Regierung darauf ist erschütternd. Diese Wut bringen wir heute mit Tausenden auf die Straße!“ (Tweets-15-9-2023). Dies kann ebenfalls durch die Ergebnisse der Protestbefragungen von Gardner und Neuber (2021) bestätigt werden. Obschon Wut bereits in vorangehenden Protestbefragungen u. a. bei Wahlström et al. (2019) oder de Moor et al. (2020) als Protestmotivation angegeben wurde, erreichte sie einen neuen Höchststand bei den Demonstrationen im September 2020, als nahezu 80% der Teilnehmenden Wut als Emotion nannten, wenn sie an den Klimawandel dachten (Gardner & Neuber 2021: 16).

Ein weiterer Beweggrund für aktivistisches Engagement ist das Einstehen für die eigenen Rechte sowie die Rechte und Zukunft der Kinder. In sämtlichen Analysejahren betont FFF Austria die Generationengerechtigkeit als Grund für klimapolitisches Engagement und fokussiert sich hierbei auf die Sicherung einer lebenswerten und klimagerechten Zukunft für Jugendliche und nachkommende Generationen (PM2019-9; PM2020-8; PM2021-8; PM2023-16). In diesen Zitaten wird der Aspekt der Generationengerechtigkeit besonders deutlich: „Die aktuelle Politik aller neun Landeshauptleute gefährdet die Zukunft meiner Generation und des Planeten. Unsere Schilder sagen, was wir fordern: denkt an die Kinder und macht endlich echten Klimaschutz“ (PM2022-37) und „Wenn wir Klimagerechtigkeit auf den Straßen rufen, dann meinen wir das auch so. Wir haben alle ein Recht auf eine lebenswerte Welt und lassen uns diese nicht von einigen Wenigen zerstören“ (Tweets-21-2-2023). Dieses motivationale Framing wird von den Erkenntnissen der Framing-Analyse von Daniel et al. (2020) zu FFF-Austria bestätigt. Deren Ergebnisse weisen ebenfalls darauf hin, dass FFF insbesondere auf die homogene Alterskohorte der jungen Menschen in Form der Generationengerechtigkeit eingeht (Daniel et al. 2020: 379). Da die Framing-Analyse von Daniel et al. (2020) jedoch lediglich einen Analysezeitraum von März 2019 bis Mai 2020 umfasst, bestätigen die vorliegenden Ergebnisse die von Daniel et al. (2020) festgestellten Resultate und sprechen für eine Konsistenz im motivationalen Framing von FFF-Austria. Zitterbarth (2021) verweist jedoch mit den Erkenntnissen aus deren Framing-Analyse zu FFF Peru darauf, dass das

Merkmal intergenerationeller Gerechtigkeit im Framing von Fridays for Future ein Spezifikum der Bewegung des Globalen Nordens zu sein scheint und nicht zwingend ein universell gültiges darstellt. Die peruanische FFF-Bewegung benennt beispielsweise die aktuell bereits eintretenden Auswirkungen des Klimawandels als akutes Problem in ihrem diagnostischen Framing. Diese gefährden bereits gegenwärtig ein lebenswertes Leben für die peruanische Bevölkerung und betreffen nicht erst zukünftige Generationen. Des Weiteren ist die Motivation für das aktivistische Engagement nicht, wie bei FFF-Austria, auf das Erkämpfen von Rechten für Kinder ausgerichtet, sondern auf den Einsatz für Rechte von bereits jetzt akut betroffenen Personengruppen, wie beispielsweise der indigenen Bevölkerung (Zitterbarth 2021: 34-37).

Im motivationalen Framing von Fridays for Future lassen sich ab 2022 weitere Beweggründe für aktivistisches Engagement abseits von rein klimabezogenen Themen ausmachen. Im Jahr 2022 wird beispielsweise der Zusammenhalt in Krisenzeiten und die Solidarität mit Menschen in der Ukraine (PM2022-36; PM2022-46; PM2022-47), sowie ab 2023 die Verteidigung der Demokratie als Grund für Protestaktionen und zur Teilnahme an Demonstrationen genannt (PM2023-30; PM2024-2; Tweets-18-3-2023; Tweets-24-1-2024) (s. Kap. 5.4).

5.3.2 Ziel des Aktivismus: Druck auf Entscheidungsträger*innen ausüben und öffentliche Aufmerksamkeit generieren

Ein wesentliches Ziel des Aktivismus von FFF Austria besteht in der Ausübung von Druck auf politische Entscheidungsträger*innen, um diesen ihre klimapolitische Verantwortung zu spiegeln. Aus diesem Grund finden FFF Proteste oft vor oder um politische Institutionen statt, um den dort ansässigen Politiker*innen einen klimapolitischen Handlungsauftrag zu vermitteln (PM2019-1; PM2021-1; PM2022-24). In einer Pressemitteilung wird hierzu Folgendes ausgeführt: „Egal, wer die neue Regierung stellt: Die Jugend wird weiterhin den Druck auf der Straße erhöhen, bis endlich gehandelt wird“ (PM2019-7). Des Weiteren verfolgen die organisierten Protestaktionen das Ziel, die öffentliche Wahrnehmung für die Thematik des Klimaschutzes zu schärfen. Ein weiteres Ziel von Fridays for Future ist es, die Bevölkerung über den Klimawandel, dessen Ursachen und mögliche Lösungsansätze in Form von Klimaschutz zu informieren sowie die individuellen Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen in Österreich zu verdeutlichen (PM2021-1; PM2022-33; PM2022-47). Hierzu argumentieren sie: „Deswegen ist es auch wichtig, die Öffentlichkeit mit ins Boot zu holen und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über klimapolitische Maßnahmen begleitend zum Bürger*innenrat zu schaffen“ (PM2022-61). Zum anderen soll die Öffentlichkeit über die Untätigkeit der Politik in Bezug auf Klimaschutz aufgeklärt werden (PM2019-3; PM2021-6; PM2022-38). In einer Pressemitteilung schreiben sie:

Die Aktivist*innen fordern nachdrücklich die Verabschiedung dieses Gesetzes in seiner ehrgeizigsten Fassung und werden nicht zögern, die Parteien, die sich dagegen aussprechen, anzuprangern und öffentlich ihre Ablehnung zu bekunden, und das nur ein Jahr vor den Europawahlen. (PM2023-18)

Die Betonung der Notwendigkeit und der Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen in der Öffentlichkeit wird von FFF auch in Anbetracht bevorstehender Wahlen genutzt. Beispielsweise im Fall der Landtagswahl in Niederösterreich im Jahr 2023 macht FFF Austria auf die Relevanz von Klimapolitik bei der Wahlentscheidung aufmerksam, informiert über Parteiprogramme und gestaltet Aktionen rund um die Wahl, sodass die Bürger*innen an ihre Verantwortung an der Wahlurne erinnert werden (PM2023-28; PM2023-38; PM2023-39). Diese beiden Ziele werden nicht nur von FFF-Aktivist*innen, sondern auch von Protestteilnehmer*innen in der europaweiten Studie von Wahlström et al. (2019) sowie den österreichischen Länderstudien von Buzogány und Mikecz (2019) und Daniel und Deutschmann (2020) bezüglich der Frage nach ihrer Teilnahmemotivation benannt. Die Befragten gaben an dieser Stelle die von Wahlström und Kolleg*innen identifizierten instrumentellen Ziele ‚Druck auf politische Entscheidungsträger*innen ausüben‘ sowie ‚öffentliches Bewusstsein schärfen‘ an (Buzogány & Mikecz 2019: 95; Daniel & Deutschmann 2020: 59; Wahlström et al. 2019: 15).

5.3.3 Aktionsformen: friedliche Protestaktionen und Bündnisse für eine klimapolitische Wende

Der Aktivismus von Fridays for Future ist allgemein durch gewaltfreie Protestaktionen und Demonstrationen gekennzeichnet, welche grundsätzlich allen Menschen zugänglich sind (Website-1; PM2019-3; PM2022-33). FFF positioniert sich weiterhin gegen jede Form der Diskriminierung und duldet diese auf den von ihnen organisierten Aktionen nicht (Website-1). Im Jahr 2021, drei Jahre nach ihrer Gründung, bezeichnet sich FFF Austria selbst als einen professionell organisierten, basisdemokratischen Verband:

Wir sind längst nicht mehr nur Schüler:innen, die Freitags während der Schulzeit streiken, sondern haben uns zu einer funktionierenden basisdemokratischen Bewegung entwickelt. Mit klaren Grundsätzen, Forderungen und einer nationalen Struktur sind wir organisiert, vernetzt und können uns gegenseitig unterstützen. (PM2021-1)

Die von ihnen am häufigsten genutzte Aktionsform sind die für sie charakteristischen internationalen Klimastreiks (PM2019-12; PM2020-5; PM2021-8; PM2022-6), wobei auch weitere Protestaktionen und Kundgebungen vor diversen politischen (z.B. Bundeskanzleramt, ÖVP-Zentrale, Klimaministerium, Austrian World Summit) (PM2019-5; PM2022-38; PM2022-41; PM2023-42) und wirtschaftlichen (z.B. OMV-Zentrale, Europäisches Forum Alpbach, WKÖ-Zentrale, Europäische Gaskonferenz) Institutionen (PM2019-2; PM2020-14; PM2021-6; PM2022-19) eine bedeutende Rolle spielen. Im Jahr 2022 hat FFF Austria erstmals zu einer Aktion aufgerufen, welche keinen reinen klimapolitischen Bezug hat, sondern sich sozial- und

friedenspolitisch positioniert. Dabei wurde sich mit den von Krieg betroffenen Menschen in der Ukraine sowie den von der Energiekrise in Österreich betroffenen Menschen solidarisiert (PM2022-40; PM2022-41; PM2022-46) (s. Kap. 5.4). Ab dem Jahr 2021 lässt sich zudem feststellen, dass sich FFF Austria auch an internationalen Klimaprotestaktionen beteiligt. Dies umfasst die Teilnahme und Berichterstattung zu den COPs sowie auf EU-Ebene in Straßburg und Brüssel als Teil der #NotMyTaxonomy-Koalition im Jahr 2022 und Protesten rund um das *Nature Restoration Law* im Jahr 2023 (PM2022-28; PM2022-36; PM2023-14; PM2023-18). Weitere Aktionsformen, welche von FFF regelmäßig eingesetzt werden, sind der Austausch mit Politik und Wirtschaft, bildungspolitische Veranstaltungen sowie die Initiierung und Unterstützung von rechtlichen Klagen (PM2021-8; PM2022-33; PM2022-47; PM2023-29). Im Laufe des Analysezeitraums trifft sich FFF Austria mehrere Male mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und Politik wie beispielsweise im Jahr 2020 mit Mitgliedern der Bundesregierung und Bundeskanzler Sebastian Kurz, um im Namen der jungen Generation sachlich und konstruktiv über weitere Klimaschutzmaßnahmen zu verhandeln (PM2020-12; PM2022-32). Hierzu berichten sie: „Wir stellen Forderungen an sie, weisen auf die Dringlichkeit der Klimakrise hin und zeigen Lösungswege auf“ (Website-4). Des Weiteren veranstaltet Fridays for Future insbesondere während der Pandemie eine Reihe von Online-Formaten, die größtenteils als bildungspolitische Veranstaltungen gewertet werden können, wie u. a. interaktive Expert*innenrunden und Vorlesungen zum Klimawandel (Tweets-7-4-2020; Tweets-24-9-2020; Tweets-13-2-2021). Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Aktionsformen liegt auf rechtlichen Klagen. In den Jahren 2021 und 2023 haben sie zwei umfangreiche Klimaklagen initiiert und unterstützt. Im Jahr 2021 wurde die Europäische Klimaklage vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht, welche mithilfe eines Bündnisses mit zahlreichen Unterstützer*innen juristische Klimarechte und eine anschließende Verpflichtung zu Klimaschutzpolitik erwirken sollte (Tweets-2-3-2021; Tweets-4-3-2021; Tweets-7-3-2021). Im Jahr 2023 wurde schließlich eine weitere Klimaklage initiiert, welche gemeinsam mit dem Verein CLAW für Kinderrechte und Klimaschutz vor dem österreichischen Verfassungsgerichtshof eingereicht wurde (PM2023-36; Tweets-21-2-2023; Tweets-23-2-2023). Ab 2023 lässt sich eine weitere Veränderung innerhalb der Aktionsformen von FFF Austria wahrnehmen. Bisher wurden die durchgeführten Protestaktionen stets in einem legalen Kontext ausgeführt. Im Jahr 2023 wurde jedoch damit begonnen, auch radikalere Aktionsformen beispielsweise in Form von zivilem Ungehorsam durchzuführen (PM2023-22; PM2023-24; PM2023-29; PM2023-32) (s. Kap. 5.4).

FFF Austria geht außerdem zahlreiche Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, um gemeinsam für eine sozial-ökologische Transformation einzustehen. Zu Beginn des Analysezeitraums wird Fridays for Future insbesondere durch diverse ,for

Future'-Ableger (z.B. Teachers for Future, Farmers for Future, Parents for Future) (PM2019-11; PM2022-15; PM2023-43) und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen wie System Change Not Climate Change, Global 2000 und Greenpeace auf FFF-Demonstrationen durch Anwesenheit und in Form von Redebeiträgen unterstützt (PM2020-5; PM2021-10; PM2022-51). In einer Pressemitteilung zu einem Klimastreik von 2019 schreiben sie beispielsweise:

Mehr als 80 Organisationen traten an diesem historischen Tag gemeinsam auf. Jugendorganisationen [...] demonstrierten gemeinsam mit Vertreter*innen des Gesundheitswesens [...], der Bildung [...], der Landwirtschaft [...], der Wirtschaft [...], der Religionsgemeinschaften, von Umwelt-NGOs [...], von Menschenrechtsorganisationen [...], von politischen Organisationen [...] bis hin zu zivilgesellschaftlichen Organisationen [...] und vielen mehr. (PM2019-6)

Ab dem Jahr 2022 unterstützt FFF selbst aktiv Anliegen und Forderungen anderer Organisationen sowie beteiligt sich an deren Protesten. In der Vergangenheit beschränkten sich die Allianzen stets auf die von Fridays for Future organisierten Klimastreiks und die genannten Bewegungen nahmen an diesen quasi nur teil (s. Kap. 5.4). Die Bündnisse mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen beinhalten zum Teil auch Allianzen mit internationalen Aktivist*innen und Betroffenengruppen. Im Jahr 2022 hat FFF Austria beispielsweise mehrfach mit Friedensaktivist*innen aus der Ukraine zusammengearbeitet (PM2022-35; PM2022-40). Im Jahr 2023 hat sich FFF am internationalen Bündnis #StopEACOP beteiligt sowie gemeinsame Protestaktionen mit *RiseUp Uganda* organisiert, um gegen den Bau der Ölpipeline vorzugehen (PM2023-19; Tweets-2-6-2023). Bei diesen Allianzen hat sich FFF des Weiteren bemüht, in Pressemitteilungen und Tweets eine Repräsentation dieser Aktivist*innen in Form von Zitaten herzustellen (PM2022-25; PM2022-32; PM2023-11). Eine weitere beispielhafte Aktion hierfür stellt eine Pressekonferenz im Rahmen des *Austrian World Summit* 2022 dar, in der eine internationale Delegation an FFF-Aktivist*innen zu Wort kam: „Hierbei sollen MAPA (Most Affected People and Areas), also Menschen und Länder, die nur sehr wenig zur Klimakrise beitragen, aber am stärksten von ihr betroffen sind, einen Raum bekommen, um ihre Perspektiven und Anliegen zu teilen“ (PM2022-32).

5.4 Veränderungen im Framing von FFF Austria über Zeit

Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse konnten nicht nur Aufschluss über das diagnostische, prognostische und motivationale Framing von FFF Austria im Zeitraum von 2019 bis 2024 geben, sondern ermöglichten ebenso eine Analyse der Veränderungen und Verschiebungen in deren Framing innerhalb des Analysezeitraums. Hierbei konnten verschiedene Formen des *Frame-Bridging* festgestellt werden, welche ab 2022 von FFF Austria genutzt werden, um ihr Framing als soziale Bewegung zu erweitern. Des Weiteren ist eine Ausweitung der Allianzen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie eine

Radikalisierung in der verwendeten Sprache und in den angewandten Aktionsformen zu beobachten. Im Folgenden werden die Veränderungen näher erläutert.

5.4.1 Frame-Bridging mit der Energiekrise, dem russischen Angriffskrieg und der Gefährdung der Demokratie

Wie bereits im Theorie-Kapitel ausgeführt, werden *Collective Action Frames* nicht nur basierend auf den soeben erläuterten Kernaufgaben des Framing generiert, sondern auch durch diskursive, strategische und umkämpfte (*contested*) Prozesse (Benford & Snow 2000: 623). Bei strategischen Prozessen handelt es sich um bewusste, zweckorientierte Taktiken, die darauf abzielen, bestimmte Ziele zu erreichen, wie etwa die Rekrutierung neuer Mitglieder, die Mobilisierung von Protestteilnehmer*innen oder die Beschaffung von Ressourcen (Benford & Snow 2000: 624). Im Framing von Fridays for Future kann ab dem Jahr 2022 eine dieser strategischen Taktiken festgestellt werden, das *Frame-Bridging*. *Frame-Bridging* wird von Benford und Snow (2000) als “the linking of two or more ideologically congruent but structurally unconnected frames regarding a particular issue or problem” (Benford & Snow 2000: 624) definiert und als die am stärksten verbreitete strategische Framing-Taktik im Kontext sozialer Bewegungen charakterisiert. Beispielhaft dafür nennen sie Protestaktionen westdeutscher Aktivist*innen in den 1980er Jahren, welche erfolgreich ihre Frames mit u. a. Friedens-, Umwelt-, Frauen-, und Gewerkschaftsbewegungen verknüpften, um gegen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds zu mobilisieren (Benford & Snow 2000: 624). *Frame-Bridging* zielt darauf ab, einen breiteren Teil der Öffentlichkeit zu erreichen, indem es verschiedene ideologisch ähnliche Frames miteinander verbindet, um somit neue übergeordnete Themen einzuführen (Oswald 2019: 84). Hierbei wird sich häufig auf die zentralen Gemeinsamkeiten der aufgegriffenen ideologischen Ausrichtungen konzentriert, um nach außen ein einheitliches und kohärentes Bild abzugeben, wobei innerhalb der Bewegung durchaus pluralistische Positionen vertreten sein können (ebd.: 85f.). Diese Art des strategischen Framings findet beispielsweise in transnationalen Umweltschutz- oder Menschenrechtsbewegungen häufig Anwendung (della Porta & Parks 2014: 23; Oswald 2019: 86f.). Im Rahmen dieser Framing-Analyse wird mithilfe des *Frame-Bridging* untersucht, wie FFF Austria das für die Klimabewegung zentrale Problem des Klimawandels mit weiteren von ihnen identifizierten Problemen verbindet. Ab dem Jahr 2022 erfolgt eine Verschiebung des Fokus von ausschließlich klimapolitischen Anliegen. Infolgedessen werden ebenso soziale Probleme wie die Energiekrise, globale Probleme wie der russische Angriffskrieg in der Ukraine sowie gesellschaftspolitische Probleme wie die Gefährdung der Demokratie in Österreich in die Problemdiagnosen, Forderungen und Aktionen inkludiert. Im Folgenden erfolgt eine detaillierte Erläuterung der drei einzelnen *Frame-Bridgings*.

Das erste *Frame-Bridging* von FFF Austria bezieht sich auf den Krieg in der Ukraine. Der Beginn des *Frame-Bridging* zum Angriffskrieg in der Ukraine lässt sich im Analysezeitraum relativ genau datieren. Seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 greift FFF Austria dieses Thema in allen drei Kernaufgaben des Framing auf (ORF 2024). In Bezug auf das diagnostische Framing wird der Krieg eindeutig als Problem identifiziert, welches die Aufmerksamkeit der Bewegung erfordert. Dabei wird insbesondere die Finanzierung des russischen Angriffskrieges durch Österreich und die EU problematisiert. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der Abhängigkeit von fossilen Energien wie Gas, welche aus Russland bezogen werden (PM2022-38; PM2022-44; PM2022-48; PM2022-55). Im diagnostischen Framing wird zudem verstärkt auf die globalen Auswirkungen im kausalen Zusammenhang mit dem Angriffskrieg in der Ukraine eingegangen. Fridays for Future beschreibt in mehreren Pressemitteilungen und Tweets, wie die fossile Energiepolitik von Staaten wie Österreich, aber auch der EU, Menschenleben in der Ukraine bedroht. Sie ziehen dabei einen direkten Zusammenhang zwischen der Finanzierung des russischen Angriffskrieges aufgrund der Zahlungen für Erdgas und den dadurch bedingten Todesopfern unter der ukrainischen Bevölkerung (PM2022-34; PM2022-40; Tweets-28-2-2022; Tweets-23-9-2022). Hierbei ist insbesondere die Wortwahl des Framings interessant, da FFF nicht schreibt, dass Österreich bzw. ‚Wir‘ den Krieg in der Ukraine finanzieren, sondern das Sterben in der Ukraine. Dadurch wird bewusst der Fokus auf die humanitären Auswirkungen des Krieges gelegt (PM2022-14; PM2022-38; PM2022-44). Als Beispiel hierfür kann dieser Tweet angeführt werden: „Durch die Pipelines fließt längst nur noch Blut“ (Tweets-27-3-2023). Interessant ist hierbei, dass diese konkrete Thematisierung von österreichischer Schuld nur beim Krieg in der Ukraine und dessen humanitären Auswirkungen vorgenommen wird. Im Gegensatz dazu wird auf Klimakatastrophen, welche im Analysezeitraum im Globalen Süden stattgefunden haben, nicht eingegangen und auch nicht konkret Verantwortung übernommen. Ein Beispiel hierfür ist das EACOP-Projekt in Uganda, welches sowohl innerhalb des Analysezeitraums im Framing von FFF Austria aufgegriffen als auch bezüglich der Auswirkungen fossiler Großbauprojekte für Länder des Globalen Südens thematisiert wird. Bei der Klärung der Schuldfrage wird jedoch nicht Österreich als Land genannt, noch wird von einem ‚Wir‘ gesprochen, welches mit seiner Nachfrage von fossilen Energien wie Öl für Wirtschaft und Privatkonsum für die Vertreibung von einhunderttausend Menschen verantwortlich ist. Stattdessen wird die fossile Industrie, insbesondere das österreichische Unternehmen isoplus, adressiert (PM2023-19; Tweets-2-6-2023; Tweets-7-6-2023). Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern als Problemursache innerhalb des diagnostischen Framings steht für FFF Austria nicht nur im Zusammenhang mit der Beförderung des Klimawandels, sondern wird ebenso mit dem russischen Angriffskrieg in Verbindung gebracht. Die von Fridays for Future thematisierte Problematik umfasst zum einen die Abhängigkeit von

fossilen Energieträgern zur Deckung des nationalen Energiebedarfs und zum anderen die Tatsache, dass diese zu einem überwiegenden Teil von einem autoritären Staat, nämlich Russland, bezogen werden. Zudem wird kritisiert, dass die Regierung auch nach dem Ausbruch des Krieges an den Gasimporten festhält (PM2022-41; PM2022-43; PM2022-46; PM2022-55). Darüber hinaus wird von FFF ein direkter Zusammenhang zwischen dem Import russischen Gases und der Finanzierung des Angriffskrieges postuliert. Sie kritisieren, dass sowohl österreichisches als auch europäisches Geld für ihre fossile Politik den Krieg in der Ukraine finanziert (PM2022-38; PM2022-39; PM2022-46; PM2022-48). In einer Pressemitteilung schreiben sie: „Putin finanziert seinen Angriff mit dem Geld, das Europa für Öl- und Gasimporte an Russland zahlt“ (PM2022-44). Das *Frame-Bridging* lässt sich in diesem Teil des diagnostischen Framing besonders gut erkennen. Fridays for Future gelingt es, in ihrem Framing der Problemursache der fossilen Energien eine Verbindung zwischen den beiden von ihnen identifizierten Krisen, dem Klimawandel und dem Angriffskrieg in der Ukraine herzustellen und konstatiert, dass diese gleichen Ursprungs sind (PM2022-36; PM2022-46; PM2022-48). Diesbezüglich sagen sie in einer Pressemitteilung:

Diese fossile Politik hat zwei humanitäre Katastrophen ausgelöst und befeuert. Einerseits die Klimakrise, andererseits den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und Kriege weltweit. Damit ist die fatale Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen auch zu einer Sicherheitsfrage geworden. (PMs 2022-47)

Hinsichtlich des prognostischen Framing fordert Fridays for Future im Rahmen des fossilen Energien Schwerpunkts die Unabhängigkeit sowie den Importstopp von russischem Erdgas und damit eine Einstellung der Finanzierung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine sowie die Unterstützung eines Öl- und Gasembargos durch den Staat Österreich (PM2022-35; PM2022-39; PM2022-43; Tweets-30-5-2022). Die Argumentation von FFF Austria für diese Forderungen besteht darin, dass das Ziel der Unabhängigkeit von fossilen Energien nicht mehr ausschließlich ökologisch notwendig ist, sondern auch aus Gründen der Friedenssicherung und Solidarität umgesetzt werden muss (PM2022-1; PM2022-34; Tweets-4-3-2022; Tweets-11-7-2022). Auf Twitter wird die Forderung eines Öl- und Gasembargos beispielsweise als „Embargo für den Frieden“ (Tweets-13-6-2022) bezeichnet. In einer Pressemitteilung argumentieren sie hierzu außerdem: „Einerseits, weil radikale Einsparung die Chance erhöhen, dass es im Winter keine Energielenkung braucht. Andererseits, weil fossile Energieträger Kriege und Menschenrechtsverletzungen verursachen und die Klimakrise antreiben“ (PM2022-35). Ein weiteres friedenspolitisches Argument in diesem Zusammenhang ist, dass die Energiewende sowie ein Ausstieg aus den fossilen Energien die Finanzierung des russischen Angriffskrieges in der Ukraine beenden würde. Auf Twitter verwendet FFF Austria in diesem Kontext vermehrt den Hashtag „#DontFuelWar“ (Tweets-4-3-2022; Tweets-25-3-2022). In einer Pressemitteilung argumentieren sie hierzu zusätzlich: „Und die Verhinderung des Ausstiegs aus russischen Öl- und Gasimporten bedeutet, dass weiterhin österreichisches

Geld Putins verbrecherischen Krieg finanziert“ (PM2022-44). Das *Frame-Bridging* lässt sich in diesem Teil des prognostischen Framing besonders gut erkennen. Bereits vor dem Jahr 2022 wurde von FFF der Ausstieg aus fossilen Energien gefordert. Allerdings waren die Argumente, die mit dieser Forderung einhergingen, ökologischer Natur. In der Folge werden sozial- sowie friedenspolitische Argumente genutzt, um den Ausstieg aus den fossilen Energien zu legitimieren. Zudem wird die Forderung nach leistbaren sowie sicheren Alternativen zu Erdöl und -gas laut. Im motivationalen Framing lässt sich das *Frame-Bridging* von FFF Austria daran erkennen, dass auf weitere Beweggründe für aktivistisches Engagement abseits von rein klimapolitischen Themen Bezug genommen wird. Hinsichtlich des Angriffskrieges in der Ukraine wird beispielsweise der Zusammenhalt in Krisenzeiten sowie die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine als Begründung für Protestaktionen angeführt (PM2022-36; PM2022-40; PM2022-47; PM2023-23). Eine eindeutige Verbindung ideologisch ähnlicher Frames im Sinne des *Frame-Bridging* kann in diesem Tweet festgestellt werden: „Klimapolitik ist Friedenspolitik! Als Klimagerechtigkeitsbewegung rufen wir alle dazu auf, sich Solidaritäts-Demos wie heute in Wien anzuschließen. Denn der Kampf für Frieden, Demokratie & die Energiewende ist untrennbar miteinander verbunden!“ (Tweets-27-2-2022).

Das zweite *Frame-Bridging* von FFF Austria steht in engem Zusammenhang mit dem des Angriffskrieges in der Ukraine. Dieses beginnt ebenfalls gegen Ende Februar 2022 und wird von Fridays for Future in allen drei Kernaufgaben des Framings aufgegriffen. Hinsichtlich des diagnostischen Framing identifizieren sie die aus dem Angriffskrieg in der Ukraine resultierende Energiekrise eindeutig als Problem, welches die Aufmerksamkeit der Bewegung benötigt. Dabei wird insbesondere auf die Abhängigkeit von fossilen Energien wie Gas hingewiesen, welche aus Russland bezogen werden, sowie auf deren soziale Auswirkungen in Österreich. Fridays for Future argumentiert, dass die Abhängigkeit von russischem Gas für die österreichische Energieversorgung zu einer Erhöhung der Energiekosten sowie einer allgemeinen Inflation durch den Angriffskrieg in der Ukraine führt (PM2022-25; Tweets-28-7-2022). In diesem Kontext wird insbesondere auf die besondere Betroffenheit finanziell schwächerer Haushalte durch die steigenden Preisen und höheren Energiekosten eingegangen (PM2022-15; PM2022-25; Twitter-5-9-2022; Twitter-3-11-2022). In einem Tweet aus dem Jahr 2022 schreiben sie beispielsweise: „Energie wird knapp, die Preise schießen in die Höhe, die Menschen wissen nicht mehr, wie sie sich das Leben leisten sollen“ (Tweets-28-11-2022). Insbesondere die gestiegenen Heizkosten werden als „Erdgas-Kostenfalle“ (PM2023-6) identifiziert. Als besonders ungerecht wird hierbei der Zusammenhang zwischen der Energiekrise und der Inflation mit den Gewinnen der Energieversorger sowie fossilen Unternehmen wie der OMV empfunden (PM2022-12; PM2022-18; Tweets-28-7-2022). FFF schreibt: „Jetzt macht sie Kriegsgewinne, während sich immer mehr Menschen das Leben

nicht mehr leisten können. Das ist ungerecht!" (PM2022-8). Des Weiteren kritisiert Fridays for Future die unzureichenden Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der gegenwärtigen Energiekrise. Die Kritik richtet sich primär gegen die mangelnde soziale Treffsicherheit der Ausgleichsmaßnahmen, wie beispielsweise dem Klimabonus oder der Strompreisbremse. Es wird konstatiert, dass diese weder ökologisch noch friedenspolitisch sinnvoll sind (PM2022-1; PM2022-8; Tweets-1-10-2022). In einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2022 schreiben sie: „Neben den längst ausstehenden Gesetzen, kritisiert Fridays for Future auch das ‚Anti-Teuerungspaket‘ der Regierung. Dieses ist laut der Bewegung unzureichend, da es sozial nicht treffsicher ist und kontraproduktiv für die Unabhängigkeit von Öl und Gas“ (PM2022-47). Analog zum Framing des Angriffskrieges sowie des Klimawandels wird die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern als Ursache für die Energiekrise identifiziert. Sie schreiben in einem Tweet aus dem Jahr 2022:

Jahrzehntelange Fehlentscheidungen in der Energiepolitik haben uns in die Energie- und Klimakrise befördert. Viele der Katastrophen waren absehbar, aber Regierung & OMV liebäugelten lieber mit russischem Gas. Die aktuellen Krisen sind kein Zufall, sondern das Resultat falscher Politik! (Tweets-28-7-2022)

Das *Frame-Bridging* kann erneut in diesem Teil des diagnostischen Framing besonders gut festgestellt werden. Fridays for Future verbindet die zwei von ihnen definierten Krisen des Klimawandels sowie der Energiekrise miteinander, indem sie eine gemeinsame Problemursache ausmachen, die Abhängigkeit von fossilen Energien und ein Festhalten an einem fossilen System durch die Politik und Wirtschaft, welches beide Krisen befördert.

Im Rahmen des prognostischen Framings fordert Fridays for Future im Kontext der Energiekrise sozial gerechte Entlastungsmaßnahmen, wie beispielsweise die Einführung einer Energiegrundsicherung, finanziert aus einer Übergewinnsteuer für die fossilen Unternehmen (Tweets-4-3-2022; Tweets-5-9-2022; Tweets-17-9-2022). Zudem wird eine allgemeine Energie- und Wärmewende gefordert, in der u. a. der Ausstieg aus fossilen Energien, der Ausbau von Erneuerbaren Energien und ein gesetzlicher Phase-Out von Gasheizungen umgesetzt wird (Tweets-13-6-2022; Tweets-21-8-2022; Tweets-26-8-2022; Tweets-23-9-2023). Die Argumentation von FFF Austria für diese Forderungen basiert auf der Erkenntnis, dass das Ziel der Energiewende samt Unabhängigkeit von fossilen Energien nicht mehr ausschließlich aus ökologischer Notwendigkeit heraus umgesetzt werden muss, sondern nun auch aus sozialpolitischer Perspektive erforderlich ist, um leistbare Alternativen zu Erdöl und -gas sicherzustellen (PM2022-44; PM2022-49; PM2022-52). In einer Pressemitteilung schreiben sie diesbezüglich: „Den Energieverbrauch österreichweit zu reduzieren schützt die Menschen vor der Energiekostenlawine und ermöglicht Unabhängigkeit von russischem Öl und Gas“ (PM2022-1). Fridays for Future argumentiert somit, dass Verzögerungen in der Energiewende und weiteren von ihnen eingeforderten klimapolitisch notwendigen Maßnahmen negative soziale Konsequenzen für die österreichische Bevölkerung haben und

verbindet somit die Argumentationslinien zur Energiekrise mit der des Klimawandels in Form eines *Frame-Bridging*. Im motivationalen Framing lässt sich das *Frame-Bridging* von FFF Austria daran erkennen, dass auf weitere Beweggründe für aktivistisches Engagement abseits von rein klimapolitischen Themen Bezug genommen wird. In Bezug auf die Energiekrise werden beispielsweise die gestiegenen Preise und die sozialen Auswirkungen als Protestmotive genannt (PM2022-18; PM2022-49; Tweets-16-9-2022). Im Jahr 2022 hat FFF Austria mit der globalen Demonstration gegen den Angriffskrieg in der Ukraine sowie die ungenügenden Entlastungsmaßnahmen im Zuge der Energiekrise erstmals zu einer Aktion aufgerufen, die keinen reinen klimapolitischen Bezug aufweist. Stattdessen erfolgt eine sozial- und friedenspolitische Positionierung, wobei Solidarität mit den Betroffenen zum Ausdruck gebracht wird (Tweets-27-2-2022). Beispielhaft dafür stehen die Demonstrationsslogans „PeopleNotProfit“ und „Don’tFuelWar“ (PM2022-47; Tweets-25-3-2022) sowie „Raus aus fossiler Energie, rein in ein leistbares Leben!“ (PM2022-8).

Eine dritte Form des *Frame-Bridging* bezieht sich auf die Gefährdung der Demokratie in Österreich. Hierbei thematisiert Fridays for Future Austria ab 2023 das Erstarken rechtsextremer Parteien sowohl als eine Bedrohung für die Demokratie als auch für eine sozial gerechte Klimapolitik. Der Fokus liegt hierbei auf zwei konkreten Ereignissen. Dies ist zunächst die Landtagswahl in Niederösterreich im Winter 2023, welche in einer neuen Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ resultiert (PM2023-30; Tweets-18-3-2022; Tweets-22-3-2022). FFF Austria übt hierbei nicht nur Kritik an den unzureichenden Klimaschutzplänen der Koalition im Allgemeinen, sondern problematisiert insbesondere, dass die ÖVP eine Koalition mit der „menschenfeindlichen“ (Tweets-18-3-2023) FPÖ eingeht: „Die ÖVP geht Kompromisse mit einer Partei ein, die die menschengemachte Klimakrise leugnet, wissenschaftsfeindlich ist und sich in der Öffentlichkeit antisemitisch äußert. Diese Koalition ist ein klima-, demokratie- und sozialpolitischer Supergau“ (PM2023-31). Das zweite Ereignis findet knapp ein Jahr später zu Beginn des Jahres 2024 statt. Fridays for Future äußert sich entsetzt über ein geleaktes Netzwerktreffen rechtsextremer Akteur*innen aus dem deutschsprachigen Raum in Potsdam und problematisiert den fehlenden politischen Aufschrei diesbezüglich, insbesondere in Hinblick auf das Erstarken von rechtsextremen Parteien europaweit und hohen Umfragewerten für die FPÖ in einem Superwahljahr (PM2024-2; Tweets-24-1-2022).

Im Rahmen des motivationalen Framings nimmt FFF Austria neben klimabezogenen Themen auch auf weitere Beweggründe für ein aktivistisches Engagement Bezug, wie dies bereits bei den anderen beiden Formen des *Frame-Bridging* der Fall war. Ab dem Jahr 2023 wird seitens FFF die Verteidigung der Demokratie als Grund für die Durchführung von Protestaktionen angeführt. Zum einen wird die in Niederösterreich gewählte Koalition aus ÖVP und FPÖ als

Anlass genommen, zur Verteidigung demokratischer Werte gegen eine menschenrechtsfeindliche und Klimaschutzblockierende Politik aufzurufen. FFF Austria positioniert sich für gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem gegen Rechtsextremismus und für Klimagerechtigkeit demonstriert wird (PM2023-30; Tweets-18-3-2022). Zum anderen ruft Fridays for Future im Januar 2024 nach einer Investigativrecherche zu rechtsextremen Akteur*innen in Österreich und Deutschland als Teil eines größeren zivilgesellschaftlichen Bündnisses zu einer Demonstration auf: „Gemeinsam errichten wir auch in Österreich eine Brandmauer gegen Spaltung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Gemeinsam verteidigen wir die Demokratie“ (PM2024-2). Diese Positionierung stellt für Fridays for Future neben der Thematisierung des Angriffskrieges in der Ukraine sowie der Energiekrise eine thematische Neuheit und Ausnahme dar, da sie oberflächlich nichts mit der sonst dominierenden Klimaschutzthematik gemein hat. An dieser Stelle kann dennoch von einem *Frame-Bridging* gesprochen werden, da es FFF Austria gelingt, die beiden ideologisch getrennten Frames von Klimaschutz und Rechtsextremismus zu verbinden. Dies erfolgt durch die Betonung, dass eine sozialgerechte Klimapolitik nur innerhalb eines demokratischen Systems umgesetzt werden kann, welches die Achtung der Menschenrechte gewährleistet. Eine eindeutige Verbindung dieser Frames im Sinne des *Frame-Bridging* kann in diesem Tweet festgestellt werden: „Am Freitag gemeinsam für unsere Demokratie und gegen Rechtsextremismus & Rassismus vors Parlament kommen. Denn Klimaschutz braucht Demokratie“ (Tweets-24-1-2024).

In Bezug auf die drei erwähnten *Frame-Bridgings* lässt sich zusammenfassend feststellen, dass sie das Framing von Fridays for Future Austria um eine globale Dimension erweitern, indem sie den Konflikt in der Ukraine ansprechen. Zudem wird eine soziale Dimension hinzugefügt, indem die Energiekrise thematisiert wird und eine gesellschaftspolitische Dimension, indem demokratische Werte betont und eine Abgrenzung gegen Rechtsextremismus vorgenommen wird. Die verschiedenen Formen des *Frame-Bridging* führen zu einem umfassenderen Problemverständnis der Bewegung sowie zu inklusiveren Lösungsvorschlägen. Dies lässt den Schluss zu, dass die Bewegung Fridays for Future beginnt, intersektionaler, d. h. in Zusammenhängen und Wechselwirkungen zu denken und somit ihr Problemverständnis und ihren Aktivismus breiter ausrichtet. Dies wird auch im Analysematerial deutlich. FFF Austria betont an mehreren Stellen, dass Krisen zusammengedacht werden müssen und nicht isoliert voneinander zu betrachten bzw. zu lösen sind (PM2020-8; PM2022-18; PM2023-23, Tweets-3-9-2020; Tweets-30-3-2023). Die identifizierten Formen des *Frame-Bridging* sprechen dafür, dass sich FFF Austria nicht mehr allein auf das ökologische Problem des Klimawandels fokussiert, sondern dass

gesamtgesellschaftliche sowie globale Gerechtigkeitsfragen in ihrem Framing an Bedeutung gewinnen.

5.4.2 Ausweitung von Bündnissen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen

Eine weitere Veränderung im Framing von Fridays for Future Austria bezieht sich auf die ab 2022 stattfindende Ausweitung an Bündnissen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ab diesem Zeitpunkt erfolgt seitens der FFF eine aktive Unterstützung von Anliegen und Forderungen anderer Organisationen sowie eine Beteiligung an deren Protesten (PM2023-1; PM2023-8; PM2023-11; PM2024-2). In der Vergangenheit beschränkten sich die Allianzen stets auf die von Fridays for Future organisierten Klimastreiks und die genannten Bewegungen nahmen an diesen quasi nur teil. Bei diesen neu geschlossenen Bündnissen betont FFF Austria das gemeinsame Ziel einer sozialen und ökologischen Wende hinsichtlich der Energie- und Klimakrise. Dabei wird betont, dass trotz unterschiedlicher Forderungen der einzelnen Organisationen, eine Übereinstimmung in Bezug auf die Notwendigkeit einer umfassenden sozial-ökologischen Transformation besteht (PM2022-16). Beispielsweise werden gemeinsame Pressemitteilungen herausgegeben, in denen Zitate aller maßgeblich beteiligten Organisationen enthalten sind sowie gemeinsam verfasste offene Briefe mit spezifisch formulierten Forderungen, die im Namen der beteiligten Organisationen veröffentlicht werden (PM2022-26; PM2022-43; PM2022-51; PM2023-8). Im Forschungsfeld der sozialen Bewegungen und der Protestforschung werden Allianzen verschiedener sozialer Bewegungen häufig als Bewegungskoalitionen bezeichnet. Dieser Begriff betont die Zusammenarbeit und strategische Allianzbildung zwischen unterschiedlichen Bewegungen, die oft gemeinsame Ziele verfolgen oder gemeinsame Gegner haben (Kern 2008: 113). Im Fall von FFF Austria kann konkreter von sogenannten Ad-hoc-Allianzen gesprochen werden, „die der Vorbereitung einer einzelnen Protestveranstaltung oder der Durchführung einer Lobbying-Kampagne dienen“ (Herkenrath 2011: 59). Konkrete Beispiele sind die Allianz und Solidarisierung mit verschiedenen Gewerkschaften (PM2022-16; PM2024-3). Im Jahr 2022 hat FFF zum Beispiel die Eisenbahngewerkschaft für eine nachhaltige Mobilitätswende unterstützt (PM2022-4; PM2022-6) und im Jahr 2023 im Bündnis ‚Menschen und Klima schützen statt Profite!‘ gemeinsam mit der Gewerkschaft Bauholz, der Arbeiterkammer und *System Change Not Climate Change* für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Bauindustrie protestiert (PM2023-7). Eine Bewegungskoalition aus Klimabewegungen und Gewerkschaften verleiht den politischen Anliegen der Koalitionäre mehr Gewicht, da zum einen die Öffentlichkeit davon überzeugt wird, dass das Anliegen von großer Bedeutung ist und zum anderen die beteiligten Organisationen durch ihre Zusammenarbeit eine gegenseitige Legitimation erfahren (Herkenrath 2011: 60). Diese Bewegungskoalitionen, welche nicht nur

aus klimapolitischen Akteur*innen bestehen, sondern beispielsweise Gewerkschaften beinhalten, sprechen ähnlich wie beim *Frame-Bridging* dafür, dass FFF Austria den Klimawandel nicht mehr isoliert als ökologisches Problem betrachtet, sondern beginnt, diesen in größeren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu denken.

5.4.3 Radikalisierung in Sprache und Aktionsformen

Eine weitere Veränderung im Framing von Fridays for Future Austria bezieht sich auf die ab 2022 stattfindende Radikalisierung in der genutzten Sprache im Analysematerial hinsichtlich der Schuldfrage und Problemursachen. Wie bereits im Abschnitt zum diagnostischen Framing erläutert, sieht FFF den Klimawandel primär durch eine fehlende politische und wirtschaftliche Handlungsbereitschaft sowie Blockaden im Bereich der Klimapolitik bedingt und benennt in diesem Zusammenhang insbesondere die österreichische Regierung sowie Wirtschaftsverbände und Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie als Hauptverantwortliche. Ab dem Jahr 2022 erfolgt eine Veränderung des Framings der Problemursachen seitens FFF. Die Kritik an der unzureichenden Klimaschutzpolitik wird in diesem Kontext radikaler und deutlicher formuliert. So wird nicht mehr von einer Untätigkeit bezüglich Klimaschutz gesprochen, sondern von einer Krisenignoranz hinsichtlich der Klimakrise sowie der 2022 hinzugekommenen Energiekrise. FFF kritisiert, dass diese gesellschaftlichen Herausforderungen nicht als akute Krisen wahrgenommen werden und demzufolge politische Antworten auf diese ausbleiben (PM2022-6; PM2022-14; PM2022-22; PM2022-36). Sie schreiben in einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2022: „Es kann nicht sein, dass die Politik ihre Verantwortung nicht wahrnimmt und weiterhin uneingeschränkt unsere Lebensgrundlagen zerstört“ (PM2022-23). Im Jahr 2023 wird das Framing der politischen Krisenignoranz zu einer Diagnose des Regierungsversagens und eines Stillstands in der Klimapolitik weiterentwickelt. Auch nach Extremwetterereignissen wie den Überflutungen im August 2023 wird das Handeln der Regierung von Seiten des FFF als unzureichend wahrgenommen und es kann keine sichtbare Kehrtwende im Bereich der Klimapolitik festgestellt werden (PM2023-9; PM2023-17; PM2023-21). FFF Austria postet diesbezüglich: „Der Sommer 2023 war ein Sommer voller Klimakatastrophen & die fehlende Antwort der Politik ist eine Katastrophe für sich“ (Tweets-12-9-2023). Die politische Ignoranz, auf die Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren, wird von Fridays for Future als „Arbeitsverweigerung“ (PM2023-33) bezeichnet. Es wird wiederholt betont, dass durch die unerledigten Aufgaben keine politische Verantwortung übernommen wurde und somit der Regierungsauftrag der Bundesregierung gescheitert ist (PM2023-25; PM2023-30; PM2023-33). Diesbezüglich schreiben sie in einer PM aus dem Jahr 2023:

Wer sich dem Pariser Abkommen verpflichtet und dann notwendige Maßnahmen wie das Klimaschutzgesetz und ein Erneuerbaren Wärme Gesetz verhindert, begeht Arbeitsverweigerung. Politiker*innen wie ihn können wir uns im Jahr 2023 nicht mehr leisten. (PM2023-31)

In der Folge dessen werden im Framing von FFF Austria zunehmend anklagende Formulierungen verwendet, welche auch als Rücktrittsforderungen an Politiker*innen gedeutet werden könnten. Dies lässt den Schluss zu, dass die Kooperationsbereitschaft mit politischen Institutionen sowie das Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen abgenommen haben. Ein weiteres Indiz hierfür ist die nächste Veränderung im Framing von Fridays for Future Austria, nämlich die ab 2023 stattfindende Anwendung des zivilen Ungehorsams als Aktionsform. Bisher wurden die Protestaktionen stets in einem legalen Kontext durchgeführt. Im Jahr 2023 wurde jedoch damit begonnen, auch radikalere Aktionsformen beispielsweise in Form von zivilem Ungehorsam anzuwenden (PM2023-22; PM2023-24; PM2023-29; PM2023-32). Ein Beispiel hierfür sind die Proteste rund um die Europäische Gaskonferenz im März 2023. Fridays for Future schreibt hierzu: „Nach vier Jahren Schulstreiks, Massenprotesten, unzähligen Aktionen und Gesprächen beteiligt sich nun auch Fridays For Future Austria an dem zivilen Ungehorsam der BlockGas-Allianz“ (PM2023-29). Ein weiteres Beispiel verdeutlicht, dass die bisher von FFF gewählten Aktionsformen nicht als zielführend für die Durchsetzung ihrer Forderungen erachtet werden und daher nun auf radikaleren Varianten zurückgegriffen wird:

Wir haben letzte Woche gezeigt, dass wir zu Zehntausenden auf die Straßen ziehen, um gemeinsam eine radikale Kehrtwende der Klimapolitik einzufordern. Und wenn der Kanzler die Klimakrise in seiner ‚Rede zur Zukunft der Nation‘ eiskalt ignoriert, dann müssen wir auch einen Schritt weitergehen und klarmachen, dass wir uns dem gefährlichen Nichtstun auch in den Weg stellen. (PM2023-32)

Diese Entwicklung kann als eindeutige Wendung im Framing von FFF Austria bezeichnet werden, da sich die Organisation bisher stets um eine kooperative Haltung mit den Behörden bemüht hat. Dies wird beispielsweise durch die Kooperation mit der Polizei verdeutlicht, die auch in ihrem Aktionskonsens inkludiert ist (FFF Austria 2024a). Zudem hat sich FFF Austria in der Vergangenheit von Bewegungen wie der Letzten Generation und deren Aktionsformen öffentlich abgegrenzt (Tweets-16-11-2022; Tweets-12-4-2023). Diese Entwicklung bestätigt die bereits geäußerte Vermutung, dass die Kooperationsbereitschaft mit politischen Institutionen sowie das Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen abgenommen hat.

5.4.4 Fundierte Problemdefinitionen und Lösungsvorschläge

Eine letzte Veränderung im Framing von Fridays for Future Austria manifestiert sich in der Tendenz zu längeren und detaillierteren Pressemitteilungen, die fundiertere Kritiken und Forderungen beinhalten. Diese Entwicklung lässt sich sowohl im diagnostischen als auch im prognostischen Framing feststellen. Ein Beispiel für das diagnostische Framing ist die Pressemitteilung zum Wiener Regierungsprogramm aus dem Jahr 2020. In dieser kommentiert Fridays for Future die Maßnahmen und Vorhaben der Regierung ausführlich und zitiert dabei unter anderem rechtliche Texte wie Bauordnungen sowie weitere

wissenschaftliche Studien (PM2020-1). Ein weiteres Beispiel ist die Problematisierung des fossilen österreichischen Unternehmens OMV. Zu Beginn des Analysezeitraums erfolgt lediglich eine Bezeichnung des Unternehmens als „klimaschädlich“ (PM2019-2; PM2019-3). Im weiteren Verlauf erfolgt eine detailliertere Problembeschreibung seitens FFF, welche mit Statistiken und weiteren Fakten belegt, weshalb die OMV aus ihrer Perspektive einen hauptverantwortlichen Akteur für die Klimakrise darstellt (PM2020-9; PM2022-51). Die Zunahme fundierterer Inhalte lässt sich im prognostischen Framing am Beispiel der vier Gesetze verdeutlichen, auf die FFF im Laufe des Analysezeitraums immer wieder Bezug nimmt: das Klimaschutzgesetz (KSG) (PM2022-14; PM2022-21; PM2022-50), das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz (EWG) (PM2022-3; PM2022-27; PM2023-6), das Energieeffizienzgesetz (EEffG) (PM2022-1) sowie der Nationale Energie- und Klimaplan (NEKP) (PM2023-3; PM2023-17). FFF Austria veröffentlicht zu allen Dokumenten detaillierte Ausarbeitungen, in denen die bisherigen Entwürfe kritisiert und alternative Vorschläge präsentiert werden. Als exemplarisches Beispiel kann der offene Brief an Bundeskanzler Nehammer aus dem Jahr 2022 angeführt werden, in welchem der Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen thematisiert wird. Dabei werden sehr spezifische Maßnahmen zur Wärmewende beschrieben sowie die aktuelle Gesetzeslage diskutiert (PM2022-44). Eine weitere Stellungnahme betrifft die Einsparungslücke im NEKP, in der FFF Austria weitere sehr detailliert ausgearbeitete Vorschläge im Bereich Erneuerbare Energien und Wärmewende unterbreitet hat, um die Emissionen der Einsparungslücke erreichen zu können (PM2023-10). Die dargestellte Veränderung hin zu sorgfältig ausgearbeiteten öffentlichen Inhalten lässt eine professionelle Weiterentwicklung im Framing von Fridays for Future Austria erkennen. Diese geht über oberflächliche Aufforderungen nach ‚mehr‘ Klimaschutzpolitik hinaus, indem detailliert ausgearbeitete Forderungen aufgezählt und argumentativ begründet werden.

6. Thematisierung von Klimagerechtigkeit im Framing von FFF Austria

Im Folgenden werden die Ergebnisse der durchgeführten Framing-Analyse diskutiert. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welche Aspekte von Klimagerechtigkeit im Framing von Fridays for Future Austria aufgegriffen wurden. Zu diesem Zweck werden unter anderem die bereits im Theorie-Kapitel vorgestellten Konzeptionen zu aktivistisch basierten Ansätzen von Klimagerechtigkeit sowie akademisch-philosophische Annäherungen herangezogen.

Vor der Diskussion der akademischen und aktivistischen Verständnisse von Klimagerechtigkeit ist festzuhalten, dass sich in den analysierten Materialien von Fridays for Future Austria selbst keine Definition oder ein Verständnis dessen finden lassen, was unter

Klimagerechtigkeit verstanden wird. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass Klimagerechtigkeit eine der zentralen Forderungen ist und Sprüche wie ‚Was wollen wir?‘ – ‚Klimagerechtigkeit‘ auf keiner FFF-Demo fehlen (Der Standard 2022; FFF Austria 2024b). Im prognostischen Framing konnte Klimagerechtigkeit, oft auch als globale Klimagerechtigkeit formuliert, als eine der wichtigsten allgemeinen Forderungen identifiziert werden. Diese wird zumeist lediglich als Begriff erwähnt und selten in einer konkreteren Ausgestaltung dargelegt, welche Inhalte sich genau mit dieser Forderung verbinden (PM2019-1; PM2020-2; PM2021-8; Website-1). In einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2021 lässt sich beispielsweise eine der wenigen detaillierten Beschreibungen von Klimagerechtigkeit finden: „Wir fordern immer globale Klimagerechtigkeit. Dabei geht es nicht nur um Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Land, sondern einen internationalen Schulterschluss, die Klimakrise gemeinsam zu bewältigen und Ungerechtigkeiten zu beseitigen“ (PMs 2021-1).

Auf Basis der dargelegten Erkenntnisse lässt sich dem Framing von FFF Österreich trotz fehlender Eigendefinition von Klimagerechtigkeit eine Zuordnung zu verschiedenen wissenschaftlich identifizierten Dimensionen der Klimagerechtigkeit vornehmen, welche insbesondere am Beispiel von Newell et al. (2021) im Theoriekapitel beschrieben wurden. Hierbei ist zunächst die Verteilungsgerechtigkeit (*distributive justice*) zu nennen, da FFF die historische und globale Schuld Österreichs und des Globalen Nordens gegenüber den Menschen im Globalen Süden in Hinblick auf den Klimawandel anerkennt, sowie eine Reflexion über die sich daraus ergebende Verantwortung stattfindet. In Bezug auf die Problemursachen im diagnostischen Framing erhebt Fridays for Future in allen Analysejahren eine Anklage gegen das Land Österreich bzw. Industriestaaten im Allgemeinen und spricht diesen die historische Verantwortung für den Ausstoß von Treibhausgasen zu (PM2022-50). Ab dem Jahr 2020 benennt Fridays for Future diese historische Schuld Österreichs gegenüber Regionen, die weniger zum Klimawandel beigetragen haben, als Klimagerechtigkeit und spricht reichen Ländern bzw. Industriestaaten wie Österreich im Sinne der Klimagerechtigkeit eine besondere Handlungsverantwortung zu (PM2021-3; PM2022-46; PM2023-1; Tweets-18-7-2020). In einer beispielhaften Aussage aus einer Pressemitteilung aus dem Jahr 2022 heißt es hierzu:

Im Sinne der Klimagerechtigkeit müssen wirtschaftlich reichere Länder, darunter auch Österreich, ihre Emissionen endlich auf Null bringen und die versprochene Klimafinanzierung an den globalen Süden zahlen. Wir müssen das Leben der Menschen vor Profite setzen. (PM2022-46)

Es ist jedoch festzustellen, dass die Erwähnung der historischen Verantwortung Österreichs oder des Globalen Nordens durch FFF lediglich im Kontext der internationalen Klimapolitik erfolgt, insbesondere im Rahmen der COPs und der EU-Politik. Eine Zuweisung von Schuld und Verantwortung im Rahmen der nationalen Klimapolitik ist hingegen nicht zu beobachten

(PM2021-3; PM2022-9; PM2022-10; Tweets-18-7-2020). Weiterhin ist bemerkenswert, dass FFF Austria, obwohl sie die historische Verantwortung Österreichs und des Globalen Nordens gegenüber dem Globalen Süden zwar im diagnostischen Framing anerkennt, keine Forderungen nach Maßnahmen zur Begleichung dieser ökologischen Schuld im prognostischen Framing formuliert. Eine Forderung, die der Begleichung der ökologischen Schuld am nächsten kommt, ist die im Rahmen der internationalen Klimapolitik, insbesondere den COPs, gestellte Forderung nach der Sicherstellung und Finanzierung des Klimaschäden-Fonds für Länder aus dem Globalen Süden (PM2021-3; PM2022-9; PM2023-5). Ähnlich wie im diagnostischen Framing wird diese Forderung jedoch nur auf Ebene der internationalen Klimapolitik erwähnt und richtet sich nicht an nationalstaatliche Akteur*innen (PM2021-3; PM2022-9; PM2023-5). Die *distributive justice*-Dimension von Klimagerechtigkeit wird somit zu großen Teilen im Framing von Fridays for Future Austria aufgegriffen. Sie erkennen eine historische Schuld des Globalen Nordens für den Ausstoß von Emissionen sowie im humanitären Sinn für die Gefährdung von Menschenleben an. Dies führt zu einer Handlungsverantwortung im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Des Weiteren befürworten sie den *Loss-and-Damage-Fund* für Länder des Globalen Südens, jedoch ohne Forderungen hinsichtlich der Begleichung einer ökologischen Schuld zu stellen.

Als nächstes kann die intergenerationelle Dimension von Klimagerechtigkeit im Framing von Fridays for Future identifiziert werden. Die Verantwortung für gegenwärtige Krisen wird von FFF den bisherigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger*innen zugeschrieben. Zudem wird die besondere Verletzlichkeit und Gefährdung künftiger Generationen aufgrund dieser Krisen betont. Dies geht u. a. aus den Problemursachen des diagnostischen Framings hervor, in dem die unzureichenden bisherigen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen für das Erreichen der Pariser Klimaziele (1,5°C-Ziel), welche zu einem Fortschreiten des Klimawandels beitragen, kritisiert werden (PM2019-10; PM2021-9; PM2022-45; PM2022-56). Hierfür wird die österreichische Bundesregierung und deren Untätigkeit im Bereich des Klimaschutzes verantwortlich gemacht. FFF Austria adressiert dabei nicht nur die jeweils aktuelle Bundesregierung (PM2020-8; PM2021-10; PM2022-34; PM2022-48), sondern auch die Fehler und die Blockadehaltung der Regierungsparteien, insbesondere der ÖVP, in den vergangenen Jahrzehnten (PM2020-12; PM2021-9; PM2022-34; PM2023-4). Des Weiteren übt FFF Austria Kritik an der Verzögerung und Verwässerung von Klimaschutzmaßnahmen seitens der Regierung. So problematisiert Fridays for Future, dass die Bundesregierung unkonkrete, zu wenig ausgearbeitete Gesetzesvorschläge im Bereich der Klimapolitik vorlegt, welche keine verbindlichen Ziele enthalten (PM2021-4; PM2021-10; PM2022-1; PM2022-24). Diese als unzureichend klassifizierte Klimapolitik beeinträchtigt insbesondere junge sowie zukünftige Generationen, wie im diagnostischen Framing von FFF

Austria betont wird. Hierbei problematisiert FFF vorrangig, dass junge Menschen und Kinder von den Auswirkungen der Klimakrise überproportional betroffen sein werden und somit eine lebenswerte und sichere Zukunft für diese Generationen gefährdet sein wird (PM2022-50; PM2023-15). Fridays for Future beschreibt diesen Umstand mit verschiedenen Formulierungen wie: „müssen später für das Desaster bezahlen“ (PM2020-8), „werden junge Menschen erneut um unsere Zukunft betrogen“ (PM2022-7), „unsere Zukunft vor unseren Augen ignoriert und zerstört wird“ (PM2023-32). Die Dimension der intergenerationellen Gerechtigkeit lässt sich nicht nur im diagnostischen, sondern auch im motivationalen Framing von FFF nachweisen. Als einen der hauptsächlichen Beweggründe für ihren Aktivismus konnte das Entstehen für die eigenen Rechte als junge Menschen bzw. die Rechte und Zukunft der Kinder festgestellt werden. FFF Austria betont in allen Analysejahren die Generationengerechtigkeit als Grund für klimapolitisches Engagement und fokussiert sich hierbei auf die Sicherung einer lebenswerten und klimagerechten Zukunft für Jugendliche und junge Generationen (PM2019-9; PM2020-8; PM2021-8; PM2023-16). Das Aufgreifen der intergenerationellen Dimension von Klimagerechtigkeit im Framing von Fridays for Future Austria ist insofern nicht überraschend, als dass die Thematik der intergenerationellen Gerechtigkeit durch den in den letzten Jahren erstarkenden von jungen Menschen ausgehenden Klimaaktivismus eine zunehmende Popularität erfahren hat (Choi 2023: 2170). Diese sozialen Bewegungen haben es geschafft, die Interessen und Bedürfnisse künftiger Generationen zu politisieren und Gerechtigkeitsfragen im Diskurs der internationalen Klimapolitik auf die politische Agenda zu setzen (Knappe & Renn 2022: 1). In verschiedenen Studien wird insbesondere auf die Rolle von FFF als soziale Bewegung verwiesen, welche konkrete ethische Fragen der intergenerationellen Gleichberechtigung aufgeworfen und mit ihrem Aktivismus verknüpft hat (e.g. Gardner & Neuber 2021; Knappe & Renn 2022; Theodorou, Spyrou, Christou 2023). Die Bewegung hat somit nicht nur das Bewusstsein für intergenerationelle Gerechtigkeit geschärft, sondern auch aktiv dazu beigetragen, sie zu einer treibenden Kraft in politischen Diskursen und sozialen Veränderungen zu machen (Choi 2023: 2171).

Die Dimensionen der Anerkennungsgerechtigkeit (*recognition justice*) und der Prozessgerechtigkeit (*procedural justice*) sind jedoch nur teilweise im Framing von FFF Austria erkennbar. Im Sinne der *recognition justice* erkennt FFF zwar die global ungleichen Auswirkungen des Klimawandels an, fordert jedoch nicht eine stärkere Repräsentation dieser gefährdeten Gruppen in der Klimapolitik oder bei der Entscheidungsfindung für Maßnahmen. Die Anerkennung der global ungleichen Effekte des Klimawandels ist beispielsweise in den sieben Grundsätzen von FFF Austria verankert. In diesen schreiben sie, dass der Klimawandel mit gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten wie Sexismus verknüpft ist und von diesen verstärkt wird (Website-1). Im diagnostischen Framing fokussiert sich Fridays for Future außerdem im

Rahmen der globalen Auswirkungen insbesondere auf die MAPA und betont deren besondere Betroffenheit durch den Klimawandel sowie humanitäre Folgen im Allgemeinen aufgrund der Erderhitzung und des Klimawandels (PM2022-34; Website-4; Website-5). Da, wie im Theoriekapitel erläutert, die Dimension der Anerkennungsgerechtigkeit eine Voraussetzung für die Prozessgerechtigkeit darstellt, ist es nicht verwunderlich, dass letztere ebenfalls nur als teilweise erfüllt eingestuft werden kann.

Obwohl FFF sich für politische und wirtschaftliche Lösungen des Klimawandels einsetzt, die als sozial gerecht und transparent bezeichnet werden können (PM2022-24; PM2022-43; PM2022-46), wird weder eine direkte Beteiligung an den Entscheidungsprozessen für die Bewegung selbst noch für marginalisierte Gruppen eingefordert. Eine Repräsentation marginalisierter Perspektiven erfolgt lediglich im Rahmen ihres Aktivismus. So werden beispielsweise im Kontext des Ukraine-Konflikts Stimmen von Betroffenen berücksichtigt, indem Zitate von ukrainischen Friedensaktivist*innen in Pressemitteilungen veröffentlicht und in ihrem Namen für humanitäre Lösungen argumentiert wird (PM2022-35; PM2022-40; PM2022-47). Ein weiteres Beispiel ist das EACOP-Projekt, welches den Bau einer Erdöl-Pipeline in Uganda zum Gegenstand hat. In diesem Kontext ist FFF Austria Teil einer internationalen Allianz von betroffenen Interessengruppen und Klimaaktivist*innen, die sich gegen den Bau dieses fossilen Großprojektes aussprechen (PM2023-19; Tweets-2-6-2023). In den veröffentlichten Pressemitteilungen und Tweets zu diesem Thema wurden ebenfalls Stimmen von Aktivist*innen aus dem Globalen Süden berücksichtigt und gemeinsame Protestaktionen organisiert (PM2022-32; PM2023-19; Tweets-2-6-2023). Diese fanden allerdings in Österreich statt und nicht vor Ort (Tweets-2-6-2023). In den von Fridays for Future veröffentlichten Pressemitteilungen und Tweets wird zwar versucht, Betroffene in Form von Zitaten zu repräsentieren, im gesamten Framing lässt sich eine solche Repräsentation allerdings nur sehr vereinzelt ausmachen. Insgesamt kann die Dimension der *procedural* Klimagerechtigkeit daher lediglich als teilweise erfüllt angesehen werden.

Die bisher diskutierten akademischen Dimensionen von Klimagerechtigkeit weisen teilweise Überschneidungen mit einem aktivistisch-basiertem Verständnis von Klimagerechtigkeit auf. Sowohl aktivistische als auch akademische Perspektiven thematisieren die Verantwortung von Industriestaaten bzw. dem Globalen Norden hinsichtlich der Bewältigung des Klimawandels, welcher im Besonderen marginalisierte Bevölkerungsgruppen im Globalen Süden gefährdet (Tafry, Mikulewicz & Helwig 2019: 3; Tokar 2019: 20f.). Das aktivistische Verständnis von Klimagerechtigkeit umfasst jedoch noch weitere Aspekte, die nachfolgend ebenfalls unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Framing-Analyse erörtert werden. Zunächst identifizieren Aktivist*innen „die kapitalistischen, kolonialen und patriarchalen Naturverhältnisse [als Ursachen], die Klimawandel und Klimaungerechtigkeiten hervorbringen“ (Kalt

2022: 179). Hinsichtlich der kapitalistischen Naturverhältnisse kritisieren sie das kapitalistische Wachstumsimperativ und die Vermögenskonzentration, welche zu einer extraktivistischen Ausbeutung der Natur beitragen (Newell 2022: 916; Tokar 2019: 20). Zudem wird der übermäßige Konsum des Globalen Nordens und der höheren sozialen Klasse im Globalen Süden als Ursache des Klimawandels betrachtet (Pettit 2004: 104). Bezüglich der kolonialen Naturverhältnisse werden die ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden sowie die ökologische Schuld des Globalen Nordens, im Sinne der ungleichen historischen Nutzung fossiler Brennstoffe und des Öko-Imperialismus, thematisiert (Chatterton, Featherstone & Routledge 2013: 606; Newell 2022: 916). Die Ergebnisse der Framing-Analyse divergieren von diesem Aspekt des aktivistischen Verständnisses von Klimagerechtigkeit. In der Darstellung der Ursachen des Klimawandels werden die sogenannten *root causes* oder die von Kalt (2022) beschriebenen Naturverhältnisse wie der neoliberale Kapitalismus oder neokoloniale Machtstrukturen nicht thematisiert. Stattdessen werden politische Blockaden in der Klimapolitik sowie ein Festhalten an einem fossilen System hervorgehoben (PM2020-11; PM2021-5; PM2021-9; PM2022-20). Dieses Framing wurde von Daniel et al. (2020) in deren Framing-Analyse zu FFF Austria ebenfalls festgestellt. Diese stellen im diagnostischen Framing von Fridays for Future weder eine systemische Schuldzuweisung noch eine fundamentale Kapitalismuskritik fest (Daniel et al. 2020: 375). Diese Ergebnisse stimmen mit den gewonnenen Erkenntnissen der hier durchgeführten Framing-Analyse überein. Kapitalismus als solcher oder auch eine eindeutige anti-kapitalistische Positionierung kann im Framing von FFF Austria nicht festgestellt werden. Stattdessen fokussiert sich Fridays for Future Austria in ihrem Framing der Problemursachen auf das Festhalten an einer fossilen Politik sowie die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, welche beide den Klimawandel befördern (PM2021-4; PM2021-5; PM2022-9; PM2022-24). In diesem Kontext werden erneut sowohl politische als auch wirtschaftliche Akteur*innen adressiert (PM2019-3; PM2020-11; PM2021-5; PM2022-51). Die fossile Industrie wird von FFF insbesondere für ihren Anteil an der Verstärkung des Klimawandels kritisiert. In diesem Kontext wird sie von FFF als „wahre Kriminelle“ bezeichnet (Tweets-27-3-2023). Eine fehlende anti-kapitalistische Positionierung lässt sich zudem aus der zu einem großen Teil wirtschaftlich geprägten Argumentation ableiten, mit welcher die Forderungen und Lösungsvorschläge von FFF unterstützt werden. Die Argumentation umfasst sowohl die Darstellung der Schäden, die aus einer unzureichenden Klimaschutzpolitik in Österreich resultieren (PM2020-12; PM2022-18; PM2022-55), als auch die Erörterung der Vorteile einer Klimaschutzpolitik für die österreichische Wirtschaft (PM2020-13; PM2022-50; PM2023-8; PM2023-10). Daniel et al. (2020) merken hierzu weiterhin an, dass die fehlende anti-kapitalistische Positionierung sowie ausbleibende systemische Schuldzuweisung bemerkenswert sind. Diese zählen zu den wesentlichen Charakteristika der Klimagerechtigkeitsbewegung. Obwohl Klimagerechtigkeit

eine der Hauptforderungen FFFs darstellt, konnten diese beiden Aspekte im Framing nicht festgestellt werden (Daniel et al. 2020: 375f.). Die Ausklammerung der *root causes* des Klimawandels im Framing der Problemursachen ist jedoch insofern kohärent, als dass im Rahmen der weiter oben diskutierten historischen Verantwortung Österreichs und des Globalen Nordens für den Klimawandel auch nur von Schuld im Sinne des überproportionalen Ausstoßes von Treibhausgasemissionen gesprochen wird und nicht systemische Ungleichheiten verursacht durch den Kolonialismus benannt werden (PM2021-3; PM2022-50; PM2023-1). Die peruanische FFF-Bewegung, welche ebenfalls mithilfe einer Framing-Analyse von Zitterbarth (2021) analysiert wurde, benennt die globale historische Ungerechtigkeit bezüglich des Klimawandels jedoch als Kolonialismus und berücksichtigt ebenso weitere strukturelle Aspekte der Klimaschuld des Globalen Nordens wie Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat in ihrem diagnostischen Framing (Zitterbarth 2021: 35). FFF-Austria hingegen fokussiert sich lediglich auf die historische Verantwortung im Sinne der Klimagerechtigkeit, ohne dabei strukturelle Ursachen für den Klimawandel wie Kapitalismus und Rassismus zu benennen.

Das aktivistische Verständnis von Klimagerechtigkeit basiert nicht nur auf der Benennung kapitalistischer und kolonialer Naturverhältnisse als Ursachen des Klimawandels, sondern beinhaltet zudem die Forderung nach einer grundlegenden Veränderung dieser vorherrschenden Strukturen, um Klimagerechtigkeit zu erreichen (Tokar 2019: 20f.). Auch in diesem Aspekt divergieren die Resultate der Framing-Analyse zu FFF Austria von einem aktivistischen Verständnis von Klimagerechtigkeit. Die im prognostischen Framing festgestellten politischen Forderungen und gewünschten Klimaschutzmaßnahmen zielen auf eine Umsetzung dieser im gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen System ab. Von Seiten FFFs werden hierbei vorrangig rechtliche und gesetzliche Verankerungen als Lösungen des Klimawandels betont (PM2021-9; PM2022-1; PM2022-45; PM2023-17). Sollte die geforderte Klimaschutzpolitik im gegebenen politischen System nicht möglich sein, wird erst daraufhin ein Systemwandel eingefordert (Website-2), wobei diese Forderung wenig konkret formuliert ist und keine genauen Angaben darüber macht, was einen solchen Systemwandel ausmachen würde und in welchen Zustand das System transformiert werden müsste. Die Forderung eines sozial-ökologischen Systemwandels im Sinne eines aktivistisch-basierten Verständnisses von Klimagerechtigkeit lässt sich somit im Framing von FFF-Austria nicht finden. Eine weitere häufig geäußerte Forderung im Rahmen einer aktivistischen Perspektive auf Klimagerechtigkeit ist die Ablehnung kapitalistischer und marktbasierter Lösungsansätze für den Klimawandel (Schlosberg & Collins 2014: 367; Tokar 2019: 20f.). Die Forderungen von FFF Austria, welche auf den Abbau des fossilen Systems abzielen, basieren jedoch vorrangig auf marktbasierten Instrumenten. Die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen (Tweets-3-

10-2021; Tweets-13-12-2023; Website-2), eine öko-soziale Steuerreform (PM2019-1; PM2021-10; Website-2) sowie eine Übergewinnsteuer für fossile Energieunternehmen (PM2022-12; Tweets-5-9-2022; Tweets-23-9-2022) stellen zentrale Forderungen in diesem Kontext dar. In diesem Punkt widerspricht das prognostische Framing von FFF Austria demnach einem aktivistischen Verständnis von Klimagerechtigkeit. Eine weitere, von aktivistischer Seite im Kontext der Klimagerechtigkeit benannte Forderung, ist ein *Phase-Out* von fossilen Brennstoffen sowie ein Ende der Extraktion dieser (Schlosberg & Collins 2014: 367). Diese Forderung wird im Framing von Fridays for Future durchaus aufgegriffen. Wie bereits beschrieben, liegt ein Schwerpunkt ihres diagnostischen Framings auf der Problematisierung des fossilen Systems, welches u. a. für die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die den Klimawandel befördert, verantwortlich ist (PM2020-11; PM2021-5; PM2021-9; PM2022-20). Auf Basis dieses Problemverständnisses werden seitens FFF Austria zahlreiche Forderungen formuliert. In diesem Kontext strebt FFF den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas an (Tweets-6-11-2021; Tweets-30-11-2023; Website-2) und fordert den Stopp fossiler Großprojekte wie den Baustopp der Lobauautobahn (PM2021-5; Tweets-22-1-2021; Website-2) sowie den Abbau von fossilen und klimaschädlichen Subventionen (PM2020-12; PM2020-13; PM2022-46). Ein weiteres konkretes Beispiel für die Forderung nach der Beendigung extraktivistischer Naturausbeutung ist die Positionierung FFFs gegen das EACOP-Projekt. Ab dem Jahr 2022 problematisiert Fridays for Future die globalen Auswirkungen des Baus der EACOP in Uganda und macht somit auf die Betroffenheit von Ländern des Globalen Südens durch fossile Großbauprojekte aufmerksam (PM2023-19; PM2024-1; Tweets2-6-2023). In ihrem diagnostischen Framing kritisieren sie außerdem, dass die fossile Industrie durch die Extraktion fossiler Energien Profite erzielt, welche auf Kosten der Ausbeutung der Natur sowie der Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen vor Ort erwirtschaftet werden (PM2023-11; PM2023-19).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Framing von FFF Austria verschiedene Aspekte von Klimagerechtigkeit aufgegriffen werden, die sowohl akademisch-philosophischen als auch aktivistisch-basierten Ursprungs sind. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Dimensionen der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit, wobei insbesondere die Anerkennung einer historischen Schuld und die daraus resultierende Handlungsverantwortung des Globalen Nordens von Relevanz sind. Allerdings werden zwei zentrale Elemente des aktivistisch-basierten Verständnisses von Klimagerechtigkeit im Framing von Fridays for Future Austria nicht berücksichtigt. Dies ist zum einen die fehlende Thematisierung der sogenannten *root causes* des Klimawandels im diagnostischen Framing sowie die fehlende Forderung einer systemischen sozial-ökologischen Transformation.

7. Verortung von FFF Austria innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung

Wie bereits im Theorie-Kapitel dargelegt, erlaubt der Framing-Ansatz unter anderem die Analyse der verschiedenen Framings innerhalb der Klimabewegung, beispielsweise in Hinblick auf die Thematik der Klimagerechtigkeit. Im Folgenden werden die Ergebnisse der in dieser Masterarbeit durchgeführten Framing-Analyse diskutiert, wobei der Fokus auf der Einordnung von Fridays for Future Austria auf Basis ihres Framings in die Klimagerechtigkeitsbewegung liegt. Für die Diskussion werden die im Theorie-Kapitel vorgestellten Konzeptionierungen zu verschiedenen Framings innerhalb der Klimabewegung von della Porta und Parks (2014), Gach (2019) sowie Bäckstrand und Lövbrand (2016) herangezogen sowie weitere Studien, welche Frameworks zur Differenzierung von Klimabewegungen aufgestellt haben.

In Bezugnahme auf die von della Porta und Parks (2014) aufgestellte Unterscheidung in eine moderate *Climate-Change*-Strömung und eine radikalere *Climate-Justice*-Strömung lässt sich FFF Austria der moderaten *Climate-Change*-Strömung zuordnen. Unter Berücksichtigung des diagnostischen Framings lässt sich feststellen, dass sich die Problemdefinition von FFF vorrangig auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützt, welche sowohl die Existenz des anthropogen verursachten Klimawandels als auch dessen Auswirkungen auf die Menschheit und den Planeten belegen (PM2019-3; PM2020-3; PM2022-45; PM2023-7). Ein Beispielzitat von der Website verdeutlicht dieses Framing:

Schon heute ist die Erde im Schnitt um 1,1°C heißer als noch um 1880, und die Folgen dieser Erderhitzung sind unübersehbar: Städte, denen das Wasser ausgeht. Rekordschmelze in Grönland. Brennende Wälder. Städte, die im auftauenden Permafrost versinken. (Website-3)

Ein weiterer Aspekt des diagnostischen Framing weist auf die Zugehörigkeit zur moderaten Strömung hin. Bezüglich der Ursachenidentifikation des Klimawandels sowie der Schuldfrage fokussiert sich Fridays for Future auf die fossile Politik bzw. die profitangetriebene fossile Industrie, anstatt das kapitalistische Wirtschaftssystem zu thematisieren, wie es die von della Porta und Parks (2014) beschriebene radikale Strömung tut (della Porta & Parks 2014: 24). Buzogány und Scherhauser (2022) bestätigen diese Art des diagnostischen Framing ebenfalls für FFF und XR Deutschland. „Both FFF and XR frequently refer to ‘fossil capitalism’ and the interests of established ‘old industry’, such as gas infrastructure and coal mining, rather than pointing fingers at ‘capitalism’ as such” (Buzogány & Scherhauser 2022: 6). Auch FFF Austria identifiziert das Festhalten an einer fossilen Politik als Problemursache. Obgleich wirtschaftliche Akteur*innen wie die fossile Industrie für ihren hohen Ausstoß an

Treibhausgasemissionen (PM2019-3; PM2020-9; PM2022-51) oder ihre ungerecht erwirtschafteten Profite im Zuge der Energiekrise kritisiert werden (PM2023-11; PM2023-19), lässt sich im Framing von FFF keine eindeutig antikapitalistische Haltung feststellen.

Auch Aspekte des prognostischen Framing von Fridays for Future Austria weisen auf die Zugehörigkeit zur *Climate-Change*-Strömung hin. Hierfür spricht, dass ihre Forderungen hauptsächlich auf *policies* wie der Umsetzung von Gesetzen (e.g KSG, EWG) (PM2021-9; PM2022-1; PM2022-45; PM2023-17) und der Einführung von Steuern (e.g öko-soziale CO₂-Steuer, Übergewinnsteuer) (PM2019-1; PM2021-10; PM2022-12) und Klimaschutzplänen (e.g NEKP) (PM2019-7; PM2023-4; PM2023-10) sowie dem Erreichen technischer Ziele wie der Limitierung der Globalen Erwärmung auf 1,5°C und der Reduktion von Treibhausgasemissionen auf Netto-Null bis 2030 basieren (PM2019-5; PM2020-11; Website-1; Website-2). Dies steht im Gegensatz zu den von der radikaleren *Climate-Justice*-Strömung angestrebten Zielen, nämlich dem Ende des globalen kapitalistischen Systems und einer systemischen sozial-ökologischen Transformation (della Porta & Parks 2014: 23f.). Wie bereits im Analysekapitel dargelegt und im vorherigen Kapitel zu Klimagerechtigkeit diskutiert, lässt sich aus den Ergebnissen der qualitativen Inhaltsanalyse schlussfolgern, dass die politischen Forderungen sowie die angestrebte Klimaschutzpolitik von FFF Austria innerhalb des gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems implementiert werden sollen und grundsätzlich keine Systemtransformation forciert wird. Hierfür spricht weiterhin die zu einem großen Teil wirtschaftlich geprägte Argumentation, mit welcher die Forderungen und Lösungsvorschläge von FFF unterstützt werden. Sie argumentieren hierbei sowohl inwiefern fehlende Klimaschutzpolitik der Wirtschaft in Österreich schadet (PM2020-12; PM2022-18; PM2022-55) als auch in welchen Aspekten Klimaschutzpolitik der österreichischen Wirtschaft nutzen kann (PM2020-13; PM2022-50; PM2023-8; PM2023-10). Die wirtschaftsfreundliche Argumentation für auf *Green Growth* basierten Klimaschutzmaßnahmen (PM2020-9; PM2020-13; PM2023-30) spricht für eine Akzeptanz des gegenwärtigen politisch-ökonomischen Systems, da eine Zusammenarbeit mit den von der radikalen Strömung als schuldtragend identifizierten Institutionen angestrebt wird. Ein weiterer Aspekt des prognostischen Framing, welcher auf eine Zugehörigkeit zur moderaten *Climate-Change*-Strömung verweist, ist die Benennung wirtschaftlicher und politischer Akteur*innen als Hauptverantwortliche für die Umsetzung der formulierten Forderungen (PM2019-1; PM2020-13; PM2021-5; PM2022-55). Buzogány und Scherhauser (2022) bestätigen diese Art des prognostischen Framing ebenfalls für FFF Deutschland. „FFF supports liberal democracy where elected representatives hold the authority, legitimacy, and capacity to deal with climate change“ (Buzogány & Scherhauser 2022: 7f). Der von della Porta und Parks (2014) als charakteristisch für die moderate Strömung identifizierte Aspekt der individuellen Verantwortung zur Milderung des Klimawandels lässt sich im Framing von FFF Austria jedoch nicht feststellen (della Porta & Parks 2014: 24).

Schließlich lässt sich anhand des motivationalen Framings von Fridays for Future Austria eine Zugehörigkeit zur *Climate-Change*-Strömung feststellen. In sämtlichen Analysejahren wird seitens FFF Austria die Generationengerechtigkeit als maßgeblicher Faktor für klimapolitisches Engagement betont. Dabei wird der Fokus auf die Sicherung einer lebenswerten und klimagerechten Zukunft für Jugendliche und junge Generationen gelegt (PM2019-9; PM2020-8; PM2021-8; PM2023-16). Die auf intergenerationaler Gerechtigkeit beruhende Motivation zu handeln, geht ebenfalls mit einer Betonung von Dringlichkeit und Notwendigkeit für Klimaschutzmaßnahmen einher (PM2020-6; PM2020-8; PM2023-21). Diese Betonung des Zeitdrucks zu handeln, da der Lebensraum zukünftiger Generationen andernfalls gefährdet sei, steht im Gegensatz zu einem umfassenderen Gerechtigkeitsverständnis der *Climate-Justice*-Strömung. Dieses verweist im Sinne der intragenerationellen Gerechtigkeit auch auf die bereits bestehenden globalen Ungerechtigkeiten (Bartmann, Halsband & Schnapper 2023: 119). Des Weiteren lassen sich auch die von FFF Austria mit ihrem Aktivismus verfolgten Ziele der *Climate-Change*-Strömung zuordnen. Diese beinhalten einerseits die Ausübung von Druck auf politische Entscheidungsträger*innen mit dem Ziel, diesen einen klimapolitischen Handlungsauftrag zu vermitteln (PM2019-1; PM2021-1; PM2022-24). Andererseits zielen sie darauf ab, öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz zu generieren und Bürger*innen sowohl über die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen zu informieren (PM2021-1; PM2022-33; PM2022-47) als auch über das bisherige Politikversagen in diesem Politikbereich (PM2019-3; PM2021-6; PM2022-38). Schließlich stehen auch die im Framing von FFF Austria beworbenen Aktionsformen im Einklang mit denen der moderaten *Climate-Change*-Strömung. So veranstalten sie hauptsächlich symbolische Aktionen wie (internationale) Klimastreiks, bei denen mithilfe einer hohen Anzahl an Teilnehmer*innen für verschiedene Ziele demonstriert werden soll (PM2019-3; PM2020-5; PM2021-8; Website-1).

In wenigen Aspekten erfüllt das Framing von Fridays for Future Austria jedoch durchaus Merkmale der *Climate-Justice*-Strömung. So wurde im Jahr 2023 begonnen, auch radikalere Aktionsformen beispielsweise in Form von zivilem Ungehorsam durchzuführen. Ein Beispiel hierfür sind die Proteste rund um die Europäische Gaskonferenz im März 2023 (PM2023-29) sowie eine Sitzblockade vor dem Bundeskanzleramt anlässlich einer für die Klimapolitik bedeutsamen Rede des Bundeskanzlers Nehammer zur ‚Zukunft der Nation‘ (PM2023-32). Hierzu schreibt FFF Austria in einer Pressemitteilung:

Der Kanzler dachte, es bemerkt niemand, wenn er für die Klimakrise nur leeres Gerede übrig hat. Doch wir haben genau hingehört und können nicht mehr zu sehen, wie unsere Zukunft vor unseren Augen ignoriert und zerstört wird. Deswegen haben wir uns der Klimaignoranz heute in den Weg gesetzt. (PM2023-32)

Ein weiterer Aspekt, der der *Climate-Justice*-Strömung zuzuordnen ist, besteht im Schließen von Bündnissen mit anderen Klimagerechtigkeitsbewegungen, welche für globale

Gerechtigkeit entstehen sowie in der Solidarität mit anderen aktivistischen Gruppierungen. Beispielhaft hierfür sind die Teilnahme an der internationalen #StopEACOP-Koalition, welche *RiseUp Uganda* bei Protestaktionen rund um den Bau der dort geplanten fossilen Öl-Pipeline unterstützt (PM2023-19; Tweets-2-6-2023) sowie die Solidarisierung mit ukrainischen Friedensaktivist*innen und die gemeinsame Organisation einer Solidaritätsdemonstration in Wien 2022 (PM2022-35; PM2022-40).

Eine weitere Konzeptionierung, welche verschiedene Framings innerhalb der Klimabewegung unterscheidet, stammt von Gach (2019). Ähnlich wie nach della Porta und Parks (2014) lässt sich Fridays for Future Austria basierend auf den Ergebnissen der Framing-Analyse eher dem moderaten wissenschaftlichen Framing als dem Klimagerechtigkeits-Framing zuordnen. In Bezug auf das Problemverständnis zeigt sich, dass FFF Austria sowohl Merkmale des wissenschaftlichen als auch des Klimagerechtigkeits-Framings aufweist. Zwar lässt sich im Einklang mit dem wissenschaftlichen Framing ebenfalls ein Rückgriff auf wissenschaftliche Erkenntnisse sowohl im diagnostischen (PM2019-3; PM2020-3; PM2022-45) als auch prognostischen Framing (PM2019-1; PM2020-12; PM2023-31) von Fridays for Future feststellen, jedoch wird der Klimawandel nicht als ein rein ökologisches Problem verstanden (Gach 2019: 4). FFF betont stattdessen wiederholt auch die globalen, humanitären sowie sozialen Auswirkungen des Klimawandels, was für ein Klimagerechtigkeits-Framing spricht (ebd.: 4). In Bezug auf die globalen Auswirkungen legt FFF einen besonderen Fokus auf die MAPA und betont deren signifikante Betroffenheit durch den Klimawandel (PM2022-34; Website-4; Website-5). Zudem werden die humanitären Folgen und die Gefährdung von Menschenrechten im Allgemeinen aufgrund der Erderhitzung und des Klimawandels von FFF thematisiert (PM2022-34; PM2022-55; PM2022-59). Hinsichtlich der sozialen Auswirkungen benennt FFF Austria beispielsweise die ungleichen Auswirkungen in der Gesellschaft zwischen armen und reichen Bevölkerungsschichten (PM2022-5; PM2022-15). In einer Pressemitteilung schreiben sie hierzu: „Noch dazu sind es die Reichen, die für die Klimakrise verantwortlich sind, während sie für die ärmeren Schichten eine existenzielle Bedrohung darstellt“ (PM2022-5). Die Lösungsvorschläge innerhalb des prognostischen Framings zielen jedoch nahezu ausschließlich auf eine Minderung der ökologischen Auswirkungen ab, was gegen ein Klimagerechtigkeits-Framing spricht (Gach 2019: 4). Soziale Gerechtigkeit wird im Kontext von Klimaschutzmaßnahmen von Fridays for Future nur selten eingefordert (PM2022-47; PM2022-50), sondern eher hinsichtlich der Energiekrise betont (PM2022-24; PM2022-43; PM2022-46).

In Bezug auf die Auswirkungen des Klimawandels und die daraus resultierende Schuldfrage kann FFF Austria erneut sowohl dem wissenschaftlichen als auch dem Klimagerechtigkeits-Framing nach Gach (2019) zugeordnet werden. Der Klimawandel wird von FFF als globales Problem dargestellt, welches alle Regionen der Welt gleichermaßen betrifft (Website-3;

PM2020-3) und erfüllt somit das wissenschaftliche Framing (Gach 2019: 4). Diese Perspektive wandelt sich jedoch im Laufe des Analysezeitraumes. Ab dem Jahr 2022 geht Fridays for Future durchaus auf Unterschiede in den Betroffenheiten durch den Klimawandel ein und hebt dabei die Gefährdung der Menschen im Globalen Süden im Besonderen hervor (PM2022-34; PM2022-55; PM2022-59). In einer Pressemitteilung wird hierzu Folgendes ausgeführt: „Jeder verstrichene Tag ohne Fortschritte im Klimaschutz kostet Menschenleben – [...] im globalen Süden, wo die Klimakrise bereits heute täglich Klimakatastrophen verursacht“ (PM2022-34). Dennoch sei an dieser Stelle angemerkt, dass die unterschiedliche globale Verteilung von Klimavulnerabilität von FFF Austria zwar anerkannt wird, der Fokus hinsichtlich der Betroffenheiten und Auswirkungen des Klimawandels im Analysematerial jedoch nahezu ausschließlich auf Europa bzw. Österreich liegt (PM2022-25; Tweets-9-8-2021; Tweets-9-9-2021; Tweets-12-9-2023). Auch hinsichtlich der Frage nach der Verantwortung lässt sich keine eindeutige Zuordnung in das wissenschaftliche bzw. in das Klimagerechtigkeits-Framing für FFF treffen. So adressiert Fridays for Future politische Entscheidungsträger*innen im Allgemeinen sowohl auf nationaler (PM2020-13; PM2021-5) als auch internationaler Ebene (PM2022-26; Tweets-11-7-2023; Tweets-11-8-2023), wenn es um die Lösungskompetenz und Bezug auf den Klimawandel geht. Diese undifferenzierte Verantwortungszuweisung spricht für ein wissenschaftliches Framing (Gach 2019: 4). Dennoch wird von FFF Austria eine historische Verantwortung Europas und anderer Länder des Globalen Nordens für den Klimawandel anerkannt (PM2021-3; PM2022-50; PM2023-1), was mit dem Klimagerechtigkeits-Framing übereinstimmt (Gach 2019: 4f.).

Die letzten beiden Unterscheidungsmerkmale des wissenschaftlichen und Klimagerechtigkeits-Framings können Fridays for Future Austria jedoch eindeutiger zugeordnet werden. Wie die moderate *Climate-Change*-Strömung von della Porta und Parks (2014) zielt auch das wissenschaftliche Framing nach Gach (2019) nicht auf Veränderungen der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen globalen Machtstrukturen ab (Gach 2019: 4). Dieses Merkmal kann basierend auf den Ergebnissen der Framing Analyse für FFF Austria bestätigt werden. Die von ihnen formulierten Forderungen zielen darauf ab, im aktuellen politisch-wirtschaftlichen System implementiert zu werden (Website-2). Klimaschutzmaßnahmen sollen hauptsächlich in Form von Gesetzen (PM2021-9; PM2022-1; PM2022-45), Steuern (PM2019-1; PM2021-10; PM2022-12) und Klimaschutzplänen umgesetzt werden (PM2019-1; PM2019-7; PM2023-4), was für einen weiteren Aspekt des wissenschaftlichen Framings spricht. Laut diesem streben Klimabewegungen, welche das wissenschaftliche Framing nutzen, eine Milderung des Klimawandels (*mitigation*) unter Nutzung markt-basierter Instrumente an (Gach 2019: 4). Dies kann für FFF ebenfalls bestätigt werden. FFF Austria fordert beispielsweise die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen ein (Tweets-3-10-2021; Tweets-13-12-2023; Website-2), eine öko-soziale Steuerreform (PM2019-1; PM2021-10;

Website-2) sowie eine Übergewinnsteuer für fossile Energieunternehmen während der Energiekrise 2022 (PM2022-12; Tweets-5-9-2022; Tweets-23-9-2022).

Eine weitere Konzeptionierung, auf Basis derer Fridays for Future Austria in die Klimagerechtigkeitsbewegung eingeordnet werden kann, stammt von Bäckstrand und Lövbrand (2016). Diese identifizieren *green governmentality*, *ecological modernization* sowie *civic environmentalism* als verschiedene Diskurse, welche das Framing von sozialen Bewegungen hinsichtlich des Klimawandels bestimmen können (Svensson & Wahlström 2023: 5). FFF Austria lässt sich hierbei dem *green governmentality*-Diskurs zuordnen, welcher dem wissenschaftlichen Framing nach Gach (2019) sehr ähnlich ist. Bäckstrand und Lövbrand (2016) zufolge zielt dieser Diskurs darauf ab, den Klimawandel mithilfe wissenschaftsbasierter, zentralisierter und *top-down* gesteuerter Instrumente zu überwachen und abzumildern (Bäckstrand & Lövbrand 2016: 6-8). Diese Aspekte lassen sich auch im Framing von FFF deutlich erkennen. Sie betonen sowohl in der Problemdefinition (PM2019-3; PM2020-3; PM2022-45) als auch in der Formulierung von Lösungsvorschlägen (PM2019-1; PM2020-12; PM2023-31) und der dazugehörigen Argumentation (PM2019-12; Tweets-30-4-2020; Tweets-13-1-2022) die Notwendigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen für die Bewältigung des Klimawandels. Des Weiteren adressieren sie hinsichtlich der Verantwortungszuschreibung und Lösungskompetenz hauptsächlich die nationalstaatliche Ebene und im Besonderen die Bundesregierung als zentralen Akteur (PM2020-13; PM2021-5; Tweets-6-5-2020; Tweets-14-7-2021). Die Inhalte der Forderungen sprechen weiterhin für die Umsetzung des *green governmentality*-Diskurses, da sie größtenteils politischer Natur sind und in Form von Gesetzen und Klimaschutzplänen darauf abzielen, die klimaschädliche bzw. klimafreundliche politische Aktivitäten zu steuern (PM2021-9; PM2022-1; PM2022-45; PM2023-17). Im Gegensatz zu den Konzeptionierungen von della Porta und Parks (2014) sowie Gach (2019) lässt sich Fridays for Future Austria dem auf Klimagerechtigkeit fokussierten *civic environmentalism*-Diskurs nicht zuordnen. Dieser identifiziert ungleiche Machtstrukturen wie Kapitalismus und Patriarchat als verantwortlich für den sich global ungerecht auswirkenden Klimawandel und fordert demzufolge eine umfassende sozial-ökologische Transformation (Bäckstrand & Lövbrand 2016: 10-12). Bezüglich der Ursachenidentifikation des Klimawandels sowie der Schuldfrage benennt Fridays for Future die fossile Politik (PM2020-11; PM2021-9; PM2022-20) bzw. die profitangetriebene fossile Industrie (PM2019-1; PM2020-9; PM2022-51) und nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem. Das Patriarchat oder weitere strukturelle Machtstrukturen wie Rassismus und Kolonialismus werden im Framing von FFF nicht erwähnt. Aus dieser nicht-systemisch bedingten Problemursachenbenennung folgt schließlich auch keine Forderung nach einem umfassenden Systemwandel, wie an mehreren Stellen in diesem Kapitel bereits ausgeführt wurde. Der Konzeptualisierung von Bäckstrand und Lövbrand

(2016) zufolge kann Fridays for Future Austria demzufolge nicht als Klimagerechtigkeitsbewegung eingeordnet werden.

Zwei weitere Studien, welche Frameworks zur Differenzierung von Klimabewegungen aufgestellt haben, sind Goodman und Morton (2023) sowie Vandepitte (2023). Diese werden im Folgenden ebenfalls mit den Ergebnissen der Framing-Analyse zu FFF Austria diskutiert. Goodman und Morton (2023) haben die Entwicklung der Klimabewegung am Beispiel von Indien, Deutschland und Australien seit Mitte der 2000er Jahre hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Strategien und Agenden untersucht und dabei drei verschiedene Mobilisierungsmodi identifiziert; *climate transition*, *climate transformation* und *climate emergency* (Goodman & Morton 2023: 1394). Die Strategie der *climate transition* wird insbesondere von NGOs angewendet und zielt auf eine politische Interessenvertretung sowie das Agenda-Setting für technische Lösungen ab (ebd.: 1395). *Climate transformation* steht im Zusammenhang mit dem Konzept der Klimagerechtigkeit und wird vorrangig von Graswurzelbewegungen umgesetzt, welche eine gerechte sozial-ökologische Transformation anstreben (ebd.: 1395f.). Die Strategie des *climate emergency* findet erst seit wenigen Jahren Anwendung und fokussiert sich auf die Mobilisierung symbolischen Protests angesichts der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel und dessen zukünftigen Auswirkungen. Das Element des Notstandes (*emergency*) resultiert aus einer besonderen Betonung der Dringlichkeit, innerhalb ökologischer Grenzen zu bleiben und rasch gegen bereits eintretende Auswirkungen des Klimawandels vorzugehen. Verantwortlich für Klimaschutz sind hierbei staatliche Akteur*innen, welche oft mit allgemeinen Forderungen nach mehr Klimaschutz basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen adressiert werden (ebd.: 1396). Goodman und Morton (2023) nennen neben *Extinction Rebellion* Fridays for Future als eine Beispielbewegung, welche den Modus des ‚Klimanotstandes‘ anwendet. Laut diesen äußert FFF Empörung über das Versagen in der Klimapolitik und appelliert an Regierungen, die Pariser Klimaziele und insbesondere das 1,5°C-Ziel einzuhalten, ohne jedoch ein detaillierteres Programm vorzulegen (ebd.: 1396 f.). Maximal werden Maßnahmen der technologischen und wirtschaftlichen Dekarbonisierung eingefordert, wobei das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht direkt adressiert wird (ebd.: 1399-1403). Diese Beobachtungen können für Fridays for Future Austria bestätigt werden, weswegen diesen ebenfalls die Strategie des *climate emergency* zugeordnet werden kann. In ihrem diagnostischen Framing gehen sie beispielsweise auf die Dringlichkeit von Klimaschutz ein und weisen darauf hin, dass das Zeitfenster zur Bekämpfung der Klimakrise bzw. zur Verhinderung einer „Klimakatastrophe“ (PM2023-8) zunehmend schrumpft (PM2019-10; PM2021-9). Darüber hinaus problematisiert Fridays for Future insbesondere globale (PM2022-34; PM2022-55; PM2022-59), generationelle (PM2020-8; PM2022-50; PM2023-32) und wirtschaftliche (PM2022-21; PM2022-50; PM2023-28) sowie soziale Auswirkungen des Klimawandels

(PM2022-5; PM2022-15; PM2022-24). Des Weiteren werden politische Entscheidungsträger*innen sowie die Politik als solche für die Verursachung des Klimawandels verantwortlich gemacht und insbesondere für ihre Untätigkeit kritisiert (PM2019-4; PM2021-9; PM2022-7). Gleichzeitig weist FFF Austria diesen, vorrangig der Bundesregierung, die Verantwortung zu, gegen den Klimawandel vorzugehen (PM2020-13; PM2021-5; Tweets-6-5-2020). Ihre Forderungen sind hierbei jedoch nur teilweise allgemein formuliert. So verlangen sie zwar einerseits wissenschaftsbasierte Klimaschutzpolitik (PM2019-1; PM2020-12; PM2023-31), Klimagerechtigkeit (PM2019-1; PM2020-2; PM2021-8) sowie die Einhaltung des 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens (PM2019-5; PM2020-11; Website-1). Gleichzeitig werden jedoch auch eine Reihe spezifischer Ziele aufgestellt u. a. der Beschluss von Gesetzen insbesondere das Klimaschutzgesetz (PM2021-9; Tweets-6-11-2021; Tweets-9-2-2022), eine Abkehr von dem fossilen System (Tweets-6-11-2021; Tweets-30-11-2023; Website-2) sowie die Energie- und Mobilitätswende (PM2019-12; PM2020-10; PM2022-4). Außerdem findet eine Veränderung im Framing von Fridays for Future hin zu sorgfältig ausgearbeiteten öffentlichen Inhalten statt, welche sich von oberflächlichen Aufforderungen nach ‚mehr‘ Klimaschutzpolitik distanzieren, und stattdessen detailliert ausgearbeitete Forderungen aufzählen sowie diese argumentativ begründen (PM2022-14; PM2022-44; PM2023-10). Fridays for Future Austria lässt sich demzufolge dem Modus des *climate emergency* zuordnen, fordert jedoch durchaus konkrete politische Klimaschutzmaßnahmen ein und organisiert nicht nur große symbolische Demonstrationen, um auf die Bedrohung durch den Klimawandel hinzuweisen.

Zuletzt soll nun noch auf Vandepitte (2023) eingegangen werden. In diesem Paper wurden verschiedene Narrative von Transformationspfaden erarbeitet, welche innerhalb der Klimabewegung artikuliert werden; *climate plan*, *climate emergency*, *divestment* und *blockadia* (Vandepitte 2023: 1608). Das Framing von Fridays for Future Austria entspricht am ehesten dem Narrativ des *climate plan*. Vandepitte (2023) zufolge wird dieses Narrativ von einer Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Klimapolitik dominiert. Die Kritik richtet sich insbesondere auf einen fehlenden Plan zur Bewältigung des Klimawandels. Die Verantwortung hierfür wird politischen Entscheidungsträger*innen zugeschrieben, die trotz ausreichender wissenschaftlicher Erkenntnisse in dieser Angelegenheit untätig bleiben (ebd.: 1603). Diese Inhalte lassen sich in ähnlicher Form im diagnostischen und prognostischen Framing von FFF Austria wiederfinden. In Bezug auf die Ursachen des Klimawandels fokussieren sie sich hauptsächlich auf die Blockadehaltung der Politik und werfen den Entscheidungsträger*innen eine Ignoranz wissenschaftlicher Fakten bezüglich des Klimawandels und der damit einhergehenden Handlungsaufträge vor (PM2019-4; PM2021-9; PM2022-7). Die meiste Kritik von Seiten FFFs richtet sich jedoch auf den fehlenden ganzheitlichen Klimaschutzplan

Österreichs. Sie weisen wiederholt darauf hin, dass Österreich seit 2021 kein aktuell wirksames Klimaschutzgesetz mehr hat, welches verbindliche Ziele und Maßnahmen für den gesamten Klimaschutz in Österreich setzen würde und somit auch kein politischer Rahmenplan existiert, wie Klimaneutralität und das 1,5°C-Ziel erreicht werden soll (PM2021-10; PM2022-3; PM2023-8). Dieser Kritikpunkt wird im Analysematerial auch wiederholt durch die Nennung der Tage hervorgehoben, seit denen das Gesetz nicht mehr wirksam ist (Tweets-24-9-2021; Tweets-14-5-2022; Tweets-10-1-2023). Im prognostischen Framing werden in diesem Zusammenhang insbesondere politische Akteur*innen wie die österreichische Regierung als Hauptverantwortliche für die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes sowie weiterer Forderungen benannt (PM2020-13; PM2021-5; Tweets-6-5-2020). Die Protestaktionen, welche laut Vandepitte (2023) im Rahmen des *climate plan*-Narrativs ausgerichtet werden, gehen von besorgten Bürger*innen aus und beschränken sich vorrangig auf Petitionen sowie Demonstrationen. Dadurch soll Druck auf politische Entscheidungsträger*innen ausgeübt und öffentliche Unterstützung für die von der Bewegung formulierten Anliegen gewonnen werden (Vandepitte 2023: 1603). Diese Aspekte lassen sich ebenfalls im motivationalen Framing von FFF Austria wiederfinden. So lösen wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel und dessen Fortschreiten in Aktivist*innen verschiedene Emotionen aus, die sie zum aktivistischen Handeln bewegen. In Pressemitteilungen und Tweets wird beispielsweise wiederholt von Gefühlen der Angst, Frustration und Hoffnungslosigkeit in Hinblick auf den Klimawandel und die eigene Zukunft gesprochen (PM2022-44; PM2022-55; PM2023-12). Aus diesen negativen Gefühlen wird gleichzeitig jedoch auch eine Motivation gezogen, sich für die Sicherung der eigenen lebenswerten und klimagerechten Zukunft einzusetzen (PM2023-34). Dies erfolgt u. a. mit der Organisation der für Fridays for Future charakteristischen internationalen Klimastreiks (PM2019-12; PM2020-5; PM2021-8) sowie weiteren Protestaktionen und Kundgebungen vor diversen politischen und wirtschaftlichen Institutionen (PM2019-5; PM2020-14; PM2021-6). Das Ziel des Aktivismus von FFF Austria ist es, Druck auf politische Entscheidungsträger*innen auszuüben und diesen einen klimapolitischen Handlungsauftrag zu vermitteln (PM2019-1; PM2021-1; PM2022-24) sowie öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz zu generieren und Bürger*innen sowohl über die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen zu informieren (PM2021-1; PM2022-33; PM2022-47) als auch über das bisherige Politikversagen in diesem Politikbereich (PM2019-3; PM2021-6; PM2022-38).

8. Conclusio

Im Zentrum dieser Arbeit stand eine Framing-Analyse von Fridays for Future Austria, auf Basis derer eine Verortung in der Klimagerechtigkeitsbewegung vorgenommen werden soll. Als theoretische Grundlage hierfür diente der Framing-Ansatz der Autor*innen Benford und Snow

(2000), welcher eine Erfassung des Framing von FFF Austria bezüglich ihrer Problemdefinition und der entsprechenden Lösungsvorschläge, eine Ermittlung der von ihnen identifizierten Verursacher*innen der benannten Probleme sowie eine Analyse ihrer Motivationen für ihr aktivistisches Engagement ermöglichte. Hierfür wurden mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) die von FFF Austria veröffentlichten Pressemitteilungen, Tweets sowie Inhalte von deren Website im Zeitraum von März 2019 bis Januar 2024 analysiert.

Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse verdeutlichen, dass Fridays for Future den Schwerpunkt ihrer Problemdefinition auf den wissenschaftlich bewiesenen, anthropogen verursachten Klimawandel sowie auf die bereits eingetretenen bzw. dessen zukünftig zu erwartenden ökologischen, sozialen, globalen, generationellen sowie wirtschaftlichen Auswirkungen legt. Sie weisen darauf hin, dass das Zeitfenster zur Einhaltung des 1,5°C-Pfades zunehmend schrumpft und die Gefahr einer globalen ‚Klimakatastrophe‘ besteht, die bereits gegenwärtig in Teilen Österreichs spürbar ist. Als Problemursachen für das Fortschreiten des Klimawandels identifiziert FFF primär eine fehlende politische und wirtschaftliche Handlungsbereitschaft, welche sich in jahrzehntelangen Blockaden im Bereich der Klimapolitik der Regierungspartei ÖVP äußert, dem Fehlen eines ganzheitlichen Klimaschutzplans für Österreich sowie der Verzögerung und Verwässerung von klimapolitischen Gesetzesvorschlägen wie der ökosozialen Steuerreform oder des Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes. Eine weitere Problemursache besteht laut FFF Austria in der fortwährenden Abhängigkeit von einem fossilen System, welches auf der Nutzung fossiler Energieträger aufbaut, die die Umwelt zerstören und ebenfalls den Klimawandel befördern. Hierbei werfen sie der Politik ein Bündnis mit der fossilen Brennstoffindustrie wie der WKÖ und der OMV vor, welches eine fossile Infrastruktur gegenüber klimafreundlichen Alternativen priorisiert, fossile staatliche Subventionen befürwortet und eine Abhängigkeit von fossilen Energieträgern herstellt. In Bezug auf die fossile Industrie problematisiert Fridays for Future deren hohen Beitrag zu den globalen Treibhausgasemissionen sowie das Erzielen von Profiten, welche auf Basis der Ausbeutung von Mensch und Natur erwirtschaftet werden. Die Schuld am Klimawandel liegt laut FFF demnach bei der blockierenden Bundespolitik, der fossilen Industrie sowie bei Industriestaaten bzw. dem Globalen Norden im Allgemeinen, welche eine historische Verantwortung für den Ausstoß von Treibhausgasemissionen tragen.

Die Analyse des prognostischen Framings zeigt, dass die Lösungsvorschläge von Fridays for Future primär auf politischer Ebene anzusiedeln sind und innerhalb des gegenwärtigen politischen und ökonomischen Systems implementiert werden sollen. Die allgemeinen Forderungen umfassen eine wissenschaftsbasierte Klimaschutzpolitik, Klimagerechtigkeit sowie die Einhaltung des 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens. Darüber hinaus formuliert

FFF Austria eine Reihe spezifischer Ziele wie u. a. der Beschluss von Gesetzen insbesondere dem Klimaschutzgesetz, eine Abkehr von dem fossilen System, was den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, den Stopp fossiler Großprojekte und den Abbau von klimaschädlichen Subventionen inkludiert sowie die Umsetzung der Energie- und Mobilitätswende. Die Forderungen von Fridays for Future werden mithilfe verschiedener Argumentationsstränge begründet und legitimiert. Hierfür zieht FFF Austria wissenschaftliche Referenzen und Zitate von Fachexpert*innen heran sowie greift ein Motiv des Zeitdrucks auf, welche die Dringlichkeit klimapolitisch zu handeln betonen sollen. Zusätzlich erörtert FFF sowohl die Nachteile einer unzureichenden Klimaschutzpolitik für die österreichische Wirtschaft als auch die potenziellen Vorteile einer solchen Politik. Ab dem Jahr 2022 nutzt Fridays for Future außerdem rechtliche Argumente, wonach es die Verantwortung der Politik sei, gegenüber Bürger*innen gewisse Pflichten zu erfüllen wie der Schutz vor ökologischen und sozialen Krisen. Ähnlich wie bei der Schuldfrage wird an politische Akteur*innen wie die österreichische Regierung aber auch die Bundeskanzler appelliert, im Sinne der von FFF postulierten Lösungsvorschläge zu agieren. Des Weiteren werden wirtschaftliche Akteur*innen wie die OMV und die WKÖ als Hauptverantwortliche für die Umsetzung der Forderungen benannt.

Die Ergebnisse der Analyse des motivationalen Framings zeigen, dass die Hauptmotivationen für den Klimaaktivismus von Fridays for Future in der politischen Unzufriedenheit mit der bisherigen, als unzureichend wahrgenommenen Klimaschutzpolitik begründet liegen; in aufwühlenden Emotionen wie Angst, Frustration und Wut in Hinblick auf den Klimawandel und die eigene Zukunft; sowie in der Generationengerechtigkeit im Sinne der Sicherung einer lebenswerten Zukunft für Jugendliche und nachkommende Generationen. Das Ziel des Aktivismus von FFF Austria ist es, Druck auf politische Entscheidungsträger*innen auszuüben und diesen einen klimapolitischen Handlungsauftrag zu vermitteln sowie öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz zu generieren und Bürger*innen sowohl über die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen zu informieren als auch über das bisherige Politikversagen in diesem Politikbereich. Die am häufigsten genutzten Aktionsformen umfassen gewaltfreie Demonstrationen, auf denen alle Menschen willkommen sind, wie die für FFF charakteristischen internationalen Klimastreiks, sowie weitere friedliche Protestaktionen vor diversen politischen und wirtschaftlichen Institutionen. Des Weiteren werden seitens FFF regelmäßig der Austausch mit Politik und Wirtschaft, bildungspolitische Veranstaltungen sowie die Initiierung und Unterstützung von rechtlichen Klagen als Aktionsformen eingesetzt. FFF Austria geht außerdem zahlreiche Bündnisse mit anderen nationalen als auch internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie anderen Klimabewegungen oder Gewerkschaften ein, um gemeinsam für eine sozial-ökologische Transformation einzustehen.

Vor dem Hintergrund der soeben beschriebenen Ergebnisse der empirischen Analyse können die eingangs gestellten Forschungsfragen, ob Veränderungen im Framing von FFF Austria innerhalb des Analysezeitraumes stattfinden, welche Aspekte von Klimagerechtigkeit im Framing von FFF Austria aufgegriffen werden sowie welcher Strömung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung FFF Austria basierend auf ihrem Framing zugeordnet werden kann, folgendermaßen beantwortet werden:

Hinsichtlich der Veränderungen im Framing von Fridays for Future Austria konnten zum einen verschiedene Formen des *Frame-Bridging* festgestellt werden, welche ab dem Jahr 2022 genutzt werden, um das eigene Framing als soziale Bewegung zu erweitern und das für die Klimabewegung zentrale Problem des Klimawandels mit weiteren von ihnen identifizierten Problemen zu verbinden. Die drei identifizierten Formen des *Frame-Bridging* erweitern das Framing von FFF Austria um eine globale Dimension durch die Bezugnahme auf den Angriffskrieg in der Ukraine, eine soziale Dimension durch die Thematisierung der Energiekrise und sozial treffsicheren Entlastungsmaßnahmen sowie eine gesellschafts-politische Dimension durch die Bezugnahme auf demokratische Werte und die Abgrenzung gegen Rechtsextremismus. Die identifizierten Formen des *Frame-Bridging* lassen den Schluss zu, dass FFF Austria sich nicht mehr allein auf das ökologische Problem des Klimawandels fokussiert. Sie beginnen, verschiedene Krisen nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern intersektionaler im Sinne von im Zusammenhang miteinander stehend, wodurch sich ihr Problemverständnis sowie die damit einhergehenden Lösungsvorschläge inklusiver ausrichtet. Für die Thematisierung von gesamtgesellschaftlichen Gerechtigkeitsfragen spricht weiterhin die ab 2022 stattfindende Ausweitung an Bündnissen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mithilfe der Bildung von sogenannten Ad-hoc-Allianzen beispielsweise mit diversen Gewerkschaften zielt FFF Austria darauf ab, einen höheren politischen Einfluss für klimapolitische Anliegen zu erzielen, und signalisiert gleichzeitig, dass eine sozial-ökologische Transformation in Zusammenarbeit mit sozialpolitischen Akteur*innen erzielt werden muss. Des Weiteren findet eine Verschiebung im Framing von Fridays for Future Austria hinsichtlich einer Radikalisierung in der genutzten Sprache und in den angewandten Aktionsformen statt. Ab dem Jahr 2022 erfolgt eine deutlichere Formulierung der Kritik an politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern sowohl hinsichtlich der Ursachen als auch der Schuldfrage. Die zunehmend anklagenden Formulierungen lassen sich als Rücktrittsorderungen an spezifische Politiker*innen sowie die Regierung interpretieren und deuten darauf hin, dass die Kooperationsbereitschaft mit politischen Institutionen sowie das Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen abgenommen hat. Ein weiteres Indiz hierfür ist die ab 2023 stattfindende Anwendung des zivilen Ungehorsams als Aktionsform. Dies deutet auf eine Wendung im Framing von FFF Austria hin, da die Gruppe bisher stets um eine kooperative Haltung mit den Behörden sowie friedliche Protestaktionen bemüht war und

sich zudem von Bewegungen wie der Letzten Generation und deren Aktionsformen öffentlich distanziert hat.

Neben den beschriebenen Veränderungen im Framing von Fridays for Future Austria lassen sich des Weiteren diverse Aspekte von Klimagerechtigkeit in den Ergebnissen der Framing-Analyse identifizieren. Eindeutig erkennbar ist zunächst die Verteilungsgerechtigkeit, in welcher FFF Austria die historische und globale Verantwortung Österreichs und des Globalen Nordens gegenüber Menschen im Globalen Süden im Kontext des Klimawandels anerkennt. Ebenfalls deutlich wird die intergenerationelle Dimension, in der FFF Austria die Verantwortung für die gegenwärtigen Krisen den bisherigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger*innen zuweist und wiederholt die besondere Betroffenheit und Gefährdung zukünftiger Generationen aufgrund der Krisen betont. Anerkennungs- und Prozessgerechtigkeit sind hingegen lediglich in Teilen gegeben. Die Anerkennung der unterschiedlichen Betroffenheiten hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels in verschiedenen Regionen der Welt durch FFF Austria mündet jedoch nicht in der Forderung nach einer höheren Repräsentation dieser gefährdeten Gruppen in der Klimapolitik bzw. in der Entscheidungsfindung für Maßnahmen. Des Weiteren fordert Fridays for Future Austria zwar ein, dass politische und wirtschaftliche Lösungen für den Klimawandel sozial gerecht und transparent gestaltet werden sollen. Eine direkte Beteiligung an diesen Entscheidungsprozessen wird jedoch weder für die Bewegung selbst noch für marginalisierte Gruppen verlautbart. Im Framing von FFF lassen sich weiterhin Elemente eines aktivistischen Verständnisses von Klimagerechtigkeit identifizieren, darunter die Anerkennung global ungleicher Effekte und Auswirkungen des Klimawandels sowie die Forderung nach Beendigung extraktivistischer Naturausbeutung und einer Abkehr von fossilen Brennstoffen. Dennoch bleibt festzustellen, dass FFF die historische Verantwortung Österreichs und des Globalen Nordens gegenüber dem Globalen Süden zwar anerkennt, daraus jedoch keine Forderungen nach Maßnahmen zur Begleichung dieser ökologischen Schuld formuliert werden. In zwei Punkten weichen die Ergebnisse der Framing-Analyse von einem aktivistischen Klimagerechtigkeitsverständnis ab. Im Framing der Problemursachen werden die zugrundeliegenden Ursachen des Klimawandels, wie beispielsweise der neoliberale Kapitalismus oder neokoloniale Machtverhältnisse, von FFF nicht adressiert. Stattdessen wird nahezu ausschließlich eine Untätigkeit und Blockadehaltung der Politik benannt. Des Weiteren wird kein sozial-ökologischer Systemwandel basierend auf demokratischer Partizipation und Inklusion von Bedürfnissen marginalisierter Gruppen als übergreifendes Ziel formuliert. Die geforderten Maßnahmen umfassen in erster Linie politische Initiativen, insbesondere Gesetze, deren Fokus auf marktwirtschaftlichen Instrumenten liegt.

In Anbetracht der dargelegten Ergebnisse kann eine Verortung von Fridays for Future Austria innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung vorgenommen werden. Unter Berücksichtigung

der auf verschiedenen Studien basierenden Differenzierung zwischen einer moderaten und einer radikalen Strömung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung lässt sich FFF eher der moderaten Fraktion zuordnen, auch wenn sie einige Aspekte ihres Framings Merkmale der radikalen Strömung aufweisen. Hierfür spricht zum einen die Zuordnung zur *Climate-Change*-Strömung nach della Porta und Parks (2014), die Anwendung des wissenschaftlichen Framing nach Gach (2019) sowie die Zugehörigkeit zum *green governmentality*-Diskurs nach Bäckstrand und Lövbrand (2016). Dies lässt sich sowohl aus dem diagnostischen, prognostischen als auch motivationalen Framing von FFF Austria ableiten. In der Problemdefinition sowie der Formulierung von Lösungsvorschlägen und der dazugehörigen Argumentation wird seitens der FFF Austria die Notwendigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse beim Vorgehen gegen den Klimawandel betont. Des Weiteren adressieren sie hinsichtlich der Verantwortungszuschreibung und Lösungskompetenz hauptsächlich die nationalstaatliche Ebene und im Besonderen die Bundesregierung sowie die profitangetriebene fossile Industrie als zentrale Akteur*innen und nicht systemische Ursachen wie das kapitalistische Wirtschaftssystem. Im prognostischen Framing weisen ihre Forderungen, welche hauptsächlich auf der Umsetzung von Gesetzen, der Einführung von Steuern und Klimaschutzplänen sowie dem Erreichen technischer Ziele wie Emissionsreduktionen beruhen, darauf hin, dass keine Veränderungen der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen globalen Machtstrukturen angestrebt werden. Die wirtschaftsfreundliche Argumentation von FFF Austria für auf *Green Growth* basierenden Klimaschutzmaßnahmen lässt zudem auf eine Zugehörigkeit zur moderaten Strömung schließen, da eine Zusammenarbeit mit den von der radikalen Strömung als schuldtragend identifizierten Institutionen angestrebt wird. Die Benennung politischer Akteur*innen als Hauptverantwortliche für die Umsetzung der formulierten Forderungen entspricht einem weiteren Merkmal der moderaten Strömung. Im motivationalen Framing sprechen insbesondere die Motivation der Generationengerechtigkeit sowie das Ziel, Druck auf politische Entscheidungsträger*innen auszuüben und diesen einen klimapolitischen Handlungsauftrag zu vermitteln für die Zugehörigkeit zur moderaten Strömung. Zuletzt stehen ebenfalls die im Framing von FFF Austria beworbenen Aktionsformen im Einklang mit denen der moderaten *Climate-Change*-Strömung. So veranstalten sie hauptsächlich symbolische Aktionen wie (internationale) Klimastreiks, auf denen mithilfe einer hohen Anzahl an Teilnehmer*innen für verschiedene Ziele demonstriert werden soll.

In wenigen Aspekten erfüllt das Framing von Fridays for Future Austria jedoch durchaus Merkmale der radikalen Strömung. Der Klimawandel wird nicht als rein ökologisches Problem verstanden. FFF betont stattdessen wiederholt auch dessen globale, humanitäre sowie soziale Auswirkungen. Außerdem geht Fridays for Future durchaus auf Unterschiede in den Betroffenheiten durch den Klimawandel ein und hebt dabei die Gefährdung der Menschen im

Globalen Süden im Besonderen hervor. Im Jahr 2023 wurde weiterhin begonnen, auch radikalere Aktionsformen beispielsweise in Form von zivilem Ungehorsam durchzuführen. Ein weiterer Aspekt bildet das Schließen von Bündnissen mit anderen Klimagerechtigkeitsbewegungen, welche für globale Gerechtigkeit eintreten, sowie Solidarität mit anderen aktivistischen Gruppierungen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich Fridays for Future Austria basierend auf den Ergebnissen der in dieser Arbeit durchgeführten Framing-Analyse sowie auf den Erkenntnissen der bereits beantworteten Forschungsfragen in Hinblick auf die gesamte Klimagerechtigkeitsbewegung eher der moderaten Strömung zuordnen lässt. In ihrem Framing werden bereits Aspekte der distributiven und intergenerationellen Klimagerechtigkeit aufgegriffen sowie eine historische Schuld und eine daraus erwachsende Verantwortung des Globalen Nordens und Österreichs anerkannt. Zwei zentrale Elemente von Klimagerechtigkeit, nämlich die Notwendigkeit, die zugrunde liegenden Ursachen des Klimawandels zu adressieren, sowie diese mithilfe eines Systemwechsels zu transformieren werden in ihrem Framing nicht ausreichend berücksichtigt. Die Veränderungen des Framings in den Jahren 2022 bis 2024 lassen jedoch im Sinne der Bewegungs- und Protestforschung, nach der soziale Bewegungen als dynamische Akteure verstanden werden (della Porta & Diani 2006: 150-152), darauf schließen, dass Fridays for Future Austria die Möglichkeit hat, sich in Hinblick auf die an sie gerichtete Kritik zu wandeln und auf dem Weg ist, sich in eine Hybridform zwischen moderat und radikal zu entwickeln.

Die Erkenntnisse dieser Masterarbeit können in folgenden Punkten als relevant eingestuft werden. Die Ergebnisse der Untersuchung legen nahe, dass eine Differenzierung in eine gemäßigte und radikalere Strömung innerhalb der Klimagerechtigkeitsbewegung nach wie vor als sinnvoll erachtet werden kann. Diese Unterscheidung kann dazu beitragen, die Heterogenität der Bewegung besser zu charakterisieren. Die Veränderungen im Framing von FFF Austria sowie die Einbindung von Elementen der radikalen Strömung gegen Ende des Analysezeitraums eröffnen weiterhin neue Erkenntnisse über die Kombination verschiedener Taktiken und Strategien durch soziale Bewegungen zur Erreichung ihrer Ziele. In Bezug auf künftige Forschungsarbeiten wirft dies die Fragen auf, inwiefern sich die Aktivist*innen des existierenden Dualismus aus moderater und radikaler Klimagerechtigkeitsbewegung bewusst sind und ob sie im Sinne der Framing-Theorie ihr Framing aktiv der moderaten Strömung anpassen, um innerhalb des gegebenen politisch-wirtschaftlichen Systems in Österreich erfolgreicher zu sein. Des Weiteren soll noch einmal die Besonderheit der verschiedenen Formen des *Frame-Bridging* von FFF Austria hervorgehoben werden. Fridays for Future Austria beginnt durch die Bezugnahme auf den Angriffskrieg in der Ukraine, die

Thematisierung der Energiekrise sowie die Besinnung auf demokratische Werte und die Abgrenzung gegen Rechtsextremismus verschiedene Krisen nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern intersektionaler im Sinne von im Zusammenhang miteinander stehend. An dieser Stelle kann weitere Forschung der Bewegungs- und Protestforschung sinnvoll sein, um zu untersuchen, welche weiteren Themen die Bewegung in ihr aktivistisches Engagement inkludiert. Eine kritische Analyse könnte zudem hinterfragen, ob die Themen der sozialen und globalen Gerechtigkeit in diesem Umfang in das Framing von FFF Austria aufgenommen worden wären, wenn die Energiekrise nicht Europa bzw. Österreich selbst getroffen oder der Angriffskrieg nicht in einem europäischen Land wie der Ukraine ausgebrochen wäre. Zuletzt können die Erkenntnisse der Framing-Analyse auch im Licht der zu Beginn dieser Arbeit von Klimagerechtigkeitsbewegungen aus dem Globalen Süden geäußerten Kritik an Klimabewegungen aus dem Globalen Norden wie FFF oder XR von Relevanz sein. Obgleich bislang keine einheitliche Definition von Klimagerechtigkeit vorliegt und diese insbesondere in akademischen und aktivistischen Kontexten unterschiedlich interpretiert wird, legen die Ergebnisse der vorliegenden Framing-Analyse nahe, dass keines der beiden Verständnisse von Klimagerechtigkeit, welche für die Interpretation der Framing-Analyse herangezogen wurden, von Fridays for Future Austria vollständig erfüllt wird und somit die Kritik nach einer unzureichenden Thematisierung von Klimagerechtigkeit in der inhaltlichen Positionierung der Bewegung berechtigt ist. Hinsichtlich eines zukünftigen Forschungsvorhabens in diesem Bereich, wäre eine Untersuchung sicherlich gewinnbringend, welche weitere Klimabewegungen aus dem Globalen Norden analysiert und untersucht, ob Kritikpunkte von Aktivist*innen aus dem Globalen Süden am Klimaaktivismus des Globalen Nordens auf zusätzliche Bewegungen zutrifft und somit die generelle Zugehörigkeit von Klimabewegungen aus dem Globalen Norden in die Klimagerechtigkeitsbewegung hinterfragt werden kann.

Literaturverzeichnis

Allan, J. I., & Hadden, J. (2017). Exploring the framing power of NGOs in global climate politics. *Environmental Politics*, 26, 600-620. DOI: 10.1080/09644016.2017.1319017.

Almeida, P. (2019). Climate justice and sustained transnational mobilization. *Globalizations*, 16 (7), 973-979. DOI: 10.1080/14747731.2019.1651518.

Anderson, S. (2021). Eine intersektional-feministische Perspektive für die Klimabewegung: Zur Anerkennung und Wertschätzung (marginalisierter) Stimmen von Black, Indigenous und Women of Color. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 30 (2), 64-79. DOI: 10.1080/14747731.2019.1651518.

Bäckstrand, K., & Lövbrand, E. (2016). The Road to Paris: Contending Climate Governance Discourses in the Post-Copenhagen Era. *Journal of Environmental Policy & Planning*, 21 (5), 519-532. DOI: 10.1080/1523908X.2016.1150777.

Bartmann, M., Halsband, A., & Schapper, A. (2023). *Climate Justice: Ethical Aspects and Policy Aspects*. Baden-Baden: Verlag Karl Alber.

Bellina, L. (2022). Environmental Justice In: Gottschlich, D., Hackfort, S., Schmitt, T., von Winterfeld, U. (Hg.): *Handbuch Politische Ökologie: Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: Transcript Verlag, 63-77.

Benford, R. D., & Snow, D. A. (2000). Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology*, 26, 611-639. <https://www.jstor.org/stable/223459>.

Benford, Robert (2005): The Half-Life of the Environmental Justice Frame: Innovation, Diffusion and Stagnation. In: Pellow, D. N., & Brulle, R. J. (Hg.): *Power, justice, and the Environment*. Cambridge: MIT Press, 37-53.

Benford, R. D. (2013). Master frame. In: D. A. Snow, D. Della Porta, B. Klandermans, & D. McAdam (Eds.), *The Wiley-Blackwell encyclopedia of social and political movements*. Oxford: Blackwell, 1-2. DOI: 10.1002/9781405198431.wbespm126.

Bergold-Caldwell, D., Löw, C., & Thompson, V. E. (2021). Schwarze Feminismen – Verflochtene Vermächtnisse, Kritische Gegenwartsanalysen, emanzipatorische Horizonte. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 30 (2), 9-22. DOI: 10.3224/feminapolitica.v30i1.02.

Beyer, H., & Schnabel, A. (2017). *Theorien sozialer Bewegungen: Eine Einführung*. Frankfurt a.M.: Campus.

Bhambra, G. K., & Newell, P. (2022). More than a metaphor: 'climate colonialism' in perspective. *Global Social Challenges Journal*, 2, 179-187. DOI: 10.1332/EIEM6688.

Bohl, C. (2023). *Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Uganda: Eine Analyse der Akteur*innen, ihrer Aktionsrepertoires und ihres Framings der Klimakrise*. Universität Wien, Institut für Internationale Entwicklung, Masterarbeit.

Bohl, C., & Daniel, A. (2020). Klimaproteste in Wien. Motive und Emotionen der Fridays for Future. *Kurswechsel*, 1, 62-74.

Bollinger, N. (2022). *Die mediale Darstellung von Fridays For Future in Südafrika*. Universität Wien, Institut für Internationale Entwicklung, Masterarbeit.

Buzogány, A., & Mikecz, D. (2019). Austria. In: Wahlström, M., Kocyba, P., De Vydt, M., & de Moor, J. (Hg.). *Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities*. Abgerufen unter: <https://gup.ub.gu.se/publication/283193>, zuletzt abgerufen am 18.12.2023.

Buzogány, A., & Scherhauser, P. (2022). Framing different energy futures? Comparing Fridays for future and extinction rebellion in Germany. *Futures*, 137, 102904. DOI: 10.1016/j.futures.2022.102904.

Buzogány, A., & Scherhauser, P. (2023). The New Climate Movement: Organization, Strategy, and Consequences. In: Jörgens, H., Knill, C., & Steinebach, Y. (Hg.). *Routledge Handbook of Environmental Policy*. London: Routledge, 358-380.

Chatterton, P., Featherstone, D., & Routledge, P. (2013). Articulating climate justice in Copenhagen: Antagonism, the commons, and solidarity. *Antipode*, 45, 602-620. DOI: 10.1111/j.1467-8330.2012.01025.x.

Choi, K. Y. (2023). Climate justice beyond intergenerational conflict: Youth climate activism in South Korea. *Sustainability Science*, 18, 2169-2180. DOI: 10.1007/s11625-023-01374-5.

Daniel, A., & Deutschmann, A. (2020). Austria. In: Wahlström, M., Kocyba, P., De Vydt, M., & de Moor, J. (Hg.). *Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March, 2019 in 13 European cities*. Abgerufen unter: <https://gup.ub.gu.se/publication/283193>, zuletzt abgerufen am 18.12.2023.

Daniel, A., Deutschmann, A., Buzogány, A., & Scherhauser, P. (2020). Die Klimakrise deuten und Veränderungen einfordern: Eine Framing-Analyse der Fridays for Future. *SWS-Rundschau*, 60 (4), 365-384. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssao-71027-9>.

Daniel, A., & Graf, P. (2020). Ikone oder Hassbild? Greta Thunberg und die Fridays for Future-Bewegung. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 29 (1), 150-156. DOI: 10.3224/feminapolitica.v29i1.16.

Della Porta, D., & Diani, M. (2006). *Social Movements: An Introduction*. Malden: Blackwell.

Della Porta, D., & Parks, L. (2014). Framing processes in the climate movement: from climate change to climate justice. In: Dietz, M., Garrelts, H. (Hg.). *Routledge Handbook of Climate Movement*. Routledge, New York. 19-30.

Della Porta, D., & Portos, M. (2023). Rich kids of Europe? Social basis and strategic choices in the climate activism of Fridays for Future. *Italian Political Science Review/Rivista Italiana di Scienza Politica*, 53 (1), 24-49. DOI: 10.1017/ipo.2021.54.

de Moor, J., Uba, K., Wahlström, M., Wennerhag, M., de Vydt, M. (Hg.) (2020). *Protest for a future II: composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20–27 September, 2019, in 19 cities around the world*. Abgerufen unter: https://osf.io/asruw/?fbclid=IwAR0N0uOHF_qV1KGY_2W0IJ2r3tXRCrzClag6K9_kRaphmhsJzVraHvRrT_es, zuletzt abgerufen am 18.12.2023.

Deutschmann, A., Daniel, A., Kocyba, P., & Sommer, M. (2020). Spannungsfeld Umwelt – Aktivismus weltweit. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33 (4), 721-728. DOI: 10.1515/fjsb-2020-0065.

Fadaee, S. (2017). Bringing in the South: towards a global paradigm for social movement studies. *Interface: a journal for and about social movements*, 9 (2), 45-60.

Fernandes-Jesus, M., Lima, M. L., & Sabucedo, J. M. (2020). "Save the climate! Stop the oil": Actual protest behavior and core framing tasks in the Portuguese climate movement. *Journal of Social and Political Psychology*, 8 (1), 426-452. DOI: 10.5964/jspp.v8i1.1116.

Gach, E. (2019). Normative shifts in the global conception of climate change: The growth of climate justice. *Social Sciences*, 8 (1), 1-18. DOI: 10.3390/socsci8010024.

Gardner, B. G., & Neuber, M. (2021). Fighting Every Crisis in the Wake of Covid- 19: Shifting Grounds for Mobilization Among Fridays for Future Protesters in Germany. *OSF Preprints*, July 24, 1-27. DOI: 10.31219/osf.io/rsy92.

Garrelts & Dietz (2014). Introduction: Contours of the transnational climate movement – conception and contents of the handbook. In: Dietz, M., Garrelts, H. (Hg.). *Routledge Handbook of the Climate Movement*. Routledge, New York. 1-16.

Goffman, E. (1974): *Frame analysis: An essay on the organization of experience*. New York: Harper and Row.

Goffman, E. (1986). *Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience*. Boston: Northeastern University Press.

Goodman, J., & Morton, T. (2023). Climate movements in Germany, India, and Australia: dynamics of transition, transformation, and emergency. *Globalizations*, 20 (8), 1393-1410. DOI: 10.1080/14747731.2023.2215101.

Grosse, C., & Mark, B. (2020). A colonized COP: Indigenous exclusion and youth climate justice activism at the United Nations climate change negotiations. *Journal of Human Rights and the Environment*, 11 (3), 146–170. DOI: 10.4337/jhre.2020.03.07.

Gukelberger, S., & Gerharz, E. (2019). Qualitative Protest- und Bewegungsforschung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32 (1), 19-28. DOI: 10.1515/fjsb-2019-0003.

Gutiérrez Rodríguez, E. (2003). Repräsentation, Subalternität und postkoloniale Kritik. In: Steyerl, H., & Gutiérrez Rodríguez, E. (Hg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster: Unrast, 17-37.

Haraway, D. (1988). Situated knowledges: The science question in feminism and the privilege of partial perspective. *Feminist studies*, 14 (3), 575-599.

Haunss, S., & Sommer, M. (2020). *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Bielefeld: transcript Verlag.

Herkenrath, M. (2011). *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen – Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hesse-Biber, S. N. (2007). Feminist Research: Exploring the Interconnections of Epistemology, Methodology, and Method. In: Hesse-Biber, S. N. (Ed.). *Handbook of feminist research: Theory and praxis*. London: SAGE publications. 1-28.

Hickel, J. (2020). Quantifying national responsibility for climate breakdown: An equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary. *The Lancet Planetary Health*, 4 (9), e399–e404. DOI: 10.1016/S2542-5196(20)30196-0.

International Climate Justice Network (2002). *Bali Principles of Climate Justice*. Abgerufen unter: <https://www.ejnet.org/ej/bali.pdf>, zuletzt abgerufen am 14.07.2024.

Ivanović, V., Puđak, J., & Trako Poljak, T. (2022). What kind of mo(ve)ment is Fridays for Future? Motivation, success perception and climate action framing in Fridays for Future Croatia. *Interdisciplinary Description of Complex Systems: INDECS*, 20 (4), 304-318. DOI: 10.7906/indecs.20.4.1.

Kalt, T. (2022) Kämpfe für Klimagerechtigkeit In: Gottschlich, D., Hackfort, S., Schmitt, T., von Winterfeld, U.: *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld:Transcript Verlag, 173-182.

Kern, T. (2008). *Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Knappe, H., & Renn, O. (2022). Politicization of intergenerational justice: How youth actors translate sustainable futures. *European Journal of Futures Research*, 10 (6), 1-11. DOI: 10.1186/s40309-022-00194-7.

Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. 12. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Verlag.

Narodoslawsky, B. (2020). *Inside Fridays for Future: Die faszinierende Geschichte der Klimabewegung in Österreich*. 1. Auflage. Wien: Falter.

Neuber, M., Daniel, A., & Gardner, B. G. (2021). Protesting for the future in pandemic contexts. Comparing participants in Fridays For Future global climate strikes in Austria and Germany. *Open Science Framework (OSF)*. DOI: 10.31219/osf.io/sb325.

Newell, P., Srivastava, S., Naess, L. O., Torres Contreras, G. A., & Price, R. (2021). Toward transformative climate justice: An emerging research agenda. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, 12(6), e733. DOI: 10.1002/wcc.733.

Newell, P. (2022). Climate justice. *The Journal of Peasant Studies*, 49 (5), 915-923. DOI: 10.1080/03066150.2022.2080062.

Oswald, M. (2022). *Strategisches Framing*. Wiesbaden: Springer VS.

Palaganas, E. C., Sanchez, M. C., Molintas, M. V. P., & Caricativo, R. D. (2017). Reflexivity in qualitative research: A journey of learning. *The Qualitative Report*, 22 (2), 426-438. DOI: 10.46743/2160-3715/2017.2552.

Pettit, J. (2004). Climate Justice: A new social movement for atmospheric rights. *IDS Bulletin*, 35 (3), 102-106.

Rawls, J. (1979). *A Theory of Justice*. London: Belknap Press.

Reichert, J. (2014): Empirische Sozialforschung und soziologische Theorie. In: Baur, N., & Blasius, J. (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, 65-80.

Rootes, C. (1999). Environmental movements: From the local to the global. *Environmental Politics*, 8 (1), 1-12. DOI: 10.1080/09644019908414435.

Rootes, C., & Nulman, E. (2015). The impacts of environmental movements. In: della Porta, D. & Diani, M. (Ed.). *The Oxford Handbook of Social Movements*. Oxford: Oxford University Press. 729-742.

Rucht, D. (1994). *Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt/M.; New York, NY: Campus.

Schlosberg, David (2009): *Defining Environmental Justice: Theories, Movements, and Nature*. Oxford: Oxford University Press.

Schlosberg, D., & Collins, L. B. (2014). From environmental to climate justice: climate change and the discourse of environmental justice. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, 5 (3), 359–374. DOI: 10.1002/wcc.275.

Scholl, S. (2020): *Geographien des Protests: Eine räumliche Analyse der »Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad« in Mexiko*. Bielefeld: transcript Verlag.

Snow, D. A., Rochford, E. B., Worden, S. K., & Benford, R. D. (1986). Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation. *American Sociological Review*, 51 (4), 464-481. <https://www.jstor.org/stable/2095581>.

Snow, D. A. (2004). Framing Process, Ideology, and Discursive Fields. In: Snow, D. A., Soule, S. A., & Kriesi, H. (Hg.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Malden: Blackwell Publishing Ltd, 380-412.

Sommer, M., Rucht, D., Haunss, S., Zajak, S. (2019). Fridays for Future: Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. Berlin: *lpb working paper series*, 2/2019.

Sommer, M., Haunss, S., Gardner, B. G., Neuber, M., Rucht, D. (2020). Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019. In: Haunss, S., & Sommer, M. (2020). *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung*, 15–62. Bielefeld: transcript Verlag.

Sultana, F. (2021). Critical Climate Justice. *The Geographical Journal*, 188, 118–124. DOI: 10.1111/geoj.12417.

Sultana, F. (2022). The unbearable heaviness of climate coloniality. *Political Geography*, 99, 102638. DOI: 10.1016/j.polgeo.2022.102638.

Svensson, A., & Wahlström, M. (2023). Climate change or what? Prognostic framing by Fridays for Future protesters. *Social Movement Studies*, 22 (1), 1-22. DOI: 10.1080/14742837.2021.1988913.

Jafrý, T., Mikulewicz, M., & Helwig, K. (2019). Introduction: Justice in the era of climate change In: Jafrý, T. (Hg.). *Routledge Climate Justice Handbook*. London/NewYork: Routledge, Taylor & Francis Group, 1-10.

Taylor, D. E. (2000): »The Rise of the Environmental Justice Paradigm«. *American Behavioral Scientist*, 43 (4), 508-580. DOI: 10.1177/0002764200043004003.

Theodorou, E., Spyrou, S., & Christou, G. (2023). The Future is Now From Before: Youth Climate Activism and Intergenerational Justice. *Journal of Childhood Studies*, 48(1), 59- 72. DOI: 10.18357/jcs202320466.

Tokar, B. (2019). On the evolution and continuing development of the climate justice movement. In: Jafry, T. (Hg.). *Routledge Climate Justice Handbook*. London/NewYork: Routledge, Taylor & Francis Group, 13-25.

Vandepitte, E. (2023). Pathways to climate justice: transformation pathway narratives in the Belgian climate movement. *Sustainability Science*, 18 (4), 1595-1611. DOI: 10.1007/s11625-022-01277-x.

Wahlström, M., Wennerhag, M., & Rootes, C. (2013). Framing 'The climate issue': Patterns of participation and prognostic frames among climate summit protesters. *Global Environmental Politics*, 13(4), 101-122. DOI: 10.1162/GLEP_a_00200.

Wahlström, M., Kocyba, P., de Vydt, M., de Moor, J. (Hg.) (2019). *Protest for a future: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 15 March 2019 in 13 European cities*. Abgerufen am: <https://gup.ub.gu.se/publication/283193>, zuletzt abgerufen am 18.12.2023.

Zitterbarth, S. (2021). *Fridays for Future in Latin America: An analysis of collective action frame adaptation by the Peruvian climate movement Viernes por el Futuro Perú*. Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Masterarbeit.

Webseiten & Soziale Medien

Almahdi, A. (2020). Climate justice is racial justice. *McGill Tribune*. Abgerufen unter: <https://www.thetribune.ca/climate-justice-is-racial-justice/>, zuletzt abgerufen am 14.07.2024.

Der Standard (2022). *Großdemos von Fridays for Future für Klimaschutz und Energiewende – 23.09.2022*. Abgerufen unter: <https://www.derstandard.at/story/2000139341949/fridays-for-future-demonstrieren-fuer-klimaschutz-und-energiewende>, zuletzt abgerufen am 17.06.2024.

Fridays for Future (2024a). *List of Countries*. Abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.org/what-we-do/strike-statistics/list-of-countries/>, zuletzt abgerufen am 23.05.2024

Fridays for Future (2024b). *Social Media – Social Media Feed*. Abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.org/take-action/social-media/>, zuletzt abgerufen am 23.05.2024.

FFF Austria (2024a). *Aktionskonsens*. Abgerufen unter: <https://www.fridaysforfuture.at/aktionskonsens>, zuletzt abgerufen am 04.06.2024.

FFF Austria (2024b). *Sprüche*. Abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/songtexte/spruche>, zuletzt abgerufen am 17.06.2024.

FFF Bangladesch (2024). *X-Profil FFF-Bangladesch*. Abgerufen unter: https://x.com/FFF_Bangladesh, zuletzt abgerufen am 23.05.2024

FFF Deutschland (2024). *Klimastreik zu Europawahl – 31. Mai 2024!*. Abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.de/eu-wahl-2024/>, zuletzt abgerufen am 23.05.2024.

FFF MAPA – Instagramaccount @fridaysforfuturemapa (2020). *What is MAPA?* – Post vom 16.10.2020. Abgerufen unter: https://www.instagram.com/p/CGaMwqWHX7B/?igsh=djBxZXIyang4OGxo&img_index=1, zuletzt abgerufen am 23.05.2024.

FFF Nigeria (2024). *X-Profil FFF-Nigeria*. Abgerufen unter: <https://x.com/fridaysnigeria>, zuletzt abgerufen am 23.05.2024.

FFF Sierra-Leone (2024). *X-Profil FFF-Sierra Leone*. Abgerufen unter: https://x.com/FFF_SierraLeone, zuletzt abgerufen am 23.05.2024.

ORF (2024). *Umfassender ORF-Schwerpunkt zu 2 Jahren Ukraine-Krieg*. Abgerufen am: https://tv.orf.at/stories/ukraine_schwerpunkt102.html, zuletzt abgerufen am 03.06.2024.

Parents for Future (2024). *Entstehung und Arbeitsweise*. Abgerufen am: <https://www.parentsforfuture.de/en/node/73>, zuletzt abgerufen am 23.05.2024.

Scientists for Future (2024). *About Page*. Abgerufen unter: <https://scientists4future.org/>, zuletzt abgerufen am 23.05.2024.

Wretched of the Earth (2019). *An open letter to Extinction Rebellion* – 03.05.2019. Abgerufen unter: <https://wretchedotearth.medium.com/an-open-letter-to-extinction-rebellion-may-3rd-2019-e1580cbc997e>, zuletzt abgerufen am 14.07.2024.

Anhang

Anhang 1: Quellen des Analysematerials

Anhang 1.1: Webseiten-Artikel

Kürzel	Titel	URL
Website-1	What do we want? Climate Justice!	https://fridaysforfuture.at/ueber-uns , 27.02.2024
Website-2	Forderungen	https://fridaysforfuture.at/forderungen , 27.02.2024
Website-3	Warum wir 2030 fordern	https://fridaysforfuture.at/media/pages/forderungen/384cbdaf33-1598813625/factsheet_forderungen_v1.pdf , 27.02.2024
Website-4	Fridays for Future im politischen Dialog	https://fridaysforfuture.at/politischer-dialog , 27.02.2024
Website-5	Klimaschutzgesetz	https://fridaysforfuture.at/themen/klimaschutzgesetz , 27.02.2024
Website-6	Wir fordern einen Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen in Gebäuden!	https://fridaysforfuture.at/themen/raus-aus-ol-und-gas , 27.02.2024
Website-7	Erneuerbaren-Wärme-Gesetz (EWG)	https://fridaysforfuture.at/themen/erneuerbaren-warme-gesetz , 27.02.2024
Website-8	Wir fahren gemeinsam	https://fridaysforfuture.at/wir-fahren-gemeinsam , 27.02.2024
Website-9	Isoplus, Raus aus der Eacop	https://fridaysforfuture.at/stopeacop , 27.02.2024

Anhang 1.2: Pressemitteilungen

Kürzel	Titel	URL
PM2019-1	Nach Fiasko bei Klimakonferenz: Jugend braucht starke Ergebnisse bei Koalitionsverhandlungen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/nach-fiasko-bei-klimakonferenz-jugend-braucht-starke-ergebnisse-bei-koalitionsverhandlungen , 27.02.2024
PM2019-2	Klimastreik am Black Friday: Fridays For Future schenkt der OMV drei riesige Herzen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimastreik-am-black-friday-fridays-for-future-

		schenkt-der-omv-drei-riesige-herzen_27.02.2024
PM2019-3	Weltweiter Klimastreik am Freitag: Auch in Wien tausende Teilnehmer*innen erwartet	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-am-freitag-auch-in-wien-tausende-teilnehmer-innen-erwartet_27.02.2024
PM2019-4	#NotMyKlimaplan: Fridays For Future Vienna kritisiert vorläufigen Klimaplan aufs Schärfste und ruft zu Streik auf	https://www.fridaysforfuture.at/presse/notmyklimaplan-fridays-for-future-vienna-kritisiert-vorlaufigen-klimaplan-aufs-scharfste-und-ruft-zu-streik-auf_27.02.2024
PM2019-5	Fridays For Future Wien: Klimaschutz als Basis für Koalitionsverhandlungen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-wien-klimaschutz-als-basis-fur-koalitionsverhandlungen_27.02.2024
PM2019-6	Größter Klimastreik der Geschichte: Mehr als 150 000 gehen gegen die Untätigkeit der Politik auf die Straße	https://www.fridaysforfuture.at/presse/groester-klimastreik-der-geschichte-mehr-als-150-000-gehen-gegen-die-untatigkeit-der-politik-auf-die-strasse_27.02.2024
PM2019-7	FFF Austria: Österreich ruft den Climate Emergency aus – und legt acht konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz fest	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fff-austria-osterreich-ruft-den-climate-emergency-aus-und-legt-acht-konkrete-massnahmen-fur-den-klimaschutz-fest_27.02.2024
PM2019-8	Österreich hat keinen Sinn für Klimagerechtigkeit	https://www.fridaysforfuture.at/presse/osterreich-hat-keinen-sinn-fur-klimagerechtigkeit_27.02.2024
PM2019-9	Fridays For Future initiiert Nationalen Klimanotstand - Unsere Zukunft ist nicht verhandelbar	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-initiiert-nationalen-klimanotstand-unsere-zukunft-ist-nicht-verhandelbar_27.02.2024
PM2019-10	Streik mit Greta Thunberg: NO FUTURE ON A DEAD PLANET	https://www.fridaysforfuture.at/presse/streik-mit-greta-thunberg-no-future-on-a-dead-planet_27.02.2024
PM2019-11	2. Weltweiter Klimastreik - Wir streiken bis ihr handelt!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/2-weltweiter-klimastreik-wir-streiken-bis-ihr-handelt_27.02.2024
PM2019-12	Weltweiter Klimastreik: Junge Menschen nehmen ihre Zukunft in die Hand	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-junge-menschen-nehmen-ihre-zukunft-in-die-hand_27.02.2024

PM2020-1	Wahlversprechen alleine reichen nicht: Das Klimaschutzgesetz muss rasch zeigen, dass den Worten Taten folgen! Fridays for Future und #PlatzFürWien warnen vor Verzögerungen.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/wahl-versprechen-alleine-reichen-nicht_ 27.02.2024
PM2020-2	Fridays For Future zum rot-pinken Wiener Regierungsprogramm: Eine "Fortschrittskoalition" gegen die Klimakrise sieht anders aus!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zum-rot-pinken-wiener-regierungsprogramm_ 27.02.2024
PM2020-3	Fridays For Future zur EU-Parlamentsabstimmung über das EU-Klimagesetz: „EU stimmt gegen das 1,5-Grad Ziel und Klimagerechtigkeit!“	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zur-eu-parlamentsabstimmung-uber-das-eu-klimagesetz_ 27.02.2024
PM2020-4	Starkes Zeichen für Klimagerechtigkeit: Tausende Menschen bei Klimastreiks in ganz Österreich - „Masken rauf, Emissionen runter!“	https://www.fridaysforfuture.at/presse/starkes-zeichen-fur-klimagerechtigkeit-tausende-menschen-bei-klimastreiks-in-ganz-osterreich-masken-rauf-emissionen-runter_ 27.02.2024
PM2020-5	Heute Weltweiter Klimastreik auch in Österreich: "Fight Every Crisis!"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/heute-weltweiter-klimastreik-auch-in-osterreich-fight-every-crisis_ 27.02.2024
PM2020-6	Fridays for Future Vienna präsentiert Forderungen an Stadt Wien und Parteien der Wien-Wahl	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-vienna-prasentiert-forderungen-an-stadt-wien-und-parteien-der-wien-wahl_ 27.02.2024
PM2020-7	Fridays for Future Wien erhebt schwere Vorwürfe gegen die Wiener Baupolizei MA37	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-wien-erhebt-schwere-vorwurfe-gegen-die-wiener-baupolizei-ma37_ 27.02.2024
PM2020-8	EU-Gipfel: Die nächste Generation zahlt drauf - dank kurzsichtiger Sparsamkeit	https://www.fridaysforfuture.at/presse/eu-gipfel-die-nachste-generation-zahlt-drauf-dank-kurzsichtiger-sparsamkeit_ 27.02.2024
PM2020-9	Protestaktion vor OMV: Fridays For Future verurteilt neuestes "Greenwashing-Projekt"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/protestaktion-vor-omv-fridays-for-future-verurteilt-neuestes-greenwashing-projekt_ 27.02.2024

PM2020-10	Fridays for Future Wien: Pop-up Radwege nur als Anfang - Wien-Wahl muss im Zeichen einer klimagerechten Mobilitätswende stehen!	<a href="https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-wien-pop-up-radwege-nur-als-anfang-wien-wahl-muss-im-zeichen-einer-klimagerechten-mobilitatswende-<u>stehen</u>">https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-wien-pop-up-radwege-nur-als-anfang-wien-wahl-muss-im-zeichen-einer-klimagerechten-mobilitatswende-<u>stehen</u> , 27.02.2024
PM2020-11	Fridays for Future: „AUA-Rettung ist klimapolitischer Absturz“	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-aua-rettung-ist-klimapolitischer-absturz , 27.02.2024
PM2020-12	Fridays for Future trifft österreichische Regierungschefs: Konjunkturpakete als Chance für Klimaschutz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-trifft-osterreichische-regierungschefs-konjunkturpakete-als-chance-fur-klimaschutz , 27.02.2024
PM2020-13	Klimainvestitionen in lebenswerte Zukunft Nein zu Airline-Rettungsgeldern! Fridays for Future fordert Investitionen in eine klimagerechte Zukunft.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimainvestitionen-in-lebenswerte-zukunft , 27.02.2024
PM2020-14	Wirtschaftskammer AGAINST Future: Zeitschrift von WKO-Fachverband leugnet die Klimakrise	https://www.fridaysforfuture.at/presse/wirtschaftskammer-against-future-zeitschrift-von-wko-fachverband-leugnet-die-klimakrise , 27.02.2024
PM2021-1	Drei Jahre Klimastreik in Österreich	https://www.fridaysforfuture.at/presse/drei-jahre-klimastreik-in-osterreich , 27.02.2024
PM2021-2	Stadt Wien will Fridays For Future Wien verklagen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/stadt-wien-will-fridays-for-future-wien-verklagen , 27.02.2024
PM2021-3	COP26 in Glasgow: Realität der Klimakrise nicht verhandelbar – Pfad der Untätigkeit fortgesetzt – Leadership auf den Straßen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/cop26-in-glasgow-realitat-der-klimakrise-nicht-verhandelbar-pfad-der-untatigkeit-fortgesetzt-leadership-auf-den-strassen , 27.02.2024
PM2021-4	Protestaktion gegen Steuerreform Fridays For Future ruft österreichweit zu Protesten gegen die Steuerreform auf: „Weder öko, noch sozial – ist euch unsere Zukunft egal?!“	https://www.fridaysforfuture.at/presse/protestaktion-gegen-steuerreform , 27.02.2024
PM2021-5	Keine neuen Autobahnen im Jahr 2021: Klimastreik gegen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/keine-neuen-autobahnen-im-jahr-2021-

	Autolobby und für Mobilitätswende!	klimatestreik-gegen-autolobby-und-fur-mobilitatswende_27.02.2024
PM2021-6	WKO Against Future - Österreichweite Klimastreiks vor Zentralen der Wirtschaftskammer angekündigt	https://www.fridaysforfuture.at/presse/wko-against-future-osterreichweite-klimatestreiks_27.02.2024
PM2021-7	Klimaklage gegen Österreich ist beim EGMR eingereicht	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimatestreik-gegen-osterreich-ist-beim-egmr-eingereicht_27.02.2024
PM2021-8	AVISO: Weltweiter Streik von Fridays for Future am 19. März	https://www.fridaysforfuture.at/presse/aviso-weltweiter-streik-von-fridays-for-future-am-19-marz_27.02.2024
PM2021-9	Weltweiter Klimastreik am 19. März: Fridays For Future Aktionen in ganz Österreich	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimatestreik-am-19-marz-fridays-for-future-aktionen-in-ganz-osterreich_27.02.2024
PM2021-10	Fridays For Future zum Klimavolksbegehren-Antrag: Wichtiger Schritt Richtung Klimawende, aber zentrale Klimaschutz-Maßnahmen bleiben unkonkret	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zum-klimatestreik-antrag_27.02.2024
PM2021-11	Fridays For Future und Gewerkschaft: Mehr Klimaschutz im Gebäudesektor!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/gbh-treffen_27.02.2024
PM2022-1	Fridays For Future zum Energieeffizienzgesetz: Ein zum Scheitern verurteiltes Roulettespiel mit unserer Zukunft	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zum-energieeffizienzgesetz-ein-zum-scheitern-verurteiltes-roulettespiel-mit-unserer-zukunft_27.02.2024
PM2022-2	Letzte Sitzung des NÖ Landtages vor der Wahl: Klimaschutz steht nicht auf der Agenda	https://www.fridaysforfuture.at/presse/letzte-sitzung-des-no-landtages-vor-der-wahl-klimatestreik-steht-nicht-auf-der-agenda_27.02.2024
PM2022-3	EWG: Regierung versagt beim Gasausstieg	https://www.fridaysforfuture.at/presse/ewg-regierung-versagt-beim-gasausstieg_27.02.2024
PM2022-4	Solidarität mit Eisenbahner:innen-Streiks: Gewerkschaft vda lädt	https://www.fridaysforfuture.at/presse/solidaritat-mit-eisenbahner-innen-streiks-gewerkschaft-vida-ladt-klimatestreik-zu-streikversammlung-ein_27.02.2024

	Klimabewegung zu Streikversammlung ein	
PM2022-5	Fridays For Future Streik am 26. November: "Preise runter, raus aus Gas!"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-streik-am-26-november-preise-runter-raus-aus-gas , 27.02.2024
PM2022-6	Klimabewegung unterstützt Eisenbahn-Streik der Teilgewerkschaft vda	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimabewegung-unterstutzt-eisenbahn-streik-der-teilgewerkschaft-vida , 27.02.2024
PM2022-7	Klimakonferenz - Fridays For Future kritisiert Ergebnisse der COP 27 scharf: "Erneuter Zukunftsbetrug und Realitätsverweigerung der Regierungschefs!"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimakonferenz-fridays-for-future-kritisiert-ergebnisse-der-cop-27-scharf-erneuter-zukunftsbetrug-und-realitatsverweigerung-der , 27.02.2024
PM2022-8	Kritik an Zufallsgewinnsteuer - Fridays For Future Austria streikt am 26.11.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/kritik-an-zufallsgewinnsteuer-fridays-for-future-austria-streikt-am-26-11 , 27.02.2024
PM2022-9	COP 27 - Fridays For Future nimmt den Finanzminister in die Pflicht!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/cop-27-fridays-for-future-nimmt-den-finanzminister-in-die-pflicht , 27.02.2024
PM2022-10	Start der Weltklimakonferenz COP27 - Wo bleibt der österreichische Kanzler?	https://www.fridaysforfuture.at/presse/start-der-weltklimakonferenz-cop27-wo-bleibt-der-osterreichische-kanzler , 27.02.2024
PM2022-11	EVN-Blockade stoppen - Raus aus Gas!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/evn-blockade-stoppen-raus-aus-gas , 27.02.2024
PM2022-12	"Lives over Fossils": Klima-Demonstrationen von Wien bis Warschau fordern Ende des fossilen Systems	https://www.fridaysforfuture.at/presse/lives-over-fossils-klima-demonstrationen-von-wien-bis-warschau-fordern-ende-des-fossilen-systems , 27.02.2024
PM2022-13	Fridays For Future zur Budgetrede: Ohne Plan keine Wirkung	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zur-budgetrede-ohne-plan-keine-wirkung , 27.02.2024
PM2022-14	Offener Brief an Bundeskanzler Nehammer	https://www.fridaysforfuture.at/presse/offener-brief-an-bundeskanzler-nehammer , 27.02.2024
PM2022-15	Weltweiter Klimastreik - Energiewende für alle!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-klimakrise-ist-gegenwart , 27.02.2024

PM2022-16	ÖGB-Demo am 17. September: Fridays For Future unterstützt Gewerkschaftsdemo mit Klimablock	https://www.fridaysforfuture.at/presse/ogb-demo-am-17-september-fridays-for-future-unterstutzt-gewerkschaftsdemo-mit-klimablock , 27.02.2024
PM2022-17	Klimaschutzgesetz: Nehammer ist König der Krisen-Ignoranz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimaschutzgesetz-nehammer-ist-koenig-der-krisen-ignoranz , 27.02.2024
PM2022-18	Klimablockierer-Tour bringt Fridays For Future vor die WKO-Zentrale	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimablockierer-tour-bringt-fridaysforfuture-vor-die-wko-zentrale , 27.02.2024
PM2022-19	Klimastreik in Alpbach: Mehr Sonne. Mehr Wind. Mehr Frieden.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimastreik-in-alpbach-mehr-sonne-mehr-wind-mehr-frieden , 27.02.2024
PM2022-20	Offener Brief an Gewessler und Kogler: Letzte Chance fürs Klimaschutzgesetz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/offener-brief-an-gewessler-und-kogler-letzte-chance-fuers-klimaschutzgesetz , 27.02.2024
PM2022-21	600 Tage ohne Klimaschutzgesetz - ÖVP muss Blockadehaltung aufgeben	https://www.fridaysforfuture.at/presse/600-tage-ohne-klimaschutzgesetz-ovp-muss-blockadehaltung-aufgeben , 27.02.2024
PM2022-22	Fridays For Future besucht ÖVP bei Klimablockierer-Tour am Freitag	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-besucht-ovp-bei-klimablockierer-tour-am-freitag , 27.02.2024
PM2022-23	Fridays For Future: Demo am Freitag vor dem Klimaministerium für Klimaschutzgesetz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-demo-am-freitag-vor-dem-klimaministerium-fur-klimaschutzgesetz , 27.02.2024
PM2022-24	Weltweiter Klimastreik im Zeichen von Hitzesommer und Teuerung: Erneuerbare Energien für Alle!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-im-zeichen-von-hitzesommer-und-teuerung-erneuerbare-energien-fur-alle , 27.02.2024
PM2022-25	Klimablockierer-Tour: Fridays For Future besucht Österreichs Energieversager	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimablockierer-tour-fridays-for-future-besucht-osterreichs-energieversager , 27.02.2024
PM2022-26	Klimarat der Bürger*innen – Empfehlungen als Basis für Klimapolitik ernst nehmen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimarat-der-burger-innen-empfehlungen-als-basis-fur-klimapolitik-ernst-nehmen , 27.02.2024

PM2022-27	Unkoordinierter Gasausstieg, zentrale Aspekte unzureichend: Klimavolksbegehren und Fridays for Future Austria zum Entwurf des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes	https://www.fridaysforfuture.at/presse/unkoordinierter-gasausstieg-zentrale-aspekte-unzureichend-klimavolksbegehren-und-fridays-for-future-austria-zum-entwurf-des-erne , 27.02.2024
PM2022-28	#NotMyTaxonomy: Fridays For Future Austria entsetzt über Einstufung von Gas- und Atomenergie als nachhaltig - Spontandemo heute in Wien	https://www.fridaysforfuture.at/presse/notmytaxonomy-fridays-for-future-austria-entsetzt-uber-einstufung-von-gas-und-atomenergie-als-nachhaltig-spontandemo-heute-in-wi , 27.02.2024
PM2022-29	Neue Gas- und Atomprojekte als "nachhaltig" eingestuft - Europäisches Parlament beschließt Greenwashing	https://www.fridaysforfuture.at/presse/neue-gas-und-atomprojekte-als-nachhaltig-eingestuft-europaisches-parlament-beschliesst-greenwashing , 27.02.2024
PM2022-30	Fridays For Future fordert klares Nein zu Gas und Kernenergie als 'Grün' #NotMyTaxonomy	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-erwartet-klares-nein-zu-gas-und-kernenergie-als-grun , 27.02.2024
PM2022-31	Erneuerbare-Wärmegesetz praktisch wertlos wegen Grüngas-Klausel. Grüngas-Klausel macht EWG praktisch wertlos und das KSG fehlt weiterhin.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/erneuerbare-warmegesetz-praktisch-wertlos-wegen-grungas-klausel , 27.02.2024
PM2022-32	AVISO: Internationale FFF-Aktivist*innen kommen zu Klimastreik und Austrian World Summit nach Wien und laden Bundeskanzler Nehammer in offenem Brief zu Gespräch ein	https://www.fridaysforfuture.at/presse/aviso-internationale-fff-aktivist-innen-kommen-zu-klimastreik-und-austrian-world-summit-nach-wien-und-laden-bundestkanzler-nehamm , 27.02.2024
PM2022-33	AVISO: Einladung zum Launch-Event "Es Brennt" – Plakat-Kampagne der Fridays For Future Allianzen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/aviso-einladung-zum-launch-event-es-brennt-plakat-kampagne-der-fridays-for-future-allianzen , 27.02.2024
PM2022-34	"Grüne sollen ihren Job machen" - Fridays For Future gegen Verschiebung der CO2-Bepreisung.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/gruene-sollen-ihren-job-machen-fridays-for-future-gegen-verschiebung-der-co2-bepreisung , 27.02.2024
PM2022-35	Fridays For Future fordert vollständiges Öl- und	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-pressekonferenz-

	Gasembargo und vermisst ausständige Klimagesetze.	energieembargo-und-ausstandige-klimagesetze_27.02.2024
PM2022-36	Fridays-For-Future-Aktivist*innen aus ganz Europa fordern ein vollständiges Embargo auf Russisches Gas und Öl während der Tagung des Europäischen Rates	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fff-fordert-gasembargo-bei-sitzung-des-europaeischen-rates _27.02.2024
PM2022-37	Presseaussendung Landeshauptleutekonferenz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/presseaussendung-landeshauptleutekonferenz _27.02.2024
PM2022-38	Fridays For Future zieht Bilanz am ÖVP-Parteitag: "3 Kanzler, 0 Klimaschutzgesetze"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zieht-bilanz-am-ovp-parteitag-3-kanzler-0-klimaschutzgesetze _27.02.2024
PM2022-39	Fridays For Future begrüßt geplantes Ölembargo und sieht generelle Reduktion des Öl- und Gasverbrauchs als logische Konsequenz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-begrusst-geplantes-olembargo-und-sieht-generelle-reduktion-des-ol-und-gasverbrauchs-als-logische-konsequenz _27.02.2024
PM2022-40	Letzte Infos zum Protest: Don't fuel war – Raus aus Gas nur mit Klimaschutzgesetz und Ende der Gasheizungen.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/letzte-infos-zum-protest-don-t-fuel-war-raus-aus-gas-nur-mit-klimaschutzgesetz-und-ende-der-gasheizungen _27.02.2024
PM2022-41	Fridays For Future protestiert am Freitag vor Klima- und Finanzministerium: "Embargo, Klimaschutzgesetz und Gasausstieg statt Beschwichtigung!"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-protestiert-am-freitag-vor-klima-und-finanzministerium-embargo-klimaschutzgesetz-und-gasausstieg-statt-beschwichtigung _27.02.2024
PM2022-42	Don't fuel war – Maßnahmen jetzt!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/don-t-fuel-war-massnahmen-jetzt _27.02.2024
PM2022-43	Ukraine-Krieg: Klimabewegung veröffentlicht vier gemeinsame Forderungen	https://www.fridaysforfuture.at/presse/ukraine-krieg-klimabewegung-veroeffentlicht-vier-gemeinsame-forderungen _27.02.2024
PM2022-44	Fridays For Future Austria fordert von Bundeskanzler Karl Nehammer ein Maßnahmenpaket zum Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen in Gebäuden	https://www.fridaysforfuture.at/presse/pa-brief-ewg-nehammer _27.02.2024

PM2022-45	Fridays For Future Austria zum neuen Bericht des Weltklimarats: "Für Frieden und Klimagerechtigkeit: Österreich muss russisches Öl und Gas boykottieren"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-austria-zum-neuen-bericht-des-weltklimarats-fur-frieden-und-klimagerechtigkeit-osterreich-muss-russisches-ol- 27.02.2024
PM2022-46	Tausende bei Klimastreiks in ganz Österreich: Embargo für russisches Öl und Gas unausweichlich für Frieden	https://www.fridaysforfuture.at/presse/tausende-bei-klimastreiks-in-ganz-osterreich-embargo-fur-russisches-ol-und-gas-unausweichlich-fur-frieden 27.02.2024
PM2022-47	Weltweiter Klimastreik am 25. März!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-am-25-maerz 27.02.2024
PM2022-48	Weltweiter Klimastreik von Fridays For Future auch in Österreich	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-von-fridays-for-future-auch-in-osterreich 27.02.2024
PM2022-49	Maßnahmenpaket ist sozial nicht treffsicher und kontraproduktiv bei Unabhängigkeit von russischem Öl und Gas	https://www.fridaysforfuture.at/presse/maassnahmenpaket-ist-sozial-nicht-treffsicher-und-kontraproduktiv-bei-unabhaengigkeit-von-russischem-ol-und-gas 27.02.2024
PM2022-50	Klimaschutzgesetz: Offener Brief an die Bundesregierung	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimaschutzgesetz-offener-brief-an-die-bundesregierung 27.02.2024
PM2022-51	Klimabewegung fordert detaillierten Plan zu Nullemissionen der OMV	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimabewegung-fordert-detaillierten-plan-zu-nullemissionen-der-omv 27.02.2024
PM2022-52	WKÖ Against Future: FFF streikt vor WKÖ-Zentrale.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/wko-against-future-fff-streikt-vor-wko-zentrale 27.02.2024
PM2022-53	WKO Against Future: FFF kündigt Klimastreik vor WKÖ-Zentrale an.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/wko-against-future202202 27.02.2024
PM2022-54	Greenpeace, Fridays For Future und WissenschaftlerInnen fordern "Sofortpaket Gas- Exit" und Maßnahmen gegen fossile Abhängigkeit	https://www.fridaysforfuture.at/presse/greenpeace-fridays-for-future-und-wissenschaftlerinnen-fordern-sofortpaket-gas-exit-und-massnahmen-gegen-fossile-abhaengigkeit 27.02.2024
PM2022-55	Offener Brief: FFF Austria fordert von WKÖ-Präsident	https://www.fridaysforfuture.at/presse/offener-brief-fff-austria-fordert-von-wko-

	Harald Mahrer Bekenntnis zum Gasausstieg	präsident-harald-mahrer-bekenntnis-zum-gasausstieg_27.02.2024
PM2022-56	Neuer IPCC-Bericht: Jetzt handeln, um Katastrophe zu verhindern. "Raus aus Öl und Gas" wichtiger denn je	https://www.fridaysforfuture.at/presse/ipcc-2022_27.02.2024
PM2022-57	Zweite Runde im Klimarat der Bürger*innen: Große Chance für mutige Klimapolitik	https://www.fridaysforfuture.at/presse/zweite-runde-im-klimarat-der-burger-innen-grosse-chance-fur-mutige-klimapolitik_27.02.2024
PM2022-58	Fridays For Future Graz: 3 Jahre und immer noch Streiks für mehr Klimaschutz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-graz-3-jahre-und-immer-noch-streiks-fur-mehr-klimaschutz_27.02.2024
PM2022-59	Seit 400 Tagen kein wirksames Klimaschutzgesetz! Fridays For Future macht mit Aktionen aufmerksam	https://www.fridaysforfuture.at/presse/seit-400-tagen-kein-wirksames-klimaschutzgesetz_27.02.2024
PM2022-60	Weltweiter Klimastreik am 25. März 2022 in Österreich	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-am-25-marz-2022-in-osterreich_27.02.2024
PM2022-61	Großes Potential für mutige Klimapolitik durch Bürger*innenrat	https://www.fridaysforfuture.at/presse/großes-potential-fur-mutige-klimapolitik-durch-burger-innenrat_27.02.2024
PM2023-1	"Full Fossil Phase Out Now!" - Klimabewegung stellt klare Forderungen an die EU	https://www.fridaysforfuture.at/presse/full-fossil-phase-out-now-klimabewegung-stellt-klare-forderungen-an-die-eu_27.02.2024
PM2023-2	AVISO: Einladung zum Global Action Day in Wien #EndFossilFuels	https://www.fridaysforfuture.at/presse/aviso-einladung-zum-global-action-day-in-wien-endfossilfuels_27.02.2024
PM2023-3	Fridays For Future an Edtstadler: Warum dieses NEKP Drama	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-an-edtstadler-warum-dieses-nekp-drama_27.02.2024
PM2023-4	In Dubai legen Regierungen Klimapläne vor, in Österreich zieht die ÖVP zurück.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/in-dubai-legen-regierungen-klimaplane-vor-in-osterreich-zieht-die-ovp-zuruck_27.02.2024

PM2023-5	Fridays For Future stellt Forderungen zum Start der Weltklimakonferenz COP28	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-stellt-forderungen-zum-start-der-weltklimakonferenz-cop28_27.02.2024
PM2023-6	ÖVP begräbt den Gasausstieg im Hinterzimmer	https://www.fridaysforfuture.at/presse/ovp-begrabt-den-gasausstieg-im-hinterzimmer_27.02.2024
PM2023-7	Allianz aus AK, Gewerkschaft und Klimabewegung sagt der Hitze am Bau den Kampf an	https://www.fridaysforfuture.at/presse/allianz-aus-ak-gewerkschaft-und-klimabewegung-sagt-der-hitze-am-bau-den-kampf-an_27.02.2024
PM2023-8	Fehlendes Klimaschutzgesetz: Seit 1.000 Tagen ohne Plan!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fehlendes-klimaschutzgesetz-seit-1-000-tagen-ohne-plan_27.02.2024
PM2023-9	Pressekonferenz: Weltweiter Klimastreik am 15.09.2023	https://www.fridaysforfuture.at/presse/pressekonferenz-weltweiter-klimastreik-am-15-09-2023_27.02.2024
PM2023-10	Stellungnahme von Fridays For Future Austria zum Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplan	https://www.fridaysforfuture.at/presse/stellungnahme-von-fridays-for-future-austria-zum-entwurf-des-nationalen-energie-und-klimaplan_27.02.2024
PM2023-11	Keine Bühne für fossile Geldgeber am Forum Alpbach	https://www.fridaysforfuture.at/presse/keine-buhne-fur-fossile-geldgeber-am-forum-alpbach_27.02.2024
PM2023-12	Hochwasser: Fridays For Future fordert Klimakatastrophen-Gipfel mit Bund und Ländern	https://www.fridaysforfuture.at/presse/hochwasser-fridays-for-future-fordert-klimakatastrophen-gipfel-mit-bund-und-landern_27.02.2024
PM2023-13	EU-Naturschutzgesetz: Bittersüßer Sieg für Klimaaktivist*innen!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/eu-naturschutzgesetz-bittersusser-sieg-fur-klimaaktivist-innen_27.02.2024
PM2023-14	Klimaprotest in Straßburg: Junge Aktivist*innen aus ganz Europa fordern EU-Abgeordnete zur Abstimmung für das Nature Restoration Law auf - "Nur intakte Ökosysteme können uns vor Klimakollaps schützen!"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimaprotest-in-strassburg-junge-aktivist-innen-aus-ganz-europa-fordern-renaturierungsgesetz_27.02.2024
PM2023-15	Fridays For Future demonstriert nach VfGH-Urteil Klimaschutz ist unser Recht!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-demonstriert-nach-vfgh-urteil-klimaschutz-ist-unser-recht_27.02.2024

PM2023-16	VfGH bestätigt gravierendes Rechtsschutzdefizit von Kindern in der Klimakrise	https://www.fridaysforfuture.at/presse/vfgh-bestatigt-gravierendes-rechtsschutzdefizit-von-kindern-in-der-klimakrise_27.02.2024
PM2023-17	NEKP und letzte Plenarsitzung: Politik präsentiert Plan zur Klimazielerfüllung und verschwindet in die Sommerpause.	https://www.fridaysforfuture.at/presse/nekp-und-letzte-plenarsitzung-politik-prasentiert-plan-zur-klimazielerfuellung-und-verschwindet-in-die-sommerpause_27.02.2024
PM2023-18	AVISO: Renaturierungsgesetz - Aktivist*innen mobilisieren nach Straßburg	https://www.fridaysforfuture.at/presse/avis-o-renaturierungsgesetz-aktivist-innen-mobilisieren-nach-strassburg_27.02.2024
PM2023-19	European Leader in District Heating Involved in Construction of World's Longest Heated Oil Pipeline in Africa	https://www.fridaysforfuture.at/presse/isopl-us-eacop-en_27.02.2024
PM2023-20	Klimaklage: Kinderrechte-Bericht bestätigt, Kinderrechte und Klimaschutz gehen Hand in Hand	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimaklage-kinderrechte-bericht-bestatigt-kinderrechte-und-klimaschutz-gehen-hand-in-hand_27.02.2024
PM2023-21	Fridays For Future konfrontiert Nehammer und kündigt Weltweiten Klimastreik am 15.09. an	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-konfrontiert-nehammer-und-kundigt-weltweiten-klimastreik-am-15-09-an_27.02.2024
PM2023-22	Klimaschutz heißt Naturschutz: Protest für das Nature Restoration Law vor der Landesnaturschutzkonferenz in Rust	https://www.fridaysforfuture.at/presse/nrl-rust_27.02.2024
PM2023-23	Fridays For Future Ukraine und Österreich protestieren vor dem Austrian World Summit: Gasausstieg & Energiewende jetzt	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fff-ua-at-austrian-world-summit_27.02.2024
PM2023-24	Fridays For Future Krems färbt Brunnen grün als Reaktion auf das Greenwashing der Stadt Krems	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klimaprotest-gruener-brunnen_27.02.2024
PM2023-25	Protestaktion von Fridays For Future: Politik verfehlt krachend die Klimaziele und verletzt damit unsere Rechte	https://www.fridaysforfuture.at/presse/protestaktion-verletzung-der-kinderrechte_27.02.2024

PM2023-26	Nehammers kindischer 'Autogipfel'- Fridays For Future protestiert mit Bobby Cars	https://www.fridaysforfuture.at/presse/nehammers-kindischer-autogipfel-fridays-for-future-protestiert-mit-bobby-cars_ 27.02.2024
PM2023-27	Fridays for Future kritisiert das Kärntner Regierungsprogramm: Verbindliche Ziele zum Klimaschutz sind noch immer nicht festgelegt	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-kritisiert-das-karntner-regierungsprogramm-verbindliche-ziele-zum-klimaschutz-sind-noch-immer-nicht-festgeleg_ 27.02.2024
PM2023-28	FFF LTW PA Ski-Aktion	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fff-ltw-pa-ski-aktion_ 27.02.2024
PM2023-29	Fridays For Future Austria beteiligt sich an Blockaden gegen die Europäische Gaskonferenz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fff-folgt-aufruf-von-blockgas_ 27.02.2024
PM2023-30	NÖ: NEIN zu Klima Gau mit Schwarz-Blau und JA zu Klimaschutz und Menschenrechten!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/no-nein-zu-klima-gau-mit-schwarz-blau-und-ja-zu-klimaschutz-und-menschenrechten_ 27.02.2024
PM2023-31	Fridays For Future teilt an den Kanzler aus: IPCC-Bericht lesen statt Klima-Leugner-Buch. Klimaschutzgesetz oder Rücktritt!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-teilt-an-den-kanzler-aus-ipcc-bericht-lesen-statt-klima-leugner-buch-klimaschutzgesetz-oder-rucktritt_ 27.02.2024
PM2023-32	Fridays For Future reagiert mit Sitzblockade auf die klimageignorante Rede des Kanzlers - Keine Zukunft ohne Klimaschutzgesetz!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-reagiert-mit-sitzblockade-auf-die-klimageignorante-rede-des-kanzlers-keine-zukunft-ohne-klimaschutzgesetz_ 27.02.2024
PM2023-33	Offener Brief an Bundeskanzler Nehammer zur Zukunft der Nation	https://www.fridaysforfuture.at/presse/offener-brief-zur-lage-der-nation_ 27.02.2024
PM2023-34	Weltweiter Klimastreik: Tausende fordern Klimaschutzgesetz und Ende der Klimaschutz-Blockaden in der Regierung	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-tausende-fordern-klimaschutzgesetz-und-ende-der-klimaschutz-blockaden-in-der-regierung_ 27.02.2024
PM2023-35	Weltweiter Klimastreik: Klimablockierer stoppen - Alle auf die Straße!	https://www.fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-pk-mar2023_ 27.02.2024
PM2023-36	Neue Klimaklage: Zwölf Kinder und Jugendliche klagen beim	https://www.fridaysforfuture.at/presse/neue-klimaklage-zwolf-kinder-und-jugendliche-

	Verfassungsgerichtshof gegen das unzureichende Klimaschutzgesetz	klagen-beim-verfassungsgerichtshof-gegen-das-unzureichende-klimaschutzgesetz_27.02.2024
PM2023-37	Erfolgreiches Klima-Protestcamp vor dem Landhaus geht zu Ende	https://www.fridaysforfuture.at/presse/erfolgreiches-klima-protestcamp-vor-dem-landhaus-geht-zu-ende_27.02.2024
PM2023-38	NÖ: knapp 90 Orte für gescheiterten Klimaschutz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/no-knapp-90-orte-fur-gescheiterten-klimaschutz_27.02.2024
PM2023-39	Klima-Protestcamp vor dem Landhaus eröffnet: "Landtagswahl ist Klimawahl"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/klima-protestcamp-vor-dem-landhaus-eroffnet-landtagswahl-ist-klimawahl_27.02.2024
PM2023-40	Lützerath: Klimaaktivist*innen aus Österreich bei Großdemo vor Ort - Solidaritätskundgebung auch in Wien	https://www.fridaysforfuture.at/presse/lutzerath-klimaaktivist-innen-aus-osterreich-bei-grossdemo-vor-ort-solidaritatskundgebung-auch-in-wien_27.02.2024
PM2023-41	Lützerath: Klimaaktivist*innen aus Österreich schließen sich Protest vor Ort an	https://www.fridaysforfuture.at/presse/lutzerath-klimaaktivist-innen-aus-osterreich-schliessen-sich-protest-vor-ort-an_27.02.2024
PM2023-42	FFF zur Regierungsklausur 2023: Klimaschutzgesetz jetzt! Regierungsklausur 2023: FFF fordert Klimaschutzgesetz	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fff-zur-regierungsklausur-2023-klimaschutzgesetz-jetzt_27.02.2024
PM2023-43	Pressekonferenz vor NÖ-Landtagswahl: "Parteien im Klimacheck"	https://www.fridaysforfuture.at/presse/fff-vor-no-lapressekonferenz-vor-no-wahl-parteien-im-klimacheck_27.02.2024
PM2024-1	Riesen-Erfolg: Österreichisches Unternehmen steigt nach Protesten aus Ölpipeline-Projekt aus	https://www.fridaysforfuture.at/presse/riesen-erfolg-osterreichisches-unternehmen-steigt-nach-protesten-aus-olpipeline-projekt-aus_27.02.2024
PM2024-2	Demokratie verteidigen: Wien steht auf gegen Rechtsextremismus und Rassismus	https://www.fridaysforfuture.at/presse/demokratie-verteidigen-wien-steht-auf-gegen-rechtsextremismus-und-rassismus_27.02.2024
PM2024-3	"Wir Fahren Gemeinsam": Bündnis vida und Klimabewegung	https://www.fridaysforfuture.at/presse/wir-fahren-gemeinsam-bundnis-vida-und-klimabewegung_27.02.2024

Anhang 2: Kodierleitfaden

Frame	Kategorie	Definition	Beispiele ³
Diagnostisch	Problemdefinition	Die Kategorie Problemdefinition beschreibt, was von FFF als Problem anerkannt wird, weswegen die soziale Bewegung aktivistisch aktiv wird.	„Die zuletzt erschienen UN-Berichte des Weltklima- (IPCC) und Weltbiodiversitätsrats (IPBES) zeichnen ein düsteres Bild vom Zustand unseres Planeten“ (PM2019-11) „2021 werden die Emissionen wieder über dem Niveau der letzten zwei Jahre liegen, die von den Ländern eingereichten NDC-Ziele in Glasgow bringen uns laut Climate Action Tracker auf einen Pfad von 2.4 Grad Erderhitzung“ (PM2021-3)
	Kausalbeziehungen	Die Kategorie Kausalbeziehungen beschreibt, welche Auswirkungen oder Konsequenzen aus dem benannten Problem hervorgehen.	“Pro 4.000 Tonnen ausgestoßenem CO2 wird noch in diesem Jahrhundert eine Person an den Folgen der Klimakrise sterben. Der CO2-Ausstoß eines einzelnen Tages in Österreich umfasst 200.000 Tonnen und hat somit 49 verlorene Menschenleben bis 2100 zur Folge“ (Website-4)
	Problemursachen	Die Kategorie Problemursache beschreibt, welche Ursachen für das benannte Problem identifiziert werden.	„Nach einem Jahr Türkis-Grün fällt die Bilanz einer klimagerechten Politik ernüchternd aus: Große Würfe wie ein starkes Klimaschutzgesetz und die Umsetzung einer ökosozialen Steuerreform blieben bisher aus. Blockaden in der Klimapolitik auf Kosten junger Menschen“ (PM2021-9) “Die AUA-Rettung, die ausstehenden Maßnahmen zur Energie- und Mobilitätswende oder grün gesprenkelte,

³ Die Beispiele sind aus dem Analysematerial entnommen und wurden dem Kodierleitfaden nach der Analyse hinzugefügt, um eine bessere Nachvollziehbarkeit der einzelnen Kategorien für die Leser*innen zu gewährleisten.

			milliardenschwere Konjunkturpakete für eine fossile Wirtschaft zeigen, dass Schritte zur notwendigen gesellschaftlichen Transformation nach wie vor in weiter Ferne liegen" (PM2021-9)
	Schuldfrage	Die Kategorie Schuldfrage beschreibt, wer oder was von FFF als Verursacher*innen des Problems gelten und wer oder was für dessen Zustandekommen verantwortlich ist.	"Das Fazit der Klimaaktivist*innen: Die Regierungschefs handeln nicht dem Ausmaß der Krise entsprechend" (PM2020-12) „Fünf Jahre später, 2020, steuern wir auf einen #Klimakollaps zu, der durch das Handeln von Politik und Wirtschaft bewusst in Kauf genommen wird" (Tweets-29-11-2020)
Prognostisch	Forderungen (Allgemein/Konkret)	Die Kategorie Forderung beschreibt die Lösungsvorschläge und Handlungsmöglichkeiten, welche zur Problemlösung beitragen sollen. Diese können sowohl allgemein als auch konkret formuliert sein.	„NEIN zu Klima-Gau mit Schwarz-Blau und JA zu Menschenrechten und Klimaschutz! Wir fordern sozial-gerechten Klimaschutz" Tweets-22-3-2023) „Ja gerne! Wie wär's mit...? - keine S1 – kein #Lobautunnel - LKW-Maut verdoppeln - Oberleitungen für E-LKW auf allen Autobahnen" (Tweets-22-1-2021)
	Argumentation	Die Kategorie Argumentation beschreibt, welche Argumente und Strategien genutzt werden, um die von FFF aufgestellten Forderungen zu untermauern und zu legitimieren.	"Den Energieverbrauch österreichweit zu reduzieren schützt die Menschen vor der Energiekostenlawine und ermöglicht Unabhängigkeit von russischem Öl und Gas" (PM2022-1) "denn Ihre Pflicht als Bundeskanzler ist es, sich an völkerrechtliche Verträge wie das Pariser Klimaabkommen zu halten und die Menschen in Österreich zu schützen" (PM2023-33)

	Verantwortliche Akteur*innen	Die Kategorie verantwortliche Akteur*innen benennt die Verantwortungsträger*innen, welche als zuständig für die Umsetzung der aufgestellten Forderungen und Lösungsvorschläge angesehen werden.	„Dafür müsste die @volkspartei einfach ihren Job machen und die Klimaschutzblockade beenden“ (Tweets-6-1-2023) „Wir fordern Sie, Frau Mikl-Leitner, daher auf: Steigen Sie aus fossilen Großprojekten aus“ (Tweets-16-9-2022)
Motivational	Beweggründe für Aktivismus	Die Kategorie Beweggründe für den Aktivismus beschreibt die Motive für kollektives Handeln. Diese können sich sowohl an Individuen richten, welche an den von FFF organisierten Aktionsformen teilnehmen sollen, als auch Beweggründe von Aktivist*innen aus FFF selbst sein und welche Gründe sie für ihr Engagement haben.	„Seit drei Jahren streiken wir und wir werden so lange weitermachen, bis die Politik angemessen auf die Klimakrise reagiert“ (PM2022-58) “Für uns ist klar: Wir streiken und klagen, bis die Politik handelt“ (PM2023-34)
	Ziel des Aktivismus	Die Kategorie Ziel des Aktivismus beschreibt, welche Ziele FFF mit ihrem Engagement und ihren Aktionen erreichen möchte.	„Mit verschiedensten Aktionen und Themenschwerpunkten haben wir versucht, die Klimakrise für alle Menschen verständlich und greifbar zu machen, und der Politik zu zeigen, dass es uns nicht egal ist“ (PM2022-47)
	Aktionsformen	Die Kategorie Aktionsformen beschreibt, welche Formen des kollektiven Handelns im Analysezeitraum von FFF veranstaltet worden sind, sowie welche allgemeinen Merkmale und Charakteristika zu den Formen kollektiven Handelns festgestellt werden können.	„Mit einer spontanen Sitzblockade stellten sich die Aktivist*innen von Fridays For Future anschließend gegen das “radikale Nichts-Tun” des Kanzlers“ (PM2023-32) „Daher rufen das Black Voices Austria, Fridays for Future und die Plattform für eine menschliche Asylpolitik zu einer Großkundgebung für unsere Demokratie, eine klimagerechte Zukunft und gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf“ (PM2024-2)

Anhang 3: Zusammenfassung der Analyseergebnisse

Frames			2019	2020		2021	
		Website	PMs	PMs	Tweets	PMs	Tweets
Diagn.	Problem d.	Wiss. bewiesener anthropogen verursachter Klimawandel; Bisherige wirtschaftliche/klimapolitische Maßnahmen unzureichend; Ö kein aktuelles KSG	Fossile Energien, NEKP nicht ausreichend für 1,5°C Ziel, Zustand des Planeten	Klimaschutzmaßnahmen unzureichend für 1,5°C Ziel; Themenschwerpunkte: Covid-Rettungspakete, fossile Energien, Mobilitätspolitik	klimapolitische Kritik an EU: Klimaziele, Emissionen; Themenschwerpunkte: Covid-Rettungspakete, fossile Energien (OMV); Bezugnahme auf wiss. Daten, um Problembezug herzustellen	Klimaschutzmaßnahmen unzureichend für 1,5°C Ziel; Emissionen nicht reduziert (global, national); Förderung fossiler Projekte; Ignoranz Bedürfnisse von der Klimakrise betroffene Personengruppen; Bezugnahme auf wiss. Daten, um Problembezug herzustellen	fehlende Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele (KSG); Förderung fossiler Projekte; Bezugnahme auf wiss. Daten, um Problembezug herzustellen; Themen: Europäische Klimaklage, Kriminalisierung von Klimaaktivist*innen in Ö
	Kausalb.	Globale, soziale, wirtschaftliche, generationelle, gesellschaftliche (Ö) Auswirkungen	Preiszahlen Österreicher*innen, Ökologischer Kollaps	soziale (+ humanitäre), ökologische, generationelle Auswirkungen	generationelle, globale (Frieden, Globaler Süden) Auswirkungen; Zusammenwirken Klimakrise + Pandemie	humanitäre/globale Auswirkungen	ökologische (Fokus auf Ö und EU), globale (Flucht, MAPA), wirtschaftliche, generationelle, soziale Auswirkungen

	Verantw.	Ö-Politik: Regierung, ÖVP; Wirtschaft: fossile Unternehmen, WKÖ; Ö als Land hohe Emissionen + hist. Verantwortung; gs Ungerechtigkeiten als Ursache der Klimakrise	Ö-Politik: Regierung, ÖVP, FPÖ; fossile Konzerne wie OMV; fehlende Solidarität von Ö + Europa	Ö-Politik: Regierung, ÖVP, Kanzler Kurz, Wiener Regierung; EU - hist. Verantwortung; Fossile Lobby/Konzerne, WKÖ	Ö-Politik: Regierung, ÖVP, Kanzler Kurz; EU + Regierungschefs; Wirtschaft: fossile Unternehmen, OMV; Ö als reiches Land + hist. Verantwortung	Industriestaaten als Verursacher der Klimakrise; Politik: Bundesregierung, Ministerien, Stadt Wien; Wirtschaft: WKÖ, IV; reiche Menschen	Politik: Bundesregierung (Fokus ÖVP), Ministerien, Bundeskanzler Kurz; Stadt Wien; Wirtschaft: OMV; WKÖ; reiche Staaten (Globaler Norden); Medien/Journalist*innen
Prog n.	Lösungs v. - Allgemein	wissenschaftsbasiert, globale Klimagerechtigkeit, Einhaltung des 1,5°C Ziels, Klimaneutralität, sozial gerechte Welt	Wissenschaftsbasiert , Klimaagerechtigkeit, Einhaltung 1,5°C Ziel, Klimaneutralität vor 2050	Klimagerechtigkeit, Einhaltung des 1,5°C Ziels, Klimaneutralität, konkrete Pläne mit effektiven Maßnahmen, Klimakrise wie Pandemie als globale Krise behandeln	wissenschaftsbasiert, Klimagerechtigkeit (hier ausführlich), soz. Gerechtigkeit bei Covid-Maßnahmen	globale Klimagerechtigkeit (hier ausführlich); konkrete, tiefgreifende politische Maßnahmen	wissenschaftsbasiert; Klimaschutz rechtlich bindend und einklagbar; Einhaltung des 1,5°C Ziels; sozial-gerechte Transformation

	Lösungs v. - Konkret	Klimaschutzgesetz mit Verankerung in Verfassung und konkreten Zielen für alle Sektoren; Ausstieg aus fossilen Energien; Ökosoziale Steuerreform; Emissionen auf Netto-Null; Energiewende; Mobilitätswende	Ausstieg fossile Energien; Ökosoziale Steuerreform; Überarbeitung des NEKP; Emissionen auf Netto-Null	Mobilitätswende; Covid-Rettungsgelder; Investitionen in fossile Projekte stattdessen klimagerecht investieren	Covid-Rettungsgelder; Investitionen in fossile Projekte stattdessen klimagerecht investieren	Ökosoziale Steuerreform, KSG, Energiewende, Mobilitätswende	Energiewende; Mobilitätswende; KSG; Aufklärung Überwachung Aktivist*innen; Entschädigung MAPA
	Strategie	intergenerationelle Gerechtigkeit; sowohl sozial-ökologische Transformation als auch systemimmanente Argumentation; wirtschaftliche Argumentation: Planungssicherheit, Strafzahlungen	Systemwandel nur wenn es im gegebenen System nicht funktioniert; wiss. Begründungen für Forderungen; Wirtschaftsoffen	wiss. Begründungen für Forderungen, sowie weitere Referenzen wie Programme anderer Länder/Städte; wirtschaftliche Argumentation: Potenzial Energiewende, Wettbewerbsnachteile, Strafzahlungen; Vergleich mit Pandemie; Dringlichkeit zu Handeln; ökol. + soz. Nutzen von Maßnahmen	Vergleich mit Pandemie/Verbindung beider Krisen; Dringlichkeit zu Handeln; wirtschaftl. Argumentation: Arbeitsplätze, Unternehmen wollen; wiss. Begründungen für Forderungen; ökologische Klimakrise verschont niemanden (inkl. Politik + Wirtschaft)	Referenzen für Forderungen heranziehen wie Programme anderer Länder/Städte sowie Meinungsforschung/Statistiken; wirtschaftl. Argumentation: Planungssicherheit, Strafzahlungen, Unternehmen wollen	wirtschaftl. Argumentation: Potenzial Energiewende, Wettbewerbsfähigkeit, sichere Arbeitsplätze; Referenzen für Forderungen heranziehen wie Meinungsforschung/Statistiken; Dringlichkeit zu Handeln; Argumentation EU-Klimaklage: Erfolg für gesamte Klimabewegung, Bürger*innen, Präzedenzfall

	Akteur* i	Politik: alle Ebenen (Fokus auf Bund), Regierung, Bundeskanzler; WKÖ	Politik: Regierung; Wirtschaft: OMV, WKÖ	Politik: Bundesregierung, Wiener Regierung + Parteien, die bei Wahl antreten	Politik: Bundesregierung, Sebastian Kurz, Leonore Gewessler; EU, MEPs	Politik: Bundesregierung, ÖVP (Fokus), Grüne, Wien (SPÖ)	Politik: Bundeskanzler Kurz, Bundesregierung, Ministerien; OMV
Motiv	Beweggr	Verärgerung/Enttäuschung über unzureichende Klimapolitik; Dringlichkeit zu Handeln; Sicherung einer lebenswerten Zukunft; Sorge vor Fortschreiten der Klimakrise	Verärgerung/Enttäuschung über unzureichende Klimapolitik; Dringlichkeit zu Handeln; Sicherung einer lebenswerten Zukunft; Angst vor eigener Zukunft	klimapolitische Verantwortung der Politik einfordern; Dringlichkeit zu Handeln; Sicherung einer lebenswerten Zukunft; Pflicht als privilegiertes Land zu protestieren	Zusammenhalt und Solidarität in Krisen; unzureichende Klimapolitik motiviert, bis Maßnahmen ausreichend sind; Sicherung einer lebenswerten Zukunft	Dringlichkeit/Notwendigkeit zu handeln; unzureichende Klimapolitik motiviert, bis Maßnahmen/Klimagerechtigkeit ausreichend sind; Sicherung einer lebenswerten Zukunft	Unzufriedenheit über unzureichende Klimapolitik - kann nicht eingeklagt werden; motiviert, bis 1,5°C Ziel erreicht wird; Sicherung der eigenen Zukunft

	Zweck	Druck auf Politiker*innen ausüben – Handlungsauftrag vermitteln; öffentliche Aufmerksamkeit generieren zur Notwendigkeit von Klimaschutz	Druck auf Politiker*innen ausüben – Handlungsauftrag vermitteln; öffentliche Aufmerksamkeit generieren		Druck auf Politiker*innen ausüben - wiss. Erkenntnisse ernst nehmen	öffentliche Aufmerksamkeit generieren zur Notwendigkeit von Klimaschutz; Zivils für Protest mobilisieren; Druck auf Politiker*innen ausüben;	Druck auf Politiker*innen ausüben – Handlungsauftrag vermitteln; Ö/Politik zur Verantwortung ziehen
--	--------------	--	--	--	---	--	---

		gewaltfreie Protestaktionen und Demonstrationen; alle Menschen willkommen; gegen jede Form der Diskriminierung; Austausch mit Politik und Wirtschaft; Unterstützung durch diverse 'for Future' Ableger; Bündnisse mit anderen zivilgs Organisationen; internationale Allianzen mit Aktivist*innen und Betroffenenengruppen	Internationale Klimastreiks & weitere Proteste; Unterstützung durch andere zivilgs. Organisationen auf FFF Demos; alle Menschen zum Protest aufgerufen	Internationale Klimastreiks & weitere Proteste; Austausch mit Politik; Unterstützung durch andere zivilgs. Organisationen auf FFF Demos	Klimstreik, aber vorrangig Online-Formate; Pandemie wird ernst genommen, Schutzmaßnahme n umgesetzt und informiert	internationale Klimastreiks & weitere Proteste; Unterstützung europäischer Klimaklage vor EuGh; Allianzen mit anderen For Future-Gruppen sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen & Gewerkschaften; Herangewachsen zu professionellem & basisdemokratisch organisiertem Verband	internationale Klimastreiks & weitere Proteste (1. Teilnahme COP); Austausch mit Politik; bildungspolitische Veranstaltungen; Initiierung & Unterstützung EU-Klimaklage; Allianzen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen & Gewerkschaften;
Frames	2022			2023		2024 (nur Jan & Feb)	
	PMs	Tweets	PMs	Tweets	PMs	Tweets	

Diagn.	Problem d.	Untätigkeit bzw. unzureichende Maßnahmen bzgl. Klima- und Energiekrise (KSG, Eeffg, EWG); Dringlichkeitsmotiv: Ernsthaftigkeit der Krise, Zeit läuft aus; Bezugnahme auf wiss. Daten/Quellen, um Problembezug herzustellen; Themen: Übergewinne, Entlastungsmaßnahmen, Angriffskrieg	Untätigkeit bzw. unzureichende Maßnahmen bzgl. Klima- und Energiekrise (KSG, EWG); Themen: Entlastungsmaßnahmen, Angriffskrieg, fossile Politik, EU-Taxonomie;	Versagen/Stillstand in bisheriger Klimapolitik (kein KSG); unzureichende Maßnahmen und Gesetze (Greenwashing, NEKP); ökologische Kippunkte werden erreicht; Bezugnahme auf wiss. Daten/Quellen, um Problembezug herzustellen	Untätigkeit der Politik im Klimaschutz (Regierungsauftrag gescheitert); Themen: NÖ-Wahl, Kinderrechte - Klimaklage, EU - Nature Restoration Law; Problematisierung von Kriminalisierung von Klimaaktivist*innen in Ö und DE	Rechtsextremismus/rechte Parteien in Ö; EACOP-Projekt	Ausbeutung fossiler Unternehmen sowohl Mensch als auch Natur
	Kausalb.	Zusammenhang zw. Fossilen Brennstoffen, Klimakrise und Angriffskrieg; globale (Klimakrise + Krieg, hier mehr), ökologische, soziale, (wirtschaftliche, generationelle) Auswirkungen (allg. sehr viel)	Zusammenhang zw. Fossilen Brennstoffen, Klimakrise und Angriffskrieg; ökologische & soziale Auswirkungen	ökologische (Fokus auf Ö und EU), generationelle, globale (Angriffskrieg, EACOP), soziale, wirtschaftliche Auswirkungen	generationelle (Kinderrechte), ökologischen (Sommer 2023) Auswirkungen	globale Auswirkungen (EACOP-Projekt)	soziale/arbeitsrechtliche, globale (EACOP) Auswirkungen

	Verantw.	Politik: Bundesregierung (ÖVP, Grüne (hier mal mehr)), Bundeskanzler Nehammer, Landesregierungen; Wirtschaft: WKÖ, fossile Großkonzerne wie OMV; EU - Regierungschefs; Hist. Verantwortung Industriestaaten + Ö	Politik: Bundesregierung (Fokus ÖVP), Bundeskanzler Nehammer, EU; Wirtschaft: fossile Lobby/Konzerne, WKÖ, OMV	Politik: Bundesregierung (Fokus ÖVP), Ministerien, Bundeskanzler Nehammer, Landesregierungen; EU (hier mehr); fossile Unternehmen/Lobby	Politik: Bundesregierung (Fokus ÖVP), Bundeskanzler Nehammer, Land NÖ/Regierung; EU: EPP-Gruppe, Ö als Land; Wirtschaft: WKÖ, IV, isoplus		fossile Unternehmen, WKÖ
Progn.	Lösungsv. - Allgemein	Krisen (Klima, Energie) sozial gerecht zusammen denken; Erreichen nationaler Klimaziele; systemisch tiefgreifende Maßnahmen	Krisen (Klima, Energie) sozial gerecht zusammen denken; Klimagerechtigkeit; effektive, gerechte Maßnahmen	wissenschaftsbasiert, Einhaltung des 1,5°C Ziels, radikaler Klimaschutz mit klaren, starken Gesetzen; Menschenrechte und Klimaschutz	wissenschaftsbasiert, sozial gerechte Transformation mit klaren Maßnahmen, Einhaltung Menschenrechte & Kinderrechte		"Menschen und Klima schützen statt Profite"

	Lösungsv. - Konkret	Gesetze (KSG, EEfG, EWG); Energiewende - Energiekrise; Mobilitätswende; Internationale Politik	Gesetze (KSG, EWG); Energiewende, Ausgleichsmaßnahmen; Friedenspolitik; EU-Taxonomie	Ausstieg aus fossilen Energien; Klimakatastrophengefährdung; KSG; Energiewende; Mobilitätswende; Maßnahmen um 13% Lücke des NEKP zu füllen	Gesetze (KSG, EWG); Klimakatastrophengefährdung; EU - Nature Restoration Law; Energiewende; Mobilitätswende	Ausstieg aus fossilen Energien; Forderungen rund um EACOP; Mobilitätswende	
	Strategie	wiss. Begründungen für Forderungen, sowie weitere Referenzen wie Programme anderer Länder/Städte; wirtschaftliche Argumentation: Planungssicherheit, Arbeitsplätze, Strafzahlungen; sozial und friedenspolitische Argumentation für Ausstieg aus fossilen Energien (vorher ökologisch); Dringlichkeit zu Handeln	wiss. Begründungen für Forderungen; sozial und friedenspolitische Argumentation für Ausstieg aus fossilen Energien und Angriffskrieg - Zusammenhang von Krisen; Betonung Verantwortung Politik gegenüber Bürger*innen	(verfassungs)rechtliche Argumentation; wirtschaftliche Argumentation (Planungssicherheit, Potenzial Energiewende, Strafzahlungen); Referenzen wie Programme anderer Länder/Städte; Dringlichkeit zu Handeln; Demozahlen für Forderungen nutzen; viel weniger Fokus auf soziale/globale Gerechtigkeit	(verfassungs)rechtliche Argumentation (Aufgabe der Politik); Dringlichkeit zu Handeln; wiss. Begründungen für Forderungen; Argumentation EU - Nature Restoration Law: ökologische Notwendigkeit intakter Ökosysteme bei Vorgehen gegen Klimakrise	anstehende Wahlen als Argument, politisch zu handeln; Nutzung sozial-arbeitsrechtlicher Argumentation	Referenzen für Forderungen heranziehen wie Meinungsforschung/Statistiken/externe Quellen

	Akteur*i.	Politik: Bundesregierung (ÖVP, Grüne (hier mal mehr)), Ministerien, Bundeskanzler Nehammer; Wirtschaft: OMV, WKÖ - Harald Mahrer	Politik: Bundesregierung (ÖVP, Grüne), Bundeskanzler Nehammer, Leonore Gewessler; EU-Kommission - von der Leyen; OMV	Politik: Bundesregierung (Fokus ÖVP), Ministerien, Bundeskanzler Nehammer, Landesregierungen; EU; EACOP-Unternehmen/isoplus	Politik: Bundesregierung (ÖVP, Grüne), Bundeskanzler Nehammer, Land NÖ; EU: EPP-Gruppe, MEPs; isoplus	Unternehmen im EACOP-Projekt; ÖPNV-Betriebe; WKÖ	MEPs EU-Parlament
Motiv.	Beweggr.	Verärgerung/Enttäuschung über unzureichende Klimapolitik; motiviert, bis Maßnahmen ausreichend sind; Sicherung eigener lebenswerten, klimagerechten Zukunft;	Solidarität mit den Menschen in der Ukraine; Unzufriedenheit über unzureichende Klimapolitik; Sicherung einer lebenswerten, klimagerechten Zukunft	Unzufriedenheit über unzureichende Klimapolitik; Sicherung eigener lebenswerten Zukunft; Gefühle (Angst, Wut, Frustration, Hoffnungslosigkeit) bzgl. Eigener Zukunft/Klimakrise	anstehende Landtagswahl in NÖ ist Klimawahl; Unzufriedenheit über unzureichende Klimapolitik; Sicherung eigener lebenswerten, klimagerechten Zukunft; demokratische Werte verteidigen	demokratische Werte verteidigen	demokratische Werte verteidigen

	Zweck	Druck auf Politiker*innen ausüben – Handlungsauftrag vermitteln; öffentliche Aufmerksamkeit generieren, über Klimaschutz informieren/greifbar machen; Solidarität zeigen	Druck auf Politiker*innen ausüben – Handlungsauftrag vermitteln; öffentliche Aufmerksamkeit generieren, über Klimaschutz informieren/greifbar machen	öffentliche Aufmerksamkeit für Politikversagen generieren; Druck auf Politiker*innen aufbauen; Wahlauf Ruf Landtagswahl NÖ; Solidarität mit kriminalisierten Aktivist*innen	Druck auf Politiker*innen aufbauen - Handlungsauftrag & Verantwortung vermitteln (Klimaklage); Wahlauf Ruf Landtagswahl NÖ; Solidarität mit kriminalisierten Aktivist*innen	öffentliche Aufmerksamkeit generieren, über Auswirkungen des EACOP-Projekts aufklären; Zivils für demokratischen Protest mobilisieren; Druck auf Politiker*innen ausüben - Handlungsauftrag vermitteln	
--	--------------	--	--	---	---	--	--

	Modes	Internationale Klimastreiks & weitere Proteste; globale Demonstration gegen Angriffskrieg; alle Menschen zum Protest aufgerufen; FFF unterstützt aktiv andere Projekte und beteiligt sich an deren Protesten und Anliegen; Repräsentation internationaler Aktivist*innen; Teilnahme an außer-ö Aktionen	internationale Klimastreiks & weitere Proteste (Teilnahme COP); Austausch mit Politik; FFF unterstützt aktiv andere Projekte und beteiligt sich an deren Protesten und Anliegen; Distanzierung von Aktionen der Letzten Generation, wenn auch Solidarität mit kriminalisierten Aktivist*innen	Internationale Klimastreiks & weitere Proteste (viel Landtagswahl NÖ Wahlaktionen); Organisation & Unterstützung der Klimaklage vor ö VfGH; FFF unterstützt aktiv andere Projekte und beteiligt sich an deren Protesten und Anliegen; Repräsentation internationaler Aktivist*innen; Teilnahme an außer-ö Aktionen; radikalere Aktionsformen - ersten Male ziviler Ungehorsam	Internationale Klimastreiks & weitere Proteste (viel Landtagswahl NÖ Wahlaktionen); Organisation & Unterstützung der Klimaklage vor ö VfGH; FFF unterstützt aktiv andere Projekte und beteiligt sich an deren Protesten und Anliegen - hier auch Austausch/Vernetzung (Akademie für sozial-ökologischen Umbau); Repräsentation internationaler Aktivist*innen; radikalere Aktionsformen - ersten Male ziviler Ungehorsam; Positionierung Israel-Palästina Konflikt - Distanzierung von globalem/schwedischen Ableger	FFF unterstützt aktiv andere Projekte und beteiligt sich an deren Protesten und Anliegen (e.g Demokratie Verteidigen Demo), alle Menschen sind willkommen/zum Protest aufgerufen; Repräsentation internationaler Aktivist*innen	FFF unterstützt aktiv andere Projekte und beteiligt sich an deren Protesten und Anliegen
--	--------------	--	--	--	---	--	---